



OKKUPIERT,  
ANNEKTIERT UND  
PROFITIERT —  
PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE,  
WESTSAHARA,  
UND KRIM

Wie internationale Unternehmen  
und deutsche Finanzinstitute  
von völkerrechtswidrigen  
Handlungen in den besetzten  
und annektierten Gebieten  
profitieren

# Inhaltsverzeichnis

## Zusammenfassung 3

**Ein Notruf: 110 Jahre okkupiert, annektiert und profitiert 4**

**Unternehmerische Verantwortung 5**

**Boycott-Kampagnen und Unternehmensausschlüsse 6**

**Methodik 7**

**Definition von Besetzung und Annexion im  
humanitären Völkerrecht 9**

**Wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten und  
annektierten Gebieten vor dem Hintergrund des Völkerrechts  
und internationaler Abkommen 10**

## Teil 1 —

**Die besetzten palästinensischen  
und syrischen Gebiete 12**

**A Das humanitäre Völkerrecht vor dem Hintergrund der  
israelischen Siedlungspolitik 13**

**B Israelischer Bankensektor 14**

Bank Hapoalim 15

Bank Leumi 16

Bank Mizrahi Tefahot 17

**C Energie- und Solarsektor 18**

SMA Solar Technologies AG 20

First Solar 21

**D Bausektor, Transport & Infrastruktur 22**

HeidelbergCement 24

Cemex, S.A.B. de C.V. 26

Caterpillar Inc. 27

Hyundai Heavy Industries 29

CNH Industrial N.V. 30

Volvo Group 32

Bombardier Inc. & Bombardier Transportation GmbH 34

Siemens AG 36

**E Telekommunikation und IT-Dienstleistungen 38**

Bezeq The Israel Telecommunication Corp., Ltd.

(inkl. Pelephone Communications Ltd. & DBS Satellite

Services (1998) Ltd. (YES) 40

Cellcom Israel 41

Hewlett Packard Enterprise & DXC Technology Company 42

Motorola Solutions Israel 44

**F Tourismus 46**

Airbnb, Inc. 47

Booking Holdings Inc. (Booking.com B.V. &

Kayak Software Corporation) 48

Expedia Group, Inc. (Expedia, Travelocity, Hotels.com,

trivago) 50

TripAdvisor, Inc. 52

## Teil 2 —

**Die besetzte  
West-Sahara 53**

**G Das humanitäre Völkerrecht vor dem Hintergrund der  
marokkanischen Besetzung der West-Sahara 54**

DHL International GmbH 56

**H Natürliche Ressourcen 58**

Nutrien Ltd. 60

HeidelbergCement 62

Siemens 64

**I Tourismus 66**

Airbnb 68

Booking Holdings (Booking.com B.V. &

KAYAK Software Corporation) 69

Expedia 71

TripAdvisor – ein positive(re)s Beispiel? 73

## Teil 3 —

**Die annektierte  
Halbinsel Krim 74**

**J Das humanitäre Völkerrecht vor dem Hintergrund  
der russischen Annexion der Halbinsel Krim und der  
Stadt Sewastopol 75**

Der Fall Siemens 76

DHL 79

Metro AG 81

MasterCard Incorporated und Visa Inc. 83

**K Investoren und Finanzdienstleister  
auf dem Rückzug 85**

**L Empfehlungen 89**

## Anhang

Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen 90

Bankensicht 93

Quellen 97

Abkürzungsverzeichnis 105

## Titel:

Fawzia steht vor den Ruinen ihres Hauses. Ihr ehemaliger palästinensischer Ehemann hatte es abgerissen, um sich nicht der Aussicht stellen zu müssen, dass israelische Siedler\*innen einziehen würden. Er hatte vor israelischen Gerichten im Stadtteil Beit Hanina in Ostjerusalem einen Grundbesitz-Fall verloren.

Juli 2018. © REUTERS / Ammar Awad.

# Zusammenfassung

Ein Gebiet, das sich in der Gewalt einer feindlichen militärischen Macht befindet, gilt völkerrechtlich als „besetzt“ (Art. 42 der Haager Landkriegsordnung von 1907). Nach den Regeln des humanitären Völkerrechts und im Einklang mit den Menschenrechten, ist die in einem besetzten Territorium lebende Bevölkerung sowie die dort bestehenden Institutionen vor willkürlicher Enteignung, Zerstörung und wirtschaftlicher Ausbeutung durch die Besatzungsmacht geschützt. Zahlreiche Gebiete auf der Welt gelten als besetzt oder annektiert. Darunter fallen die palästinensischen Gebiete wie das Westjordanland, Ostjerusalem, der Gazastreifen sowie die syrischen Golanhöhen, aber auch die Westsahara sowie die Halbinsel Krim, Tibet und andere Regionen. Das Völkerrecht macht klare Vorgaben, wie sich eine Besatzungsmacht zu verhalten hat. Aber auch für privatwirtschaftliche und finanzielle Geschäftstätigkeiten in Konfliktregionen (conflict affected areas) existieren Regelungen, die beachtet werden müssen.

In den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen (VN) aus dem Jahr 2011 sind die menschenrechtlichen Verpflichtungen sowohl von Regierungen als auch von Unternehmen klar benannt. Regierungen werden auf die Notwendigkeit hingewiesen, gesetzliche Maßnahmen zur Einhaltung von Menschenrechten durch Unternehmen zu ergreifen und diese nachdrücklich auf Risiken wirtschaftlicher Aktivitäten in Ländern und Gebieten hinzuweisen, in denen bewaffnete Konflikte bzw. Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Unternehmen werden ausdrücklich auf ihre Sorgfaltspflicht bezüglich der Auswirkung ihrer Aktivitäten auf die Menschenrechte einschließlich eventueller Beihilfe zu entsprechenden Rechtsverstößen aufmerksam gemacht. Die VN-Leitprinzipien basieren auf internationalem Recht und sind von der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedstaaten anerkannt. Sie gelten für Regierungen ebenso wie für alle Arten von Wirtschaftsunternehmen, einschließlich Banken und anderen Finanzdienstleistern.

Wie diese Studie zeigt, unterhalten zahlreiche deutsche Banken und Finanzdienstleister Finanzbeziehungen zu privaten Wirtschaftsunternehmen (auch aus Deutschland), die im israelischen Siedlungsgebiet im Westjordanland und auf den Golanhöhen, der ebenso besetzten Westsahara oder auf der annektierten Halbinsel Krim wirtschaftlich aktiv sind. Bei diesen Finanzbeziehungen handelt es sich um gewährte Kredite, die Ausgabe von bzw. das Halten von Anleihen sowie die Emission und der Besitz von Aktien. Die Versorgung privater Unternehmen mit Kapital in Form von Krediten und der Ausgabe von Anleihen ist die stärkste Form der Unterstützung wirtschaftlichen Handelns durch Finanzdienstleister. International agierende Unternehmen und deutsche Banken müssen unabhängig von politischen Regelungen eigenständig und im Rahmen ihres Risikomanagements und ihrer Sorgfaltspflicht dafür sorgen, dass wirtschaftliche und finanzielle Aktivitäten keine Menschenrechte verletzen und / oder dazu beitragen. Kommt es dennoch zu negativen menschenrechtlichen Auswirkungen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit, so müssen sie zudem Wiedergutmachung leisten.

Finanzdienstleister und Unternehmen müssen grundsätzlich die menschenrechtlichen Vorgaben der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verbindlich beachten und umsetzen. Unternehmen müssen jegliche Geschäftstätigkeit beenden, die den Status einer Besetzung untermauern und auch neue Geschäftstätigkeiten daraufhin prüfen, was stets auch Subunternehmen und Lieferanten entlang des Wertschöpfungsprozesses einschließen muss.

Institutionelle Investoren und Finanzdienstleister können durch die Kapitalversorgung von Unternehmen, die in besetzten und annektierten Gebieten wirtschaftlich tätig sind (z.B. in den Bereichen Bau, Infrastruktur oder Ressourcen), zur Unterstützung von Verstößen gegen das Völkerrecht und zum Fortbestand und Ausbau besetzter und annektierter Gebiete beitragen. Finanzdienstleister müssen Richtlinien und Selbstverpflichtungen in Bezug auf wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten und annektierten Gebieten unter Berücksichtigung von menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Vorgaben entwickeln bzw. überprüfen und anwenden. Für diese Berücksichtigung muss auch im Rahmen von Engagement Prozessen eingetreten werden. Scheitern solche Prozesse, müssen Finanzdienstleister sämtliche Finanzbeziehungen zu Unternehmen, die in besetzten und annektierten Gebieten wirtschaftlich tätig sind, einstellen.

Insgesamt wurden in diesem Bericht 14 deutsche Finanzdienstleister und zugehörige Vermögensverwaltungsgesellschaften identifiziert, die an die 27 ausgewählten Unternehmen (s. Methodik) Kredite in Höhe von EUR 11,8 Mrd. vergeben, Anleihen in einer Größenordnung von EUR 12,4 Mrd. ausgegeben und Aktien-Bestände in Höhe von gut EUR 19 Mrd. sowie Anleihen im Wert von gut EUR 1 Mrd. halten. In diesem Fall macht die Versorgung mit Kapital fast 55 % der Finanzbeziehungen zu den Unternehmen aus und zeigt, dass auch deutsche Finanzdienstleister nicht nur von Geschäftstätigkeiten in besetzten Gebieten profitieren, sondern diese auch befördern.

**Tabelle 1: Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen deutscher Banken und Finanzdienstleister zu den 27 ausgewählten Unternehmen in besetzten und annektierten Gebieten**

In Mio. Euro	Gesamte Ausgabe von Aktien	Gesamte Vergabe von Krediten	Gesamte Ausgabe von Anleihen	Gesamt Anleihenanteile	Gesamt Aktienanteile	Gesamt
<b>Apobank</b>				10,92	1,58	12,50
<b>BayernLB</b>		1.143,04	275,17			1418,21
<b>Commerzbank</b>		3.005,90	4.064,55		755,85	7826,30
<b>Deka Gruppe</b>				188,90	2.038,31	2227,20
<b>Deutsche Bank (inkl. DWS)</b>	30,55	5.838,32	6.873,13	603,07	6.761,41	20.106,48
<b>DZ Bank</b>		306,35	656,51	151,61	2.700,04	3.814,49
<b>Helaba</b>		814,32	455,11	13,71	24,76	1.307,91
<b>KfW</b>		23,69			6540,30	6.563,99
<b>LBBW</b>		714,02	125,97	42,78	125,49	1.008,26
<b>NordLB</b>		23,69		8,31	1,15	33,14
<b>Stadtsparkasse Düsseldorf</b>				8,05	6,64	14,69
<b>Triodos Investment Management BV</b>					13,92	13,92
<b>UniCredit Bank AG</b>				6,37	62,23	68,60
<b>Union Investment</b>					12,04	12,04
<b>Gesamt</b>	<b>30,55</b>	<b>11.869,31</b>	<b>12.450,45</b>	<b>1.033,71</b>	<b>19.043,72</b>	<b>44.427,73</b>

## Ein Notruf: 110 Jahre okkupiert, annektiert und profitiert

Kaum ein anderer Konflikt hält die Welt seit mehr als einem halben Jahrhundert so sehr in Atem, wie jener zwischen Israel und Palästina, Kern des israelisch-arabischen Konflikts. Die sich unaufhörlich weiterdrehende Spirale aus Gewalt und Gegengewalt, Zerstörung und Blutvergießen sind fester Bestandteil westlicher Berichterstattung. Die Frage nach Recht und Unrecht, nach Täter und Opfer, Schuld und Unschuld gleicht in diesem überaus komplexen und vielschichtigen Konflikt dabei oftmals einem unmöglichen Spagat. Je nach Interessenslage mobilisiert und legitimiert der israelisch-palästinensische Konflikt zudem das Handeln regionaler Akteure auf beiden Seiten und das von Politiker\*innen und Interessensgruppen aus Ost und West.<sup>1</sup>

50 Jahre nach der israelischen Besetzung des Westjordanlands einschließlich Ostjerusalems, des Gazastreifens und der Golanhöhen leben mittlerweile mehr als 600.000 Siedlerinnen und Siedler in über 250 Siedlungen. In der Resolution 2334 des VN-Sicherheitsrates vom Dezember 2016 wurde Israel aufgefordert, sämtliche Siedlungsaktivitäten einzustellen.<sup>2</sup> Im Januar 2017 bewilligte die israelische Regierung jedoch erneut den Bau von weiteren 6.000 neuen Häusern in bestehenden Siedlungen sowie 10.000 Häusern in zwei neuen Siedlungen.<sup>3</sup>

In Vergessenheit geraten ist dagegen ein ganz anderer Konflikt vor der südlichen Haustür Europas und an klaren Tagen in Sichtweite der hierzulande beliebten kanarischen Urlaubsregion: der Streit um die Westsahara. Auch hier trennt eine über 2.500 Kilometer lange und stark verminte Mauer den von Marokko besetzten ressourcenreichen Teil der Westsahara von einem kleinen, unbewohnbaren Streifen Wüste unter Verwaltung der sahrauischen Frente Polisario.

In algerischen Flüchtlingslagern verharren seit über 40 Jahren mehr als 100.000 Saharais, vergessen von der Weltöffentlichkeit, auf eine Rückkehr in ihre Heimat und auf eine Befriedung des Konfliktes.<sup>4</sup>

Mit der russischen Annexion der Halbinsel Krim im März 2014 haben sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges wieder erstmalig in Europa einseitig Grenzen mit Gewalt verschoben. Inwiefern es zu weiteren Verschiebungen durch pro-russische Kräfte im Osten der Ukraine kommt, einem Konflikt welcher inzwischen über 10.000 Menschenleben gefordert hat, ist ungewiss.<sup>5</sup> Auf der Halbinsel Krim zeigt sich seither eine besorgniserregende Menschenrechtssituation. Krimtatar\*innen und Ukrainer\*innen sind systematischen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, insbesondere wenn sie die Annexion öffentlich ablehnen oder eine russische Staatsbürgerschaft verweigern.<sup>6</sup>

Zusammen gut 110 Jahre – sind die Krim, Westsahara und die palästinensischen und syrischen Gebiete okkupiert bzw. annektiert. Nutznießer dieser Situation sind neben den Besatzungsmächten auch Unternehmen verschiedenster Herkunft und Größenordnung. Sie versuchen Profit aus der Konflikt- bzw. Besatzungssituation zu schlagen und ignorieren dabei die Auswirkungen ihrer Aktivitäten. Gerne verweisen Konzerne dabei auf die „positive wirtschaftliche Entwicklung“, die mit ihrer Geschäftstätigkeit in den besetzten und annektierten Gebieten einhergeht. Dabei ignorieren sie, dass die palästinensischen Gebiete ohne israelische Restriktionen und die Besetzung ökonomisch besser dastünden, missachten das grundlegende Mitspracherecht der Saharais bei der Plünderung ihrer Ressourcen oder untergraben Sinn und Effekt von Sanktionen, wenn sie diese auf der Krim umgehen.<sup>7</sup>

# Unternehmerische Verantwortung

In diesem Report untersucht Facing Finance Unternehmen verschiedener Größenordnung und Herkunft, die im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit in mindestens einem der drei besetzten und /oder annektierten Gebiete tätig sind und dabei zum Erhalt des jeweils gegenwärtigen Status beitragen. Die untersuchten Fälle zeigen beispielhaft, dass dies in ganz unterschiedlicher Art und Weise geschieht. Oft festigen Unternehmen mit ihren Dienstleistungen und dem Verkauf von Produkten und Waren zumindest indirekt den Status Quo der Besetzung bzw. Annexion. In manchen Fällen greifen internationale Konzerne aber auch direkt auf die Rohstoffe in den besetzten Gebieten zu.

Die Standards und Normen des humanitären Völkerrechts gelten zwar in erster Linie für Staaten, aber auch Wirtschaftsunternehmen haben eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht zu erfüllen. Dies gilt auch für ihre Finanzdienstleister. Schließlich profitieren diese durch das Anleihe – und Kreditgeschäft in Form von Zinsen und Provisionen für Dienstleistungen, auch wenn sie diese für Dritte verwalten. Die Versorgung privater Unternehmen mit Kapital in Form von Krediten, der Ausgabe von Anleihen oder auch neuen Aktien ist dabei die stärkste Form der Unterstützung wirtschaftlichen Handelns. Im Rahmen von Beteiligungen bzw. Investments profitieren Finanzdienstleister zudem beispielsweise in Form von Dividenden von den in okkupierten bzw. annektierten Gebieten tätigen Unternehmen und deren fragwürdigen Geschäftsmodellen. Deshalb tragen sowohl Unternehmen als auch deren Finanzdienstleister menschenrechtliche Verantwortung. Beide müssen, unabhängig von politischen Regelungen, eigenständig und im Rahmen ihres Risikomanagements und ihrer Sorgfaltspflicht dafür sorgen, dass ihre wirtschaftlichen und finanziellen Aktivitäten und ihre Geschäftsmodelle keine Menschenrechte verletzen und/oder dazu beitragen.

Auch Einzelpersonen sind nicht automatisch von den Vorschriften des humanitären Völkerrechts ausgenommen, auch wenn sie formal nicht verpflichtet sind, danach zu handeln. Es können auch für sie durchaus zivil- und strafrechtliche Konsequenzen entstehen. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK), Wächter des humanitären Völkerrechts, erklärt:<sup>8</sup>

*„Viele Vorschriften gelten aber auch für Einzelpersonen. Das humanitäre Völkerrecht verpflichtet die Staaten, die Normen einzuhalten, Verstöße zu unterbinden und Personen vor Gericht zu stellen oder auszuliefern, denen schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts wie Kriegsverbrechen vorgeworfen werden.“*

Zunehmend herrscht zudem die Auffassung, dass Unternehmen zur Ausübung ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht verpflichtet werden müssen und das für diese genauso die Normen des humanitären Völkerrechts im Rahmen ihres wirtschaftlichen Handelns anzuwenden sind. Hervorzuheben sind hierbei die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2011 sowie der andauernde Prozess für ein VN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte.

» *State Parties shall ensure through their domestic law that natural and legal persons may be held criminally, civil or administratively liable for violations of human rights undertaken in the context of business activities of transnational character.«*

ERSTENTWURF VN-ABKOMMEN FÜR WIRTSCHAFT  
UND MENSCHENRECHTE VOM JULI 2018

Viele der hier untersuchten Unternehmen und ihre Finanzdienstleister produzieren jährlich umfassende Hochglanz-Nachhaltigkeitsberichte, erstellen Verhaltenskodizes und bescheinigen sich höchste Standards in ihrer unternehmerischen Tätigkeit. Die Realität stellt sich jedoch nicht immer als glänzend dar. Ein in besetzten und annektierten Gebieten wirtschaftlich tätiges Unternehmen agiert nicht in einem neutralen Vakuum. Es muss sich bewusst sein, zu dem gegenwärtigen Status Quo der Besetzung bzw. Annexion beizutragen und diesen zu festigen. Dementsprechend müssen Banken die Vergabe ihrer Kredite und Anleihen eng an Bedingungen knüpfen, damit auch sie und ihre Kund\*innen nicht von Menschenrechtsverletzungen und dem Bruch des humanitären Völkerrechts profitieren.

# Boycott-Kampagnen und Unternehmensausschlüsse

Facing Finance ist nicht Teil der transnationalen Kampagne ‚Boycott, Divestment and Sanctions‘. Einen allgemeinen Boykottaufruf und eine Isolierung Israels ist kein angemessener Weg zum politischen Ziel einer Zweistaatenlösung. Israelische Kollektivstrafen gegen Palästinenser\*innen lehnen wir ebenso ab wie Kollektivstrafen gegen Israel. Sowohl das jüdische Volk als auch die palästinensische Bevölkerung haben das Recht auf Selbstbestimmung.

Facing Finance teilt die Auffassung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), dass die errichteten israelischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten die Bestimmungen des internationalen humanitären Völkerrechts verletzen.<sup>9</sup> Facing Finance unterstützt zudem die im Rahmen der Europäischen Union (EU) und im Einklang mit Sicherheitsratsresolution 2334 vom Dezember 2016 beschlossene Verpflichtung zur Differenzierung zwischen dem Umgang mit Israel einerseits und mit israelischen Einrichtungen in den 1967 besetzten Gebieten andererseits.

In Bezug auf israelische Siedlungen und Geschäftsaktivitäten in und zugunsten israelischer Siedlungen auf besetztem Gebiet erklärt das Auswärtige Amt:<sup>10</sup>

*„Es bestehen daher beträchtliche Risiken in Bezug auf wirtschaftliche und finanzielle Aktivitäten in und zugunsten von Siedlungen. Aus finanziellen Transaktionen, Investitionen, Einkauf und Beschaffung sowie anderen wirtschaftlichen Aktivitäten (auch im Tourismus und anderen Branchen des Dienstleistungssektors) in oder zugunsten israelischer Siedlungen ergeben sich rechtliche und wirtschaftliche Risiken, die daher rühren, dass israelische Siedlungen aus völkerrechtlicher Sicht auf besetztem Gebiet errichtet wurden, das nicht als legitimer Teil des israelischen Staatsgebiets anerkannt ist. Deutsche Unternehmen und Privatpersonen sollten sich außerdem der möglichen Reputationsrisiken bewusst sein, die mit wirtschaftlichen und finanziellen Aktivitäten in und zugunsten von Siedlungen einhergehen. Die Bundesregierung weist auch auf die Möglichkeit von Verstößen gegen humanitäres Völkerrecht und gegen Menschenrechtskonventionen im Zusammenhang mit Siedlungen in den besetzten Gebieten hin.“*

Wünschens- und empfehlenswert ist in diesem Zusammenhang eine Gleichbehandlung Marokkos und Russlands. In beiden Fällen wird seitens des Auswärtigen Amtes nicht ausdrücklich auf die unternehmerischen und rechtlichen Risiken in Bezug auf die Westsahara und die Krim hingewiesen.

Erst wenige Banken haben bereits eine intensivere Auseinandersetzung mit dem humanitären Völkerrecht in Bezug auf besetzte und annektierte Gebiete vorgenommen und dementsprechend Richtlinien und Ausschlusskriterien formuliert. Hierbei ist auch ein umfassender Dialog mit den betroffenen Wirtschaftsunternehmen unerlässlich. Führen solche Engagement-Prozesse und die Installation und Anwendung von Bankenrichtlinien zu keinen Veränderungen der Geschäftsmodelle in Bezug auf wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten und annektierten Gebieten, müssen Finanzdienstleister dem Schutz der Betroffenen unter dem Dach des humanitären Völkerrechts Vorrang geben und Konsequenzen in Bezug auf ihre Finanzierungsentscheidungen ziehen.

# Methodik

Der vorliegende Bericht basiert auf der Prämisse, dass Wirtschaftsunternehmen jeder Größenordnung und ihre Geldgeber eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht innehaben und Standards und Normen des internationalen Rechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts, in ihrem wirtschaftlichen Handeln anwenden müssen – auch wenn dieses formal nur für Staaten gilt.

Vor diesem Hintergrund hat Facing Finance 27 Unternehmen untersucht, die von der Besetzung Palästinas und der syrischen Golanhöhen, der Westsahara und der Annexion der Krim im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeiten wirtschaftlich profitieren bzw. damit zumindest indirekt zum Erhalt des gegenwärtigen Status beitragen. Darüber hinaus wurden die Beziehungen zu deutschen Finanzdienstleistern untersucht, die aufgrund ihrer Bereitstellung von finanziellen Ressourcen diese Geschäftspraktiken in den besetzten Gebieten oft erst möglich machen.

Zu weiteren besetzten bzw. umstrittenen Gebieten, wie z.B. Tibet und Nordzypern, konnten nur wenige, relevante wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen und / oder deren Finanzbeziehungen zu deutschen Investoren identifiziert werden. In Nordzypern finden generell weniger wirtschaftliche Aktivitäten statt. Dennoch ist im besetzten Gebiet Nordzyperns ein starker Siedlungsprozess durch die Türkei zu beobachten, der auch von ausländischen Unternehmen unterstützt wird. Heute besteht der größte Teil der Bevölkerung des Gebietes aus Siedler\*innen vom Festland. Die Wirtschaft Nordzyperns wird von türkischen Unternehmen dominiert, und ihr Handel wird hauptsächlich mit der Türkei betrieben. Dennoch sind auch ausländische Unternehmen im besetzten Gebiet vertre-

ten. Zu den Unternehmen gehören Banken und Automobilfirmen. Zudem wurden zahlreiche Touristenzentren eingerichtet.<sup>11</sup> Während viele ausländische Reiseportale die Städte, Hotelangebote und Aktivitäten in Nordzypern als zu Zypern gehörig bezeichnen (Kajak, Expedia, Hotels.com, trivago und TripAdvisor), beziehen sich Booking.com und Travelocity auf diese Städte als zu Nordzypern und Zypern gehörend, während Airbnb keine eindeutige Benennung des Landes vornimmt.

Tibet ist zwar reich an Ressourcen, deren Ausbeutung findet jedoch größtenteils durch staatliche chinesische Firmen statt, die kaum über Finanzbeziehungen zu deutschen Investoren verfügen. In Tibet werden alle Städte und Aktivitäten innerhalb der autonomen Region Tibet auf touristischen Plattformen (z.B. booking.com, Expedia und TripAdvisor) als zu China gehörig beschrieben.

## Unternehmen

Die 27 untersuchten Unternehmen wurden auf Basis eigener Recherchen, der Datenbank EIRIS Foundation sowie den umfassenden Analysen der beiden Nichtregierungsorganisationen (NRO) Who Profits und Western Sahara Resource Watch ausgewählt.<sup>12</sup> Da die Anzahl der von diesen Organisationen aufgelisteten Unternehmen, die in verschiedener Art und Weise zu der jeweiligen Besetzung bzw. Annexion beitragen und/oder von dieser profitieren, zu umfangreich ist, musste im Rahmen der vorliegenden Studie eine Stichprobe vorgenommen werden.

Im Fall der besetzten sahraischen und palästinensischen bzw. syrischen Gebiete basiert die Fallauswahl auf einer vorangegangenen Untersuchung relevanter Geschäftsfelder zum Erhalt des Status Quo der Besetzung. Im Rahmen der israelischen Besetzung des Westjordanlands, Ostjerusalems und der syrischen Golanhöhen ist hier vor allem die Abhängigkeit im Energie- und Telekommunikationssektor, die Baubranche im Rahmen von israelischen Siedlerstrukturen und der Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser und Infrastruktur sowie problematische Formen von Tourismus und der israelische Bankensektor, welcher die Siedlungspolitik mit der Bereitstellung finanzieller Infrastruktur erst ermöglicht, zu nennen. Im Fall der marokkanischen Besetzung der Westsahara ist insbesondere die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie die Förderung des Tourismus in der Westsahara als ‚Region Südmarokkos‘ von Relevanz. In diesen Geschäftsfeldern wurden solche Unternehmen für die Studie ausgewählt, die bereits sehr lange oder besonders schwerwiegend in den Sektoren tätig sind, die einen bestimmten Bereich der Verletzung unternehmerischer Sorgfaltspflicht exemplarisch aufzeigen und / oder die im Rahmen der ebenso durchgeführten Finanzrecherche einen finanziellen Bezug zu deutschen Banken haben. Im Fall der russischen Annexion der Halbinsel Krim ist die Informationslage häufig unzureichend und kaum verifizierbar, daher wurden deutlich weniger Fälle einbezogen und bei der Auswahl stärker auf Unternehmen aus Deutschland geachtet.

Die Auswahl der Fälle ist demnach lediglich als exemplarisch und keineswegs vollständig zu verstehen. Eine ausführlichere Liste kann in den Datenbanken der genannten NROs eingesehen werden.

**Tabelle 2: Untersuchte Unternehmen**

<b>Westjordanland, Ostjerusalem, Golanhöhen</b>	Airbnb Bank Leumi Bank Hapoalim Bank Mizrahi Tefahot Bezeq (inkl. Pelephone Communications & Yes) Bombardier Booking Holdings (inkl. Booking.com & Kayak)	Caterpillar Cellcom Israel Cemex CNH Industrial DXC Technology Expedia (inkl. Hotels.com, Travlocity, trivago) First Solar HeidelbergCement	Hewlett Packard Enterprise Hyundai Heavy Industries Motorola Solutions Siemens AG SMA Solar Technology TripAdvisor Volvo
<b>Westsahara</b>	Airbnb Booking Holdings (inkl. Booking.com & Kayak) Deutsche Post/DHL	Nutrien Expedia (inkl. Hotels.com, Travlocity, trivago)	Siemens (inkl. Siemens Gamesa) TripAdvisor
<b>Halbinsel Krim</b>	Deutsche Post/DHL MasterCard	Metro AG Siemens AG	Visa

## Finanzdaten

Für die vorliegende Studie wurden die Finanzbeziehungen der 27 in besetzten bzw. annektierten Gebieten tätigen Unternehmen auf ihre Finanzbeziehungen zu 14 deutschen Finanzdienstleistern und deren Vermögensverwaltungsunternehmen zwischen Januar 2015 und März 2019 auf Basis einer Finanzdatenrecherche in der Wirtschaftsdatenbank Thomson Eikon überprüft bzw. identifiziert. Die festgestellten Finanzbeziehungen wurden im April und Mai 2019 erhoben. Berücksichtigt wurden dabei Kredite sowie die Ausgabe von Aktien und Anleihen (Bereitstellung von Kapital bzw. Finanzierung) und Investitionen in Wertpapiere in Form von Aktien und Anleihen in diese Unternehmen (Investment). Die Profite der Finanzdienstleister ergeben sich wiederum aus Zinsen, Dividenden und Provisionen. Einige Banken weisen darauf hin, dass sie kein eigenes Kapital für derartige Transaktionen zur Verfügung stellen, diese aber organisieren. Über Gebühren profitieren sie dennoch von kontroversen Geschäftsmodelle in besetzten Gebieten bzw. im Rahmen der Bereitstellung von frischem Kapital. Demnach profitieren auch Investoren, Banken, Versicherungen und Vermögensverwalter von Unternehmen, die ihrerseits von den in dieser Studie aufgezeigten völkerrechtswidrigen Handlungen in besetzten und annektierten Gebieten profitieren.

Folgende Finanzbeziehungen ab einem Schwellenwert von EUR 1 Mio. wurden für die gewählten Finanzdienstleister (inklusive Tochtergesellschaften) untersucht:

- ▶ Unternehmenskredite seit Januar 2015,
- ▶ Emissionen von Aktien und Anleihen der ausgewählten Unternehmen, die seit Januar 2015 gezeichnet worden sind,
- ▶ Aktien- und Anleihepositionen, die sich zum Zeitpunkt der Finanzrecherche im Besitz der untersuchten Finanzdienstleister befinden oder von ihr verwaltet werden.

Die Versorgung von Unternehmen mit Kapital in Form von Krediten und der Ausgabe von Anleihen und Aktien kann als stärkste Form der Unterstützung wirtschaftlicher Aktivitäten betrachtet werden. Mittel aus unkoordinierten Kreditvergaben und Anleiheemissionen können vom jeweiligen Kreditnehmer frei und ohne Auflagen genutzt werden. In der Regel spricht man hier von einem Kredit zur Unterstützung der allgemeinen Geschäftstätigkeit. Im Fall der Finanzrecherche ist daher nicht eindeutig feststellbar, ob und in welcher Höhe die Bereitstellung von Kapital den in dieser Studie untersuchten Geschäftsmodellen von Unternehmen in besetzten und annektierten Gebieten unkonditioniert („zur Unterstützung der allgemeinen Geschäftstätigkeit“) zugutekommt. Die für Kredite angewandte Berechnungsmethode schreibt zudem allen Banken eines Konsortiums einen gleich hohen Anteil an der Kreditvergabe zu, weswegen diese Beträge lediglich als Annäherungswerte zu verstehen sind. Dies geschieht, weil Banken ihre genauen Anteile meist nicht veröffentlichen.

Demnach lässt sich nicht präzise ausweisen, in welchem Umfang die gewährte Finanzierung der Geschäftstätigkeit in den von Israel und Marokko besetzten bzw. von Russland annektierten Gebieten zugutekommt. Hierzu gibt es keine Veröffentlichungen bzw. Angaben. Bei den in dieser Publikation präsentierten Zahlen handelt es sich dementsprechend um Näherungswerte. Aufgrund des Bankgeheimnisses und der Unvollständigkeit kommerzieller Datenbanken sind präzisere Informationen über die exakte Höhe von Krediten, Aktien und Anleihen deutscher Finanzdienstleister nicht verfügbar.

Die Auswahl der untersuchten Finanzdienstleister basiert maßgeblich, aber nicht ausschließlich auf Finanzinstituten des von Facing Finance koordinierten Fair Finance Guide Deutschland.

Die folgenden 16 Finanzdienstleister und deren relevante Tochtergesellschaften bzw. Vermögensverwalter wurden im Untersuchungszeitraum untersucht bzw. identifiziert:

- ▶ Apobank
- ▶ BayernLB
- ▶ Commerzbank
- ▶ Deka Gruppe / Deka Investment
- ▶ Deutsche Bank inkl. DWS
- ▶ DZ Bank
- ▶ GLS Bank
- ▶ Helaba
- ▶ KD Bank
- ▶ KfW
- ▶ LBBW
- ▶ NordLB
- ▶ Stadtparkasse Düsseldorf
- ▶ Triodos Investment Management BV
- ▶ UniCredit Bank AG (HypoVereinsbank) / UniCredit Group und UniCredit SpA<sup>13</sup>
- ▶ Union Investment

# Definition von Besetzung und Annexion im humanitären Völkerrecht

Eine Besetzung ist in der Haager Landkriegsordnung (HLKO) als de-facto Besetzung definiert, in welcher „Ein Gebiet [...] als besetzt [gilt], wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet“ und wird ergänzt durch Art. 2 Abs. 2 der Vierten Genfer Konvention (GK IV) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, welches feststellt, dass das „Abkommen [...] auch in allen Fällen vollständiger oder teilweiser Besetzung des Gebietes einer Hohen Vertragspartei anzuwenden [ist], selbst wenn diese Besetzung auf keinen bewaffneten Widerstand stößt.“

Die Feststellung einer Besetzung ist demnach ein Befund der Tatsächlichkeit, ungeachtet ihrer Rechtmäßigkeit (ius ad bellum). Diese ist in der VN-Charta geregelt, welche ein allgemeines Gewaltverbot vorsieht. Hiervon ausgenommen ist die militärische Selbstverteidigung. Ebenso kann unter bestimmten Umständen (z.B. zur Wahrung des Weltfriedens) durch einen Beschluss des VN-Sicherheitsrates gemäß Kapitel VII der VN-Charta Krieg prinzipiell zulässig sein. Keine dieser Ausnahmen trifft jedoch auf die hier untersuchten drei Fälle zu. Im Gegenteil die internationale Gemeinschaft hat die Ansprüche Israels, Marokkos oder Russlands auf die jeweiligen Territorien kategorisch abgelehnt und nicht anerkannt.

» Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

ART 2. ABS. 4 VN-CHARTA

Unabhängig von der Rechtmäßigkeit einer Besetzung findet das humanitäre Völkerrecht automatisch Anwendung, sobald eine solche vorliegt. Insbesondere ist hierbei die HLKO, die GK IV sowie das Zusatzprotokoll I der Genfer Konventionen zu nennen. Diese regeln nicht nur die Rechte der besetzten Bevölkerung, sondern erlegen der Besatzungsmacht unter Einhaltung der geltenden Rechtsordnung des besetzten Gebietes eine Reihe von Pflichten und Bestimmungen auf. Hierzu gehören beispielsweise die Sicherstellung der Grundversorgung der besetzten Bevölkerung sowie das Verbot von Kollektivstrafen oder der Transfer der eigenen Zivilbevölkerung in das besetzte Gebiet. Überdies sind zudem die Menschenrechte zu achten.

Das gewohnheitsrechtliche Annexionsverbot ist ebenso wesentlicher Bestandteil des in der VN-Charta festgelegten Gewaltverbotes. Eine Annexion ist die gewaltsame und einseitige Aneignung und Einverleibung fremden Staatsgebietes sowie damit einhergehend der erzwungene Erwerb der territorialen Souveränität gegen den Willen und auf Kosten eines anderen Staates. Eine Annexion ist von einer Besetzung dahingehend zu unterscheiden, dass letztere einen temporären Zustand kennzeichnet, in der kein Transfer von Staatlichkeit und Souveränität an die Besatzungsmacht übergeht.<sup>14</sup> Das humanitäre Völkerrecht findet auf eine illegale Annexion gleichermaßen Anwendung wie auf eine Besetzung. Häufig spricht man daher von besetzten und illegal annektierten Gebieten.<sup>15</sup>

# Wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten und annektierten Gebieten vor dem Hintergrund des Völkerrechts und internationaler Abkommen

In den letzten Jahren hat sich die Frage der Rechtmäßigkeit der wirtschaftlichen Aktivitäten in besetzten Gebieten zu einem in Fachkreisen wichtigen, aber darüber hinaus noch wenig beachteten Diskussionsthema entwickelt. Eine zunehmende Anzahl von Staaten, NROs und Wissenschaftler\*innen fordert, dass Unternehmen im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit das Völkerrecht achten müssen. Auch wenn der Rechtsrahmen für solche Wirtschaftstätigkeiten in besetzten und illegal annektierten Gebieten nicht eindeutig ist bzw. stärker Soft-Law-Instrumenten unterliegt, sind diese nicht automatisch von ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht befreit. Unternehmen sind zwar im Gegensatz zu Staaten keine direkten Inhaber völkerrechtlicher Verpflichtungen, dennoch erklärt das IKRK, dass Unternehmen das humanitäre Völkerrecht in Situationen bewaffneter Konflikte achten müssen und warnt vor zivil- und strafrechtliche Konsequenzen.<sup>16</sup> Amnesty International erklärt ferner:<sup>17</sup>

*„Unternehmen müssen daher die Normen des humanitären Völkerrechts in Bezug auf den Schutz der Menschen in besetzten Gebieten berücksichtigen. Unternehmen, die Aktivitäten ausüben, die zur Entwicklung, Erhaltung und Erweiterung von Siedlungen in den besetzten Gebieten beitragen oder sich an der Aneignung und Zerstörung von Land und Eigentum beteiligen, können sich selbst oder ihre einzelnen Direktoren und Manager dem Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Komplizenschaft an Kriegsverbrechen aussetzen.“*

In Anbetracht der Tatsache, dass Unternehmen eine wichtige Rolle bei der politischen Legitimierung und Zementierung des Besetzungszustandes eines Gebietes und auch bei Menschenrechtsverletzungen einnehmen, herrscht zunehmend die Auffassung, dass auch die Unternehmen die Normen des humanitären Völkerrechts als Richtlinie ihres wirtschaftlichen Handelns anwenden sollten. Mangels rechtlich verbindlicher Instrumente zur Regulierung der Wirtschaftstätigkeit von Unternehmen in besetzten und annektierten Gebieten sind bisher lediglich eine Reihe von Soft-Law-Instrumente anwendbar.

Die VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aus dem Jahr 2011 sind hierfür beispielhaft. Sie bestehen aus 31 Prinzipien, welche die menschenrechtlichen Verpflichtungen sowohl von Regierungen als auch von Unternehmen eindeutig benennen. Gemäß den VN-Leitlinien sollten Unternehmen, also auch Finanzdienstleister, die international anerkannten Menschenrechte in jedem Staat, in dem sie tätig sind, wenn auch indirekt, achten. Dies erfordert, dass sie *„es vermeiden, durch ihre eigene Tätigkeit nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verursachen oder dazu beizutragen und diesen Auswirkungen begegnen, wenn sie auftreten“*.<sup>18</sup>

Besetzte und illegal annektierte Gebiete stellen besondere menschenrechtliche Herausforderungen dar, die von Unternehmen berücksichtigt werden müssen. Die VN-Leitprinzipien verdeutlichen, dass in von Konflikten betroffenen Gebieten, also auch besetzten und annektierten Gebieten, ein erhöhtes Risiko besteht, *„dass Unternehmen sich an groben Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen“*, die von anderen Akteuren (z.B. der Besatzungsmacht) begangen werden.<sup>19</sup> In solchen Situationen ist daher eine erhöhte Sorgfaltspflicht erforderlich. Darüber hinaus ist sorgfältig zu prüfen, ob und wie sie unter diesen Umständen weiterhin mit Integrität arbeiten können.<sup>20</sup> Angesichts den umfangreichen Dokumentationen über systematische Menschenrechtsverletzungen in besetzten palästinensischen und syrischen Gebiete, der Westsahara sowie der annektierten Krim ist es schwer vorstellbar, wie ein Unternehmen in einem solchen Umfeld im Einklang mit den VN-Leitprinzipien und den Normen des Völkerrechts tätig sein kann.<sup>21</sup>

Staaten müssen die VN-Leitprinzipien in Form nationaler Aktionspläne (NAP) für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen. Die EU-Kommission hat die EU-Mitgliedsstaaten 2011 dementsprechend zur Umsetzung der Prinzipien in nationales Recht angewiesen.<sup>22</sup> Bisher haben weltweit 23 Staaten NAPs erstellt, 14 weitere befinden sich noch in der Entwicklung. Bisher gehen die Staaten dabei nicht auf die spezifischen Herausforderungen ein, die sich aus der Geschäftstätigkeit in besetzten Gebieten ergeben, sondern beziehen sich lediglich auf konfliktbehaftete Gebiete. Damit schaffen sie keinen festen Rahmen für Unternehmen, die im komplexen Umfeld der besetzten Gebiete tätig sind.<sup>23</sup>

Die Effektivität und Qualität der NAPs ist unzureichend. Die deutsche Bundesregierung hat beispielsweise im Jahr 2016 einen NAP entwickelt mit welchem bis 2020 mindestens die Hälfte der deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern wesentliche Elemente menschenrechtlicher Sorgfalt in ihre Unternehmensprozesse integriert haben sollten. Im Koalitionsvertrag haben CDU und SPD vereinbart: *„Falls die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 zu dem Ergebnis kommt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht ausreicht, werden wir national gesetzlich tätig und uns für eine EU-weite Regelung einsetzen.“*<sup>24</sup> Ein Monitoring-Verfahren soll derzeit prüfen, inwieweit deutsche Unternehmen bereits auf freiwilliger Basis und ohne gesetzliche Anforderungen die Menschenrechte in ihren Auslandsaktivitäten berücksichtigen. Kanzleramt und Wirtschaftsministerium versuchen jedoch die Ergebnisse des Monitoring-Verfahrens zu verwässern, z.B. durch Herabsetzung der Grenze für die Erfüllung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht durch Unternehmen.<sup>25</sup>

Die Rechtslage im Zusammenhang mit der Verantwortung von Unternehmen und den Verpflichtungen ihrer Heimatstaaten im Rahmen wirtschaftlicher Tätigkeiten in besetzten und annektierten Gebieten ist nicht eindeutig und muss präzisiert werden. Die wirtschaftlichen Aspekte im Umgang mit den besetzten palästinensischen und syrischen Gebieten, der von Marokko besetzten Westsahara und der von Russland annektierten Krim werden in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend ausgeblendet und auf politischer Ebene bisher nur unzureichend reflektiert.

Erste Unternehmen haben selbstständig begonnen, wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten und annektierten Gebieten zu beenden und einige Finanzdienstleister haben erste Beteiligungen an Unternehmen veräußert, die in besetzten Gebieten aktiv sind. Dies gilt allerdings kaum für deutsche Unternehmen und besonders nicht für deren Banken und Finanzdienstleister hierzulande, die trotz der Warnungen und rechtlichen Bewertungen relevanter (inter-)nationaler Akteure bisher nur unzureichend über entsprechende Selbstverpflichtungen verfügen. Dementsprechend sind zahlreiche private Unternehmen und Finanzdienstleister aus Deutschland direkt oder indirekt in besetzten Gebieten wirtschaftlich aktiv und/oder profitieren von illegalen Aktivitäten in besetzten Gebieten. In den untersuchten Fällen trägt dies oft zum Fortbestand und Ausbau des Besatzungs- bzw. Annexionsstatus bei.

TEIL 1:

DIE BESETZTEN

PALÄSTINENSISCHEN

UND SYRISCHEN

GEBIETE



Israelische Bulldozer entwurzeln Olivenbäume auf privatem palästinensischem Land für den Bau der Umgehungsstraße Nabi Elias im Westjordanland zum alleinigen Wohle israelischer Siedler\*innen. Die israelische Armee erklärte das Gebiet zu einer geschlossenen militärischen Zone, nachdem Grundbesitzer\*innen zusammen mit israelischen Aktivist\*innen mit einem Protest versuchten, die Entwurzelung zu stoppen. Drei der Demonstranten wurden verhaftet (Januar 2017).  
© Manor, Keren via ActiveStills.

# A Das humanitäre Völkerrecht vor dem Hintergrund der israelischen Siedlungspolitik

Während die von Israel besetzten palästinensischen Gebiete zuweilen als ‚umstritten‘ bezeichnet und die Anwendbarkeit der Genfer Konventionen bestritten wird, herrscht in der internationalen Gemeinschaft, einschließlich den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, die Rechtsauffassung, dass es sich im Fall der Palästinensergebiete eindeutig um besetzte Gebiete (Occupied Palestinian Territories – OPTs) handelt. Dies gilt nicht nur für das Westjordanland und annektierte Ostjerusalem, sondern auch für den Gazastreifen.<sup>26</sup> Trotz des einseitigen Abzugs Israels aus dem Gazastreifen im Jahr 2005, gilt dieser spätestens seit 2007 wieder als faktisch besetzt, denn Israel kontrolliert und schränkt den Personen- und Warenverkehr zu Land, Wasser und Luft erheblich ein. Ohne eine Erlaubnis der israelischen Armee ist eine Ausreise unmöglich.<sup>27</sup> Palästinenser\*innen mit Wohnsitz in Gaza wird die Einreise in das Westjordanland zudem, Berichten von Human Rights Watch zufolge, regelmäßig verweigert.<sup>28</sup> Darüber hinaus unterliegt der Gazastreifen der ständigen Überwachung durch die israelische Armee.<sup>29</sup> Die Definition einer Besetzung nach Art. 42 HLKO, wonach „Ein Gebiet [...] als besetzt [gilt], wenn es tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres steht“ findet somit auch in Bezug auf den Gazastreifen weiterhin Anwendung.

Die gewaltsame Einverleibung fremden Territoriums ist völkerrechtlich strikt verboten (Art. 2 Abs. 4 VN-Charta).<sup>30</sup> Israels Annexion des seit 1967 besetzten Ostjerusalems (und der Golanhöhen) durch das von der Knesset am 30. Juli 1980 erlassene Grundgesetz, welches Jerusalem als vollständige und vereinigte Hauptstadt Israels erklärt, ist daher völkerrechtlich illegal und wurde vom VN-Sicherheitsrat scharf verurteilt.<sup>31</sup>

Die Feststellung einer Besetzung geht mit rechtlichen Verpflichtungen für den Besetzenden gemäß HLKO einher. So ist die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und der geordnete Gang der Dinge zu sichern (Art. 43), der Schutz von Privateigentum verpflichtend (Art. 46), Plünderung verboten (Art. 47) und die Besatzungsmacht lediglich als Verwalter und Nutznießer einzustufen (Art. 55). Kollektivstrafen aufgrund der Handlungen Einzelner sind ausdrücklich verboten (Art. 51).<sup>32</sup>

Die Genfer Konventionen von 1949, allen voran die GK IV über den Schutz der Zivilbevölkerung vom 12. August 1949, welche von Israel 1951 ratifiziert wurden und darüber hinaus Gewohnheitsrecht darstellen, ergänzen die HLKO. Zentral für den vorliegenden Fall und besonders für die israelische Siedlungspolitik ist dabei unter anderem Art. 49 Abs. 6: „Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.“ Zudem dürfen keine von Privateigentum oder öffentlichen Einrichtungen betroffenen beweglichen oder unbeweglichen Güter zerstört werden (Art. 53) und die Besatzungsmacht muss die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Arzneimitteln gewährleisten (Art. 55).<sup>33</sup>

Israel verstößt im Zuge der Besetzung palästinensischer Gebiete sowie der Annexion Ostjerusalems und der syrischen Gebiete wiederholt gegen internationales Recht und kommt seinen rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus dem humanitären Völkerrecht und internationalen Menschenrechtsnormen ergeben, nicht oder nur unzureichend nach. Insbesondere sind hierbei die Siedlungsaktivitäten, Landnahme, Umweltverschmutzung, die Zerstörung von palästinensischen Wohnhäusern, die Diskriminierung bei der Verteilung von Wasser bzw. die nicht vollständige Erfüllung der völkerrechtlich vorgeschriebenen Ordnungs- und Versorgungspflichten einer Besatzungsmacht, willkürliche Festnahmen, darunter die Inhaftierung von Minderjährigen, der Transfer von Gefangenen nach Israel, Kollektivstrafen sowie die Errichtung der Sperranlage im Westjordanland, welche die Bewegungsfreiheit der Palästinenser\*innen und damit beispielsweise den Zugang zu Ackerland durch die Zerstückelung ihres Land enorm einschränkt, zu nennen.<sup>34</sup> Die auf palästinensischer Seite hohe Zahl ziviler Opfer und die Zerstörung ziviler Infrastruktur (z.B. Schulen und Krankenhäuser) bei bewaffneten Konflikten mit dem israelischen Militär, vor allem während des Gaza-Krieges 2014, aber auch beispielhaft jüngst bei den Auseinandersetzungen an der Grenze zum Gazastreifen, die viele palästinensische zivile Todesopfer forderten, werfen zudem Fragen bezüglich der Verhältnismäßigkeit sowie dem Diskriminierungsprinzip, welches den Schutz von Zivilpersonen und öffentlichen Einrichtungen auch bei der Ausübung des Selbst-

verteidigungsrechts zum Zweck hat, auf.<sup>35</sup> Die Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 der VN-Generalversammlung schreibt ein Rückkehr- oder wahlweise Entschädigungsrecht für palästinensische Geflüchtete vor.<sup>36</sup> Die Resolution ist zwar nicht bindend, da sie nicht vom Sicherheitsrat verabschiedet wurde, galt jedoch als Kriterium für die Aufnahme Israels bei den Vereinten Nationen und wurde im Rahmen neuerer Resolutionen bekräftigt und wiederholt (vgl. Resolution 3236 oder Resolution 51/126).<sup>37</sup> Darüber hinaus garantiert das humanitäre Völkerrecht sowie internationale Menschenrechtsnormen das Recht auf Rückkehr. Hierbei handelt es sich um Gewohnheitsrecht und ist somit für Israel bindend. Im Jahr 1950 gab es laut VN-Angaben 750.000 palästinensische Flüchtlinge. Nach über 50 Jahren Besetzung und der Weitervererbung des Flüchtlingsstatus versorgt das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten mittlerweile rund 5 Millionen Geflüchtete.<sup>38</sup>

Zweifelsohne verstößt auch die palästinensische Hamas im Gazastreifen, welche nicht nur von Israel, sondern auch von der EU als Terrororganisation eingestuft wird, gegen das humanitäre Völkerrecht und begeht Kriegsverbrechen. Als terroristische Organisation ist die Hamas zwar kein Vertragspartner der völkerrechtlich relevanten Konventionen, doch aufgrund dessen gewohnheitsrechtlichen Status, ist dieses für alle Konfliktparteien bindend. Hierbei ist insbesondere der Angriff auf die israelische Zivilbevölkerung und zivile Objekte im israelischen Staatsgebiet zu nennen sowie der Gebrauch unterschiedslos wirkender Waffen, die auch am Kampfgeschehen unbeteiligte Personen treffen können. Beispielhaft hierfür sind die aus Gaza gefeuerten Raketen und Mörsergranaten, welche nicht auf ein Ziel ausrichtbar sind. Ebenso als Kriegsverbrechen zu definieren, ist der Missbrauch der palästinensischen Zivilbevölkerung als Schutzschild während Militäraktionen gegen Israel.<sup>39</sup> Neben der Hamas trifft dies auch auf weitere palästinensische und radikale, bewaffnete Gruppen zu. Die internationale Gemeinschaft muss darauf achten, für beide Seiten gleiche Maßstäbe anzulegen bei der Beurteilung eines Missbrauchs des humanitären Völkerrechts.

## Israelische Siedlungspolitik

Rund 600.000 israelische Siedler\*innen wohnen in mehr als 250 Siedlungen im Westjordanland und Ostjerusalem.<sup>40</sup> In Kombination mit kilometerlangen asphaltierten Straßen für israelische Siedler\*innen, Straßensperren und Checkpoints, Industriezonen und Landwirtschaftsflächen, hunderte Kilometer Sperranlage und Pufferzonen bewirkt die Infrastruktur der israelischen Siedlungen eine territoriale Zerstückelung des Westjordanlandes.

Zahlreiche palästinensische Städte und Dörfer sind geteilt. Dies schränkt die Bewegungsfreiheit der Palästinenser\*innen massiv ein, die in Enklaven isoliert voneinander leben.<sup>41</sup>

Die Siedlungen bedeuten auch eine zunehmende demographische Verschiebung zum Nachteil der palästinensischen Bewohner\*innen im Westjordanland, denen der Zugang zu natürlichen Ressourcen und

Möglichkeiten zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verwehrt ist bzw. erschwert wird. Palästinenser\*innen können rund 60 Prozent der unter israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung stehenden Territorien, den sogenannten „C-Gebieten“, in welchen die wichtigsten natürlichen Ressourcen im Westjordanland liegen, nicht nutzen.<sup>42</sup>

## B Israelischer Bankensektor

Jede Maßnahme in den israelischen Siedlungen der besetzten Gebiete, sei es Häuser- und Straßenbau oder auch die Errichtung sozialer Infrastruktur, erfordert zunächst eine Finanzierung.<sup>43</sup> Die Bereitstellung finanzieller Infrastruktur und attraktiver Finanzierungsmodelle für israelische Siedler\*innen und Firmen fördert die von der internationalen Gemeinschaft als völkerrechtswidrig eingestufte Siedlungspolitik der israelischen Regierung. Der israelische Bankensektor trägt auf diese Weise unmittelbar zur Unterstützung eines Verstoßes gegen das Völkerrecht in Ostjerusalem und dem Westjordanland bei. Insbesondere sind hierbei folgende Dienstleistungen israelischer Banken anzuführen:

### Hypothekendarlehen an Siedlerinnen und Siedler

Ein Großteil aller Siedlungen im Westjordanland werden durch die israelische Regierung als sogenannte „National Priority Areas“ eingestuft. Dies schafft zahlreiche finanzielle Anreize wie Steuererleichterungen oder die Subventionierung beim privaten Hausbau inklusive vereinfachter Rückzahlungsmodelle.<sup>44</sup> Israelische Banken vergeben in diesem Zusammenhang Hypothekendarlehen an israelische Siedler\*innen für den Bau oder Kauf von Eigenheimen im Westjordanland und Ostjerusalem. Die Banken behalten sich

dabei das Pfandrecht an den gekauften Grundstücken vor. Im Fall einer Zwangsvollstreckung wird die Bank so sogar zur Eigentümerin von besetztem Land.<sup>45</sup>

### Sonderdarlehen an Baufirmen für den Siedlungsbau

Israelische Banken gewähren Baufirmen für Immobilienprojekte Darlehen, die meist im Rahmen von sogenannten Begleitvereinbarungen („accompanying agreements“) abgewickelt werden. Dabei überwacht die Bank den Verlauf des Bauprozesses und bietet Hauskäufern mittels einer Bankbürgschaft Sicherheit. Auch hier behalten sich die Banken in der Regel das Pfandrecht an den gekauften Grundstücken vor, bis alle Wohnungen verkauft wurden.<sup>46</sup>

### Filialen in Siedlungsgebieten und Finanzdienstleistungen für Privatpersonen und Unternehmen

Eine Reihe israelischer Banken betreibt Filialen in israelischen Siedlungen im Westjordanland. Damit werden diese selbst wirtschaftlich aktiv und bauen die Finanzinfrastruktur im Siedlungsgebiet weiter aus. Da Palästinenser\*innen der Zutritt zu Siedlungen im Westjordanland verweigert wird, stehen diese Dienstleistungen allein israelischen Siedler\*innen zur Verfügung.<sup>47</sup>

### Finanzdienstleistungen an israelische Regionalverbände und Gemeindeverwaltungen

Israelische Regionalverbände und Gemeindeverwaltungen stellen verschiedene Arten der Kommunalverwaltung in Israel dar, die sich auch auf Siedlungen im Westjordanland erstrecken. Israelische Banken bieten auch den Verwaltungen im Westjordanland verschiedene Finanzdienstleistungen an. Hierzu gehören beispielsweise die Eröffnung und Führung von Konten oder die Vergabe von Krediten und Darlehen, um z.B. die Infrastruktur in Siedlungen zu verbessern oder Investitionen in Bildung, Tourismus oder Kulturangebote zu tätigen.<sup>48</sup>

Israelische Banken mit Aktivitäten in oder zugunsten israelischer Siedlungen auf besetztem Gebiet profitieren vom „gebundenen“ palästinensischen Geldmarkt. Da der palästinensischen Bevölkerung eine eigene Währung untersagt ist, sind die dortigen Banken bei Finanzdienstleistungen und Devisengeschäften auf israelische Banken als Dienstleister angewiesen, die von hohen Provisionen profitieren.<sup>49</sup>

Folgende in den von Israel besetzten Gebieten tätige Finanzdienstleister werden in diesem Bericht näher untersucht:

1. Bank Hapoalim

2. Bank Leumi

3. Mizrahi Tefahot

**Tabelle 3: Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen zu denen in dieser Studie untersuchten israelischen Finanzdienstleistern**

In Mio. Euro	Gehaltene Aktien			Gesamt
	Bank Hapoalim	Bank Leumi	Mizrahi Tefahot	
Deutsche Bank	2,67	4,63	1,21	8,51
DWS	1,16	1,77		2,93
<b>Gesamt</b>	<b>3,83</b>	<b>6,40</b>	<b>1,21</b>	<b>11,44</b>



Die Hapoalim Bank finanziert Bauprojekte in israelischen Siedlungen im besetzten Gebiet.  
© Who Profits

## Bank Hapoalim

Die 1921 gegründete Universalbank Hapoalim gehört zu den größten Finanzinstituten des Landes. Die Bank hat ihren Hauptsitz in Tel Aviv und ist dort im TA-100 Index an der Wertpapierbörse gelistet (ISIN: IL0006625771). In Israel betreibt sie rund 235 Filialen.<sup>50</sup>

Im Nachhaltigkeitsbericht des Bankenunternehmens vom Jahr 2017 bleiben die eigenen Geschäftstätigkeiten in den besetzten israelischen Gebieten im Westjordanland und Ostjerusalem unerwähnt. Bank Hapoalim ist laut Berichten der beiden NROs Who Profits und Human Rights Watch dabei im Rahmen von Begleitvereinbarungen („accompanying agreements“) an zahlreichen Wohnungsbauprojekten im Westjordanland involviert. In der israelischen Siedlung Efrat war die Bank mit Stand Ende letzten Jahres an drei Projekten mit bis zu 40 Wohnungseinheiten beteiligt. Gleiches gilt für die israelische Siedlung Beitar Illit, eine der größten im Westjordanland mit circa 50.000 Einwohner\*innen. Hier ist die Bank in drei Wohnungsbauprojekte mit 20, 40 und 48 Einheiten sowie in ein Straßenbauprojekt involviert. Für die Entstehung der Siedlung wurde privater Grundbesitz der palästinensischen Dörfer Wadi Fukin und Nahhalin konfisziert ebenso wie jüngst im Zuge der Erweiterung von Beitar Illit auch bzw. erneut in Husan, Wadi Fukin, Jab'a, Surif und Nahhalin. Auch in Ostjerusalem ist das Bankenhaus Hapoalim an einem Wohnungsbauprojekt mit 126 Einheiten in Har Homa sowie an einem weiteren mit 68 Wohnungseinheiten in Pisgat Ze'ev beteiligt.<sup>51</sup>

Auch Regionalverbände und Kommunalverwaltungen in israelischen Siedlungen im Westjordanland profitieren von den Finanzdienstleistungen des Bankenunternehmens. In 2014 erhielt der Megilot Dead Sea Regional Council ein Entwicklungsdarlehen in Höhe von NIS 1.5 Mio. (ca. EUR 357.412,50) über eine Laufzeit von 10 Jahren sowie in 2016 ein weiteres Entwicklungsdarlehen über NIS 2 Mio. (ca. EUR 476.550) für 15 Jahre. In 2015 vergab die Bank an den Mateh Binyamin Regional Council ein Darlehen in Höhe von NIS 49.5 Mio. (ca. EUR 11.799.315). Für verschiedene Regionalverbände und Gemeindeverwaltungen (z.B. Mateh Binyamin Regional Council, Efrat Local Council und Har Adar Regional Council) werden zudem Bankkonten geführt.<sup>52</sup>

Human Rights Watch und Who Profits dokumentierten außerdem Filialen der Bank in israelischen Siedlungen im Westjordanland (z.B. in Ariel, Beitar Illit und Ma'aleh Adumim) sowie in Ostjerusalem (z.B. in Pisgat Ze'ev, Gilo, Ramot, Ramat Eshkol und French Hill). Damit ist Bank Hapoalim über ihre Partnerschaften in Bauprojekten hinaus auch physisch im besetzten Westjordanland präsent und wirtschaftlich aktiv.<sup>53</sup>

Die Geschichte der Bank, wie im Nachhaltigkeitsbericht von 2017 beschrieben, ist nicht nur mit der beachtlichen marktwirtschaftlichen Entwicklung Israels seit der Staatsgründung von 1948 verknüpft, sondern auch mit der Unterstützung der Besatzungspolitik und der damit einhergehenden Einschränkung politischer und wirtschaftlicher Rechte der palästinensischen Bevölkerung.

**Tabelle 4:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Bank Hapoalim**

In Mio. Euro	Gehaltene Aktien
<b>Deutsche Bank</b>	<b>3,83</b>
Deutsche Asset Management Americas	2,67
DWS Investment GmbH	1,16
<b>Gesamt</b>	<b>3,83</b>

## Bank Leumi

Die Bank Leumi ist nach eigenen Angaben das älteste Bankenunternehmen in Israel und gehört im Nahen Osten zu einem der führenden und größten Bankhäuser. Sie ist mit rund 200 Filialen in Israel vertreten, dazu zählen auch Filialen in den annektierten Golanhöhen und Ostjerusalem sowie in israelischen Siedlungen im Westjordanland, z.B. in Katzrin, Ramot Eshkol oder Modi'in Illit.<sup>54</sup> Die Bank ist im TA-100 Index an der Wertpapierbörse in Tel Aviv gelistet (ISIN: IL0006046119).

Als Unterzeichnerin des VN-Global Compact soll das Bankunternehmen Leumi sicherstellen, sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig zu machen. In der Praxis ist dies kaum der Fall. In der israelischen Siedlung Alfei Menashe im Westjordanland begleitete die Bank beispielsweise das Luxus-Wohnungsbauprojekt Amirei Nof. Hierbei handelt es sich um 130 Wohneinheiten, welche Ende 2019 fertiggestellt werden sollen.<sup>55</sup>

Die 1983 gegründete israelische Siedlung Alfei Menashe mit über 8.000 Einwohnern liegt weniger als 2 km von der Waffenstillstandslinie (auch: Grüne Linie) entfernt auf besetztem palästinensischem Territorium. Aufgrund des Verlaufes der israelischen Sperrmauer ist die Siedlung nahtlos mit dem israelischen Staatsgebiet verbunden. Hierfür musste die palästinensische Stadt Qalqiliya mit 50.000 Einwohner\*innen nahezu komplett von einer acht meterhohen Betonmauer eingeschlossen werden. Es gibt lediglich einen Zugang im Osten der Stadt. Dieser wird durch einen israelischen Checkpoint kontrolliert. Viele palästinensische Bäuer\*innen können ihre Ländereien deswegen kaum noch erreichen.

Die Bank Leumi ist an vielen weiteren Bauprojekten im Westjordanland beteiligt. Zu nennen sind hierbei unter anderem die Finanzierung von Infrastrukturprojekten in der Siedlung Givat Ze'ev (ab 2013), ein Bauprojekt bestehend aus 77 Wohnungseinheiten in der Ostjerusalem Siedlung Har Homa (2015 abgeschlossen) und eines bestehend aus 60 Wohnungseinheiten in der Siedlung Ma'ale Adumim (2016 abgeschlossen) sowie bis mindestens Ende letzten Jahres ein Bauprojekt aus 92 Wohnungseinheiten im Stadtteil Pisgat Ze'ev im annektierten Ostjerusalem.

Die Bank vergibt zudem Hypothekendarlehen an Siedlerinnen und Siedler für den Bau privater Eigenheime sowie an Kommunalverwaltungen in israelischen Siedlungen, so z.B. in Höhe von NIS 5 Mio. (ca. EUR 1,2 Mio.) an den Gush Etzion Regional Council im Mai 2016.<sup>56</sup>



Bau des Luxus-Bauprojektes Amirei Nof in der israelischen Siedlung Alfei Menashe im Westjordanland. © 2017 Human Rights Watch

Das Bankunternehmen Leumi bietet Dienstleistungen in und zugunsten israelischer Siedlungen auf besetztem und annektiertem palästinensischem bzw. syrischem Territorium an. Damit ist die Bank direkt am Aufbau und dem Erhalt völkerrechtswidriger Siedlungen beteiligt. Diese stellen einen Rechtsbruch dar, denn einer Besatzungsmacht ist es nicht gestattet, die eigene Zivilbevölkerung in das besetzte Gebiet umzusiedeln (Art. 49 Abs. 6 GK IV).

**Tabelle 5:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Bank Leumi**

In Mio. Euro	Gehaltene Aktien
<b>Deutsche Bank</b>	<b>6,40</b>
Deutsche Asset Management (UK) Limited	1,21
Deutsche Asset Management Americas	3,42
DWS Investment GmbH	1,77
<b>Gesamt</b>	<b>6,40</b>



Abbildung 1:  
Während israelische Siedler\*innen problemlos Städte wie Alfei Menashe auf besetztem Gebiet erreichen können, sind palästinensische Städte wie Qalqiliya nahezu vollständig von der Außenwelt abgeschottet.  
© OCHA Information Management Unit (Jan. 2019)



Eine Filiale der Bank in der israelischen Siedlung Karnei Shomron im Westjordanland © Who Profits

## Bank Mizrahi Tefahot

Die Bank Mizrahi Tefahot mit Sitz in Ramat Gan ist gemessen an ihren Vermögenswerten die drittgrößte Bank in Israel. Sie bietet eine große Bandbreite an heimischen und internationalen Dienstleistungen im privaten wie auch kommerziellen Bankensektor an.<sup>57</sup> Nach eigenen Angaben ist sie zudem die größte Hypothekenbank in Israel. Mizrahi Tefahot ist im TA-100 Index an der Wertpapierbörse in Tel Aviv gelistet (ISIN: IL0006954379). Die Bank betreibt 187 Filialen in Israel, 47 davon über die Tochter Bank Yahav.<sup>58</sup>

Das Bankhaus verweist in seinem Bericht über soziale Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility) aus dem Jahr 2017 explizit auf die VN-Nachhaltigkeitsziele sowie den von der Bank unterzeichneten Global Compact der internationalen Staatengemeinschaft. In der Praxis werden diese Ziele nur unzureichend umgesetzt. Tatsächlich begünstigt das Bankunternehmen die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland mit seinen Dienstleistungen unmittelbar. Die Mizrahi Tefahot Bank ist an drei der vier eingangs beispielhaft beschriebenen Formen einer Unterstützung der völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungspolitik durch den Bankensektor beteiligt.

Die NROs Who Profits und Human Rights Watch haben im Untersuchungszeitraum zum einen die Vergabe von Hypothekendarlehen an israelische Siedlerinnen und Siedler in Ostjerusalem und im Westjordanland dokumentiert.<sup>59</sup> Zum anderen recherchierten die Organisationen eine Reihe von Filialen auf besetztem und annektiertem Gebiet (z.B. in Alon Shvut im Westjordanland oder in Ramat Eshkol in Ostjerusalem).<sup>60</sup>

Ferner ist und war das Bankunternehmen Mizrahi Tefahot an zahlreichen Projektpartnerschaften beim Wohnungs- und Infrastrukturaufbau im Westjordanland und in Ostjerusalem beteiligt. Beispielsweise unterstützte die Bank Bauprojekte in den Siedlungen Ariel und Ma'ale Adumim, bestehend aus 60 und 48 Wohnungseinheiten, sowie in Elkana zwei weitere Wohnungsprojekte mit 106 und 145 Einheiten. In Ostjerusalem war sie bis vor kurzem zudem an Immobilienprojekten in Har Homa (44 Wohnungseinheiten), Neve Ya'akov (78 Wohnungseinheiten) und Ramat Shlomo (144 Wohnungseinheiten) beteiligt.<sup>61</sup>

Das Bankunternehmen Mizrahi Tefahot schafft durch die Unterstützung von israelischen Siedlungs- und Infrastrukturprojekten im besetzten Gebiet Fakten und trägt zur Verfestigung des Besatzungsstatus bei. Eine auf beidseitigem Verständnis aufbauende, nachhaltige Friedenslösung wird durch diese Unternehmenspraxis weiter erschwert.

**Tabelle 6:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Mizrahi Tefahot Bank**

In Mio. Euro	Gehaltene Aktien
<b>Deutsche Bank</b>	<b>1,21</b>
Deutsche Asset Management Americas	1,21
<b>Gesamt</b>	<b>1,21</b>



PayPal verweigert seinen Service Palästinenser\*innen in Gaza und dem Westjordanland. Das Fehlen des Online-Zahlungsdiensts gilt als Wachstumsbremse.  
© Mohamed Hassan via pxhere CC0 1.0

## PayPal

Der börsennotierte amerikanische Zahlungsdienst PayPal ist die Nummer Eins unter den Online-Zahlungsdiensten. PayPal ist auf mehr als 200 regionalen Märkten aktiv, auch in israelischen Siedlungen im Westjordanland. Gleichzeitig verweigert PayPal aber seit Jahren Palästinenser\*innen in Gaza und dem Westjordanland seinen Service und agiert damit diskriminierend. Der fehlende Zugang zum Online-Zahlungsdienst PayPal kann durchaus als Wachstumsbremse bewertet werden. Viele Gründer\*innen und Freelancer, die versuchen die Blockade durch israelische Finanzdienstleister virtuell zu überwinden, sind auf alternative Zahlungsdienste angewiesen. PayPal hat sich längst als Zahlungssystem etabliert und erfordert keine lokalen Filialen. PayPal-Konten werden z.B. für die Zahlungsabwicklung bei der Ausbezahlung von Löhnen oft von ausländischen Arbeitgeber\*innen gefordert – ein Problem für Palästinenser\*innen.<sup>62</sup>

## C Energie- und Solarsektor

Energie ist Voraussetzung dafür, dass Unternehmen Güter herstellen können und Arbeitsplätze entstehen. Sie wird benötigt, um Lebensmittel zu produzieren, Nahrung zuzubereiten, Wohnungen und Schulen mit Strom und Wärme zu versorgen, Krankenhäuser zu betreiben oder um sauberes Trinkwasser bereitzustellen. Energie macht weltweite Kommunikation und Mobilität möglich. Ohne Energie ist die Entwicklung einer Wirtschaft bzw. einer Region unmöglich.

Während eine verlässliche Stromversorgung in israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland eine Selbstverständlichkeit darstellt, ist die palästinensische Bevölkerung von einer anhaltend schlechten Energieversorgung betroffen. Dies gilt vor allem für Haushalte im Gazastreifen. Im vergangenen Jahr erhielten die rund 1,9 Mio. Bewohner\*innen im Durchschnitt lediglich etwas mehr als 7 Stunden Strom pro Tag. In diesem Jahr ist ein kontinuierlicher, aber lange nicht ausreichender Anstieg von 9 auf momentan 16 Stunden pro Tag festzustellen.<sup>63</sup>

Bei dem palästinensischen Energiesektor handelt es sich – wie beim Finanzsektor – um einen „gebundenen“ Markt.<sup>64</sup> Im Jahr 1967 beendete Israel lokale Versorgungsverträge und setzte stattdessen die Israel Electric Corporation (IEC) ein, deren Hauptanteilseigner der Staat Israel ist (99,85 %) und manifestierte auf diese Weise die palästinensische Energieabhängigkeit.<sup>65</sup> Seitdem konnte sich keine eigenständige und vollkommen unabhängige Versorgungsindustrie entwickeln trotz erster kleinerer Solaranlagen im Westjordanland und einem Kraftwerk im Gazastreifen, welches jedoch mehrfach von Israel bombardiert wurde, von Diesellieferungen abhängig ist und nur eingeschränkt Energie liefern kann.

Dafür profitiert Israel von dem Export seiner Energieprodukte und nutzte in der Vergangenheit mehrfach die Abschaltung von Strom als politisches Druckmittel. In den C-Gebieten des Westjordanlandes, die über 60 % des Territoriums ausmachen und deren Infrastruktur unter israelischer Kontrolle steht, können Palästinenser\*innen ohne Genehmigung seitens Israels keine neuen oder bestehenden Elektrizitätsinfrastrukturen (aus)bauen.<sup>66</sup> Im Gegenteil, immer wieder sind bestehende Solaranlagen, die z.B. von NROs oder ausländischen

**Tabelle 7:**  
**Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen zu den in dieser Studie**  
**untersuchten Unternehmen im israelischen Solarsektor**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite		Gehaltene Aktien		Gesamt
	First Solar	SMA Solar Technology	First Solar	SMA Solar Technology	
<b>Commerzbank</b>		32,79	10,76		<b>43,55</b>
<b>Deka Gruppe</b>			4,44		<b>4,44</b>
<b>Deutsche Bank</b>	12,27	32,79	1,19		<b>46,26</b>
<b>DWS</b>			9,67	46,09	<b>55,77</b>
<b>DZ Bank</b>			2,76		<b>2,76</b>
<b>Helaba</b>		32,79			<b>32,79</b>
<b>Triodos Investment Management BV</b>			7,54		<b>7,54</b>
<b>UniCredit Bank AG</b>			2,63		<b>2,63</b>
<b>Gesamt</b>	<b>12,27</b>	<b>98,38</b>	<b>38,99</b>	<b>46,09</b>	<b>195,74</b>

Staaten gespendet wurden, von Abrissverfügungen betroffen.<sup>67</sup> Auch die Erschließung der Erdgasvorkommen vor dem Gazastreifen im Mittelmeer wird durch Israel blockiert.<sup>68</sup>

Laut einer Ankündigung Israels und der Palästinensischen Autonomiebehörde im Mai letzten Jahres sollen vier Kraftwerke im Westjordanland gebaut werden, die zu einer selbständigeren Energieversorgung Palästinas im Westjordanland führen sollen.<sup>69</sup> Noch ist unklar, ob dies tatsächlich Abhilfe schaffen wird. Problematisch ist in diesem Zusammenhang etwa die Abhängigkeit von Treibstoffimporten sowie eine mögliche weitere Verschuldung der Palästinensischen Autonomiebehörde gegenüber Israel zur Betreibung der Kraftwerke.

Israel bzw. IEC beliefert rund 95 % der palästinensischen Gebiete im Westjordanland und über die Hälfte der Haushalte im Gazastreifen mit Strom.<sup>70</sup> Aufgrund hoher Schulden stellte das IEC in der Vergangenheit mehrfach den Strom in den besetzten Gebieten ab. Gründe für eine fehlende Zahlungsbereitschaft von Palästinenser\*innen liegen u.a. an hohen Energiepreisen.<sup>71</sup> Die Stromkosten durch IEC machten im Jahr 2016 allein 9 % der durchschnittlichen Haushaltsausgaben aus und gelten als eine der höchsten unter den Ländern in Nahost und Nordafrika (MENA).<sup>72</sup> Dabei ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung von absoluter Armut betroffenen (Gaza: 38,8 % und Westjordanland: 17,8 %).<sup>73</sup>

Im Westjordanland könnte Solarenergie Abhilfe schaffen. Mit rund 3.000 Sonnenstunden pro Jahr und hohen Strahlungswerten eignet sich der Jordangraben im Osten des Territoriums, welcher zu 94 % durch Israel kontrolliert wird (C-Gebiete), für eine umweltfreundliche Energiegewinnung mittels Solartechnik. Israel hat dies für sich bereits erkannt und fasste im Jahr 2008 den Beschluss Solarenergie zu subventionieren. 2014 wurde die Einführung kommerzieller Solarfelder in die besetzten Gebiete genehmigt.<sup>74</sup> Palästinenser\*innen erhalten allerdings praktisch nie eine Genehmigung für die Installation von Solarzellen in den C-Gebieten. Immer wieder sind selbst kleine palästinensische Solarinstallationen von Abrissverfügungen betroffen oder wurden in der Vergangenheit vereinzelt durch Siedler\*innen zerstört.<sup>75</sup>

Die israelischen Solarfelder benötigen viel Platz und berauben die palästinensische Bevölkerung dadurch ihres Bodens zur agrarwirtschaftlichen Nutzung. Auf 332.991 Quadratmeter betreibt Israel bereits vier großflächige kommerzielle Solarfelder im Westjordanland, die 12.500 Haushalte im israelischen Staatsgebiet sowie israelische Siedlungen im Westjordanland mit Solarenergie beliefern – Tendenz steigend.<sup>76</sup> Palästinensische Bewohner\*innen im Westjordanland ziehen keinen Nutzen aus der Solarenergie, die israelischen Haushalten vorbehalten ist.

Gemäß HLKO ist eine Besatzungsmacht lediglich Verwalter und Nutznießer (Art. 55). Die Ausbeutung von Ressourcen zum eigenen Nutzen und Nachteil der ansässigen Bevölkerung ist völkerrechtswidrig. Ungeachtet dessen sind zahlreiche israelische und internationale Unternehmen an den Solarfeldern im Westjordanland beteiligt. Damit unterstützen sie den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungsbau im Westjordanland und nehmen Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf. Auch Unternehmen die nicht direkt vor Ort beteiligt sind, sondern lediglich Ausrüstung oder Material liefern, müssen sicherstellen, dass dieses nicht zur Verfestigung der israelischen Besetzung im Westjordanland verwendet wird.

Folgende, in denen von Israel besetzten Gebieten tätige, Solarunternehmen werden in diesem Bericht näher untersucht:

---

**1. First Solar, Inc.**

---

**2. SMA Solar Technologies AG**

---



Solarstromprojekt in der Siedlung Kalia, Westjordanland, 2017.  
© Who Profits

<b>TOTAL</b>	<b>110,66</b>	<b>85,08</b>	<b>195,74</b>
--------------	---------------	--------------	---------------

## SMA Solar Technologies AG

Das deutsche Unternehmen SMA Solar Technologies AG für Photovoltaik-Systemtechnik gilt als führend im Bereich von Wechselrichter-Technologien. Im Jahr 2018 belief sich der Umsatz auf circa EUR 761 Mio. SMA Solar Technologies ist seit dem Jahr 2008 an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert (ISIN: DE000A0DJ6J9).<sup>77</sup>

„Als global agierendes Unternehmen wird SMA ihrer gesellschaftlichen und moralischen Verantwortung unter Einbeziehung aller Stakeholder gerecht. International gültige Werte und Prinzipien gelten sowohl für unsere Standorte als auch für die gesamte Lieferkette.“

Trotz diesem Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung für die gesamte Lieferkette dokumentierte die NRO Who Profits im Oktober 2017 Wechselrichter-Technologien (Sunny Tripower 60) der Firma SMA Solar Technologies auf dem Kalia Solarfeld im Westjordanland. Eigentümer des Solarfelds ist das 400 Einwohner große Kibbutz Kalia, welches für dessen Bau ein Joint Venture mit dem israelischen Solarunternehmen Clal Sun einging. Das Kalia Solarfeld ist das Größte im besetzten Westjordanland.<sup>78</sup>

SMA versprach daraufhin im Juni 2018 Besserung:<sup>79</sup>

„However, we were not aware of the Kalia Solar Field using our inverters in the Palestinian territories until this was brought to our

attention by you as we did not deliver the inverters to the project. It is most likely that the devices have been delivered through an Israel-based wholesaler to the project without our knowledge. As previously mentioned, human rights are an extremely important issue for SMA. Therefore, we will enhance our efforts even further to ensure that our inverters are not used in sensitive cases like this. At the same time we ask for your understanding that it might not be possible to completely rule out as we have only limited access to information on the final destinations of our inverters that are resold through wholesalers.“

Auf eine Nachfrage seitens Facing Finance ob und inwiefern seither Abhilfemaßnahmen getroffen wurden, hat SMA Solar Technologies bisher nicht reagiert. Ein Weiterverkauf von beispielsweise gebrauchten SMA Produkten ist schwer zu regulieren bzw. kontrollieren. Doch für den direkten Verkauf können vertragliche Bestimmungen festgelegt werden. Inwiefern SMA Solar Technologies diesbezüglich tätig geworden ist, konnte nicht abschließend geklärt werden. Dabei sind Best-Practice-Ansätze, wie die Lieferung eigener Produkte zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Besatzungsstatus bestmöglich entgegengewirkt werden kann, über die Branche hinaus von hoher Relevanz. Auf der SMA-Website heißt es lediglich: „Wir richten unser Handeln an klar definierten Werten und Prinzipien aus. Dabei beziehen wir auch unsere Geschäftspartner und Lieferanten ein.“<sup>80</sup>

**Tabelle 8:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu SMA Solar Technology AG**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Gehaltene Anteile	Gesamt
<b>Commerzbank</b>	<b>32,79</b>		<b>32,79</b>
Commerzbank AG	32,79		32,79
<b>Deutsche Bank</b>	<b>32,79</b>	<b>46,09</b>	<b>78,89</b>
Deutsche Bank	32,79		32,79
DWS Investment GmbH		46,09	46,09
<b>Helaba</b>	<b>32,79</b>		<b>32,79</b>
Landesbank Hessen-Thüringen	32,79		32,79
<b>Gesamt</b>	<b>98,38</b>	<b>46,09</b>	<b>144,48</b>



Solarpaneele der Firma First Solar für das Kalia Solarfeld im Westjordanland, 2015.  
© Dror, Etkes. Who Profits.

## First Solar

Das US-amerikanische und international tätige Unternehmen First Solar, Inc. bietet umfassende Photovoltaik-Systemlösungen an. Das Unternehmen verkauft eigenproduzierte Dünnschicht-Solarmodule für Photovoltaikanlagen und errichtet weltweit photovoltaische Anlagen. Seit dem Jahr 2006 ist First Solar an der elektronischen Börse NASDAQ gelistet (ISIN: US3364331070).

Im First Solar Nachhaltigkeitsbericht vom Jahr 2018 widmet das Unternehmen dem verantwortungsvollen Produktzyklus-Management ein ganzes Kapitel. First Solar gibt darin an über die gesamte Lebensdauer der Produkte, also von der Rohmaterialbeschaffung, der Herstellung über den Einsatz des Produktes bis zum Ende der Lebensdauer, sowohl wirtschaftliche wie auch soziale Aspekte beachten zu wollen.<sup>81</sup> Ungeachtet dessen, sind Solarpanels der Firma auf dem größten Solarfeld im Westjordanland installiert. Auf der über 133.000 Quadratkilometer großen Anlage des Kalia Solarfelds sind circa 104.000 Solarpanels installiert. Insgesamt 44 vor Ort-Recherchen der israelischen NRO Who Profits im Jahr 2016 und 2017 belegten, dass die Solarpanels allesamt von der Firma First Solar stammen.<sup>82</sup>

Die Firma First Solar ist einer Reihe von Initiativen zur Achtung der Menschenrechte beigetreten und hat hierzu eine eigene Richtlinie entwickelt.<sup>83</sup> Diese bezieht sich jedoch lediglich auf Arbeitsrechte und wird den möglichen Auswirkungen des Einsatzes von First Solar Produkten in besetzten Gebieten nicht gerecht. Das Kalia Solarfeld kann hierfür als Beispiel gelten. Denn mit jeder weiteren Siedlung, Industriezone, Straße oder auch Solaranlage verdichten bzw. verfestigen sich die israelischen Siedlungsstrukturen im Westjordanland. Dies führt dazu, dass immer mehr ansässige Palästinenser\*innen aus den C-Gebieten vertrieben werden und es damit umso schwieriger wird, die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungsaktivitäten zu beenden. Wünschenswert ist daher eine umfassende, die völkerrechtliche Situation reflektierende Auseinandersetzung und Reaktion durch das Unternehmen.

**Tabelle 9:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu First Solar, Inc.**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>		<b>10,76</b>	<b>10,76</b>
Commerzbank AG		10,76	10,76
<b>Deka Gruppe</b>		<b>4,44</b>	<b>4,44</b>
Deka Investment GmbH		2,22	2,22
DekaBank Deutsche Girozentrale		2,22	2,22
<b>Deutsche Bank</b>	<b>12,27</b>	<b>10,87</b>	<b>23,14</b>
Deutsche Asset Management (UK) Limited		1,19	1,19
Deutsche Bank	12,27		12,27
DWS Investment GmbH		9,67	9,67
<b>DZ Bank</b>		<b>2,76</b>	<b>2,76</b>
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank		1,75	1,75
DZ PRIVATBANK S.A.		1,01	1,01
<b>Triodos Investment Management BV</b>		<b>7,54</b>	<b>7,54</b>
Triodos Investment Management BV		7,54	7,54
<b>UniCredit</b>		<b>2,63</b>	<b>2,63</b>
UniCredit Bank AG		2,63	2,63
<b>Gesamt</b>	<b>12,27</b>	<b>38,99</b>	<b>51,26</b>

## D Bausektor, Transport und Infrastruktur

Der Bausektor ist eine Schlüsselindustrie, die typischerweise unternehmensnahe Dienstleistungen nach sich zieht und zu Ausgabeimpulsen führt, die wiederum zu hohen Wertschöpfungen führen. Eine funktionierende und zuverlässige Infrastruktur wiederum ist die Voraussetzung für wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung. Daher sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktureinrichtungen immer Teil einer verantwortungsbewussten Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Die in diesem Bericht untersuchten Fälle zeigen jedoch, wie eine Baubranche, aktiv in besetzten Gebieten, auch zur Verschlechterung von Lebensbedingungen beitragen kann.

Zahlreiche internationale Bauunternehmen sind und waren an der Errichtung israelischer Siedlungsstrukturen im besetzten Westjordanland, dem Bau der Sperranlage, welcher vom Internationalen Gerichtshof 2004 als völkerrechtswidrig eingestuft wurde, an der Zerstörung palästinensischen Wohnraums und physischer Strukturen sowie an der Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen beteiligt. Die Firmen tragen durch ihre Geschäftsmodelle zur Verletzung des humanitären Völkerrechts bei und profitieren wirtschaftlich von der Besetzung der palästinensischen Gebiete. Eine solche Unternehmenspolitik und Praxis unterstützt die israelische Siedlungs- und Expansionspolitik, und trägt zur Verfestigung des Besatzungsstatus bei.

Im Jahr 2018 stellte das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten für die besetzten palästinensischen Gebiete (OCHA oPt) fest, dass insgesamt 708 Hindernisse die Bewegungsfreiheit von Palästinenserinnen und Palästinensern im Westjordanland behindern. Dies sind 136 Hindernisse mehr im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2017. Bei den Behinderungen handelt es sich beispielsweise um Checkpoints, Erdwälle oder Straßensperren.<sup>84</sup> Hinzu kommt die Sperranlage zwischen Israel und dem Westjordanland, die Israel zu circa 85% auf palästinensischem Territorium errichtet hat.<sup>85</sup> Palästinenser\*innen mit Landbesitz zwischen der Mauer und der Waffenstillstandslinie (auch: Grüne Linie) benötigen israelische Genehmigungen, um dieses zu betreten. Viele Palästinenserinnen und Palästinenser können daher ihr Land nicht kontinuierlich bewirtschaften. Von den 84 Toren für Palästinenser\*innen haben nur neun täglich geöffnet. 65 Tore sind ausschließlich während der Olivenernte passierbar.<sup>86</sup> Aufgrund der etwa 250 Siedlungen und Außenposten, Industriezonen, Infrastrukturprojekten und landwirtschaftlichen Flächen israelischer Siedler\*innen sind Palästinenser\*innen in ihrer Bewegungsfreiheit im Westjordanland massiv eingeschränkt. Neben der Zerstückelung ihres Territoriums werden sie aufgrund der restriktiven israelischen Siedlungspolitik in den C-Gebieten, welche über 60 % des Westjordanlandes darstellen und viele Ressourcen beherbergen, an dem Aufbau eigener Infrastruktur behindert. Darüber hinaus wurden seit 1967 zwischen 28.000 und 50.000 palästinensische Häuser durch Israel zerstört.<sup>87</sup>

Die Haager Landkriegsordnung von 1907 verbietet es einer Besatzungsmacht die Ressourcen des besetzten Landes für den eigenen Vorteil auszubeuten. Von den israelischen Steinbrüchen im besetzten Westjordanland hat die palästinensische Bevölkerung jedoch kaum etwas. Rund 94 % der Ausbringung wird gewinnbringend auf dem israelischen Markt verkauft. Etwa 2,5 % fallen zudem an Lizenzgebühren für die israelische Zivilbehörde an. Die palästinensische Bevölkerung profitiert hiervon kaum.<sup>88</sup>

Folgende, in den von Israel besetzten Gebieten tätige, Unternehmen aus der Baubranche werden in diesem Bericht näher untersucht. Sie lassen sich in drei Kategorien einteilen, die mit einer Unterstützung der völkerrechtswidrigen Siedlungsaktivitäten Israels im Westjordanland einhergehen:

---

**1. Ressourcenplünderung: HeidelbergCement und Cemex.**

---

**2. Zerstörung palästinensischer Infrastruktur im Gazastreifen, Westjordanland, Ostjerusalem sowie den Golanhöhen: Hyundai Heavy Industries, CNH Industrial, Caterpillar und Volvo Group.**

---

**3. Bau israelischer Infrastruktur im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem: HeidelbergCement, Hyundai Heavy Industries, CNH Industrial, Caterpillar, Volvo Group, Siemens und Bombardier.**

---

**Tabelle 10:  
Gesamtübersicht der  
Finanzbeziehungen zu denen  
in dieser Studie untersuchten  
Unternehmen aus der  
Baubranche**

In Mio. EUR	Gesamt																
	Apobank	BayernLB	Commerzbank	Deka Gruppe	Deutsche Bank	DWS	DZ Bank	Helaba	KfW	LBBW	NordLB	Stadtparkasse Düsseldorf	Uni Credit Group	Uni Credit Bank AG	Uni Credit SpA	Union Investment	
<b>Bombardier</b>		23,69	210,88		187,20				23,69		23,69				56,31		525,44
<b>Caterpillar</b>			840,88		2.422,48												3.263,36
<b>Cemex</b>		257,01															257,01
<b>CNH</b>			218,99		218,99										218,99		656,98
<b>Heidelberg-Cement</b>		475,18	475,18		475,18		475,18		475,18								2375,90
<b>Siemens</b>		189,12	189,12		189,12		189,12		189,12						189,12		1323,86
<b>Volvo</b>					65,22							65,22					130,43
<b>Bombardier</b>			267,53		267,53							267,53					802,58
<b>Caterpillar</b>			393,08		470,19												863,27
<b>CNH</b>			167,17		662,33								335,06				1.164,55
<b>Heidelberg-Cement</b>		275,17	361,08		790,56		298,56		125,97								1.851,34
<b>Siemens</b>			2.429,88		2.057,12		499,96					1.929,92					6.916,87
<b>Volvo</b>					590,29							753,77					1.344,06
<b>Bombardier</b>					36,37					1,02							37,40
<b>Caterpillar</b>					81,36					2,96							84,32
<b>Cemex</b>					16,56		2,73										54,16
<b>CNH</b>					25,66		1,71		3,41								42,33
<b>Heidelberg-Cement</b>	2,50		75,49		13,00		50,51	5,69	10,92	3,98	2,82						164,92
<b>Siemens</b>	2,28		13,67		134,99		7,17		8,82	2,28				6,37			175,57
<b>Volvo</b>			12,63		111,98		6,94										131,55
<b>Bombardier</b>			3,47		1,06												4,54
<b>Caterpillar</b>			19,02	41,24	166,23	88,55	21,46										336,50
<b>Cemex</b>					1,86	5,30											7,15
<b>CNH</b>				7,92	88,23	14,29									2,36		112,81
<b>Heidelberg-Cement</b>			13,40	152,01	26,63	258,13	2,60		32,82								485,59
<b>Hyundai HI</b>					1,05		7,47										8,51
<b>Siemens</b>	1,58		149,19	857,70	129,25	1682,00	424,27	7,11	19,42	1,15	5,18			1,25			3278,13
<b>Volvo</b>				11,00	34,95	19,10	46,70										111,74
	6,36	1.220,16	5.735,39	1.217,36	9.266,34	2.068,43	1.259,74	982,70	23,69	31,09	8,00	3.351,49	7,62	464,43	2,36		26.510,84



Das ehemalige Betonwerk von Hanson Israel in der israelischen Siedlung Atarot im Westjordanland (Juni 2015). © Who Profits

## HeidelbergCement

Der börsennotierte deutsche Baustoffkonzern HeidelbergCement gehört mit einem Gesamtumsatz von rund EUR 18,1 Mrd. im Jahr 2018 zu den größten Baustoffunternehmen der Welt (ISIN: DE0006047004).<sup>89</sup> Unter dem Motto „for better building“ produziert, handelt und vertreibt das Unternehmen Zement und Zuschlagstoffe.<sup>90</sup>

HeidelbergCement ist durch seine Tochtergesellschaft Hanson Israel seit 2007 im Westjordanland aktiv. Hanson Israel betreibt 31 Werke in Israel: 25 für Transportbeton, 3 für Zuschlagstoffe und 2 für Asphalt.<sup>91</sup> Bis vor kurzem befanden sich auch Werke in den von Israel verwalteten C-Gebieten im besetzten Westjordanland: nahe der beiden israelischen Siedlungen Modi'in Illit und Atarot. HeidelbergCement bestätigte gegenüber Facing Finance, dass beide Werke „mittlerweile aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen“ wurden (Modi'in Illit im Oktober 2017, Atarot im April 2018).

Südlich der israelischen Siedlung Elkana betreibt Hanson Israel den Steinbruch Nahal Raba. In einer Stellungnahme gegenüber Facing Finance erklärte HeidelbergCement, dass aufgrund auslaufender Genehmigungen mittlerweile ein Verkaufsprozess eingeleitet wurde. Ferner befindet das Unternehmen, dass sich der Steinbruch „direkt an der Grenze zu Israel auf öffentlichem Land“ befinde. Dies steht im Widerspruch zu den seit Jahren vorgebrachten Vorwürfen gegen HeidelbergCement und seine Tochtergesellschaft bzw. gründet auf einer unvollständigen Darstellung. Tatsächlich handelt es sich bei dem Steinbruch im Fall von rund 60 Hektar um Gelände des palästinensischen Dorfes Al-Zawiyah. Das Gebiet wurde durch Israel als ‚state land‘ deklariert und der Steinbruch anschließend durch die Israelische Zivilbehörde lizenziert. Hinzukommt, dass der Steinbruch durch die Sperranlage von seinen eigentlichen palästinensischen Besitzern abgetrennt wurde. Anstelle dessen besteht ein direkter Zugang zu israelischem Territorium und weitet dieses faktisch bis in das besetzte Gebiet hin aus.<sup>92</sup> Der Großteil der dort abgebauten Ressourcen ist für den israelischen Markt bestimmt.<sup>93</sup>

HeidelbergCement betont, Anfang 2018 eine Menschenrechtsrichtlinie entwickelt zu haben und seither für alle Länder, in denen die Firma tätig ist, ein „Menschenrechts-Due-Diligence“ vorzunehmen. Das Unternehmen erklärt, besonders darauf zu achten, dass „die lokale Bevölkerung in besetzten Gebieten soweit als möglich in die Geschäftsaktivität einbezogen ist und von den Produkten sowie den dadurch geschaffenen Arbeitsplätzen profitiert. Rückmeldungen bezüglich möglicher Fehlverhalten der Tochtergesellschaften werden analysiert und, falls notwendig, werden Gegenmaßnahmen ergriffen.“<sup>94</sup> Nachdem das Unternehmen seit Jahren in der Kritik für seine Geschäftstätigkeiten in den palästinensischen besetzten Gebieten sowie in der Westsahara steht, ist dies eine erste positive Entwicklung. Die explizite Betonung des Unternehmens sich aus den besetzten palästinensischen Gebieten aus wirtschaftlichen Gründen zurückzuziehen, lässt allerdings keine Rückschlüsse auf menschenrechtliche Beweggründe zu.

Das Unternehmen HeidelbergCement rechtfertigt die Geschäftstätigkeiten ferner mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Es scheidet: „Im Nahal Raba Steinbruch sind etwa zwei Drittel der Mitarbeiter Palästinenser aus den besetzten Gebieten. Sie und damit auch Ihre Familien und das soziale und wirtschaftliche Umfeld in den besetzten Gebieten profitieren von vergleichsweise hohen Löhnen, die auf demselben Niveau liegen, wie die ihrer israelischen Kollegen. Alle Mitarbeiter werden gleichbehandelt und profitieren von Weiterbildungsmaßnahmen und hohen Arbeitssicherheits- sowie Umweltstandards.“

Unternehmen verweisen häufig auf ihren vermeintlich positiven wirtschaftlichen Einfluss in der Region. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist dabei ein beliebtes Argument. Diese Form der Argumentation ist jedoch problematisch. Erstens, gehören die Ressourcen in diesem Fall Palästinenser\*innen und nicht Israelis. Eine nachträgliche Beteiligung der palästinensischen Bevölkerung, nachdem man sie zuvor des Eigentums beraubt hat, als positiv darzustellen, ist fragwürdig. Zweitens, weisen Institutionen wie die Weltbank immer

wieder darauf hin, dass das größte Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung der palästinensischen Gebiete die Besetzung Israels und die damit einhergehenden Restriktionen sind.<sup>94</sup> Die Region würde wirtschaftlich profitieren, wenn sie nicht besetzt und ausgebeutet würde. Drittens, „legitimieren“ die Unternehmen mit dieser Argumentation die Besetzung der Gebiete und tragen aktiv zu ihrer Erhaltung bei.

Die NRO Who Profits weist ferner darauf hin, dass die Tochtergesellschaft Hanson Israel immer wieder am Aufbau von völkerrechtswidrigen Siedlungen beteiligt ist. So lieferte das Unternehmen Beton für die Erweiterung des Barkan Industrieparks, welcher sich an die israelische Siedlung Barkan im Westjordanland anschließt. Im Juni 2016 wurde ein Lastwagen von Hanson Israel gesichtet, der Baustoffe in die israelische Siedlung Ofarim im Westjordanland brachte.<sup>95</sup>

**Tabelle 11:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu HeidelbergCement**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Apobank</b>			<b>2,50</b>		<b>2,50</b>
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG			2,50		2,50
<b>BayernLB</b>	<b>475,18</b>	<b>275,17</b>			<b>750,35</b>
Bayerische Landesbank	475,18	275,17			750,35
<b>Commerzbank</b>	<b>475,18</b>	<b>361,08</b>		<b>13,40</b>	<b>849,65</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				12,03	12,03
Commerzbank AG	475,18	361,08		1,36	837,62
<b>Deka Gruppe</b>			<b>75,49</b>	<b>152,01</b>	<b>227,50</b>
Deka Investment GmbH			75,49	152,01	227,50
<b>Deutsche Bank</b>	<b>475,18</b>	<b>790,56</b>	<b>13,00</b>	<b>284,76</b>	<b>1.563,50</b>
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			2,52		2,52
Deutsche Asset Management (UK) Limited				5,63	5,63
Deutsche Asset Management Americas				21,00	21,00
Deutsche Bank	475,18	790,56			1.265,74
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			10,49		10,49
DWS International GmbH				6,36	6,36
DWS Investment GmbH				251,77	251,77
<b>DZ Bank</b>			<b>50,51</b>		<b>50,51</b>
DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG			5,35		5,35
Union Investment Luxembourg SA			26,16		26,16
Union Investment Privatfonds GmbH			19,00		19,00
<b>Helaba</b>	<b>475,18</b>	<b>298,56</b>	<b>5,69</b>	<b>2,60</b>	<b>782,03</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH			5,69	2,60	8,29
Landesbank Hessen-Thüringen	475,18	298,56			773,74
<b>LBBW</b>	<b>475,18</b>	<b>125,97</b>	<b>10,92</b>	<b>32,82</b>	<b>644,89</b>
Baden-Württembergische Bank			4,78	13,67	18,44
Landesbank Baden-Württemberg	475,18	125,97			601,15
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			6,14	19,16	25,30
<b>NordLB</b>			<b>3,98</b>		<b>3,98</b>
NORD/LB Asset Management AG			1,14		1,14
Norddeutsche Landesbank Luxembourg SA			2,84		2,84
<b>Stadtsparkasse Düsseldorf</b>			<b>2,82</b>		<b>2,82</b>
Stadtsparkasse Düsseldorf			2,82		2,82
<b>Gesamt</b>	<b>2.375,90</b>	<b>1.851,34</b>	<b>164,92</b>	<b>485,59</b>	<b>4.877,74</b>

\*DWS Investment GmbH (vormals: Deutsche Asset Management Investment GmbH)

## Cemex, S.A.B. de C.V.

Das 1906 gegründete Unternehmen Cemex mit Sitz in Monterrey, Mexiko, ist einer der weltweit größten Baustoffhersteller. Cemex produziert und vertreibt Zement und Beton und baut in 284 Abbaustätten mineralische Rohstoffe wie Kies, Sand und Splitt ab. Das Unternehmen ist in mehr als 50 Ländern präsent. Cemex ist unter anderem an der Wertpapierbörse in Mexiko notiert (ISIN: MXP225612300).<sup>96</sup>

Durch die 100 %-ige Tochter Cemex Holdings (Israel) Ltd. gehört auch Readymix Industries (Israel) Ltd. zum Unternehmen Cemex.<sup>97</sup> Readymix Industries ist einer der führenden Hersteller und Anbieter von Rohstoffen für das Baugewerbe in Israel. Rund ein Drittel des israelischen Bedarfs an Beton und Mörtel wird durch Readymix Industries gedeckt.<sup>98</sup>

Readymix Industries betreibt laut eigenen Angaben drei Betonwerke im Westjordanland sowie eines in den annektierten syrischen Golanhöhen: in Mevo Horon, Atarot und Mishor Adumim sowie Katsrin. In allen vier Fällen handelt es sich um israelische Siedlungen bzw. angegliederte Industrieparks in besetzten Gebieten.<sup>99</sup> Bis 2015 war Readymix Industries zudem über die Tochter Lime and Stone Production am israelischen Steinbruch Yatir im Westjordanland beteiligt. Dies hatte einen Ausschluss des Mutterkonzerns durch den Norwegischen Pensionsfonds KLP bis zum Verkauf der Beteiligungen zur Folge.<sup>100</sup>

Materialien der Firma Readymix Industries wurden unter anderem für die Errichtung der israelischen Sperranlage und militärischer Kontrollposten, beim Siedlungsbau sowie beim Bau der kontroversen Jerusalemer Stadtbahn verwendet.<sup>101</sup> Im September 2015 nahm Cemex gegenüber dem Business and Human Rights Centre zu daraus resultierenden Vorwürfen Stellung:<sup>102</sup>



Ein Lastwagen des Tochterunternehmens Readymix von Cemex liefert Beton für den israelischen Außenposten Mitzpe Yair im Westjordanland (Mai 2012).  
© Who Profits / Taayush

„The concrete plants are located in legal settlements approved by the Israeli government and validated by the Supreme Tribunal of Justice of Israel. Those areas were delimited in the agreement between Israel, the Palestinian Authority signed in Oslo, in 1993, as areas under the control and the responsibility of Israel until both parts reached a permanent agreement.“

Cemex greift in seiner Rechtfertigung ausschließlich auf das gescheiterte Oslo-Abkommen und israelische Auffassungen zurück und ignoriert dabei geltendes internationales Recht. Die israelischen Siedlungen wurden durch die Vereinten Nationen mehrfach als völkerrechtswidrig bewertet sowie der Besatzungsstatus festgestellt. Als Besatzungsmacht ist es Israel nicht erlaubt, seine Zivilbevölkerung in besetztes Gebiet umzusiedeln und die Ressourcen der besetzten Territorien für eigene Zwecke auszu-beuten. Das Oslo-II-Abkommen tangiert dies nicht. Es sah zudem selbst eine Machtübertragung von Israel an die Palästinenser\*innen im Bereich von Bergbautätigkeiten innerhalb von 18 Monaten nach Gründung des Palästinensischen Legislativrates vor.<sup>103</sup> Darüber hinaus stellte Oslo-II ein Interimsabkommen dar und gilt mit dem Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 als gescheitert. Das alleinige Heranziehen der Oslo-Abkommen für die Rechtfertigung der Betreuung von Betonwerken im Westjordanland ist unzu-reichend.

**Tabelle 12:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Cemex**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>BayernLB</b>	<b>257,01</b>			<b>257,01</b>
Bayerische Landesbank	257,01			257,01
<b>Deka Gruppe</b>		16,56		<b>16,56</b>
Deka Investment GmbH		16,56		16,56
<b>Deutsche Bank</b>		<b>34,87</b>	<b>7,15</b>	<b>42,02</b>
Deutsche Asset Management Investment GmbH*		34,87		34,87
Deutsche Bank Luxembourg S.A.			1,86	1,86
DWS Investment GmbH			5,30	5,30
<b>Helaba</b>		<b>2,73</b>		<b>2,73</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH		2,73		2,73
<b>Gesamt</b>	<b>257,01</b>	<b>54,16</b>	<b>7,15</b>	<b>318,32</b>

\*DWS Investment GmbH (vormals: Deutsche Asset Management Investment GmbH)



Aktivisten blockieren israelische Bulldozer von der Firma Caterpillar, die auf palästinensischem Land arbeiten. Ni'lin, Westjordanland, (Juni 2008). © Ziv, Oren via ActiveStills.

## Caterpillar Inc.

Caterpillar ist nach eigenen Angaben der weltweit führende Hersteller für Bau- und Bergbaugeräte, Diesel- und Erdgasmotoren, Industriegasturbinen und dieselektrische Lokomotiven.<sup>104</sup> Caterpillar ist in 192 Ländern tätig.<sup>105</sup> Das Maschinenbauunternehmen mit Sitz in den USA ist an der New Yorker Wertpapierbörse gelistet (ISIN: US1491231015).

Das Unternehmen Caterpillar steht seit vielen Jahren aufgrund seiner Partnerschaft mit der israelischen Armee in der Kritik und steht im Zentrum von weltweiten Boykottaufrufen. Tatsächlich liegt die Relevanz unverantwortlicher Konzernpraxis deutlich über dem Niveau der anderen in diesem Kapitel untersuchten Maschinenbauunternehmen. Caterpillar ist durch seine Lieferpartnerschaft mit dem israelischen Militär wie kaum ein anderes Unternehmen direkt und wissentlich an der Zerstörung palästinensischer Infrastruktur und Aufbau von Siedlungsstrukturen beteiligt.

Das Maschinenbauunternehmen profitierte von der Zerstörung zahlreicher palästinensischer Häuser, dem Aufbau von israelischen Siedlungen und Infrastruktur auf besetztem Land, dem Bau der durch den Internationalen Gerichtshof als völkerrechtswidrig befundenen Sperranlage, der Errichtung von Straßensperren und der Nutzung seiner Fahrzeuge als Waffen, z.B. zur Kontrolle von Palästinenser\*innen und Aktivist\*innen auf Demonstrationen.<sup>106</sup> Die gepanzerten Modelle der D9 Bulldozer-Serie wurden vielfach durch das israelische Militär eingesetzt. Die israelischen Unternehmen Zoko Enterprises und die Ramta Division (Israel Aerospace

Industries) rüsten die D9 Bulldozer standardmäßig mit Vorrichtungen für Waffen und einer Panzerung nach. Auch eine unbemannte, ferngesteuerte Version des gepanzerten D9 Bulldozers existiert.<sup>107</sup>

Die israelische Armee setzte die umgerüsteten Baumaschinen auch in bewaffneten Konflikten mit der Hamas ein, z.B. während der Operationen ‚Cast Lead‘ (2008/2009) und ‚Protective Edge‘ (2014) im Gazastreifen.<sup>108</sup> Einem Bericht der NRO Human Rights Watch zu Operation Cast Lead zufolge, wurden während der Militäraktion etwa 3.540 Häuser, 268 Fabriken sowie Schulen, Brunnen, Gewächshäuser, Landstriche und öffentliche Infrastruktur zerstört sowie tausende Gebäude stark beschädigt. Die mutwillige Zerstörung zahlreicher Häuser und Einrichtungen kann nicht glaubhaft mit dem Gebot der militärischen Notwendigkeit begründet werden, einem zentralen Grundsatz im humanitären Völkerrecht. Zivile Objekte gilt es völkerrechtlich zu schützen. Ein solches Vorgehen kann als Kriegsverbrechen geahndet werden.<sup>109</sup> Die israelische Armee setzte trotz der Vorwürfe die gepanzerten D9 Bulldozer erneut während des Gaza-Krieges 2014 ein.<sup>110</sup>

Auch von zivilen Firmen werden die Baumaschinen von Caterpillar für den Bau von israelischen Siedlungen und Industriezonen in besetzten Gebieten sowie für Arbeiten an der Schnellzugstrecke zwischen Jerusalem und Tel Aviv, welche palästinensisches Territorium verletzt, genutzt (Siehe Infobox S. 38 – Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke Jerusalem – Tel Aviv). Im Februar 2017 wurde dokumentiert, wie Fahrzeuge von Caterpillar die Nabi Elias Umgehungsstraße asphaltierten. Gemäß einer Anordnung aus dem Jahr 2015 durch die Israelische Zivilbehörde sollten dafür circa 104.000 Quadratmeter Land von Palästinenserinnen und Palästinensern enteignet werden. Der Bau der Umgehungsstraße begann Anfang 2017 (siehe Infobox Umgehungsstraße S. 38 – Nabi Elias).<sup>111</sup>

Die NRO Who Profits erfuhr im Jahr 2016, dass Verträge zwischen Caterpillar und dem israelischen Verteidigungsministerium über die Beschaffung von Maschinen nicht erneuert wurden.<sup>112</sup> Israelische Zeitungen berichteten im Februar 2017 jedoch gegenteiliges.<sup>113</sup> Bisher ist unklar, ob es sich dabei um Altverträge handelt.



Fahrzeuge der Firma Caterpillar auf der Waffennmesse Defence and Security Equipment International in London (2015).  
© Facing Finance

**Tabelle 13:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Caterpillar**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>	<b>840,88</b>	<b>393,08</b>		<b>19,02</b>	<b>1.252,98</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				10,74	10,74
Commerz Markets LLC		157,36			157,36
Commerzbank AG	840,88	235,72		8,28	1.084,88
<b>Deka Gruppe</b>				<b>41,24</b>	<b>41,24</b>
Deka Investment GmbH				7,18	7,18
Deka Vermögensmanagement GmbH				1,30	1,30
DekaBank Deutsche Girozentrale				32,76	32,76
<b>Deutsche Bank</b>	<b>2.422,48</b>	<b>470,19</b>	<b>81,36</b>	<b>254,78</b>	<b>3.228,80</b>
DB Platinum Advisors				1,46	1,46
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			51,66		51,66
Deutsche Asset Management (UK) Limited				41,27	41,27
Deutsche Asset Management Americas			10,42	117,39	127,81
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			19,28		19,28
Deutsche Bank	2.422,48	128,61			2.551,09
Deutsche Bank Securities Inc		341,57		6,11	347,68
DWS International GmbH				31,80	31,80
DWS Investment GmbH				43,00	43,00
DWS Investment Management Americas, Inc.				13,75	13,75
<b>DZ Bank</b>			<b>2,96</b>	<b>21,46</b>	<b>24,42</b>
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank				18,26	18,26
<b>Union Investment Luxembourg SA</b>			<b>2,96</b>		<b>2,96</b>
Union Investment Privatfonds GmbH				3,20	3,20
<b>Gesamt</b>	<b>3.263,36</b>	<b>863,27</b>	<b>84,32</b>	<b>336,50</b>	<b>4.547,44</b>

\*DWS Investment GmbH (vormals: Deutsche Asset Management Investment GmbH)

## Hyundai Heavy Industries

Hyundai Heavy Industries ist ein in der Schwerindustrie international tätiges Unternehmen und einer der größten Schiffsbaubetriebe weltweit. Das 1972 gegründete Unternehmen mit Sitz in Ulsan, Südkorea, ist an der Börse in Südkorea gelistet (ISIN: KR7009540006).

Über die Importfirma Efcó Equipment vertreibt Hyundai Heavy Industries Produkte in Israel. Dazu gehören z.B. Bagger, Gabelstapler, Rad- und Kompaktlader. Wie Facing Finance bereits 2015 berichtete, wurden zahlreiche solcher Baufahrzeuge des Unternehmens bei der Zerstörung von Wohnhäusern in den palästinensischen Gebieten von Beit Hanina, Silwan, Tsur Baher, Issawiya und At-Tur in Ostjerusalem sowie in Beit Jala und in den Dörfern Jawaya und Derath südlich von Hebron eingesetzt.<sup>114</sup> In 2016 wurde zudem ein ähnlicher Fall in den annektierten syrischen Golanhöhen durch die NRO Who Profits dokumentiert.<sup>115</sup> Seit 1967 wurden insgesamt zwischen 28.000 und 50.000 palästinensische Häuser durch Israel zerstört.<sup>116</sup>

Baumaschinen von Hyundai Heavy Industries spielen, ähnlich wie im Fall Caterpillar, nicht nur bei der Zerstörung von palästinensischem und syrischem Wohnraum eine Rolle, sondern auch bei dem Aufbau völkerrechtswidriger israelischer Siedlungen im Westjordanland. Im Juni 2016 wurden für Baumaßnahmen im annektierten Ostjerusalem Stadtteil Pisgat Ze'ev Baumaschinen von Hyundai durch die Firma Sarfati Simon verwendet. Auch bei dem Aufbau des israelischen Barkan-Industrieparks und bei Bauarbeiten in der Siedlung Chalamisch im Westjordanland kamen Fahrzeuge des Unternehmens zum Einsatz. Im Januar 2017 wurden Maschinen des Unternehmens bei israelischen Siedlungsbauarbeiten in der Nähe von Ariel im Westjordanland eingesetzt.<sup>117</sup>

Das Westjordanland wird nicht nur von israelischen Siedlungen, sondern auch von zahlreichen Straßen bzw. Straßenabschnitten zerstückelt, die von Palästinensern nicht benutzt werden dürfen. Am 4. Februar 2017 zementierten Baumaschinen von Hyundai Heavy Industries Teile der Nabi Elias Umgehungsstraße, einer Straße für israelische Siedler\*innen. Für ihren Bau musste palästinensisches Land enteignet und hunderte Olivenbäume gefällt werden (Siehe Infobox S. 38 – Umgehungsstraße Nabi Elias).<sup>118</sup>

Auf eine Anfrage von Facing Finance antwortete Hyundai Heavy Industries mit einem Bekenntnis zur Achtung von Menschenrechten und dem Versuch diese in der Unternehmenspraxis durch vertraglich festgesetzte Lieferbedingungen und Compliance-Verpflichtungen umzusetzen. Bei Abschlüssen von Händlerverträgen sind solche



Fawzia steht vor den Ruinen ihres Hauses. Ihr ehemaliger palästinensischer Ehemann hatte es abgerissen, um sich nicht der Aussicht stellen zu müssen, dass israelische Siedler\*innen einziehen würden. Er hatte vor israelischen Gerichten im Stadtteil Beit Hanina in Ostjerusalem einen Grundbesitz-Fall verloren. Juli 2018. © REUTERS / Ammar Awad.

Verpflichtungen bereits in den Standardverträgen festgelegt, schreibt das Unternehmen. Hyundai Heavy Industries räumt aber ein, die Methodik noch weiter systematisieren und verbessern zu müssen.

Die Nachhaltigkeitsabteilung des Unternehmens schreibt im Detail (aus dem Englischen übersetzt):

*„Im Rahmen des Compliance-Systems respektiert HHI die Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft, illegale Handlungen und Transaktionen zu verbieten, die nachteilige Auswirkungen auf internationalen Angelegenheiten haben könnten, einschließlich militärischer Konflikte, Terrorismus, Handel mit gefährlichen chemischen Produkten und Drogen sowie Herstellung von Massenvernichtungswaffen. Wir sind bestrebt, die nationalen und internationalen Vorschriften einzuhalten, insbesondere in Bezug auf Wirtschaftssanktionen und Exportkontrolle.“*

Tatsächlich ist ein Unternehmensansatz, der die Verwendung von Produkten über Lieferbedingungen vertraglich festschreibt, vielversprechend. Hiermit lässt sich zumindest ein erster Missbrauch der Produkte vorbeugen. Sobald Waren jedoch weiterverkauft werden, lässt sich ihre Verwendung kaum noch kontrollieren. In der Stellungnahme des Unternehmens gegenüber Facing Finance erklärt Hyundai Heavy Industries nach Bekanntwerden der Vorfälle in den besetzten palästinensischen Gebieten, die Zusammenarbeit mit dem verantwortlichen Händler eingestellt zu haben.

Die vollständige Stellungnahme kann auf der Website von Facing Finance ([www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org)) eingesehen werden.

**Tabelle 14:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Hyundai Heavy Industries**

In Mio. Euro	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Deutsche Bank</b>	<b>1,05</b>	<b>1,05</b>
Deutsche Bank Luxembourg S.A.	1,05	1,05
<b>DZ Bank</b>	<b>7,47</b>	<b>7,47</b>
Union Investment Privatfonds GmbH	7,47	7,47
<b>Gesamt</b>	<b>8,51</b>	<b>8,51</b>

## CNH Industrial N.V.

Die in den Niederlanden registrierte Unternehmensgruppe CNH Industrial mit Hauptsitz in London entstand im Herbst 2013 aus der Fusion der ehemaligen niederländischen Aktiengesellschaft CNH Global für Agrartechnik und Baumaschinen und dem italienischen Industriekonzern Fiat Industrial. Zu dem Unternehmen gehören 12 Marken und 66 Fabriken. Hergestellt werden unter anderem Investitionsgüter für die Landwirtschaft und Baubranche. CNH Industrial ist an der Mailänder und der New Yorker Wertpapierbörse gelistet (ISIN: NL0010545661).

Facing Finance berichtete bereits 2015, dass Geräte des Unternehmens vielfach beim Bau von israelischen Siedlungen, Infrastrukturprojekten und Industriezonen in besetzten Gebieten eingesetzt wurden. Auch beim Abriss palästinensischer Häuser in den Dörfern Khirbet M'fakara, Susya und Bir al-'Id südlich von Hebron kamen Maschinen von CNH Industrial zum Einsatz. In den palästinensischen Dörfern Bidu, Bil'in and Ni'lin wurden Bagger des Unternehmens für den Bau der vom Internationalen Gerichtshof als völkerrechtswidrig eingestuften Sperranlage verwendet. Während der Erweiterung des israelischen Barkan-Industrieparks im Westjordanland kamen Radlader des Unternehmens zum Einsatz. Zudem wurden Bagger von CNH Industrial während des Baus der Schnellzugstrecke zwischen Jerusalem und Tel Aviv, welche palästinensisches Territorium verletzt, verwendet (siehe Infobox S. 38 – Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke Jerusalem – Tel Aviv).<sup>119</sup>

Im Februar 2017 wurden Schwermaschinen der Unternehmensgruppe im Westjordanland für den Bau der Umgehungsstraße Nabi Elias verwendet. Die für israelische Siedlerinnen und Siedler gebaute Straße erforderte die Enteignung von palästinensischem Land und die Rodung hunderte Olivenbäume. Diese sind nicht nur Eigentum, sondern auch Lebensgrundlage vieler Bewohner\*innen der palästinensischen Dörfer Izbet Tabib, Azzun, and Nabi Elias (siehe Infobox S. 38 – Umgehungsstraße Nabi Elias).<sup>120</sup>

Laut des Nachhaltigkeitsberichtes des Unternehmens ist eines der zentralen Hauptanliegen der Dialog mit lokalen Gemeinden und Regionen. Das Unternehmen schreibt hierzu (aus dem Englischen übersetzt):<sup>121</sup>

*„Wie im Verhaltenskodex dargelegt, ist sich CNH Industrial der potenziellen direkten und indirekten Auswirkungen seiner Entscheidungen auf die Gemeinden, in denen es tätig ist, bewusst. Aus diesem Grund fördert die Firma einen offenen Dialog, um sicherzustellen, dass die legitimen Erwartungen der lokalen Gemeinschaften angemessen berücksichtigt werden, und unterstützt freiwillig Projekte und Aktivitäten, die ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung fördern. Darüber hinaus handelt CNH Industrial sozial verantwortlich, indem es die Kultur und Traditionen jedes Landes respektiert und mit Integrität und gutem Willen handelt, um das Vertrauen der Gemeinschaft zu gewinnen.“*

CNH Industrial erklärt gegenüber Facing Finance, dass weder das Unternehmen noch ihre Tochterfirmen eine Rolle bei dem Aufbau israelischer Strukturen im Westjordanland noch bei der Zerstörung palästinensischer Häuser und Infrastruktur gespielt haben. Wie die oben angeführten Beispiele jedoch zeigen, ist dies keine vollständige Darstellung des Gesamtbildes. Es ist durchaus möglich, dass die Beteiligung von Firmen häufig indirekt oder ungewollt ist, dennoch



Baufahrzeuge der Marke Case von CNH Industrial im israelischen Barkan Industriepark im Westjordanland (2013) © Who Profits



Zahlreiche Fahrzeuge internationaler Baufirmen, u.a. von CNH Industrial, haben am Bau der vom Internationalen Gerichtshof als völkerrechtswidrig eingestuften Sperrmauer mitgewirkt. Das Bild zeigt wie diese eine palästinensische Nachbarschaft in Ostjerusalem in zwei Hälften teilt (April 2011). Michael Rose via Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

erlischt ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht damit nicht. Es ist Aufgabe dieser Unternehmen, Ansätze zu entwickeln, solchen Menschenrechtsverletzungen und dem Missbrauch des humanitären Völkerrechts durch ihre Produkte bestmöglich entgegenzuwirken. CNH Industrial erklärt dagegen (aus dem Englischen übersetzt):

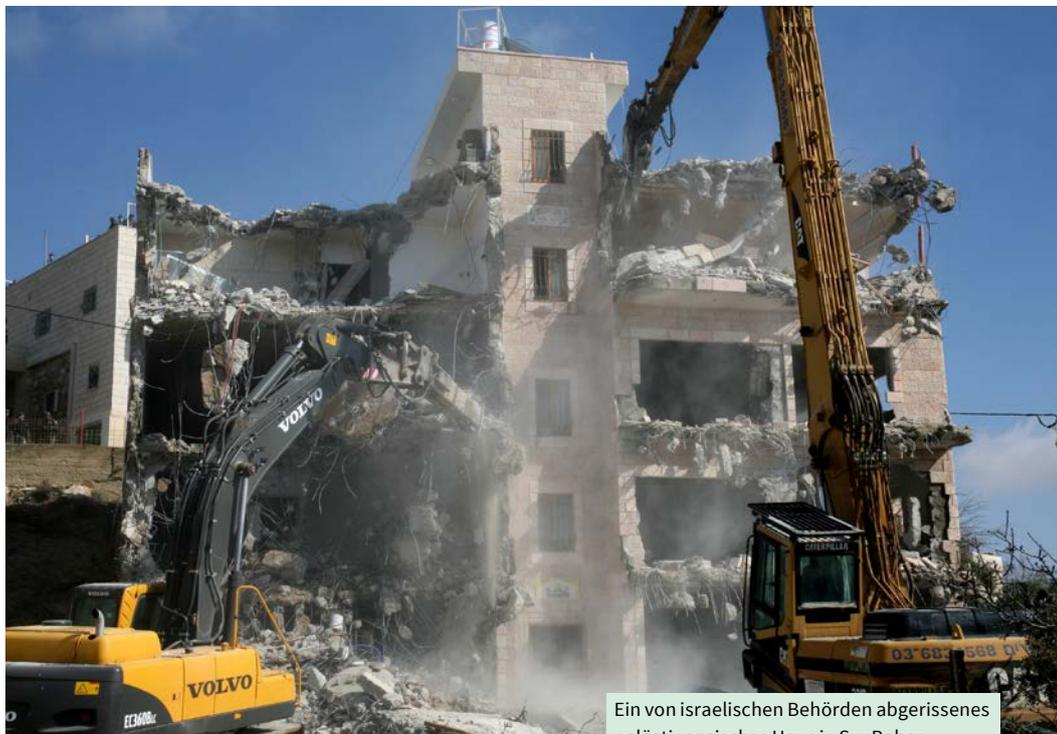
*„Während das Unternehmen alle angemessenen Anstrengungen unternimmt, um sicherzustellen, dass der Verkauf seiner Geräte nicht gegen geltende Gesetze verstößt, hat CNH Industrial absolut keine Kontrolle über die Endverbraucher der von uns hergestellten Produkte in Bezug auf die Verwendung, für die sie die Geräte möglicherweise nutzen, die wir an unsere Händler verkaufen. Tatsächlich kann eine Weigerung, unsere Produkte an unsere Händler gemäß den vertraglichen Vereinbarungen mit diesen zu verkaufen, mit einer rechtlichen Haftung unsererseits einhergehen. Darüber hinaus kann der Versuch, die Verwendungen, für die ein Endverbraucher Produkte nutzen darf, die wir herstellen und an unsere Händler verkaufen, einzuschränken, auch zu rechtlichen Ansprüchen gegen das Unternehmen führen. Darüber hinaus sind wir nicht in der Lage, die Einfuhr von Baumaschinen, die in anderen Ländern gekauft wurden, im Westjordanland zu begrenzen oder einzuschränken.“*

Die vollständige Stellungnahme kann auf der Website von Facing Finance ([www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org)) eingesehen werden.

**Tabelle 15:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister**  
**zu CNH Industrial N.V.**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>	<b>218,99</b>	<b>167,17</b>			<b>386,16</b>
Commerzbank AG	218,99	167,17			386,16
<b>Deka Gruppe</b>			<b>25,66</b>	<b>7,92</b>	<b>33,58</b>
Deka Investment GmbH			25,66	2,70	28,37
DekaBank Deutsche Girozentrale				5,22	5,22
<b>Deutsche Bank</b>	<b>218,99</b>	<b>662,33</b>	<b>9,38</b>	<b>102,53</b>	<b>993,23</b>
Deutsche Asset Management (UK) Limited				13,71	13,71
Deutsche Asset Management Americas				74,53	74,53
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			9,38		9,38
Deutsche Bank	218,99	527,01			746,00
Deutsche Bank Securities Inc		135,32			135,32
DWS International GmbH				11,71	11,71
DWS Investment GmbH				2,58	2,58
<b>DZ Bank</b>			<b>2,16</b>		<b>2,16</b>
Union Investment Luxembourg SA			2,16		2,16
<b>Helaba</b>			<b>1,71</b>		<b>1,71</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH			1,71		1,71
<b>LBBW</b>			<b>3,41</b>		<b>3,41</b>
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			3,41		3,41
<b>Union Investment</b>				<b>2,36</b>	<b>2,36</b>
Quoniam Asset Management GmbH				2,36	2,36
<b>UniCredit</b>	<b>218,99</b>	<b>335,06</b>			<b>554,05</b>
UniCredit SpA	218,99				218,99
UniCredit Group		335,06			335,06
<b>Gesamt</b>	<b>656,98</b>	<b>1.164,55</b>	<b>42,33</b>	<b>112,81</b>	<b>1.976,66</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH



Ein von israelischen Behörden abgerissenes palästinensisches Haus in Sur Baher, einem Viertel in Ostjerusalem (Januar 2007).  
© Manor, Keren via ActiveStills.

## Volvo Group

Die Volvo Group ist ein an der Stockholmer Wertpapierbörse NASDAQ notierter Hersteller von Lastkraftwagen, Bussen, Baumaschinen sowie Schiffs- und Industriemotoren (ISIN: SE0000115420). Nachdem die schwedische Exportkreditagentur (EKN) stärkere Sorgfaltspflichten in Bezug auf Menschenrechte (human rights due diligence) zur Bedingung machte, implementierte die Volvo Group im Jahr 2014 ein „verantwortungsvolles Verkaufsverfahren“, wobei Unternehmensethik sowie soziale und ökologische Aspekte herangezogen werden müssen. Ungeachtet dessen steht Volvo Group immer wieder in der Kritik wegen Geschäftstätigkeiten im Westjordanland.<sup>122</sup>

Das israelische Unternehmen Merkavim Transportation Technologies, an welchem die Volvo International Holding zu 26 % beteiligt ist, betreibt im Auftrag des öffentlichen Unternehmens *Egged Lines* Transporte mit gepanzerten Bussen in den besetzten Gebieten.<sup>123</sup> Das Unternehmen bedient fast alle israelischen Siedlungen sowie Außenposten im besetzten Westjordanland. Busse der Volvo Group und der Tochtergesellschaft Merkavim werden zudem zum Transport von Häftlingen durch die Regierungsbehörde Israel Prison Service eingesetzt.<sup>124</sup> Einige Praktiken der Regierungsbehörde gegenüber Palästinenser\*innen, wie z.B. der illegale Transport von palästinensischen Häftlingen in israelische Gefängnisse außerhalb des Westjordanlandes oder die Inhaftierung von Minderjährigen, verstoßen gegen internationales Recht.<sup>125</sup>

Baumaschinen der Volvo Group wurden ferner bei der Zerstörung von palästinensischen Häusern im Westjordanland (z.B. in Umm al-Khayr) und Ostjerusalem (z.B. in Tzur Baher, Silwan, Wadi Qaddum, Sheikh Jarrah, Beit Hanina und Issawiya) benutzt sowie beim Bau von völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen (z.B. in Har Gilo), Industriezonen (z.B. Barkan-Industriepark), Checkpoints (Huwwara Checkpoint) und der vom Internationalen Gerichtshof als völkerrechtswidrig befundenen Sperranlage entlang bzw. auf palästinensischem Territorium.<sup>126</sup>

Berichten der NRO *Who Profits* zufolge, nutzt die israelische Zivilbehörde Fahrzeuge des Unternehmens, um Solarpanels von arabischen Gemeinden im Westjordanland zu konfiszieren. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise mit Baumaschinen der Firma, Häuser und Solarpanels im beduinischen Dorf Kuhla zerstört. Obwohl die kleine Gemeinde von der israelischen Regierung offiziell anerkannt ist, wurde sie nie an das Elektrizitätsnetz angeschlossen. Gleichzeitig war es ihren Einwohner\*innen nicht erlaubt, eine eigene Stromversorgung aufzubauen. Auch in Khan al-Ahmar wurden 2015 und 2016 Solarpanels beschlagnahmt sowie jeweils im Jahr 2016 in Khirbet Jebnah und Khirbet al-Halawah. Die Solarpanels in den palästinensischen Dörfern wurden von Menschenrechtsorganisationen gespendet und stellten ihre einzige Elektrizitätsquelle dar.<sup>127</sup>

In einer Stellungnahme gegenüber Facing Finance erklärt die Unternehmensgruppe Volvo, dass mögliche Menschenrechtsverletzungen im Unternehmen selbst, im Rahmen der Lieferkette sowie beim Endverbraucher mittels eines risiko-basierten Ansatzes identifiziert würden. Es bleibt unklar, warum dieser Ansatz bei dem israelische Unternehmen Merkavim Transportation Technologies, an welchem Volvo Buses beteiligt ist, nicht greift. Das Unternehmen schreibt im Detail (aus dem Englischen übersetzt):

„Im Einklang mit unserer Teilnahme an der UN-Initiative Global Compact verpflichten wir uns zur Achtung der international anerkannten Menschenrechte und haben bestimmte Prozesse eingeführt, um eine Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Wenn es darum geht, Auswirkungen auf Menschenrechte zu identifizieren und anzugehen, verfolgen wir einen risikobasierten Ansatz, der unseren eigenen Betrieb, unsere Lieferkette und die Nutzung unserer Produkte durch unsere Kunden umfasst.“

Im Gegensatz zu dem in diesem Bericht dokumentierten Fallbeispiel des Unternehmens Hyundai Heavy Industries, welches über vertraglich festgeschriebene Lieferbedingungen Händlern Auflagen bezüglich der Verwendung von Produkten auferlegt, erklärt die Volvo Group kaum Einflussmöglichkeiten beim Verkauf an Händler zu haben:

„Volvo-Produkte haben eine lange Lebensdauer und können mehrmals den Besitzer wechseln sowie geleast oder gemietet werden, was es der Volvo-Gruppe nicht ermöglicht, einen vollständigen Überblick über den Endverbrauch ihrer Produkte zu haben. Seit vielen Jahren verkaufen wir unsere Produkte an einen privaten Importeur und Vertreter in Israel. Wir haben kein Recht, einmal verkaufte Produkte zurückzurufen, und wir haben nur begrenzte Möglichkeiten, die Verwendung unserer Produkte durch die verschiedenen Endverbraucher während ihres gesamten Lebenszyklus zu beeinflussen.“

Die vollständige Stellungnahme kann auf der Website von Facing Finance ([www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org)) eingesehen werden.

**Tabelle 16:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Volvo**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Deka Gruppe</b>			<b>12,63</b>	<b>11,00</b>	<b>23,63</b>
Deka Investment GmbH			12,63	6,05	18,68
Deka Vermögensmanagement GmbH				4,95	4,95
<b>Deutsche Bank</b>	<b>65,22</b>	<b>590,29</b>	<b>111,98</b>	<b>54,04</b>	<b>821,53</b>
DB Platinum Advisors				9,29	9,29
Deutsche Asset Management (UK) Limited				15,29	15,29
Deutsche Asset Management Americas				10,36	10,36
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			111,98		111,98
Deutsche Bank	65,22	448,42			513,63
Deutsche Bank Securities Inc		141,87			141,87
DWS International GmbH				13,53	13,53
DWS Investment GmbH				5,57	5,57
<b>DZ Bank</b>			<b>6,94</b>	<b>46,70</b>	<b>53,64</b>
Union Investment Luxembourg S.A.			5,57	1,58	7,15
Union Investment Privatfonds GmbH			1,37	45,12	46,49
<b>UniCredit</b>	<b>65,22</b>	<b>753,77</b>			<b>818,99</b>
UniCredit Group	65,22	753,77			818,99
<b>Gesamt</b>	<b>130,43</b>	<b>1.344,06</b>	<b>131,55</b>	<b>111,74</b>	<b>1.717,78</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH



Bombardier Doppel-Deck Zug am HaShalom Bahnhof, Tel Aviv. © Eurovaran

## Bombardier Inc. & Bombardier Transportation GmbH

Der kanadische Konzern Bombardier mit Sitz in Montreal gehört zu den führenden Herstellern von Schienenverkehrstechnologien und Flugzeugen und ist an der Börse in Toronto gelistet (ISIN: CA0977512007). Das Tochterunternehmen Bombardier Transportation GmbH mit Sitz in Berlin ist in über 60 Ländern vertreten.<sup>128</sup> Der Fokus liegt auf einer umfangreichen Produktpalette im Bereich der Bahntechnik. Weltweit sind über 100.000 Schienenfahrzeuge von Bombardier im Einsatz.<sup>129</sup>

Israel Railways ist ein wichtiger Kunde von Bombardier Transportation. Im September 2015 schlossen die beiden Unternehmen einen Vertrag über die Lieferung von 62 TRAXX AC-Lokomotiven mit einem Auftragswert von circa EUR 230 Mio. Diese sollen die bereits vorhandenen 369 Doppelstockwagen in Israel ergänzen und schrittweise die älteren Diesel-Lokomotiven ablösen. Die Lokomotiven von Bombardier sollen auf der stark in der Kritik stehenden Hochgeschwindigkeitszugstrecke zwischen Jerusalem und Tel Aviv, welche palästinensisches Territorium durchquert und verletzt, eingesetzt werden (siehe Infobox S. 38 – Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke Jerusalem – Tel Aviv).<sup>130</sup> Gefertigt werden die Lokomotiven am Produktionsstandort für Lokomotiven in Kassel, Deutschland.<sup>131</sup>

Am 31. Dezember 2017 erhielt Bombardier Transportation bereits den sechsten Auftrag von Israel Railways. Weitere 54 Bombardier TWINDEXX Vario-Doppelstockwagen sollen dabei, im Rahmen eines im Oktober 2010 abgeschlossenen Rahmenvertrags in Höhe von circa EUR 104 Mio., ausgeliefert werden. Damit wird die bestehende Flotte von Bombardier-Doppelstockwagen von Israel Railways auf 512 Fahrzeuge vergrößert.<sup>132</sup> Gefertigt werden die Lokomotiven am Produktionsstandort für Schienenfahrzeuge in Görlitz in Sachsen.<sup>133</sup>

In einer Pressemitteilung von Bombardier Transportation im Januar 2018 bestätigt Avi Zalman, Leiter Konstruktion und Entwicklung von Schienenfahrzeugen bei Israel Railways, dass die Wagen auch auf der umstrittenen Strecke zum Einsatz kommen: „Die neuen Wagen werden vollständig kompatibel für den Betrieb auf der ersten elektrifizierten Strecke von ISR, der A1 sein, die Tel-Aviv mit Jerusalem verbindet.“<sup>134</sup>

In einem Interview aus dem Jahr 2015 äußerte sich der damalige Präsident Dr. Lutz Bertling in einem Interview zu der Frage, ob es ein Problem sei, dass Israel Railways palästinensisches Territorium verletze, wie folgt:

*„Das ist kein Problem. Was bieten wir an? Eisenbahnsysteme für aller Einwohner, unabhängig von ihrer Nationalität. In Israel gibt es keine Apartheid. Letztendlich wird jeder von einer guten und effektiven Eisenbahn profitieren, in jedem Bereich den sie durchquert. Was uns angeht, gibt es grünes Licht, um an allen Ausschreibungen in Israel teilzunehmen, selbst an kommenden Ausschreibungen über die Jerusalemer Stadtbahn. Es liegt nicht in unserer DNA, sich mit politischen Fragen zu befassen.“<sup>135</sup>*

**Tabelle 17:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister**  
**zu Bombardier Inc.**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>BayernLB</b>	<b>23,69</b>				<b>23,69</b>
Bayerische Landesbank	23,69				23,69
<b>Commerzbank</b>	<b>210,88</b>	<b>267,53</b>			<b>478,41</b>
Commerz Markets LLC		123,65			123,65
Commerzbank AG	210,88	143,88			354,76
<b>Deka Gruppe</b>				<b>3,47</b>	<b>3,47</b>
Deka Investment GmbH				3,47	3,47
<b>Deutsche Bank</b>	<b>187,20</b>	<b>267,53</b>	<b>36,37</b>	<b>1,06</b>	<b>492,16</b>
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			4,08		4,08
Deutsche Asset Management Americas			32,29		32,29
Deutsche Bank	187,20				187,20
Deutsche Bank Securities Inc		267,53			267,53
DWS Investment GmbH				1,06	1,06
<b>DZ Bank</b>			<b>1,02</b>		<b>1,02</b>
Union Investment Privatfonds GmbH			1,02		1,02
<b>KfW</b>	<b>23,69</b>				<b>23,69</b>
KfW IPEX-Bank GmbH	23,69				23,69
<b>NordLB</b>	<b>23,69</b>				<b>23,69</b>
Norddeutsche Landesbank (NY)	23,69				23,69
<b>UniCredit</b>	<b>56,31</b>				<b>323,83</b>
UniCredit Group		267,53			267,53
UniCredit SpA	56,31				56,31
<b>Gesamt</b>	<b>525,44</b>	<b>802,58</b>	<b>37,40</b>	<b>4,54</b>	<b>1.369,95</b>

## Siemens AG

Der deutsche Technologiekonzern Siemens ist ein weltweit führendes Unternehmen im Bereich der Elektronik und Elektrotechnik.<sup>136</sup> Das Unternehmen mit Sitz in München und Berlin ist an der Frankfurter Börse gelistet (ISIN: DE0007236101).<sup>137</sup>

Siemens bekennt sich ausdrücklich zu den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030, dem Global Compact für verantwortungsvolle Unternehmensführung und den VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Das Unternehmen erklärt:<sup>138</sup>

*„Unsere Aktivitäten wirken sich direkt und indirekt auf zahllose Menschen aus. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die sich aus dieser globalen Wirkkraft ergibt, und stehen uneingeschränkt zu unserer Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte in unseren weltweiten Aktivitäten. Dies ist für uns ein zentrales Element verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns und daher ein wesentlicher Bestandteil unseres »Business to Society«-Konzepts.“*

In der Praxis zeigt sich häufig ein anderes Bild. Laut Angaben der israelischen NRO Who Profits, lieferte beispielsweise die israelische Siemens Partnerfirma Orad Group 2004 technisches Equipment an die Behörde Israeli Prison Service. Das auf Technologien von Siemens basierende Perimetersicherheitssystem wurde im Gilboa Gefängnis in Nordisrael installiert.<sup>139</sup> Dort befinden sich hunderte palästinensische Gefangene im Strafvollzug, obwohl es nach Art. 76 GK IV für eine Besatzungsmacht verboten ist, die einer Straftat beschuldigten oder verurteilten Personen außerhalb des besetzten Gebietes zu inhaftieren. Siemens widerspricht im Rahmen einer Stellungnahme gegenüber Facing Finance: *„Siemens hat sich seit vielen Jahren aus dem Geschäft mit sicherheitsrelevanten Produkten über Distributoren zurückgezogen. Uns liegen keine Informationen darüber vor, die die Behauptungen in den gemachten Aussagen Ihres Schreibens bestätigen können.“*

Im Westjordanland wurden zudem Verkehrssteuerungssysteme von Siemens installiert. Diese wurden nach Recherchen von Who Profits auf den Straßen mit den Nummern 5 und 443 installiert. Abschnitte dieser Strecken sind für Palästinenserinnen und Palästinenser gesperrt.<sup>140</sup> Siemens erklärt, *„keine der behaupteten Installationen durchgeführt“* zu haben. RS Industries, nach eigenen Angaben exklusiver Vertreter von Siemens im Bereich Verkehrssysteme in Israel, ist für die Instandhaltung einiger Ampeln auf Highway 443 verantwortlich.<sup>141</sup>

In beiden Fällen liegt ein indirekter Zusammenhang aufgrund der Zusammenarbeit mit den israelischen Partnerfirmen Orad Group und RS Industries nahe, kann jedoch nicht endgültig bestätigt werden. Bereits im Februar 2011 wurde auch für die Autobahn 1 von Jerusalem in Richtung Tel Aviv ein von Siemens entwickeltes Verkehrssteuerungssystem in Betrieb genommen. Die Autobahn führt auch durch besetztes, palästinensisches Territorium.<sup>142</sup>



Siemens Verkehrskontrollsystem auf der Straße 443 in der Nähe des Ofer Gefängnisses im Westjordanland (2010). © Who Profits.

Zusammen mit der Tochtergesellschaft Siemens Israel gewann das Unternehmen während des Untersuchungszeitraums eine Ausschreibung von Israel Railways über die Lieferung von 60 Doppelstock-Regionalzügen vom Typ Desiro HC. In einer ersten Tranche sollen 24 Fahrzeuge ausgeliefert werden, die über einen Zeitraum von 15 Jahren durch Siemens instandgehalten werden. Die von Siemens ausgelieferten Züge sollen auch auf der sich aktuell noch im Bau befindlichen Hochgeschwindigkeitszugstrecke zwischen Jerusalem und Tel Aviv eingesetzt werden.<sup>143</sup> Abschnitte der Strecke wurden im September vergangenen Jahres eröffnet.

Die Hochgeschwindigkeitszugstrecke steht massiv in der Kritik, weil sie palästinensisches Territorium verletzt. An zwei Stellen überquert die Zugstrecke die Waffenstillstandlinie (Grüne Linie) und dringt in das besetzte Westjordanland ein. Für das Infrastrukturprojekt wurde palästinensisches Privatland in Yalu, Beit Surik und Beit Ikka konfisziert. Die Nutzung der Zugstrecke ist zwar Israelis nicht allein vorbehalten, aber für viele Palästinenser\*innen im Westjordanland liegt sie trotz der Überschneidung mit ihrem Territorium in weiter Ferne.<sup>144</sup> Siemens erklärt bei der Entscheidung über den Auftrag externe Fachleute zur Beurteilung der menschenrechtlichen Aspekte herangezogen zu haben. Im Jahr 2011 waren diese Gründe für die Deutsche Bahn ausreichend, um sich mit dem Verweis auf völkerrechtliche Bedenken zurückzuziehen. Siemens erklärt dagegen gegenüber Facing Finance:

*„Die Nutzung der Zugstrecke ist nicht Israelis vorbehalten, sondern - aufgrund der Auslegung der Strecke als Hochgeschwindigkeitsverbindung - solchen Personen, die zwischen den Haltepunkten der Strecke reisen wollen (die Haltepunkte liegen auf israelischem Gebiet). Die menschenrechtlichen Aspekte der Projektbeteiligung von Siemens wurde mit großem Aufwand und unter Einbindung externer Fachleute bewertet.“*

**Tabelle 18:**  
**Finanzbeziehungen deutscher Banken und Finanzdienstleister**  
**zu Siemens AG**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Apobank</b>			<b>2,28</b>	<b>1,58</b>	<b>3,86</b>
Apo Asset Management GmbH				1,58	<b>1,58</b>
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG			2,28		<b>2,28</b>
<b>BayernLB</b>	<b>189,12</b>				<b>189,12</b>
Bayerische Landesbank	189,12				<b>189,12</b>
<b>Commerzbank</b>	<b>189,12</b>	<b>2.429,88</b>		<b>149,19</b>	<b>2.768,19</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				132,17	132,17
Commerz Markets LLC		781,76			781,76
Commerzbank AG	189,12	1.648,11		17,02	1.854,26
<b>Deka Gruppe</b>			<b>13,67</b>	<b>857,70</b>	<b>871,37</b>
Deka Investment GmbH			13,67	848,59	862,25
Deka Vermögensmanagement GmbH				9,12	9,12
<b>Deutsche Bank</b>	<b>189,12</b>	<b>2057,12</b>	<b>134,99</b>	<b>1.811,26</b>	<b>4.192,49</b>
DB Platinum Advisors				25,11	25,11
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			35,93		35,93
Deutsche Asset Management (UK) Limited				28,97	28,97
Deutsche Asset Management Americas				70,55	70,55
Deutsche Bank	189,12	1.281,72			1470,84
Deutsche Bank (Suisse) SA				2,01	2,01
Deutsche Bank Securities Inc		775,40			775,40
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA (Asset Management)				2,61	2,61
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			99,06		99,06
DWS International GmbH				247,48	247,48
DWS Investment GmbH				1433,09	1.433,09
DWS Investment Management Americas, Inc.				1,43	1,43
<b>DZ Bank</b>	<b>189,12</b>	<b>499,96</b>	<b>7,17</b>	<b>424,27</b>	<b>1.120,52</b>
Deutsche Genossenschaftszentralbank {DZ Bank}	189,12	499,96			689,08
Union Investment Institutional GmbH			7,17		7,17
Union Investment Luxembourg S.A.				3,86	3,86
Union Investment Privatfonds GmbH				420,41	420,41
<b>Helaba</b>	<b>189,12</b>			<b>7,11</b>	<b>196,24</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH				7,11	7,11
Landesbank Hessen-Thüringen	189,12				189,12
<b>LBBW</b>	<b>189,12</b>		<b>8,82</b>	<b>19,42</b>	<b>217,36</b>
Landesbank Baden-Württemberg	189,12				189,12
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			8,82	19,42	28,24
<b>NordLB</b>			<b>2,28</b>	<b>1,15</b>	<b>3,43</b>
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale			2,28	1,15	3,43
<b>Stadtsparkasse Düsseldorf</b>				<b>5,18</b>	<b>5,18</b>
Stadtsparkasse Düsseldorf				5,18	5,18
<b>UniCredit</b>	<b>189,12</b>	<b>1.929,92</b>	<b>6,37</b>	<b>1,25</b>	<b>2.126,66</b>
UniCredit SpA	189,12				189,12
UniCredit Group		1.929,92			1.929,92
UniCredit Bank AG			6,37	1,25	7,62
<b>Gesamt</b>	<b>1.323,86</b>	<b>6.916,87</b>	<b>175,57</b>	<b>3.278,13</b>	<b>11.694,42</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH

## Umgehungsstraße Nabi Elias

Im Oktober 2015 kündigte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu den Bau der Umgehungsstraße Nabi Elias im Rahmen eines Anti-Terror-Programms der Regierung an. Zwei Monate später folgte die Anordnung 104.000 m<sup>2</sup> im Privatbesitz befindliches palästinensisches Land für den Bau der Umgehungsstraße zu enteignen. Eine palästinensische Klage gegen die Enteignung und Rodung hunderter Olivenbäume wurde im November 2016 vom Israelische Obersten Gerichtshof abgewiesen. Die Klage wurde damit begründet, dass der Bau einer solchen Umgehungsstraße dem alleinigen Wohl der Besetzer diene und zur Rückentwicklung der besetzten Gebiete führe und somit gegen internationales Recht verstoße. Mit der Rodung der Olivenbäume wurde die Existenzgrundlage der betroffenen palästinensischen Bewohner gefährdet. Anfang 2017 begann der Bau der Umgehungsstraße. Ein Jahr später wurde sie eingeweiht.<sup>145</sup>

## Hochgeschwindigkeitsbahn- strecke Jerusalem – Tel Aviv

In nur 28 Minuten von Tel Aviv nach Jerusalem – das ist das Ziel eines der größten Infrastrukturprojekte Israels der vergangenen Jahre. Der ursprünglich geplante Streckenverlauf verlief durch das israelische Dorf Mewasseret Zion, welches aber aufgrund von Lärmbelästigung, Zerstörung der Sicht auf die Landschaft und Wertminderung der Grundstücke erfolgreich Widerspruch erhob. Nun durchquert die Bahnstrecke palästinensisches Territorium. Insbesondere die beiden Dörfer Beit Surik und Beit Iksa sind von der Beschlagnahme von Privatland betroffen. Beide Gemeinden haben bereits durch den Bau der vom Internationalen Gerichtshof als völkerrechtswidrig befundenen Sperrmauer Land verloren. Von der Bahnstrecke selbst werden die Bewohner kaum profitieren. Haltestellen befinden sich außerhalb ihrer Reichweite.<sup>146</sup>

## Telekommunikation und IT-Dienstleistungen

Obwohl im Rahmen der Osloer Verträge das Recht auf ein unabhängiges Telekommunikationssystem verankert wurde, konnte sich eine solche Infrastruktur in den besetzten Gebieten bisher nicht entwickeln.<sup>147</sup> Das Oslo II-Abkommen erlaubt Palästinenser\*innen in den C-Gebieten, die über 60 % des Territoriums des Westjordanlands ausmachen, den Aufbau einer solchen Infrastruktur nur mit Zustimmung Israels. Diese wird in der Regel verweigert.<sup>148</sup>

Die Weltbank identifizierte 2016 eine Reihe vom israelischen Staat auferlegter Hindernisse, die die Entwicklung eines palästinensischen Telekommunikationssektors verhindern. Israel kontrolliert beispielsweise die Frequenzbereiche, was zur Folge hat, dass palästinensische Anbieter mit einem sehr viel kleineren Bereich auskommen müssen als ihre israelischen Konkurrenten. Auch die Nutzung von 3G Diensten durch palästinensische Anbieter war bis Januar 2018 im Westjordanland nicht möglich (und ist es in Gaza immer noch nicht), obwohl ein Antrag an die israelischen Behörden hierfür bereits 2004 vom Anbieter Jawwal gestellt wurde. Israelische Anbieter boten ihrerseits jahrelang 3G Dienste an und stockten bereits vor Jahren auf 4G auf.<sup>149</sup> Auf diese Weise generierten sie zum Nachteil palästinensischer Anbieter einen Wettbewerbsvorteil.

Nicht nur der Aufbau eines flächen-deckenden Netzes ist für die palästinensische Bevölkerung nahezu unmöglich, auch der Import von technischem Equipment gestaltet sich langwierig und schwierig. Nach israelischer Definition gelten diese als Dual-Use-Güter und unterliegen damit hohen Importbeschränkungen. Die Weltbank kritisierte jüngst die viel zu weit ausgelegten Definitionen, wonach Güter in der Kategorie ‚communications equipment, communications supporting equipment, equipment containing communication functions‘ bereits als Dual-Use-Güter kategorisiert werden. Damit ist eine Entwicklung des palästinensischen Telekommunikationssektor praktisch unmöglich.<sup>150</sup>

Israelische Anbieter generieren hohe Profite im Westjordanland ohne dabei kompensierende Abgaben an die Palästinensische Autonomiebehörde zu zahlen. Im Zeitraum 2013 bis 2015 belief sich die Summe der fehlenden Steuereinnahmen nach Angaben der Weltbank auf USD 70 – 184 Mio. Im

gleichen Zeitraum verloren palästinensische Anbieter von Telekommunikationsleistungen durch die israelischen Restriktionen zwischen USD 436 Mio. und 1,5 Mrd., wobei zwischen USD 339–742 Mio. allein auf das Fehlen von 3G Netzen zurückzuführen war.<sup>151</sup>

Informationstechnik – und Telekommunikationsunternehmen spielen zudem eine wichtige Rolle in der Kontrolle und Überwachung der palästinensischen Bevölkerung. Internationale Unternehmen beliefern Israel mit der dafür notwendigen Infrastruktur auch hierfür.

Folgende, in den von Israel besetzten Gebieten tätige, Unternehmen aus der Telekommunikations- und Informations-technologiebranche werden in diesem Bericht näher untersucht:

1. Bezeq The Israel Telecommunication Corp., Ltd. (inkl. Pelephone Communications Ltd. & DBS Satellite Services (1998) Ltd. (yes)
2. Cellcom Israel Ltd.
3. Hewlett Packard Enterprise & DXC Technology Company
4. Motorola Solutions, Inc bzw. Motorola Solutions Israel

**Tabelle 19:**  
**Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen zu den in dieser Studie untersuchten Unternehmen aus der Informationstechnologiebranche. Zu den Telekommunikationsunternehmen Bezeq und Cellcom wurden keine relevanten Finanzbeziehungen über dem Schwellenwert von EUR 1 Mio. zu den untersuchten Finanzdienstleistern festgestellt.**

In Mio. EUR		BayernLB	Commerzbank	Deka Gruppe	Deutsche Bank	DWS	DZ Bank	UniCredit SpA	Union Investment	Gesamt	
Vergebene Kredite	Hewlett Packard Enterprise		112,61		223,51					336,12	1083,69
	DXC Technology Company	198,04	198,04							396,08	
	Motorola Solutions				183,21			168,27		351,49	
Begebung von Anleihen	Hewlett Packard Enterprise				219,72					219,72	417,19
	DXC Technology Company		28,86							28,86	
	Motorola Solutions				168,60					168,60	
Gehaltene Anleihen	Hewlett Packard Enterprise			17,51	36,00		7,67			61,18	91,87
	DXC Technology Company			2,34	22,15					24,49	
	Motorola Solutions				6,19					6,19	
Gehaltene Aktien	Hewlett Packard Enterprise		11,43	2,54	74,51	67,51	1,86			157,85	481,93
	DXC Technology Company		6,95	5,56	37,05	10,15	3,04		2,70	65,46	
	Motorola Solutions		2,64	128,72	92,17	28,91	6,17			258,62	
<b>Gesamt</b>		<b>198,04</b>	<b>360,54</b>	<b>156,67</b>	<b>1.063,13</b>	<b>106,58</b>	<b>18,74</b>	<b>168,27</b>	<b>2,70</b>	<b>2.074,68</b>	



Servicezentrum der Firma Pelephone Communications in der israelischen Siedlung Ariel im Westjordanland (August 2008). © Who Profits.

## Bezeq The Israel Telecommunication Corp., Ltd. (Pelephone Communications Ltd. & DBS Satellite Services (1998) Ltd. (YES))

Das 1984 gegründete Telekommunikationsunternehmen Bezeq befand sich bis zu seiner Privatisierung im Jahr 2005 in Staatsbesitz. Zusammen mit seinen Tochtergesellschaften, darunter den beiden 100 %-igen Töchtern Pelephone Communications und Yes, bietet das Unternehmen eine große Bandbreite an Dienstleistungen und Produkten im Telekommunikationssektor an. Das Unternehmen mit Sitz in Tel Aviv ist im TA-100 Index an der Wertpapierbörse notiert (ISIN: IL0002300114).<sup>152</sup>

Bezeq bietet in allen israelischen Siedlungen, Militärstützpunkten und Checkpoints im Westjordanland sowie in israelischen Siedlungen in den annektierten syrischen Golanhöhen Telekommunikationsdienstleistungen an. Das Unternehmen baut dafür sein Infrastrukturnetz in den besetzten Gebieten ständig aus. Allein in den israelischen Siedlungen im Westjordanland unterhält Bezeq hierfür circa 40 verschiedene Objekte (Stand Dez. 2017).<sup>153</sup>

Israelische Siedler\*innen und Soldat\*innen nutzen in den besetzten Gebieten zudem den Handyanbieter Pelephone Communications, ein Tochterunternehmen von Bezeq. Der Handyanbieter besitzt 216 Antennen und Telekommunikationsinfrastruktureinrichtungen im Westjordanland und den Golanhöhen. Weitere 16 Antennen befanden sich im März 2018 im Aufbau.<sup>154</sup>

In 2015 wurde bekannt, dass Pelephone Communications offenbar Lizenzgebühren an völkerrechtswidrige israelische Siedlungen für die Installation von Antennen und Mobilfunkmasten zahlte. Hierzu gehörten auch sogenannte Außenposten, die ohne vorherige Baugenehmigung der israelischen Regierung errichtet wurden.<sup>155</sup> Das Business and Human Rights Resource Centre kontaktierte Pelephone Communications dahingehend im Mai 2015, erhielt jedoch keine Antwort.<sup>156</sup>

Der Satellitenfernsehanbieter DBS Satellite Services, besser unter dem Markennamen YES bekannt, ist ebenso eine 100 %-ige Tochtergesellschaft von Bezeq.<sup>157</sup> Das Unternehmen bietet in allen völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen und an Checkpoints satellitengestützte Kommunikationsdienste an.<sup>158</sup>

Der israelische Staat subventioniert die völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland massiv. Schätzungen zufolge gibt Israel durchschnittlich drei Mal so viel für Siedlerinnen und Siedler in besetzten Gebieten wie für seine Bürger\*innen im anerkannten Staatsgebiet aus.<sup>159</sup> Neben finanziellen Anreizen entstehen Siedler\*innen zudem keine Nachteile in Bezug auf öffentliche Dienstleistungen oder kommerzielle Angebote. Im Gegensatz zu ihren palästinensischen Nachbar\*innen empfangen sie beispielsweise sämtliche Telekommunikationsdienstleistungen problemlos.

Im Rahmen der Finanzdatenrecherche konnten keine relevanten Finanzbeziehungen zu Bezeq und seinen Tochterunternehmen zu den in dieser Studie untersuchten Finanzdienstleistern über einem Schwellenwert von EUR 1 Mio. festgestellt werden.



Antennen von Cellcom Israel in der Siedlung Chalamisch im Westjordanland (April 2009).  
© Who Profits.

## Cellcom Israel

Das 1994 gegründete Unternehmen Cellcom Israel ist eines der größten Telekommunikationsunternehmen und führender Handyanbieter in Israel. Die Aktien des Unternehmens sind sowohl im TA-100 Index an der Wertpapierbörse in Tel Aviv sowie an der New Yorker Börse notiert (ISIN: IL0011015349).<sup>160</sup>

Cellcom Israel besitzt rund 249 aktive Antennen und Telekommunikationsinfrastruktureinrichtungen in den annektierten syrischen Golanhöhen und im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem (Stand März 2018). In der Zone C der besetzten Gebiete bietet Cellcom Israel verschiedene Internet- und Mobilfunkdienste an, lizenziert durch das Israelische Kommunikationsministerium.<sup>161</sup> Wie die Weltbank 2016 berichtete, hat Cellcom Israel gemäß einer Studie von Alpha International einen Anteil von 41,5 % am Breitbandmarkt in den C-Gebieten.<sup>162</sup> In den Siedlungen Ariel, Modi'in Illit und Beitar Illit sowie in Ostjerusalem stehen Siedler\*innen und Soldat\*innen zudem eigene Kunden- und Vertriebszentren zur Verfügung. Mit der Beitar Illit Gemeindevertretung sowie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft in der Siedlung Efrat bestehen ebenfalls Verträge. Letztere operiert als offizielle Vertreterin von Cellcom und erhält dafür einen Gewinnanteil.<sup>163</sup>

In 2015 wurde bekannt, dass Cellcom Israel offenbar Lizenzgebühren an völkerrechtswidrige israelische Siedlungen für die Installation von Antennen und Mobilfunkmasten zahlte. Hierzu gehörten auch sogenannte Außenposten, die selbst gemäß israelischen Gesetzen illegal errichtet sind.<sup>164</sup> Das Business and Human Rights Resource Centre kontaktierte das Unternehmen dahingehend im Mai 2015, erhielt jedoch keine Antwort.<sup>165</sup> Auch auf eine Anfrage der dänischen NRO Danwatch reagierte der Telekommunikationsanbieter nicht.<sup>166</sup>

Auch dem israelischen Militär stellt das Unternehmen seine Mobilfunkdienste als alleiniger Anbieter zur Verfügung. Im Jahr 2012 gewann Cellcom Israel hierfür eine Ausschreibung für drei Jahre. Der Vertrag wurde im Jahr 2014 bis zum Oktober 2017 sowie im April 2018 für weitere drei Jahre verlängert. Der Ausschreibungswert belief sich auf NIS 12 Millionen (ca. EUR 2.961.577,66). Auf der Website des Unternehmens findet sich ein eigenes Portal für Soldat\*innen und ihre Familien. Gemäß einem entsprechenden Gesetz dürfen zudem Einrichtungen und Ausrüstung von Cellcom Israel durch das Militär genutzt werden.<sup>167</sup>

Cellcom Israel trägt direkt zum Erhalt der völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland bei, in dem es Siedlerinnen und Siedler Serviceleistungen vor Ort zur Verfügung stellt sowie das israelische Militär in seiner Tätigkeit in besetzten und annektierten Gebieten durch entsprechende Dienstleistungen unterstützt.

Im Rahmen der Finanzdatenrecherche konnten keine relevanten Finanzbeziehungen zu Bezeq und seinen Tochterunternehmen zu den in dieser Studie untersuchten Finanzdienstleistern über einem Schwellenwert von EUR 1 Mio. festgestellt werden.



Grenzkontrolle mittels 'Basel System' am Checkpoints Erez. Foto der israelischen Armee (2011). © Who Profits

## Hewlett Packard Enterprise & DXC Technology Company

Hewlett Packard Enterprise (kurz: HPE) ist ein in Palo Alto, USA, ansässiges Informationstechnikunternehmen, welches im November 2015 von Hewlett Packard Company (heute: HP Inc.) abgespalten wurde und seither für das Unternehmensgeschäft zuständig ist. Letztere ist hierzulande vor allem für Computer und Drucker bekannt. HPE ist an der New Yorker Börse notiert (US42824C1099).<sup>168</sup>

Bereits im Jahr 2015 berichtete Facing Finance ausführlich über fragwürdige Geschäftspraktiken der Hewlett Packard Company (HP) in den besetzten Gebieten. HP verwaltete beispielsweise die IT-Infrastruktur der israelischen Marine, welche seit 2007 die Seeblockade des Gazastreifens aufrechterhält. Ebenso lieferte EDS Israel, eine Tochter von HP, das sogenannte Basel System. Hierbei handelte es sich um ein automatisiertes, biometrisches Zugangskontrollsystem, welches an Kontrollpunkten im besetzten Westjordanland und in Gaza installiert wurde.<sup>169</sup> Palästinenser\*innen mit israelischer Einreisegenehmigung wurden im System gespeichert und erhielten eine magnetische biometrische Karte. Diese enthält neben persönlichen und sicherheitsrelevanten Daten auch biometrische Daten. Seit 2005 sind diese Karten für alle Palästinenser\*innen verpflichtend, die die israelische Grenze passieren. Israel hat damit praktisch von fast allen Palästinenserinnen und Palästinensern über 18 Jahre lang sensible persönliche und biometrische Daten gesammelt und gespeichert.<sup>170</sup> Das Basel Kontrollsystem wurde 2016 eingestellt. Es ist noch unklar, ob bzw. durch welches System Basel ersetzt wurde.

Im November 2015 spaltete sich HP in zwei Firmen auf: Hewlett Packard Inc. und Hewlett Packard Enterprise. Die Dienstleistungssparte von Hewlett Packard Enterprise fusionierte zudem 2017 mit der Firma Computer Sciences Corporation zu DXC Technology. Deren Tochter, EntServ Israel, wiederum übernahm von HP im Mai 2017 den Betrieb und die Wartung des EDV-Systems (Arbel Projekt des Aviv Systems) der israelischen Bevölkerungs- und Einwanderungsbehörde. Dieses verwaltet die Umstellung auf biometrische Ausweise, welche neben israelischen Bürger\*innen auch palästinensische Einwohner\*innen in Israel und im besetzten Ostjerusalem besitzen müssen. EntServ Israel übernahm zudem von HP den

Vertrag über die Herstellung biometrischer Ausweise bis zum Jahr 2020.<sup>171</sup> Israelische jüdische Einwohner\*innen in Ostjerusalem genießen im Rahmen ihrer israelischen Staatsbürgerschaft volle Rechte, wohingegen palästinensische, arabische Einwohner in Ostjerusalem aufgrund ihres staatsbürgerlichen Status als ‚ständige Bewohner‘ benachteiligt werden.<sup>172</sup>

DXC Technology war bis zum 31. Dezember 2017 für die Wartung von biometrischen Stationen beauftragt. Jeweils im Januar und Juli 2017 wurden 50 biometrische Stationen durch die israelische Bevölkerungs- und Einwanderungsbehörde zusätzlich bestellt. Im ersten Auftrag ist ein Instandhaltungsauftrag für ein Jahr inbegriffen. DXC Technology liefert an die Behörde zudem biometrische Scanner. Hewlett Packard Enterprise wiederum beliefert durch die Tochtergesellschaft Hewlett Packard (Israel) Ltd. die Bevölkerungs- und Einwanderungsbehörde mit Itanium-Servern. Hewlett Packard Enterprise ist zudem bis Juli 2020 beauftragt, die Server der Behörde zu warten.<sup>173</sup>

Desweiteren betreibt DXC Technology ein von HP übernommenes Forschungs- und Entwicklungszentrum in der völkerrechtswidrigen israelischen Siedlung Beitar Illit im Westjordanland.<sup>174</sup>

Für die israelische Zivilbehörde entwickelt das Unternehmen ferner ein Computerprogramm, welches unautorisierte, palästinensische Bauvorgänge in den C-Gebieten im Westjordanland ermitteln soll.<sup>175</sup> Die Zerstörung palästinensischer Häuser und Infrastruktur könnte somit in Zukunft noch einfacher und schneller durch israelische Behörden durchzuführen sein.

Beide Unternehmen tragen über ihre Dienstleistungen an israelische Behörden unmittelbar zur Erhaltung des gegenwärtigen Status Quo der besetzten Gebiete bei. Insbesondere die Bereitstellung von Technologien zur Überwachung und Kontrolle stellt einen tiefen Einschnitt in die Rechte der palästinensischen Bevölkerung dar. Beide Unternehmen versprachen auf Anfrage von Facing Finance zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, taten es jedoch bisher nicht.

**Tabelle 20:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister**  
**zu Hewlett Packard Enterprise und zu DXC Technology Company**

In Mio. Euro	Hewlett Packard Enterprise					DXC Technology Company					Gesamt HPE & DXC
	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt HPE	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt DXC	
<b>BayernLB</b>						<b>198,04</b>				<b>198,04</b>	<b>198,04</b>
Bayerische Landesbank						198,04				198,04	
<b>Commerzbank</b>	<b>112,61</b>			<b>11,43</b>	<b>124,04</b>	<b>198,04</b>	<b>28,86</b>		<b>6,95</b>	<b>233,85</b>	<b>357,89</b>
Commerz Funds Solutions S.A.									1,88	1,88	
Commerz Markets LLC							16,58			16,58	
Commerzbank AG	112,61			11,43	124,04	198,04	12,28		5,08	215,39	
<b>Deka Gruppe</b>			<b>17,51</b>	<b>2,54</b>	<b>20,05</b>			<b>2,34</b>	<b>5,56</b>	<b>7,90</b>	<b>27,95</b>
Deka Investment GmbH			17,51		17,51			2,34	5,56	7,90	
DekaBank Deutsche Girozentrale				2,54	2,54						
<b>Deutsche Bank</b>	<b>223,51</b>	<b>219,72</b>	<b>36,00</b>	<b>142,02</b>	<b>621,26</b>			<b>22,15</b>	<b>47,20</b>	<b>69,36</b>	<b>690,61</b>
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			10,87		10,87			8,68		8,68	
Deutsche Asset Management (UK) Limited				19,59	19,59				11,02	11,02	
Deutsche Asset Management Americas			2,69	48,44	51,13			1,30	22,35	23,66	
Deutsche Bank	223,51			1,08	224,58						
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			22,44		22,44			12,17		12,17	
Deutsche Bank Securities Inc		219,72		5,41	225,14				3,67	3,67	
DWS International GmbH				13,18	13,18				2,31	2,31	
DWS Investment GmbH				20,17	20,17				4,60	4,60	
DWS Investment Management Americas, Inc.				34,16	34,16				3,24	3,24	
<b>DZ Bank</b>			<b>7,67</b>	<b>1,86</b>	<b>9,53</b>				<b>3,04</b>	<b>3,04</b>	<b>12,57</b>
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank				1,86	1,86				1,72	1,72	
Union Investment Institutional GmbH			2,29		2,29						
Union Investment Luxembourg SA			5,38		5,38						
Union Investment Privatfonds GmbH									1,32	1,32	
<b>Union Investment</b>									<b>2,70</b>	<b>2,70</b>	<b>2,70</b>
Quoniam Asset Management GmbH									2,70	2,70	
<b>Gesamt</b>	<b>336,12</b>	<b>219,72</b>	<b>61,18</b>	<b>157,85</b>	<b>774,87</b>	<b>396,08</b>	<b>28,86</b>	<b>24,49</b>	<b>65,46</b>	<b>514,90</b>	<b>1.289,77</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH



Kommunikationsgerät der Firma Motorola, das von der israelischen Polizei während der Dispersion einer palästinensischen Demonstration verwendet wird (2013). © Who Profits

## Motorola Solutions Israel

Das US-amerikanische Unternehmen Motorola Solutions Inc. (ISIN: US6200763075) ging im Jahr 2011 aus der Aufspaltung der Motorola Corporation in ein Geschäftskunden- und ein Privatkundengeschäft (Motorola Mobility) hervor. Motorola Solutions bietet Telekommunikationslösungen an verschiedene Kunden und Behörden im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Wirtschaft an.<sup>176</sup> Das Tochterunternehmen Motorola Solutions Israel wurde 1964 gegründet.<sup>177</sup>

Das Telekommunikationsunternehmen Motorola Solutions steht seit vielen Jahren für eine Reihe von Geschäftsaktivitäten im besetzten Westjordanland in der Kritik. Bereits 2005 gewann Motorola Solutions Israel eine Ausschreibung des israelischen Verteidigungsministeriums für das großflächige Überwachungssystem MotoEagle in Höhe von USD 93 Mio. Dieses ist mit Radardetektoren und Kameras ausgestattet, um ein unerwünschtes Eindringen in israelische Siedlungen im Westjordanland zu erfassen. Laut Who Profits ist das Überwachungssystem in mindestens 25 israelischen Siedlungen (z.B. Hebron) sowie in diversen Außenposten (z.B. Tzur Shalem) installiert, wobei wiederholt in palästinensischen Privatbesitz eingedrungen wurde. Außenposten gelten auch nach israelischen Gesetzen als illegal. MotoEagle kommt darüber hinaus am Hightech-Zaun zu Gaza und der Sperranlage im Westjordanland zum Einsatz.<sup>178</sup>

Speziell für die israelische Armee entwickelte Motorola zudem das mobile Kommunikationssystem Mountain Rose, welches bis 2018 von Soldat\*innen im besetzten Westjordanland eingesetzt wurde und nun durch das neue System „the son of the king“ (Ben Hamelech) ersetzt werden soll. Den Auftrag über USD 100 Mio. erhielt Motorola Solutions Israel im Januar 2014 vom Israelischen Verteidigungsministerium im Rahmen eines 15-Jahres-Vertrages.<sup>179</sup>

Auch die israelische Polizei nutzt das Kommunikationssystem Astro25 von Motorola. Die Spezialeinheit Patrol Unit der israelischen Polizei nutzt das System im Rahmen ihrer Operationen in den besetzten palästinensischen Gebieten, z.B. zur Auflösung von Demonstrationen. Auch Regionalverwaltungen wie Gush Etzion oder einzelne Siedlungen (z.B. Ariel) greifen auf verschiedene Dienstleistungen von Motorola zurück.<sup>180</sup>

Im Jahr 2015 belieferte Motorola Solutions zudem die israelische Gefängnisbehörde IPS mit Dienstleistungen im Wert von NIS 377 Mio. sowie in 2016 in Höhe von NIS 3 Mio.<sup>181</sup> Mehr als 5.600 palästinensische Häftlinge befinden sich derzeit in israelischen Gefängnissen, darunter auch Minderjährige oder Personen in Verwaltungshaft ohne Anklage.<sup>182</sup> Ein Großteil der Gefangenen ist auf israelischem Staatsterritorium inhaftiert, ein Verstoß gegen die IV. Genfer Konvention über den Schutz der Zivilbevölkerung vom 12. August 1949.

Der Verkauf der beschriebenen Dienstleistungen und Produkte von Motorola Solutions an israelische Behörden und das Militär zur routinemäßigen Überwachung und Kontrolle von Palästinenser\*innen ist zwar kein Verstoß gegen das für Staaten geltende Völkerrecht, aber es trägt unmittelbar zu dessen Missbrauch bei.

**Tabelle 21:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister zu Motorola Solutions Israel**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>				<b>2,64</b>	<b>2,64</b>
Commerzbank AG				2,64	2,64
<b>Deka Gruppe</b>				<b>128,72</b>	<b>128,72</b>
Deka Investment GmbH				56,51	56,51
DekaBank Deutsche Girozentrale				72,22	72,22
<b>Deutsche Bank</b>	<b>183,21</b>	<b>168,60</b>	<b>6,19</b>	<b>121,09</b>	<b>479,10</b>
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			6,19		6,19
Deutsche Asset Management (UK) Limited				23,46	23,46
Deutsche Asset Management Americas				68,71	68,71
Deutsche Bank	183,21				183,21
Deutsche Bank Securities Inc		168,60			168,60
DWS International GmbH				9,78	9,78
DWS Investment GmbH				9,50	9,50
DWS Investment Management Americas, Inc.				9,64	9,64
<b>DZ Bank</b>				<b>6,17</b>	<b>6,17</b>
Union Investment Luxembourg S.A.				2,41	2,41
Union Investment Privatfonds GmbH				3,76	3,76
<b>UniCredit</b>	<b>168,27</b>				<b>168,27</b>
UniCredit SpA	168,27				168,27
<b>Gesamt</b>	<b>351,49</b>	<b>168,60</b>	<b>6,19</b>	<b>258,62</b>	<b>784,90</b>

# F Tourismus

Tourismus ist eine wichtige Einnahmequelle für den Staat Israel. Im Jahr 2017 besuchten mehr als 3,6 Mio. Menschen das Land und gaben im Schnitt mehr als USD 150 am Tag aus. Die Region um das Tote Meer gilt dabei als die am häufigsten besuchte Region nach Jerusalem und Tel Aviv.<sup>183</sup> Israel grenzt zwar nur im Süden an das Tote Meer, kontrolliert jedoch weitgehend den gesamten westlichen Küstenstreifen, da sich dieser im Westjordanland befindet. Der rund 40 km lange Abschnitt fällt dabei in den Bereich der C-Gebiete und liegt somit unter israelischer Kontrolle. Laut Palästinensischem Statistikkbüro verzeichneten palästinensische Hotels im ersten Halbjahr von 2018 dagegen lediglich 301.422 Gäste.<sup>184</sup>

Während Israel eigene touristische Strukturen am Toten Meer im besetzten Westjordanland aufbaut, bleibt dieser Abschnitt für Palästinenserinnen und Palästinenser weitgehend unerreichbar. Etwa 77,5 % des gesamten Jordangrabens, dem größten Gebiet im Westjordanland und angrenzend an das Tote Meer, ist für Palästinenser\*innen nicht nutzbar. Israel hat diese Teile als militärische Zonen, Naturreservate oder ‚stateland‘ deklariert und so von der palästinensischen Bevölkerung abgeschottet.<sup>185</sup> Auch der Zugang zum Toten Meer unterliegt Palästinenser\*innen starken Bewegungseinschränkungen. Laut Schätzungen der Weltbank aus dem Jahr 2013 könnte der Aufbau einer palästinensischen Hotelindustrie am Salzsee dabei rund

USD 126 Mio. pro Jahr einbringen.<sup>186</sup> Für Palästinenser\*innen ist es jedoch so gut wie unmöglich, eine Baugenehmigung von den israelischen Behörden in den C-Gebieten zu erhalten. Aufgrund der israelischen Besetzung und der verhängten Restriktionen können sie die Regionen wirtschaftlich und kulturell kaum nutzen.

Das israelische Ministerium für Tourismus fördert indessen nicht nur den Tourismus im eigenen Staatsgebiet, sondern auch im besetzten Westjordanland. Auf ihrer Website empfiehlt die Behörde Reiserouten, Hotels und Attraktionen. Darunter fallen auch eine Reihe von Unternehmungen und Übernachtungsmöglichkeiten von israelischen Firmen im besetzten Gebiet, z.B. Hotels in den israelischen Siedlungen Kalia und Almog, Geländewagentouren in Gush Etzion oder der Besuch von Weingütern in Rehelim.<sup>187</sup>

Auch zahlreiche ausländische Reiseportale unterstützen mit ihren Dienstleistungen die Besetzung und Enteignung der palästinensischen Bevölkerung, in dem sie in israelischen Siedlungen im Westjordanland Hotels und Ferienwohnungen vermitteln oder Restaurants empfehlen. Auf den Online-Portalen wird dabei ein unvollständiges bzw. einseitiges Bild vermittelt. Nutzer\*innen der Reiseplattformen können in der Regel nicht einsehen, ob sich gebuchte Hotels in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen befinden. Auf den Websites selbst bleibt ihnen nur die eingebettete Google-Karte.

Aber auch diese gibt keinen Aufschluss darüber, ob es sich um palästinensische oder israelische Siedlungen in besetzten und annektierten Gebieten handelt.

## Empfehlung

Facing Finance empfiehlt allen Tourismusunternehmen solange keine Unterkünfte oder sonstigen Angebote in israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, sowie den Golanhöhen anzubieten, bis z.B. eine Zwei-Staatenlösung den Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser\*innen befriedet hat.

Folgende, in den von Israel besetzten Gebieten tätige, Unternehmen aus der Tourismusbranche werden in diesem Bericht näher untersucht:

1. **Airbnb, Inc.**
2. **Booking Holdings Inc. (Booking.com B.V. & Kayak Software Corporation)**
3. **Expedia Group, Inc. (Expedia, Travelocity, Hotels.com & trivago)**
4. **TripAdvisor Inc.**

**Tabelle 22:**  
**Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen zu den in dieser Studie untersuchten Unternehmen aus der Tourismusbranche**

	Aktienausgabe	Vergebene Kredite		Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen		Gehaltene Aktien			Gesamt
	trivago	Booking Holdings	Trip-Advisor	Booking Holdings	Expedia	Booking Holdings	Expedia	Booking Holdings	Trip-Advisor	
In Mio. Euro										
<b>Apobank</b>						6,14				<b>6,14</b>
<b>Commerzbank</b>							7,78	129,87	16,78	<b>154,43</b>
<b>Deka Gruppe</b>					2,13	9,66	1,18	27,77	1,64	<b>42,37</b>
<b>Deutsche Bank</b>	30,55	125,84	160,41	624,29	9,65	25,98	23,58	114,83	16,41	<b>1.131,54</b>
<b>DWS</b>							6,59	511,21		<b>517,80</b>
<b>DZ Bank</b>					8,08	21,11		4,13		<b>33,31</b>
<b>Helaba</b>					1,02	1,48		4,01		<b>6,52</b>
<b>LBBW</b>					2,28	2,28				<b>4,55</b>
<b>NordLB</b>						2,05				<b>2,05</b>
<b>Gesamt</b>	<b>30,55</b>	<b>125,84</b>	<b>160,41</b>	<b>624,29</b>	<b>23,15</b>	<b>68,69</b>	<b>39,13</b>	<b>791,81</b>	<b>34,83</b>	<b>1.898,70</b>
<b>Total</b>	<b>30,55</b>	<b>286,25</b>		<b>624,29</b>	<b>91,85</b>		<b>865,77</b>			<b>1.898,70</b>

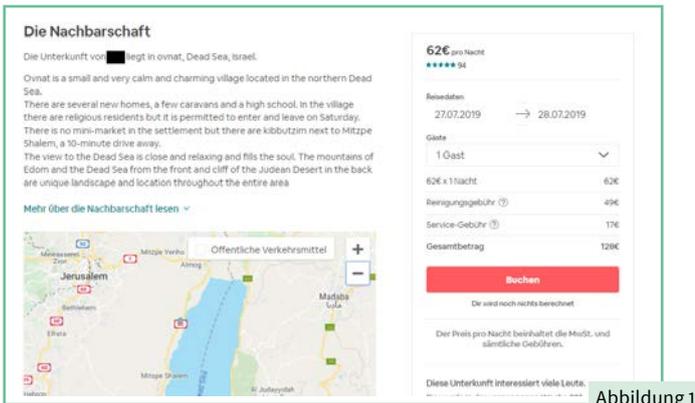


Abbildung 1

Die Internet-Reiseplattform Airbnb vermittelt Übernachtungsmöglichkeiten in 81 000 Städten in 190 Ländern. Das Unternehmen mit Hauptsitz in San Francisco ist nicht an der Börse notiert.<sup>188</sup>

Airbnb vermittelt Übernachtungen nicht nur nach Israel selbst, sondern auch in israelische Siedlungen auf palästinensischem Territorium. Die Abbildung 1 zeigt eine von Airbnb vermittelte Übernachtungsmöglichkeit in Ovnat. Hierbei handelt es sich um eine israelische Siedlung im Westjordanland an der Küste des Toten Meeres. Der Standort wurde vom ‚Superhost‘, einer Bezeichnung von Airbnb für erstklassige Gastgeber\*innen, als ‚ovnat, Dead Sea, Israel‘ angegeben und offenbar seitens des Unternehmens nicht korrigiert. In der Anzeige lässt sich nicht darauf schließen, dass eine Übernachtung in einer völkerrechtswidrigen Siedlung gebucht wird. So heißt es in einer beispielhaften Bewertung vom Oktober 2018:

„We were surprised to land in the Westbank, but enjoyed spending two beautiful days in the dead sea area, close to En Boker and Massada. We can recommend the apartment in [name]’s house.“

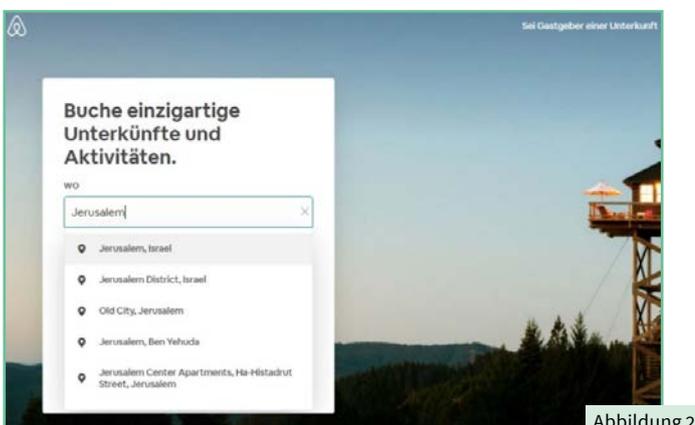


Abbildung 2

Unterkünfte in Jerusalem ordnet Airbnb kategorisch Israel zu (siehe Abb. 2), obwohl die Annexion Ostjerusalems von der internationalen Staatengemeinschaft verurteilt und vom VN-Sicherheitsrat in Resolution 478 als null und nichtig befunden wurde.

Im November 2018 kündigte Airbnb überraschend an, keine Übernachtungsmöglichkeiten in israelischen Siedlungen im Westjordanland auf der Plattform mehr zu vermitteln. Rund 200 Unterkünfte waren von dieser Entscheidung betroffen. Das Unternehmen erklärte, dass die Geschäftstätigkeiten im Rahmen des US-amerikanischen Rechts zwar rechtmäßig gewesen seien, aber eine verbreitete Auffassung darüber bestünde, dass Unternehmen nicht wirtschaftlich von der Vertreibung anderer Menschen profitieren sollten. Airbnb entwickelte daraufhin einen Entscheidungsrahmen für den Umgang mit betroffenen Unterkünften mit dem Ergebnis, dass „wir die Einträge in israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland, die den Kern des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern bilden, streichen sollten.“<sup>189</sup>

Im April 2019 kündigte Airbnb an, diese Entscheidung zu revidieren. Betroffene Unterkünfte aus den USA und Israel überhäufte das Unternehmen mit Klagen wegen Diskriminierung. Die israelische Regierung drohte zudem mit Einschränkungen (z.B. in Form höherer Steuern). Das Unternehmen erklärte:<sup>190</sup>

„Heute kündigt Airbnb an, dass wir alle Klagen beigelegt haben, die von Gastgebern und potenziellen Gastgebern und Gästen eingereicht wurden, die sich gegen eine Richtlinie wandten, die das Unternehmen kürzlich bezüglich der Listung in strittigen Gebieten angekündigt hat.“

In der Stellungnahme erklärt das Unternehmen keine Profite aus israelischen Siedlungen im Westjordanland generieren zu wollen. Gewinne sollen an humanitäre Organisationen gespendet werden. Die Entscheidung von Airbnb mag aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sein, ist aber eine Bankrotterklärung für die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen.

Im Rahmen der Finanzdatenrecherche konnten keine relevanten Finanzbeziehungen zwischen Airbnb und den in dieser Studie untersuchten Finanzdienstleistern über einem Schwellenwert von EUR 1 Mio. festgestellt werden.

# Booking Holdings Inc. (Booking.com B.V. & Kayak Software Corporation)

Das US-amerikanische Unternehmen Booking Holdings Inc. vereint mehrere Reise-Online-Portale wie z.B. Booking.com und Kayak unter seinem Dach. Booking Holdings ist in New York an der NASDAQ Börse notiert (ISIN: US09857L1089).<sup>191</sup>

Die in Amsterdam ansässige Firma Booking.com gehört zu den wichtigsten Marken der Booking Holdings Inc. Auf der Website können weltweit Unterkünfte verglichen und gebucht werden. Ähnlich wie Airbnb vermittelt auch Booking.com Übernachtungsmöglichkeiten in israelische Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, sowie in die annektierten syrischen Golanhöhen.

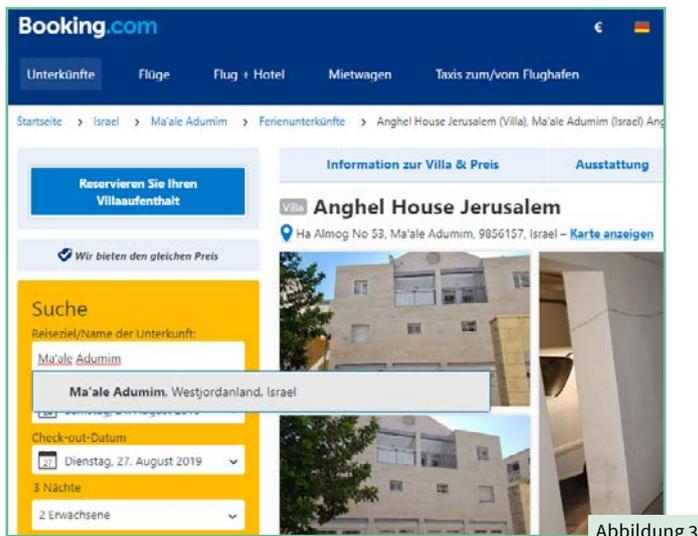


Abbildung 3

Hotels in israelischen Siedlungen im Westjordanland werden uneinheitlich und teilweise irreführend dargestellt. Die Abbildung 3 zeigt beispielhaft eine angebotene Unterkunft in der israelischen Siedlung Ma'ale Adumim im Westjordanland, welche das Buchungsportal geografisch Israel zuordnet. Wird spezifisch nach Hotels in Ma'ale Adumim gesucht, verortet Booking.com die Unterkunft in „Westjordanland, Israel“. Dabei entsteht der Eindruck, dass das besetzte Gebiet eine Region Israels sei.

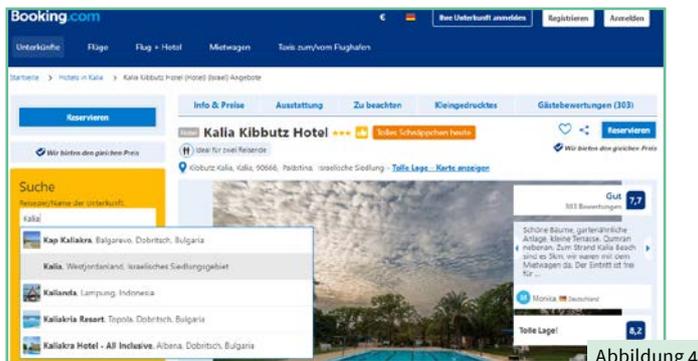


Abbildung 4

Im Fall der israelischen Siedlung Kalia im Westjordanland verortet das Buchungsportal Booking.com das Kibbutz im Suchfeld im „Westjordanland, israelisches Siedlungsgebiet“ und im Fall einer dann ausgewählten Unterkunft präziser als „Kalia, Palästina, israelische Siedlung“ (Abb. 4). Es wird kein Hinweis darauf gegeben, dass diese Siedlungen gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen.

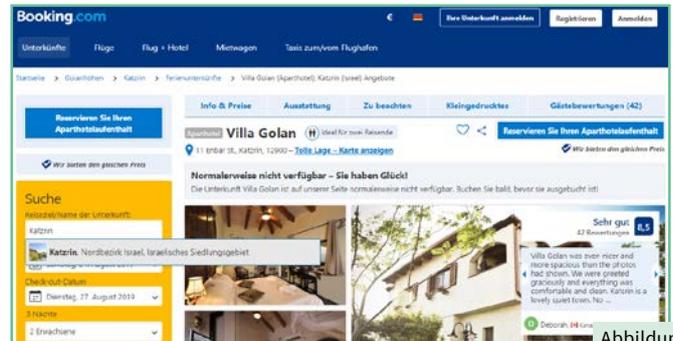


Abbildung 5

Auf Booking.com lassen sich zudem Hotels in israelischen Siedlungen auf den annektierten Golanhöhen buchen. Im Suchmaschinenfeld werden die syrischen Golanhöhen dabei fälschlich Israel zugerechnet. Im Fall der Abbildung 5 verortet Booking.com die israelische Kleinstadt Katzrin in den Golanhöhen im „Nordbezirk Israel, israelisches Siedlungsgebiet“. Wieder entsteht der Eindruck, als befände sich die Unterkunft auf israelischem Territorium.

Die Reise-Metasuchmaschine Kayak ist auch eine Marke von Booking Holdings. Kayak durchsucht Websites anderer Anbieter, um Kund\*innen Flüge, Hotels, Mietwagen oder Pauschalreisen vorzuschlagen. Das US-amerikanische Unternehmen mit Sitz in Stamford, Connecticut, und seine Tochterunternehmen (z.B. SWOODOO) vereinen dabei rund 2 Milliarden Suchanfragen pro Jahr auf ihren Portalen.<sup>192</sup>

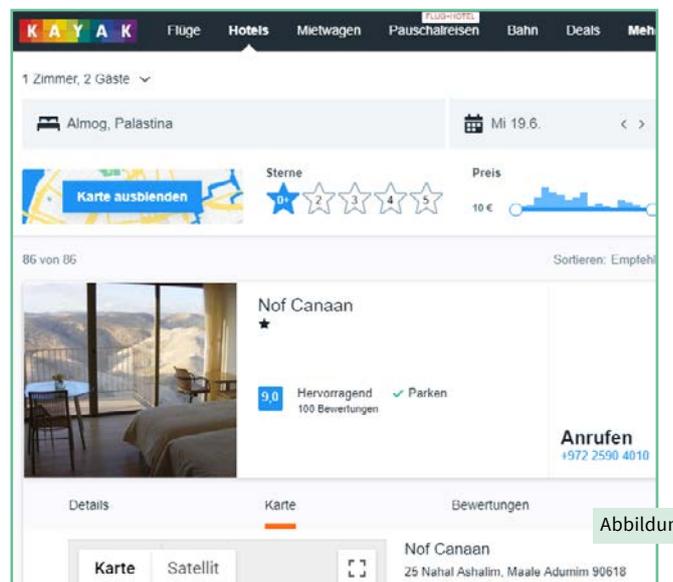


Abbildung 6

Auch die Suchmaschine von Kayak vermittelt Unterkünfte in israelische Siedlungen im besetzten Westjordanland und den annektierten Golanhöhen. Diese werden auf anderen Reiseportalen wie Booking.com oder Expedia gefunden. Im Untersuchungszeitraum dieses Berichtes hat Kayak seine Darstellung angepasst. Zu Beginn der Recherchen von Facing Finance verortete das Unternehmen beispielsweise im Suchfeld die im Westjordanland befindliche israelische Siedlung Kfar Adumim in Israel. Nun wird diese in den palästinensischen Gebieten verortet (Abb. 6). Jedoch ist auch diese Darstellung irreführend, da kein Bezug zu einer israelischen Siedlung hergestellt wird. Auch bedeutet dies keineswegs, dass die Lage der Unterkünfte selbst richtig dargestellt wird. In den genommenen Stichproben wurden Unterkünfte in der Regel ohne eine genaue geografische Zuordnung dargestellt (siehe Abbildung 6).

Die Golanhöhen verortet Kayak prinzipiell in Israel und erkennt damit die israelische Annexion an. Diese wurden im Zuge des sogenannten Sechs-Tage-Krieges 1967 von Israel besetzt und per Gesetz im Dezember 1981 annektiert. Nur wenige Tage später wurde der Vorgang durch den VN-Sicherheitsrat als null und nichtig erklärt.

Die beiden Marken Booking.com und Kayak des amerikanischen Unternehmens Booking Holdings vermitteln nicht nur Übernachtungsmöglichkeiten in israelische Siedlungen im Westjordanland und den Golanhöhen, sondern ignorieren dabei vielfach die geografischen und völkerrechtlichen Gegebenheiten. Die Unternehmen profitieren von den Buchungen über ihre Reiseportale und verdienen auf diese Weise an der Besetzung und Enteignung palästinensischen und syrischen Territoriums. Die oft ungenauen oder falschen Darstellungen können dazu führen, dass Kund\*innen ungewollt Unterkünfte in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen buchen.

**Tabelle 23:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken Finanzdienstleister zu Booking Holdings Inc.**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Apobank</b>			<b>6,14</b>		<b>6,14</b>
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG			6,14		6,14
<b>Commerzbank</b>				<b>129,87</b>	<b>129,87</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				59,69	59,69
Commerzbank AG				70,18	70,18
<b>Deka Gruppe</b>			<b>9,66</b>	<b>27,77</b>	<b>37,42</b>
Deka Investment GmbH			9,66	27,77	37,42
<b>Deutsche Bank</b>	<b>125,84</b>	<b>624,29</b>	<b>25,98</b>	<b>626,03</b>	<b>1.402,15</b>
DB Platinum Advisors				1,95	1,95
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			14,60		14,60
Deutsche Asset Management (UK) Limited				64,93	64,93
Deutsche Asset Management Americas			2,54	39,38	41,92
Deutsche Bank	125,84	564,72		1,13	691,69
Deutsche Bank Securities Inc		59,56		7,44	67,00
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			8,85		8,85
DWS International GmbH				44,93	44,93
DWS Investment GmbH				449,95	449,95
DWS Investment Management Americas, Inc.				16,33	16,33
<b>DZ Bank</b>			<b>21,11</b>	<b>4,13</b>	<b>25,23</b>
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank				4,13	4,13
Union Investment Institutional GmbH			8,11		8,11
Union Investment Luxembourg SA			6,03		6,03
Union Investment Privatfonds GmbH			6,97		6,97
<b>Helaba</b>			<b>1,48</b>	<b>4,01</b>	<b>5,49</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH			1,48	4,01	5,49
<b>LBBW</b>			<b>2,28</b>		<b>2,28</b>
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			2,28		2,28
<b>NordLB</b>			<b>2,05</b>		<b>2,05</b>
Bremer Landesbank Kreditanstalt, Oldenburg-Girozentrale			2,05		2,05
<b>Gesamt</b>	<b>125,84</b>	<b>624,29</b>	<b>68,69</b>	<b>791,81</b>	<b>1.610,63</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH

## Expedia Group, Inc. (Expedia, Travelocity, Hotels.com, trivago)

Die amerikanische Unternehmensgruppe Expedia Group, Inc. betreibt neben der gleichnamigen Website zahlreiche weitere Reiseplattformen wie HomeAway, trivago oder CarRentals. Das Unternehmen mit Sitz in Bellevue, Washington, ist an der New Yorker Börse NASDAQ notiert (US30212P3038).<sup>193</sup>

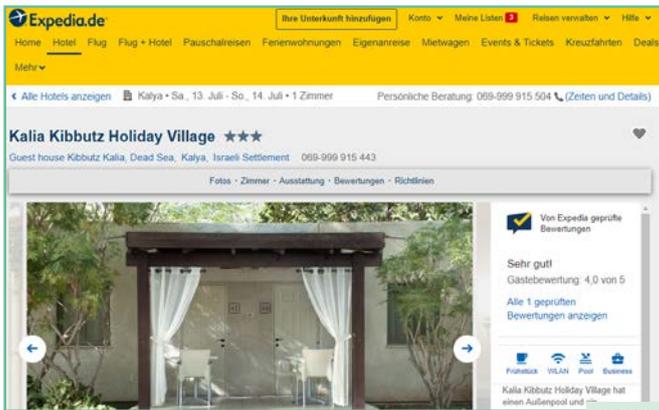


Abbildung 7

Die Internetseiten Expedia und Travelocity, Marken der Expedia Group, verorten israelische Siedlungen im Westjordanland gemäß einer Stichprobe im Suchfeld richtig als „Israelische Siedlung, Palästinensische Gebiete“. Bei den Unterkünften selbst verzichten die Unternehmen jedoch auf den Zusatz, dass es sich um palästinensisches Gebiet handelt. Die Abbildung 7 zeigt beispielhaft, wie die Unterkunft nur noch als ‚israelische Siedlung‘ kategorisiert wird.

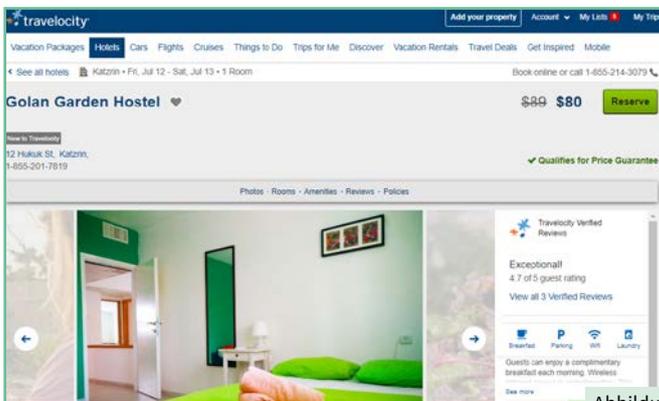


Abbildung 8

Auch im Fall der annektierten syrischen Golanhöhen verorten Expedia und Travelocity dort gelegene Hotels im Suchmaschinenfeld fälschlicherweise in Israel, so eine Stichprobe (s. Abb. 8). Bei der Hotelbeschreibung selbst verzichten die beiden Unternehmen auf eine genaue staatsgeografische Einordnung und nennen nur noch den Ort.

Auch die beiden Marken Hotels.com und trivago der Expedia Group vermitteln Unterkünfte in israelischen Siedlungen im Westjordanland und den Golanhöhen. Das Unternehmen Hotels.com verwendet im Suchmaschinenfeld im Fall des Westjordanlands stets den Zusatz ‚Palästinensische Gebiete‘, ohne näher zwischen israelischen und palästinensischen Siedlungen zu unterscheiden. Bei den Unterkünften selbst präzisiert das Unternehmen dies mit dem Zusatz ‚Israelische Siedlung‘. Im Fall der Golanhöhen nimmt es das Unternehmen weniger genau. Wie die Abbildung 9 zeigt, werden Unterkünfte in israelischen Siedlungen in den Golanhöhen grundsätzlich Israel geografisch falsch zugeordnet.

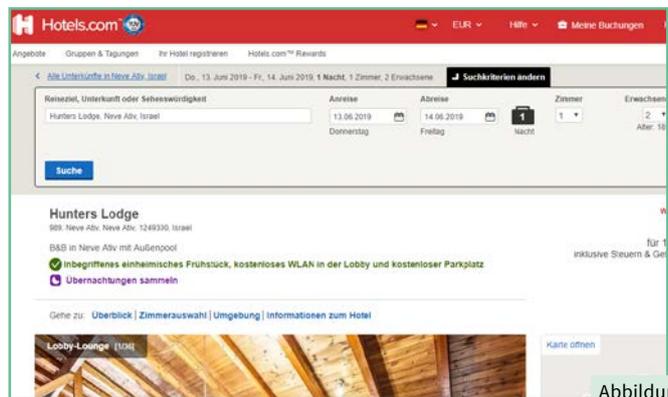


Abbildung 9

Das Reiseportal trivago schneidet hinsichtlich der Darstellung israelischer Siedlungen am schlechtesten ab. In der Suchmaschine werden die meisten israelischen Siedlungen im Westjordanland in Israel verortet. Auch die Adressen einiger Unterkünfte tragen Israel als Länderkennzeichnung (siehe Abbildung 10). Die Golanhöhen befinden sich laut trivago ebenso in Israel.

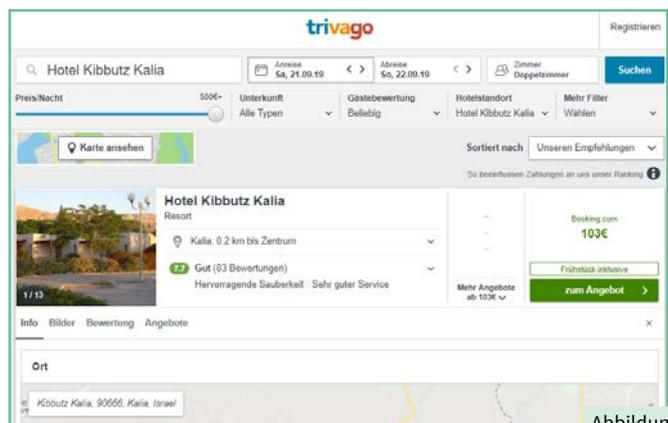


Abbildung 10

Die vier Marken der Expedia Group vermitteln allesamt Übernachtungsmöglichkeiten in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, sowie den Golanhöhen. Es ist kaum vorstellbar, dass diesen Unternehmen die Besetzung und illegale Annexion von Teilen dieser Gebiete entgangen ist. Die Reiseportale tragen direkt und unmittelbar zur Zementierung des Besetzungsstatus und damit zur politischen ‚Normalisierung‘ der israelischen Siedlungen in besetzten und annektierten Gebieten bei.

**Tabelle 24:**

**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Expedia und trivago.**  
**Im Rahmen der Finanzdaten-recherche konnten keine relevanten Finanzbeziehungen**  
**zu Hotels.com und Travelocity zu den in dieser Studie untersuchten Finanzdienstleister über**  
**einem Schwellenwert von EUR 1 Mio. festgestellt werden.**

In Mio. Euro	Expedia			trivago		Gesamt Expedia & trivago
	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt	Aktienausgabe	Gesamt	
<b>Commerzbank</b>		<b>7,78</b>	<b>7,78</b>			<b>7,78</b>
Commerzbank AG		7,78	7,78			
<b>Deka Gruppe</b>	<b>2,13</b>	<b>1,18</b>	<b>3,31</b>			<b>3,31</b>
Deka Investment GmbH	2,13		2,13			
DekaBank Deutsche Girozentrale		1,18	1,18			
<b>Deutsche Bank</b>	<b>9,65</b>	<b>30,17</b>	<b>39,81</b>		<b>30,55</b>	<b>70,36</b>
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd	8,06		8,06			
Deutsche Asset Management (UK) Limited		6,83	6,83			
Deutsche Asset Management Americas	1,59	16,75	18,34			
Deutsche Bank Securities Inc				30,55	30,55	
DWS International GmbH		1,35	1,35			
DWS Investment GmbH		2,33	2,33			
DWS Investment Management Americas, Inc.		2,91	2,91			
<b>DZ Bank</b>	<b>8,08</b>		<b>8,08</b>			<b>8,08</b>
Union Investment Luxembourg SA	8,08		8,08			
<b>Helaba</b>	<b>1,02</b>		<b>1,02</b>			<b>1,02</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	1,02		1,02			
<b>LBBW</b>	<b>2,28</b>		<b>2,28</b>			<b>2,28</b>
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	2,28		2,28			
<b>Gesamt</b>	<b>23,15</b>	<b>39,13</b>	<b>62,28</b>	<b>30,55</b>	<b>30,55</b>	<b>92,83</b>

Das Reise-Bewertungsportal TripAdvisor verzeichnet auf seiner Website monatlich fast eine halbe Milliarde Besucher\*innen. Auf der TripAdvisor Online-Plattform finden sich 661 Millionen Erfahrungsberichte zu circa 7,7 Millionen Sehenswürdigkeiten, Restaurants, Fluggesellschaften, Hotels und vielem mehr.<sup>194</sup> Das Unternehmen mit Sitz in Needham, Massachusetts, ist an der Börse NASDAQ in New York notiert (ISIN: US8969452015).<sup>195</sup>

Unterkünfte und Restaurants im Westjordanland werden auf TripAdvisor korrekt den palästinensischen Autonomiegebieten zugeordnet, im Fall der syrischen Golanhöhen allerdings wenig präzise dem „Nahen Osten“. In beiden Gebieten unterscheidet das Unternehmen dabei nicht zwischen israelischen und palästinensischen bzw. syrischen Siedlungen. So wird beispielsweise im Westjordanland die israelische Siedlung Kfar Adumim genau wie die palästinensische Stadt Ramallah in den Palästinensischen Autonomiegebieten verortet. Für Tourist\*innen entsteht der Eindruck, dass sie ein palästinensisches Restaurant reservieren oder ein von Palästinenser\*innen geführtes Hotel buchen, da nicht ausdrücklich auf den Status einer israelischen Siedlung hingewiesen wird. Auch dies muss daher als eine irreführende und ungenaue Darstellung bewertet werden.

TripAdvisor hat als einziges der angeschriebenen Reiseunternehmen eine Stellungnahme gegenüber Facing Finance verfasst und erklärt bei der Verortung von Zielen an Standards der Internetsuche und innerhalb der Reisebranche anzuknüpfen. Dabei orientiert man sich laufend an anderen Unternehmen der Branche. Wie die zahlreichen Beispiele in dieser Studie zeigen, ist eine solche Orientierung bei Konkurrenzunternehmen jedoch nicht ausreichend. Zufriedenstellende Standards sind in der Branche bisher nicht festzustellen.

Auf TripAdvisor lassen sich neben Unterkünften auch Touren und Attraktionen buchen. Dies gilt auch für fragwürdige Tourismusangebote wie ‚Caliber 3‘ (Abb. 11). Hierbei handelt es sich um eine private, israelische Sicherheitsakademie, die Tourist\*innen in einer zweistündigen rundum Schießeraufahrt den israelischen Anti-Terror-Kampf gegen ihre palästinensischen Nachbar\*innen erlernen lassen will. Die Einrichtung befindet sich in einer völkerrechtswidrigen Siedlung im Westjordanland.<sup>196</sup>

**Tabelle 25:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister und Banken zu TripAdvisor**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>		<b>16,78</b>	<b>16,78</b>
Commerz Funds Solutions S.A.		12,89	12,89
Commerzbank AG		3,90	3,90
<b>Deka Gruppe</b>		<b>1,64</b>	<b>1,64</b>
DekaBank Deutsche Girozentrale		1,64	1,64
<b>Deutsche Bank</b>	<b>160,41</b>	<b>16,41</b>	<b>176,83</b>
Deutsche Asset Management (UK) Limited		10,26	10,26
Deutsche Asset Management Americas		6,15	6,15
Deutsche Bank	160,41		160,41
<b>Gesamt</b>	<b>160,41</b>	<b>34,83</b>	<b>195,25</b>



Abbildung 11

„Was für eine unglaubliche Erfahrung, die wir mit diesen Jungs hatten. Ich kann diese Leute nicht genug empfehlen. Dies ist ein Muss auf jeder Reise nach Israel.“

TripAdvisor betont in seiner Stellungnahme gegenüber Facing Finance, dass „Die Tatsache, dass ein Unternehmen auf TripAdvisor gelistet ist, [...] jedoch keine Billigung oder Unterstützung dieses Unternehmens von unserer Seite [bedeutet].“ Ferner erklärt TripAdvisor: „TripAdvisor ist davon überzeugt, dass Reisende, die unsere Website oder App aufrufen, Zugriff auf alle relevanten Informationen zu einem Reiseziel haben sollten, einschließlich der Unternehmen, die an diesen Orten aktuell geöffnet sind. Zu diesem Zweck möchten wir Reisenden ein apolitisches, genaues und nützliches Bild aller Unterkünfte, Restaurants und Attraktionen bieten, die aktuell verkaufsoffen und geöffnet sind, und das auf der ganzen Welt.“

Problematisch an der Vorgehensweise des Bewertungsportals ist, dass das Angebot von Dienstleistungen in einem so sensiblen Umfeld nicht fernab seiner politischen Implikationen betrachtet werden kann. Allein die von TripAdvisor gewählte Darstellung der israelischen und palästinensischen Siedlungen im Westjordanland, wenn auch unbeabsichtigt, ist letztlich eine politische Bewertung. Diese trägt zu einer schleichenden „Normalisierung“ des völkerrechtswidrigen Status der israelischen Siedlungen im Westjordanland bei. Damit verharmlost das Unternehmen die Situation der Palästinenser\*innen im Westjordanland und der Syrer und Syrerinnen in den Golanhöhen, die selbst in den abgeschotteten israelischen Siedlungen in der Regel keine Unterkünfte für sich und ihre Familien buchen können. Aus diesem Grund empfiehlt Facing Finance allen Tourismusunternehmen solange keine Unterkünfte oder sonstigen Angebote in israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, sowie den Golanhöhen anzubieten, bis z.B. eine Zwei-Staatenlösung den Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser\*innen befriedet hat.

Die vollständige Stellungnahme kann auf der Website von Facing Finance ([www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org)) eingesehen werden.

# TEIL 2: DIE BESETZTE WESTSAHARA



Saharaische Geflüchtete protestieren am 27. September 2016, nur wenige Tage vor der VN-Klimakonferenz in Marrakesch, gegen das deutsche Unternehmen Siemens. Dieses ist am Bau von Windparks im besetzten Gebiet beteiligt.  
© Saharawi Campaign Against the Plunder.

# G Das humanitäre Völkerrecht vor dem Hintergrund der marokkanischen Besetzung der Westsahara

Die Entkolonisierung Afrikas nach dem Zweiten Weltkrieg durch die europäischen Mächte war eine der wichtigsten Bestrebungen der noch jungen Vereinten Nationen. Im Jahr 1960 verabschiedete die Generalversammlung die „Entkolonisierungs-Resolution“ 1514 (XV) und erklärte:<sup>197</sup>

*„Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung; kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihren politischen Status und verfolgen frei ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“*

Die Westsahara galt zu diesem Zeitpunkt als spanische Kolonie. Im Dezember 1966 bekräftigte die VN-Generalversammlung in Resolution 2229 (XXI) das „unveräußerliche Recht des Volkes [...] Spanisch-Sahara auf Selbstbestimmung“ und forderte Spanien als Verwaltungsmacht zur Dekolonisierung auf sowie zur Einleitung eines Referendums unter Aufsicht der Vereinten Nationen mit dem Zweck zur Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung.<sup>198</sup> Das spanische Königreich stimmte schließlich im August 1974 zu. Im darauffolgenden Jahr erklärte eine VN-Kontrollmission der Vereinten Nationen, dass die Unabhängigkeit der Wunsch der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und die Unabhängigkeitsbewegung Frente Polisario die wichtigste politische Kraft des Landes sei.

Ein von den Vereinten Nationen angefordertes Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom Oktober 1975 ergab, dass Marokko (und Mauretanien) zwar rechtliche Beziehungen zum Zeitpunkt der Kolonisierung mit „einigen, aber nur einigen“ Nomaden des Gebietes innehatte, sich daraus aber keine territoriale Souveränität ableiten ließe.<sup>199</sup> Marokko legte das Gutachten zum eigenen Vorteil aus und leitete aus den rechtlichen Beziehungen seinen Anspruch auf Annexion ab. Der König von Marokko rief zum Grünen Marsch auf und erklärte, dass:<sup>200</sup>

*„alle Welt ... anerkannt [hat], dass die [Westsahara] [zum Königreich Marokko] gehört“, und es „[dessen] Sache [ist], dieses Gebiet friedlich zurückzuerlangen“.*

Am 6. November 1975 marschierten etwa 350.000 unbewaffnete Personen in den nördlichen Teil der Westsahara ein und dokumentierten so den vermeintlichen Anspruch Marokkos auf die spanische Kolonie. Noch am gleichen Tag verurteilten die Vereinten Nationen das Vorgehen und forderten die Gruppe zur Rückkehr auf.<sup>201</sup>

Im Zuge des Grünen Marsches kam es zu trilateralen Verhandlungen zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien, welche am 14. November 1975 zum Abkommen von Madrid führten. Dieses sah eine temporäre Beteiligung von Marokko und Mauretanien an der Verwaltung der Westsahara sowie ein Ende der spanischen Kolonialherrschaft im Februar 1976 vor.<sup>202</sup>

Am 26. Februar 1976 zog sich Spanien aus der Westsahara zurück. Ebenso stimmte eine Versammlung sahrauischer Stammesfürsten (djema'a) der Aufteilung der Westsahara zwischen Marokko und Mauretanien zu. Dies wurde aber weder von Spanien noch von den Vereinten Nationen als Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes des sahrauischen Volkes gewertet, welches weiterhin die Durchführung eines Referendums forderte. Tatsächlich wurde die djema'a bereits im November 1975 aufgelöst, weil sie aufgrund fehlender demokratischer Legitimierung nicht über die Selbstbestimmung der Westsahara entscheiden könne. Marokko und Mauretanien werteten dies dennoch als Zustimmung und teilten die Westsahara unter sich auf. Die Frente Polisario rief unterdessen die Demokratische Arabische Republik Sahara aus und führte einen Widerstandskampf gegen Marokko und Mauretanien.<sup>203</sup>

Im August 1979 handelten Frente Polisario und Mauretanien einen Friedensvertrag aus, woraufhin sich Mauretanien aus der Westsahara zurückzog. Marokko annektierte daraufhin auch diesen Teil der Westsahara. Noch im November 1979 stellte die VN-Generalversammlung klar, dass zum einen die Frente Polisario als Vertretung der Westsahara und zum anderen Marokkos Vorgehen als Besetzung zu betrachten sei.<sup>204</sup>

Im August 1988 einigten sich Frente Polisario und Marokko auf eine Beilegung des Konfliktes und die Durchführung eines Referendums durch die Vereinten Nationen, welche seit 1991 im Rahmen der Mission MINUSRO (United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara) den Waffenstillstand überwacht. Zu einem Referendum kam es bisher nicht.

## Westsahara – Hoheitsgebiet ohne Selbstregierung

Spanisch-Sahara wurde 1963 in die Liste der Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung (non-self governing territory) aufgenommen, wobei Spanien die verwaltende Macht (administering authority) über das Gebiet ausübte. Wie ein Rechtsgutachten der Vereinten Nationen darlegt, ist das Abkommen von Madrid und der damit verbundene teilweise und temporäre Transfer der verwaltenden Macht an Marokko und Mauretanien keineswegs als ein Transfer von Souveränität über das Territorium zu verstehen. Die Westsahara gilt somit bis heute völkerrechtlich als Hoheitsgebiet ohne Selbstregierung. Auch der Abzug Spaniens aus der Westsahara und die Entledigung der Verantwortung ändert daran nichts, denn Marokko wurde nie ein Mandat über die Verwaltung der Westsahara erteilt.<sup>205</sup>

In über 100 Resolutionen haben die Vereinten Nationen zudem das Selbstbestimmungsrecht der sahrauischen Bevölkerung eingefordert.<sup>206</sup> Darüber hinaus betrachten die Vereinten Nationen Frente Polisario als Vertretung des sahrauischen Volkes und Marokko als Besatzungsmacht.<sup>207</sup>

Auch wenn Marokko gelegentlich als de-facto-Verwaltungsmacht beschrieben wird, stellt dies keine völkerrechtliche Anerkennung dar. Auch eine de-facto Verwaltungsmacht existiert im Völkerrecht nicht. Marokko selbst betrachtet die Westsahara als Teil des eigenen Staatsgebietes und versteht sich nicht als verwaltende Macht.<sup>208</sup>



Überschwemmungen in saharaischen Flüchtlingslagern im Südwesten Algeriens.  
Quelle: Western Sahara via Flickr (CC BY-SA 2.0)

Ein Rechtsgutachten der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2002 zu Erdölsondierungen in den Gewässern der Westsahara durch Verträge zwischen Marokko und internationalen Firmen stellte zudem fest, dass die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen in Hoheitsgebieten ohne Selbstregierung nur mit Zustimmung und im Einklang mit den Interessen und Wünschen der Bevölkerung erfolgen dürfe:<sup>209</sup>

*“[...] wenn die Erschließung und Förderung [von Erdöl] unter Missachtung der Interessen und Wünsche des Volkes der Westsahara fortgesetzt würde, wäre das ein Verstoß gegen die Grundsätze des Völkerrechts.“*

### Besatzungsstatus

Die HLKO ist Gewohnheitsrecht und definiert den Status einer Besetzung in Artikel 42 Abs. 1 wie eingangs erwähnt als de-facto Besetzung: *„Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet“*. Darüber hinaus ergänzt Art. 2 Abs. 2 GK IV, dass *„Abkommen ist auch in allen Fällen vollständiger oder teilweise Besetzung des Gebietes einer Hohen Vertragspartei anzuwenden, selbst wenn diese Besetzung auf keinen bewaffneten Widerstand stößt.“* In Zusatzprotokoll I wird zudem festgestellt, dass unter das Abkommen *„auch bewaffnete Konflikte, in denen Völker gegen Kolonialherrschaft und fremde Besetzung [...] in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung kämpfen“* gehören.<sup>210</sup>

Die Feststellung einer Besetzung ist somit ein Befund der Tatsächlichkeit, wodurch internationales Recht Anwendung findet. Dabei muss es vorher nicht explizit zu einer Kriegserklärung bzw. bewaffneten Auseinandersetzungen kommen. Deswegen kann der Anfang der Besetzung durch Marokko bereits mit der Durchführung des Grünen Marsches angesetzt werden, in dessen Zuge ein Krieg zwischen Marokko und Frente Polisario ausbrach, der erst 1991 durch das Waffenstillstandsabkommen beigelegt werden konnte. Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben zwar nie explizit die Anwendung des Besetzungsrechts gefordert, dennoch wurde Marokkos Vorgehen in der Westsahara mehrfach in VN-Resolutionen als Okkupation bezeichnet und das Selbstbestimmungsrecht der saharaischen Bevölkerung verlangt.<sup>211</sup>

Die Ansiedlung der marokkanischen Bevölkerung in der Westsahara und die Errichtung eines Schutzwalles, zwei ähnliche Verstöße wie im Fall von Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten, sollten daher auch im Licht des Völkerge-  
wohnheitsrechtes betrachtet und verurteilt werden. Die Nicht-Anerkennung eines eigenständigen Staates durch die Vereinten Nationen bzw. die Verleihung des Status eines Hoheitsgebietes ohne Selbstregierung berührt die Klassifizierung der Besetzung schließlich nicht.<sup>212</sup>



## DHL International GmbH

Die DHL International GmbH, ein Paket- und Brief-Express-Dienst, gehört zum Konzern Deutsche Post DHL Group mit Sitz in Bonn. Die KfW Bankengruppe hält rund 254 Millionen Aktien an der Deutschen Post AG, was einem Anteil von 20,5 % am Grundkapital entspricht. Insgesamt 79,5 % befinden sich in Streubesitz (Free Float), wobei 12,7 % auf private Aktionär\*innen entfallen (Stand: 31. Dezember 2018).<sup>213</sup>

Der Unternehmensbereich DHL Express ist weltweiter Marktführer im Expressversand bei sogenannten Tür-zu-Tür-Zustellungen. DHL Express ist in über 220 Ländern und Territorien mit mehr als 100.000 Mitarbeiter\*innen tätig. Im Jahr 2018 erzielte die Deutsche Post DHL Group einen Gesamtumsatz von EUR 61,55 Mrd., wobei der Anteil des Unternehmensbereiches DHL Express über EUR 16 Mrd. ausmachte.<sup>214</sup>

Als Kernelement seiner nachhaltigen Konzernstrategie bezeichnet DHL eine verantwortungsvolle Geschäftspraxis (Responsible Business Practice) und ein auf „ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtetes Geschäft“.<sup>215</sup>

DHL Express sa Morocco (DHL Express) eröffnete im Jahr 2016 eine Niederlassung in der Stadt El Aaiún (Laâyoune) in der Westsahara.<sup>216</sup> Auf der Website der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Marokko heißt es dazu, dass es sich um das erste internationale Unternehmen in der Stadt handle. Ferner werden die Aktivitäten in der Westsahara als Beitrag zur „wirtschaftlichen Entwicklung der Provinzen im südlichen Teil von Marokko“ beschrieben.<sup>217</sup> Ein Mitarbeiter erklärt dahingehend: „Die Eröffnung einer Filiale in Laâyoune veranschaulicht folglich eine neue Etappe in unserer erfolgreichen Entwicklung, die eine geografische Annäherung an unsere Kunden fördert. Viele unserer Partner in der Region nutzen unser Büro in Agadir für ihre Sendungen, heute sind wir stolz darauf, ihnen den Zugang zu unseren Dienstleistungen zu erleichtern.“<sup>218</sup>

Die Präsenz und wirtschaftliche Aktivität von DHL Express in der Westsahara unter marokkanischem Recht ignoriert und festigt zugleich den Besatzungsstatus der Westsahara. Die Erleichterung des „Zugangs zu Dienstleistungen“ und ein damit verbundener Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung darf jedoch nicht mit einer Vernachlässigung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen einhergehen und geltendes Völkerrecht nicht ignorieren.

Die Verwendung der französischen Schreibweise Laâyoune für die Stadt El Aaiún in der Westsahara ist zudem irreführend. El Aaiún ist die größte Stadt in der Westsahara, wird von Marokko jedoch unter der Schreibweise ‚Laâyoune‘ den südlichen Provinzen Marokkos bzw. Südmarokko zugeordnet.

**Tabelle 26:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister und**  
**Banken zur Deutschen Post**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anteilen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>	<b>117,22</b>	<b>344,90</b>		<b>56,97</b>	<b>519,09</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				43,56	43,56
Commerzbank AG	117,22	344,90		13,41	475,53
<b>Deka Gruppe</b>			<b>7,56</b>	<b>412,75</b>	<b>420,31</b>
Deka Investment GmbH			7,56	409,84	417,41
Deka Vermögensmanagement GmbH				2,90	2,90
<b>Deutsche Bank</b>	<b>117,22</b>	<b>470,22</b>		<b>1.188,95</b>	<b>1.776,40</b>
DB Platinum Advisors				22,36	22,36
Deutsche Asset Management (UK) Limited				70,92	70,92
Deutsche Asset Management Americas				31,74	31,74
Deutsche Bank	117,22	470,22		2,00	589,45
Deutsche Oppenheim Family Office AG				5,50	5,50
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA (Asset Management)				5,65	5,65
DWS International GmbH				89,93	89,93
DWS Investment GmbH				960,86	960,86
<b>DZ Bank</b>	<b>117,22</b>	<b>156,55</b>	<b>43,99</b>	<b>214,57</b>	<b>532,33</b>
Deutsche Genossenschaftszentralbank (DZ Bank)	117,22	156,55			273,77
DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG			3,09	4,61	7,70
DZ PRIVATBANK S.A.				1,24	1,24
Union Investment Institutional GmbH			10,58		10,58
Union Investment Luxembourg S.A.			14,56	4,17	18,73
Union Investment Privatfonds GmbH			15,76	204,55	220,31
<b>Helaba</b>	<b>117,22</b>	<b>156,55</b>	<b>1,08</b>	<b>5,60</b>	<b>280,46</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH			1,08	5,60	6,68
Landesbank Hessen-Thüringen	117,22	156,55			273,77
<b>KfW</b>				<b>6.540,30</b>	<b>6.540,30</b>
KfW Bankengruppe				6540,30	6.540,30
<b>LBBW</b>			<b>4,04</b>	<b>60,55</b>	<b>64,59</b>
Baden- Württembergische Bank				10,79	10,79
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			4,04	49,77	53,80
<b>Stadtparkasse Düsseldorf</b>			<b>2,96</b>	<b>1,46</b>	<b>4,42</b>
Stadtparkasse Düsseldorf			2,96	1,46	4,42
<b>UniCredit</b>	<b>117,22</b>			<b>43,90</b>	<b>161,13</b>
Structured Invest S.A.				9,70	9,70
UniCredit Group	117,22				117,22
UniCredit Bank AG				34,21	34,21
<b>Gesamt</b>	<b>586,12</b>	<b>1.128,22</b>	<b>59,63</b>	<b>8.525,06</b>	<b>10.299,02</b>

## Natürliche Ressourcen

Die Westsahara ist reich an natürlichen Ressourcen, die sahrauische Bevölkerung lebt jedoch in Armut. Bodenschätze wie Erdöl und eines der größten Phosphatvorkommen der Welt, Fischreichtum und eine günstige Lage für die Gewinnung erneuerbarer Energien durch Wind- und Solarkraft bergen für die sahrauische Bevölkerung ein außerordentliches wirtschaftliches Entwicklungspotenzial. Schätzungsweise leben jedoch rund 155.000 sahrauische Geflüchtete in algerischen Lagern. In der Westsahara leben etwas mehr als 600.000 Einwohner\*innen, weit mehr als die Hälfte sind angesiedelte Marokkaner\*innen.<sup>219</sup>

Schätzungen zufolge befinden sich knapp drei Viertel der derzeit abbaubaren Phosphatreserven in Marokko und der Westsahara. Marokko das auf die Vorkommen der Westsahara zurückgreift, gilt nach China als der zweitgrößte Förderer von Phosphat weltweit.<sup>220</sup> Phosphat ist einer der Hauptbestandteile von Düngemitteln und daher für die Ernährung der Weltbevölkerung essenziell. Laut Western Sahara Resource Watch wurden im Jahr 2018 knapp 1,93 Mio. Tonnen Phosphat im Wert von über USD 163 Mio. aus der Westsahara exportiert.<sup>221</sup>

Die Phosphatvorkommen in der Ortschaft BouCraa in der Westsahara werden durch die Firma Phosphates de Boucraa S.A. (Phosboucraa) abgebaut, aufbereitet und vertrieben, einem 100 %-igen Tochterunternehmen des marokkanischen Staatskonzerns Office chérifien des phosphates (OCP). Die qualitativ hochwertigsten Phosphatgesteine wurden bereits vollständig abgebaut und verkauft – ohne die benötigte Einverständniserklärung der sahrauischen Bevölkerung.<sup>222</sup> Abnehmer\*innen des abgebauten Phosphats kommen hauptsächlich aus Kanada, den USA, Neuseeland, Indien und Kolumbien.<sup>223</sup>



Boucraa Mine, Westsahara  
© NASA

OCP rechtfertigt das Vorgehen durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Belebung der lokalen Wirtschaft. Rund 2.100 Angestellte arbeiten bei Phosboucraa, davon soll die Hälfte lokal angeworben worden sein.<sup>224</sup> Die Argumente rechtfertigen die illegale Ausbeutung der Ressourcen jedoch nicht. Bereits 1975 stellte eine Delegation der Vereinten Nationen fest, dass die Westsahara ohne die Besetzung Marokkos zum zweitgrößten Phosphatexporteur aufsteigen könnte, wovon besonders auch die lokale Bevölkerung profitieren würde.

Der Abbau von Phosphat in den BouCraa Minen, der Transport mittels eines 100 km langen Förderbandes zum Hafen und die Entsalzung von Meerwasser für die Reinigung des Gesteins erfordern einen hohen Einsatz von Energie. Diese kommt regenerativ und grün aus dem von Siemens und seinen Partnern erbauten Windpark Fom El Oued. Die Windräder des Parks befinden sich in unmittelbarer Nähe zu den BouCraa Phosphatminen – auf dem Territorium der Westsahara.<sup>225</sup>

Nachdem Marokko lange auf den Import fossiler Energieträger angewiesen war, betreibt es heute eine ehrgeizige Energiepolitik im Bereich der erneuerbaren Energien. Die geographischen Gegebenheiten für Wind- und Solarkraft sind ideal. Rund 42 % der Stromerzeugungskapazitäten sollen bis 2020 auf erneuerbare Energien entfallen. Mittels Windkraft sollen bis dahin rund 2.000 MW erzeugt werden. Etwa ein Viertel davon soll aus Windparks aus der besetzten Westsahara stammen, eine deutliche Steigerung der aktuell rund 7 %.<sup>226</sup> Inwiefern die sahrauische Bevölkerung davon profitiert, ist fraglich. Gefragt wurden sie bisher nicht.

Folgende, in der von Marokko besetzten Westsahara tätige, Unternehmen mit Bezug zur Ausbeutung von Ressourcen werden in diesem Bericht näher untersucht:

---

1. Nutrien Ltd.

---

2. HeidelbergCement AG

---

3. Siemens AG und Siemens Gamesa

---

**Tabelle 27:**

**Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen zu den in dieser Studie untersuchten Unternehmen aus dem Bereich Ressourcen**

		In Mio. EUR															Gesamt	
		Apobank	Bayern LB	Commerzbank	Deka Gruppe	Deutsche Bank	DWS	DZ Bank	Helaba	LBBW	NordLB	Stadtsparkasse Düsseldorf	Triodos Investment Management BV	UniCredit Group	UniCredit Bank AG	UniCredit SpA		
Vergebene Kredite	Heidelberg-Cement		475,18	475,18		475,18			475,18	475,18							2.375,90	3.828,29
	Siemens AG		189,12	189,12		189,12		189,12	189,12	189,12					189,12		1.323,86	
	Siemens Gamesa			128,53													128,53	
Begebung von Anleihen	Heidelberg-Cement		275,17	361,08		790,56			298,56	125,97							1.851,34	8.768,21
	Siemens AG			2.429,88		2.057,12		499,96					1.929,92				6.916,87	
Gehaltene Anleihen	Nutrien					1,23											1,23	341,72
	Heidelberg-Cement	2,50			75,49	13,00		50,51	5,69	10,92	3,98	2,82					164,92	
	Siemens AG	2,28			13,67	134,99		7,17		8,82	2,28			6,37			175,57	
Gehaltene Aktien	Nutrien			6,17		27,06	31,45	465,84									530,52	4.331,71
	Heidelberg-Cement			13,40	152,01	26,63	258,13		2,60	32,82							485,59	
	Siemens AG	1,58		149,19	857,70	129,25	1.682,00	424,27	7,11	19,42	1,15	5,18			1,25		3.278,13	
	Siemens Gamesa				3,04	1,74	12,25	1,28		9,43			6,39		3,36		37,48	
<b>Gesamt</b>	<b>6,36</b>	<b>939,47</b>	<b>3.752,55</b>	<b>1.101,92</b>	<b>3.845,89</b>	<b>1.983,83</b>	<b>1.638,15</b>	<b>978,27</b>	<b>871,68</b>	<b>7,41</b>	<b>8,00</b>	<b>6,39</b>	<b>1.929,92</b>	<b>10,98</b>	<b>189,12</b>	<b>17.269,93</b>		



Das Frachtschiff NM Cherry Blossom in der Meerenge von Gibraltar auf dem Weg in die Westsahara im Frühjahr 2017.  
© Western Sahara Resource Watch

## NM Cherry Blossom

Im Mai 2017 beschlagnahmten südafrikanische Behörden die Ladung des Frachters NM Cherry Blossom. Das Schiff transportierte rund 54.000 Tonnen Phosphat, welches durch das marokkanische Staatsunternehmen Office chérifien des phosphates (OCP) mittels seiner Tochtergesellschaft Phosphates de Boucraa S.A. in der Westsahara abgebaut wurde. Die Fracht sollte von El Aaiún in der Westsahara mit einem Tankstopp in Port Elizabeth, Südafrika, nach Neuseeland transportiert und dort von der Bauernkooperative Ballance Agri-Nutrients Limited abgenommen werden. Die Ladung wurde jedoch von südafrikanischen Behörden vorher beschlagnahmt.<sup>227</sup>

Am 23. Februar 2018 urteilte das Oberste Gericht in Südafrika, dass die Demokratische Arabische Republik Sahara rechtmäßige Eigentümerin der Phosphatfracht sei und OCP und das Tochterunternehmen Phosphates de Boucraa S.A. das Phosphat nicht rechtmäßig erworben hätten. Sie seien somit nicht befugt, die Fracht an Ballance Agri-Nutrients zu verkaufen.<sup>228</sup>

Das Urteil gilt als Präzedenzfall. Mhamed Khadad, Polisario Koordinator der Mission MINURSO der Vereinten Nationen erklärte gegenüber dem Bündnis Western Sahara Resource Watch nach der Urteilsverkündung:<sup>229</sup>

*“We hope that all those companies who participate in the plunder of the resources of Western Sahara will understand the legal risk. Polisario will use all legal tools to put an end to the plunder of the Saharawi people’s resources. [...] The exploitation of Western Sahara’s resources require consent of the representatives of the people of the territory”.*

## Nutrien Ltd.

Im Februar 2018 fusionierten zwei der größten Importeure von illegal abgebautem Phosphat aus der Westsahara, Agrium Inc. und Potash Corporation of Saskatchewan Inc., zu dem Düngemittelhersteller Nutrien Ltd. Das neu entstandene Unternehmen mit Firmensitz in Kanada ist an den Börsen in Toronto und New York notiert.<sup>230</sup>

Rund zwei Jahrzehnte importierte das kanadische Unternehmen Potash Corporation of Saskatchewan Inc. Phosphat aus der Westsahara: Ende der 1990er Jahre kaufte Potash die Firma Arcadian und übernahm in diesem Zuge den mit dem marokkanischen Staatskonzern Office chérifien des phosphates (OCP) ausgehandelten Importvertrag. Im Jahr 2017 importierte Potash so 382.000 Tonnen Phosphatgestein im Wert von circa USD 34 Mio., fast 100.000 Tonnen mehr als im Vorjahr.<sup>231</sup> Potash rechtfertigte den Import aus der Westsahara und die Geschäftsbeziehung mit OCP durch deren vermeintlich positiven Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung.<sup>232</sup>

*“While the long-term governance of the region is an emotive issue, this standard provides a crucial framework for evaluating the legitimacy of business activities. We believe that PhosBoucraa’s operations and investments in the region have significantly contributed to the development of Western Sahara and continue to provide substantial and sustainable economic and social benefits to the Saharawi population, all of which create enhanced opportunity for, and capacity building within, the local population.”*

Das kanadische Unternehmen Agrium Inc. galt im Jahr 2017 als der größte Anbieter und Produzent von Düngemitteln.<sup>233</sup> Agrium unterzeichnete im Jahr 2011 mit OCP einen Vertrag über den Import von Phosphat, welcher 2013 mit der Einfuhr aus der Westsahara begann. Allein im Jahr 2017 importierte der Konzern so circa 529.840 Tonnen im Wert von USD 47,5 Mio.<sup>234</sup> 2016 erstellte die Anwaltskanzlei Norton Rose Fulbright Canada LLP einen von Agrium in Auftrag gegebenen Bewertungsbericht in Bezug auf die mögliche Verletzung von Menschenrechten durch die Geschäftstätigkeiten in der Westsahara mit dem Ergebnis, dass das Lieferantenverhältnis sogar positiv für die Saharais zu bewerten und kein Verstoß erkennbar sei. Der Bericht erweist in Methodik und logischer Schlussfolgerung bzw. Analyse erhebliche Mängel auf und schien vorrangig der Beruhigung von Investor\*innen zu dienen.<sup>235</sup>

Mehrere Finanzinstitute und Pensionskassen schlossen die Unternehmen Agrium und Potash Corp sowie im Zuge ihrer Fusion auch Nutrien aufgrund der Phosphatimporte aus der Westsahara aus ihrem Anlage-Portfolio (siehe auch Kapitel Divestment). Dieser Prozess hat womöglich zu einem Umdenken in der Konzernspitze geführt. Anfang 2018 kündigte Nutrien an, kein Phosphat mehr aus der Westsahara in ein Werk nach Vancouver zu importieren. Offenbar sollte der auslaufende Vertrag zwischen OCP und dem Fusionspartner Agrium nicht verlängert werden, zu welchem auch das Werk in Vancouver gehörte. Ferner gab Nutrien im August 2018 bekannt, das amerikanische Werk in Geismar, Louisiana, zu schließen, welches Potash in die Fusion einbrachte.<sup>236</sup>



Saharaische Kampagne gegen den Export von Phosphat an Potash Corp. und Agrium, 2017, vor ihrer Fusion zu Nutrien Inc.  
© Saharawi Campaign Against the Plunder

Kommt Nutrien seiner Ankündigung nach, so zieht sich der noch im Jahr 2018 größte Abnehmer von Phosphat aus der Westsahara sowie der wichtigste Kunde von OCP aus dem Geschäft zurück. Im vergangenen Jahr importierte das Unternehmen rund 900.000 Tonnen mit einem Wert von USD 76,5 Mio. in die Werke nach Vancouver und Geismar.<sup>237</sup> Gleichzeitig trat jedoch im November 2018 ein neuer Abnehmer von Phosphat aus der Westsahara in Erscheinung: der chinesische Importeur Sinofert Holdings an dem Nutrien mit 22,3 % beteiligt ist.<sup>238</sup>

**Tabelle 28:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Nutrien Ltd.**

In Mio. Euro	Anleihen- anteile	Aktien- anteile	Gesamt
<b>Commerzbank</b>		<b>6,17</b>	<b>6,17</b>
Commerzbank AG		6,17	6,17
<b>Deutsche Bank</b>	<b>1,23</b>	<b>58,51</b>	<b>59,74</b>
Deutsche Asset & Wealth Management		1,03	1,03
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd	1,23		1,23
Deutsche Asset Management (UK) Limited		10,55	10,55
Deutsche Asset Management Americas		12,12	12,12
Deutsche Oppenheim Family Office AG		3,36	3,36
DWS International GmbH		1,84	1,84
DWS Investment GmbH		27,38	27,38
DWS Investment Management Americas, Inc.		2,23	2,23
<b>DZ Bank</b>		<b>465,84</b>	<b>465,84</b>
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank		277,23	277,23
Union Investment Luxembourg S.A.		1,71	1,71
Union Investment Privatfonds GmbH		186,90	186,90
<b>Gesamt</b>	<b>1,23</b>	<b>530,52</b>	<b>531,75</b>

## HeidelbergCement

Auch HeidelbergCement ist durch seine 100 %-ige Tochterfirma Italcementi, zu welcher auch der marokkanische Baustoffkonzern CimENTS du Maroc gehört, in der Westsahara aktiv.<sup>239</sup> HeidelbergCement übernahm das italienische Zementunternehmen Italcementi zwischen 2015 und 2016 schrittweise. Daraufhin entwickelte sich HeidelbergCement nach eigenen Angaben zur weltweiten Nummer 1 im Bereich von Zuschlagstoffen, zur Nummer 2 bei Zement und Nummer 3 bei Transportbeton.<sup>240</sup>

Afrika-Östlicher Mittelmeerraum	
Agypten	
Afrika südlich der Sahara	
Israel	
Marokko	
Mauretanien	
Palästina	
Türkei	

Abbildung 1: Screenshot der Unternehmenswebsite von HeidelbergCement (Juni 2019)

HeidelbergCement verortet die Tätigkeiten der Tochtergesellschaft CimENTS du Maroc auf der eigenen Unternehmenswebsite fälschlicherweise in Marokko (s. Abb. 1). Der deutsche Baustoffkonzern schreibt dazu:<sup>241</sup>

„HeidelbergCement ist in Marokko seit dem Erwerb von Italcementi in der zweiten Jahreshälfte 2016 aktiv. Die marokkanische Tochtergesellschaft CimENTS du Maroc betreibt 3 Zementwerke in Ait Baha, Safi und Marrakesch, 2 Mahlwerke in Laâyoune (Indusaha) und Jorf Lasfar, 5 Zuschlagstoffwerke sowie 30 Transportbetonwerke.“

Die Stadt Laâyoune (französische Schreibweise von El Aaiún) befindet sich entgegen dieser Darstellung nicht in Marokko, sondern in der Westsahara. In einer Stellungnahme gegenüber Facing Finance erklärte HeidelbergCement die Website, Geschäftsberichte und Präsentationen im Frühjahr 2018 angepasst zu haben. Fehleinordnungen bestehen jedoch weiterhin.

Das Unternehmen betreibt zudem seit 2011 einen Windpark zur Reduktion der Treibhausgasemissionen auf dem Gelände von CimENTS du Maroc: „Dies steht im Einklang mit dem Bestreben, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und neue Energiequellen zu entwickeln.“<sup>242</sup> Der Windpark wurde von der italienischen Firma Italgas S.p.A. errichtet, ein Ableger der Tochtergesellschaft Italcementi. Der Windpark beliefert die Industrieanlagen von CimENTS du Maroc mit Strom. Überschüssige Energie wird an das nationale marokkanische Stromversorgungsunternehmen ONEE verkauft (Office National de l'Electricité et del'EauPotable).<sup>243</sup>



Mahlwerk der Firma CimENTS du Maroc im besetzten Gebiet der Westsahara © Dchira, Mohammed

Auch der Europäische Gerichtshof hat in der Vergangenheit mit seinen Urteilen und Beschlüssen mehrfach gefordert, dass die Westsahara und Marokko unbedingt getrennt voneinander zu betrachten sind.<sup>244</sup> Marokko darf folglich keine Souveränitätsrechte über das Territorium der Westsahara ausüben. Die Zustimmung der saharaischen Bevölkerung ist somit unbedingt erforderlich. Dies stellt ein anerkanntes Prinzip im internationalen Recht dar. HeidelbergCement schreibt in einer Stellungnahme gegenüber Facing Finance hierzu:

„Das Mahlwerk bei Laayoune importiert Klinker aus Marokko und verkauft einen Großteil des Zements in Laayoune und Umgebung. 9% des Zementmahlwerks in El Aaiun gehören zudem Minderheitsaktionären die von 3 Mitgliedern der lokalen saharaischen Bevölkerung (Sahrawis) vertreten werden. Damit ist die lokale Bevölkerung direkt einbezogen. Etwa zwei Drittel der Mitarbeiter sind zudem Sahrawis. Die lokale saharaische Bevölkerung profitiert darüber hinaus von Umweltschutz- sowie Sozialprojekten des Mahlwerks vor Ort in Laayoune. In Anbetracht der zuvor genannten Faktoren sind wir überzeugt, dass der Betrieb des Mahlwerks sowohl in Einklang mit nationalem und internationalem Recht als auch mit den Menschenrechten ist.“

Die saharaische Bevölkerung hat HeidelbergCement hierzu jedoch widersprochen, jüngst auf der Aktionärsversammlung im Mai 2019. Dort kritisierte eine Vertreterin der Saharaischen Jugend die fehlende Erlaubnis zur Geschäftstätigkeit in ihrem Land.<sup>245</sup> Die Vereinten Nationen betrachten Frente Polisario als die rechtmäßige Vertretung der saharaischen Bevölkerung. Aktionär\*innen vertreten dagegen wirtschaftliche Interessen. Ihre Zustimmung zu dem Projekt als Vertretung der Saharais ist nicht ausreichend.

Mit der falschen Verortung der Unternehmenstätigkeiten „legitimiert“ HeidelbergCement zudem den marokkanischen Anspruch auf die Angliederung der Westsahara an das Königreich. Dies ist mit dem Unternehmensgrundsatz „die Rechte indigener Gemeinschaften [zu respektieren], soweit diese durch unsere Geschäftstätigkeit berührt werden“ kaum vereinbar.<sup>246</sup> Mit der Normalisierung der Unternehmenstätigkeit in der Westsahara und der Schaffung von Infrastruktur für die marokkanische Seite unterstützt und akzeptiert HeidelbergCement die Besetzung der Westsahara durch Marokko.

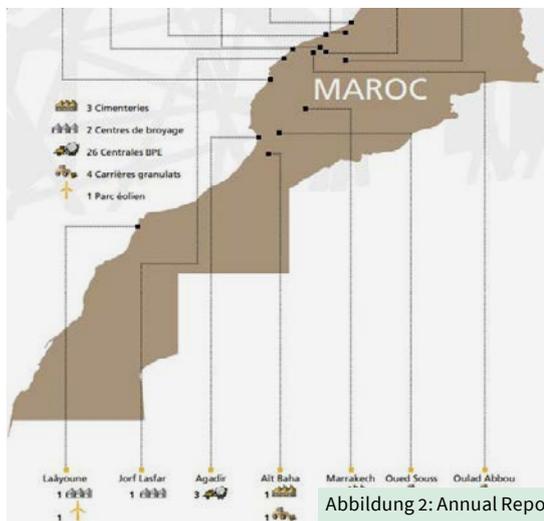


Abbildung 2: Annual Report 2015, S. 27  
Ciments du Maroc

Die marokkanische Tochterfirma Ciments du Maroc platziert das Zementmahlwerk in El Aaiún (Laâyoune) zudem in ‚les provinces du sud‘, eine von zwei offiziellen Bezeichnungen von Marokko für die gesamte Region, zu welcher explizit auch die Westsahara gerechnet wird (siehe Abbildung 2).<sup>247</sup> Laut Western Sahara Resource Watch wird die marokkanische Terminologie für die Westsahara in sämtlichen Jahresberichten der Firma von 2010 bis 2016 verwendet. Im Jahresbericht von 2017 wurde eine zweite offizielle marokkanische Bezeichnung ‚Provinces Sahariennes‘ für die beanspruchte Region der Westsahara verwendet. Die Bezeichnung ‚Westsahara‘ sucht man dagegen vergeblich auf den Seiten von Ciments du Maroc.

Die vollständige Stellungnahme von HeidelbergCement kann auf der Website von Facing Finance ([www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org)) eingesehen werden.

**Tabelle 29:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu HeidelbergCement**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Apobank</b>			<b>2,50</b>		<b>2,50</b>
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG			2,50		2,50
<b>BayernLB</b>	<b>475,18</b>	<b>275,17</b>			<b>750,35</b>
Bayerische Landesbank	475,18	275,17			750,35
<b>Commerzbank</b>	<b>475,18</b>	<b>361,08</b>		<b>13,40</b>	<b>849,65</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				12,03	12,03
Commerzbank AG	475,18	361,08		1,36	837,62
<b>Deka Gruppe</b>			<b>75,49</b>	<b>152,01</b>	<b>227,50</b>
Deka Investment GmbH			75,49	152,01	227,50
<b>Deutsche Bank</b>	<b>475,18</b>	<b>790,56</b>	<b>13,00</b>	<b>284,76</b>	<b>1.563,50</b>
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			2,52		2,52
Deutsche Asset Management (UK) Limited				5,63	5,63
Deutsche Asset Management Americas				21,00	21,00
Deutsche Bank	475,18	790,56			1.265,74
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			10,49		10,49
DWS International GmbH				6,36	6,36
DWS Investment GmbH				251,77	251,77
<b>DZ Bank</b>			<b>50,51</b>		<b>50,51</b>
DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG			5,35		5,35
Union Investment Luxembourg SA			26,16		26,16
Union Investment Privatfonds GmbH			19,00		19,00
<b>Helaba</b>	<b>475,18</b>	<b>298,56</b>	<b>5,69</b>	<b>2,60</b>	<b>782,03</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH			5,69	2,60	8,29
Landesbank Hessen-Thüringen	475,18	298,56			773,74
<b>LBBW</b>	<b>475,18</b>	<b>125,97</b>	<b>10,92</b>	<b>32,82</b>	<b>644,89</b>
Baden-Württembergische Bank			4,78	13,67	18,44
Landesbank Baden-Württemberg	475,18	125,97			601,15
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			6,14	19,16	25,30
<b>NordLB</b>			<b>3,98</b>		<b>3,98</b>
NORD/LB Asset Management AG			1,14		1,14
Norddeutsche Landesbank Luxembourg SA			2,84		2,84
<b>Stadtsparkasse Düsseldorf</b>			<b>2,82</b>		<b>2,82</b>
Stadtsparkasse Düsseldorf			2,82		2,82
<b>Gesamt</b>	<b>2.375,90</b>	<b>1.851,34</b>	<b>164,92</b>	<b>485,59</b>	<b>4.877,74</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH

## Siemens

Der deutsche Technologiekonzern Siemens ist ein weltweit führendes Unternehmen im Bereich der Elektronik und Elektrotechnik.<sup>248</sup> Im April 2017 fusionierte die ehemalige Windkraftsparte Siemens Wind Power mit dem spanischen Windenergieanlagenhersteller Gamesa Corporación Tecnológica zu Siemens Gamesa Renewable Energy S.A. mit Sitz in Spanien. Die Siemens AG hält 59 % der Anteile am Unternehmen und ist deshalb und aufgrund seinen Geschäftstätigen vor der Fusion an umstrittenen Windparkprojekten in der Westsahara beteiligt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der marokkanischen Energiefirma Nareva, einer 100 %-igen Tochter der National Investment Company SNI (Société Nationale d'Investissement), welche wiederum zu 75 % dem marokkanischen Königshaus gehört, ist Siemens nicht nur in Marokko tätig, sondern auch in den Bau von Windparks in der Westsahara involviert.<sup>249</sup>

So ist seit 2013 der Windpark Foum El Oued in der Westsahara in Betrieb, ein Gemeinschaftsprojekt mit der marokkanischen Energiefirma Nareva. Laut der NRO Western Sahara Resource Watch liefern insgesamt 22 Windkraftanlagen von Siemens dort zu 95 % den Strom für den Abbau von Phosphat in den Bou Craa Minen sowie für den Transport über ein 100 km langes Förderband zum Hafen und die Reinigung von Gestein.<sup>250</sup> Es besteht ein 5-Jahresvertrag über die Wartung des Windkraftwerkes. In einer Pressemitteilung schreibt Siemens dazu im Jahr 2012:<sup>251</sup>

*„Das Windkraftwerk Foum El Oued wird im windreichsten Gebiet Marokkos im Bezirk Laâyoune, neun Kilometer südöstlich vom Hafen Laâyoune in Südmarokko errichtet. \* Dies ist ebenfalls ein 50-MW-Projekt und wird aus 22 Siemens-Windenergieanlagen des Typs SWT-2.3-101 bestehen.“*

Siemens verortet den Windpark unzutreffend in ‚Südmarokko‘ und „legitimiert“ so quasi die Annektierungsansprüche des marokkanischen Königshauses. „Foum El Oued liegt in einem Gebiet, das gemäß der Vereinten Nationen derzeit einer UN-Mission unterliegt“, fügt das Unternehmen noch hinzu.<sup>252</sup> Man ist sich also des territorialen Konfliktes scheinbar durchaus bewusst, entschied jedoch, auf eine Zustimmung zu den Geschäftstätigkeiten durch die sahraische Bevölkerung zu verzichten.

Im März 2016 gab die marokkanische Agentur für Elektrizität (ONEE) bekannt, dass das Bündnis aus Nareva, Siemens Wind Power und Enel Green Power eine Ausschreibung für den Bau von fünf weiteren Windfarmen im Wert von USD 1,2 Mrd. gewonnen habe. In einem 20-Jahresvertrag verpflichtete sich ONEE, die generierte Elektrizität voll abzunehmen. Zwei der fünf Windfarmen werden in der Westsahara in Betrieb gehen: in Tiskrad und Boujdour.<sup>253</sup>



Ankunft von Siemens Bauteilen im Hafen von El Aaiün für eine Windkraftanlage (2013).  
© Western Sahara Resource Watch

Der Bau der Windfarm Aftissat in der Westsahara wird von der Firma Nareva durchgeführt. Dort hat die Firma Windhoist im November 2017 zudem mit der Installation von 56 Windturbinen von Siemens Gamesa begonnen.<sup>254</sup>

Immer wieder demonstrieren Saharais für ihr Recht auf Selbstbestimmung und gegen die Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen. Sie richten sich dabei auch direkt an internationale Großkonzerne wie z.B. an Siemens während der VN-Weltklimakonferenz in Marrakesch im November 2016.<sup>255</sup> Politische Aktivisten sind in Marokko Polizeigewalt ausgesetzt und können lebenslang inhaftiert werden.<sup>256</sup>

In einem Schreiben gegenüber Facing Finance erklärt Siemens, die laufende Geschäftstätigkeit in der Westsahara zu überprüfen. Dies ist ein begrüßenswerter Schritt, da sich die Proteste der Saharais immer wieder auch gegen das Unternehmen selbst richteten:

*„Im Zusammenspiel mit unseren Bestrebungen, die Menschenrechte zu respektieren, verfolgen wir die Menschenrechtssituation dort weiterhin aufmerksam. Wir glauben, dass eine nachhaltige Verbesserung der Energieinfrastruktur, insbesondere Projekte im Bereich erneuerbare Energien, den Menschen in ihren Siedlungen und Gemeinden einen echten Nutzen bringt. Entsprechend der Politik von Siemens Gamesa, Ortsansässige bevorzugt einzustellen, wurde uns versichert, dass die angeheuerten Arbeitskräfte friedlich und respektvoll zusammengearbeitet haben. Siemens Gamesa investiert auch gezielt in Community-Projekte wie lokale Gesundheit, sauberes Trinkwasser, Zugang zu Energie und Bildungsprojekte.“*

*Siemens und SGRE bekennen sich zu den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen. Entsprechend diesem Bekenntnis sowie angesichts der laufenden Geschäftstätigkeit in der Region prüfen die Siemens AG und SGRE derzeit die Einleitung einer unabhängigen und aussagekräftigen Folgenabschätzung für die Windparkaktivitäten auf dem besetzten Gebiet der Westsahara.“*

Die vollständige Stellungnahme kann auf der Website von Facing Finance ([www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org)) eingesehen werden.

**Tabelle 30: Übersicht der Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister und Banken zur Siemens AG und Siemens Gamesa**

In Mio. Euro

	Siemens AG				Siemens Gamesa				
	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt	Vergebene Kredite	Gehaltene Aktien		Gesamt
<b>Apobank</b>			2,28	1,58	3,86				3,86
Apo Asset Management GmbH				1,58	1,58				
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG			2,28		2,28				
<b>BayernLB</b>	189,12				189,12				189,12
Bayerische Landesbank	189,12				189,12				
<b>Commerzbank</b>	189,12	2429,88		149,19	2.768,19	128,53		128,53	2.896,73
Commerz Funds Solutions S.A.				132,17	132,17				
Commerz Markets LLC		781,76			781,76				
Commerzbank AG	189,12	1648,11		17,02	1854,26	128,53		128,53	
<b>Deka Gruppe</b>			13,67	857,70	871,37		3,04	3,04	874,41
Deka Investment GmbH			13,67	848,59	862,25		3,04	3,04	
Deka Vermögensmanagement GmbH				9,12	9,12				
<b>Deutsche Bank</b>	189,12	2057,12	134,99	1811,26	4.192,49		13,99	13,99	4.206,48
DB Platinum Advisors				25,11	25,11				
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			35,93		35,93				
Deutsche Asset Management (UK) Limited				28,97	28,97				
Deutsche Asset Management Americas				70,55	70,55		1,74	1,74	
Deutsche Bank	189,12	1281,72			1.470,84				
Deutsche Bank (Suisse) SA				2,01	2,01				
Deutsche Bank Securities Inc		775,40			775,40				
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA (Asset Management)				2,61	2,61				
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			99,06		99,06				
DWS International GmbH				247,48	247,48		2,25	2,25	
DWS Investment GmbH				1.433,09	1.433,09		9,99	9,99	
DWS Investment Management Americas, Inc.				1,43	1,43				
<b>DZ Bank</b>	189,12	499,96	7,17	424,27	1.120,52		1,28	1,28	1.121,80
Deutsche Genossenschaftszentralbank {DZ Bank}	189,12	499,96			689,08				
Union Investment Institutional GmbH			7,17		7,17				
Union Investment Luxembourg S.A.				3,86	3,86				
Union Investment Privatfonds GmbH				420,41	420,41		1,28	1,28	
<b>Helaba</b>	189,12			7,11	196,24				196,24
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH				7,11	7,11				
Landesbank Hessen-Thüringen	189,12				189,12				
<b>LBBW</b>	189,12		8,82	19,42	217,36		9,43	9,43	226,79
Landesbank Baden-Württemberg	189,12				189,12				
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			8,82	19,42	28,24		9,43	9,43	
<b>NordLB</b>			2,28	1,15	3,43				3,43
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale			2,28	1,15	3,43				
<b>Stadtsparkasse Düsseldorf</b>				5,18	5,18				5,18
Stadtsparkasse Düsseldorf				5,18	5,18				
<b>Triodos Investment Management BV</b>							6,39	6,39	6,39
Triodos Investment Management BV							6,39	6,39	
<b>UniCredit</b>	189,12	1.929,92	6,37	1,25	2.126,66		3,36	3,36	2.130,02
UniCredit SpA	189,12				189,12				
UniCredit Group		1.929,92			1.929,92				
UniCredit Bank AG			6,37	1,25	7,62		3,36	3,36	
<b>Gesamt</b>	<b>1.323,86</b>	<b>6.916,87</b>	<b>175,57</b>	<b>3.278,13</b>	<b>11.694,42</b>	<b>128,53</b>	<b>37,48</b>	<b>166,01</b>	<b>1.1860,44</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH



Abbildung 3: Google Earth Screenshot der Westsahara mit den beiden Hauptreisezielen in der Westsahara (Juli 2019)

## I Tourismus

„Dakhla, die Perle des südlichen Marokkos - Dakhla, eine kleine Perle zwischen den Wogen des Atlantiks und dem Sand der Sahara, ist ein Stück vom Paradies im Süden Marokkos. Einen Aufenthalt hier sollte man in vollen Zügen genießen. Kilometerlange Strände erstrecken sich entlang der Stadt. Hier findet man alles, was man zur Entspannung oder für den Wassersport braucht.“<sup>257</sup>

Mit dieser paradiesischen Formulierung lockt das Marokkanische Tourismusbüro Urlauber\*innen in das besetzte Territorium der Westsahara. Tatsächlich gehört der Tourismus mit über 500.000 Arbeitsplätzen zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren des Landes (Stand: 2017). Die größten Besucherströme verzeichnen dabei mit Abstand die beiden Städte Marrakesch und Agadir. Mit der vom Königreich verordneten Vision 2020 sollen auch bisher weniger stark besuchte Regionen für den Tourismus gefördert werden. Gemäß dem Verständnis des Königreichs gehört hierzu auch das von Marokko besetzte Territorium der Westsahara.<sup>258</sup>

Eine der acht geförderten Regionen, „Grand Sud Atlantique“, erstreckt sich komplett auf dem Territorium der Westsahara, mit dem Hotspot Dakhla für Wassersportler\*innen aller Art. Auch El Aaiún im Norden der Westsahara gehört zu den geförderten Regionen im Rahmen der Vision 2020 des marokkanischen Königreichs (Siehe Abbildung 3).<sup>259</sup>

Internationale Plattformen und Reiseunternehmen vermitteln Übernachtungsmöglichkeiten oder Reiseaktivitäten in den besetzten Teil der Westsahara und unterstützen damit die Vision 2020 des marokkanischen Staates. Sie tragen dabei auch zu einer Verfestigung der marokkanischen Annexion des Territoriums der Sahara bei.

Ein Beispiel: der Wassersport-Hotspot Dakhla in der Westsahara – mit vielen Hotels und Kitesurf-Schulen – wird überwiegend von Marokkaner\*innen, die nach der Annexion in die Westsahara übergesiedelt sind und ohne Genehmigung der Saharais betrieben.<sup>260</sup> Portale internationaler Reiseunternehmen ordnen diese Hotelangebote und Aktivitäten meist marokkanischem Territorium zu. Dies geschieht auf Kosten der saharaischen Bevölkerung, die ihre Region aufgrund der Besetzung wirtschaftlich nicht nutzen können. Gleichzeitig schöpft die Reisebranche aus der Besetzung der Westsahara Profit, ohne die Saharais zu beteiligen. Während Urlauber\*innen auf besetztem Gebiet Sonne, Strand und Meer genießen, sind Saharais, vor allem jene die sich für ihr Recht auf Selbstbestimmung einsetzen, Polizeigewalt, willkürlichen Inhaftierungen, Überwachung und Einschüchterung ausgesetzt.<sup>261</sup> Die Tourismusbranche sollte das Selbstbestimmungsrecht der Saharais respektieren, wie die Vereinten Nationen die Besetzung der Westsahara verurteilen und dementsprechend ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu Gunsten der Saharais ausrichten. Geschäftsmodelle, die darauf abzielen zur Verfestigung der Besetzung (in Kooperation mit dem marokkanischen Staat) beizutragen, sollten umgehend aufgegeben werden.

Folgende, in der von Marokko besetzten Westsahara tätige, Unternehmen aus der Tourismusbranche werden in diesem Bericht näher untersucht:

1. Airbnb, Inc.
2. Booking Holdings Inc.
3. TripAdvisor Inc.
4. Expedia Group, Inc.

**Tabelle 31:**  
**Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen zu den in dieser Studie untersuchten Unternehmen aus der Tourismusbranche**

	Aktien- ausgabe	Vergebene Kredite		Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen		Gehaltene Aktien			Gesamt
	trivago	Booking Holdings	TripAdvisor	Booking Holdings	Expedia	Booking Holdings	Expedia	Booking Holdings	TripAdvisor	
In Mio. Euro										
<b>Apobank</b>						6,14				<b>6,14</b>
<b>Commerzbank</b>							7,78	129,87	16,78	<b>154,43</b>
<b>Deka Gruppe</b>					2,13	9,66	1,18	27,77	1,64	<b>42,37</b>
<b>Deutsche Bank</b>	30,55	125,84	160,41	624,29	9,65	25,98	23,58	114,83	16,41	<b>1.131,54</b>
<b>DWS</b>							6,59	511,21		<b>517,80</b>
<b>DZ Bank</b>					8,08	21,11		4,13		<b>33,31</b>
<b>Helaba</b>					1,02	1,48		4,01		<b>6,52</b>
<b>LBBW</b>					2,28	2,28				<b>4,55</b>
<b>NordLB</b>						2,05				<b>2,05</b>
<b>Gesamt</b>	<b>30,55</b>	<b>125,84</b>	<b>160,41</b>	<b>624,29</b>	<b>23,15</b>	<b>68,69</b>	<b>39,13</b>	<b>791,81</b>	<b>34,83</b>	<b>1.898,70</b>
<b>TOTAL</b>	<b>30,55</b>	<b>286,25</b>		<b>624,29</b>	<b>91,85</b>		<b>865,77</b>			<b>1.898,70</b>

## Airbnb

Das Unternehmen Airbnb mit Hauptsitz in San Francisco vermittelt nicht nur Übernachtungen in israelische Siedlungen im Westjordanland und den Golanhöhen, sondern auch von Marokkaner\*innen in der Westsahara. Das Unternehmen hat im April 2019 im Rahmen seiner Stellungnahme zu den besetzten palästinensischen Gebieten angekündigt, auch Einträge für umstrittene Gebiete wie in Südossetien oder Abchasien überprüfen zu wollen.<sup>262</sup> Die Westsahara spielt in den Überlegungen der Reiseplattform bisher noch keine Rolle, was wiederum das erkennbare Unrechtsbewusstsein in Bezug auf wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten Gebieten schmälert.

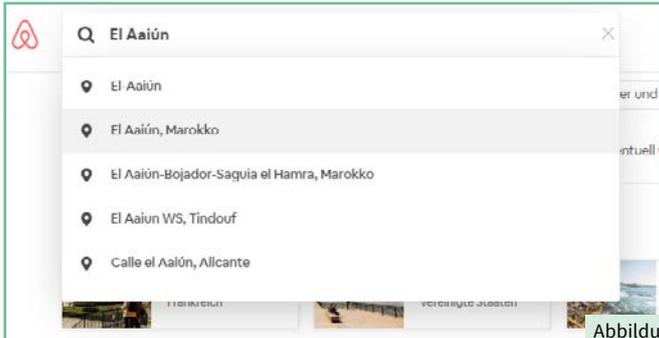


Abbildung 4

Nach wie vor vermittelt das Reiseportal Airbnb Übernachtungsmöglichkeiten in der besetzten Westsahara. Dabei achtet das Unternehmen nicht auf eine korrekte geografische Darstellung. In den Suchfeldern wird beispielsweise die größte Stadt El Aaiún in der Westsahara fälschlicherweise Marokko zugeordnet (siehe Abbildung 4). Wer in Marokko nach Unterkünften am Strand sucht, landet so im Zweifel unbewusst in besetztem Gebiet.

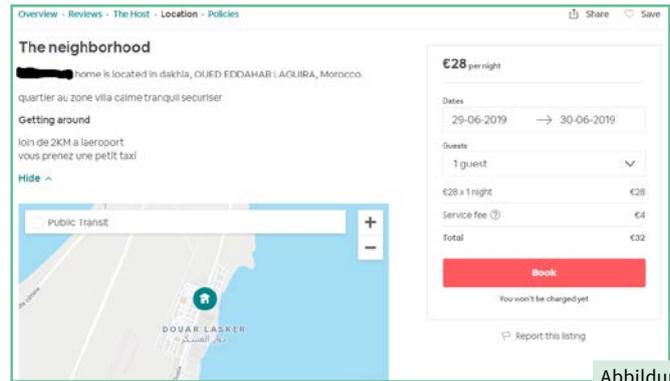


Abbildung 5

Von Gastgeber\*innen eingestellte Anzeigen für Übernachtungsmöglichkeiten vermitteln häufig den Eindruck, dass sich eine in der Westsahara befindliche Unterkunft zu Marokko gehört (siehe Abbildung 5). Aufklärung verschafft Nutzer\*innen der Plattform erst ein Blick auf die eingebetteten GoogleMaps-Karten, die gestrichelte Grenzen zwischen den beiden Territorien erkennbar lassen werden.

Mittels Airbnb haben Marokkaner\*innen in der Westsahara die Möglichkeit, uneingeschränkt Übernachtungsmöglichkeiten auf fremdem Territorium anzubieten. Das Reiseunternehmen verzichtet auf Hinweise, dass die Westsahara größtenteils durch Marokko besetzt ist und vertraut darauf, dass Gastgeber\*innen, den Ort der Unterkunft richtig angeben. Dies funktioniert in vielen Fällen nicht. Im Zweifel buchen Tourist\*innen daher ungewollt bei Marokkaner\*innen und nicht bei Saharais.

Im Rahmen der Finanzdatenrecherche konnten keine relevanten Finanzbeziehungen zu Airbnb zu den in dieser Studie untersuchten Finanzdienstleister über einem Schwellenwert von EUR 1 Mio. festgestellt werden.

## Booking Holdings (Booking.com B.V. & KAYAK Software Corporation)

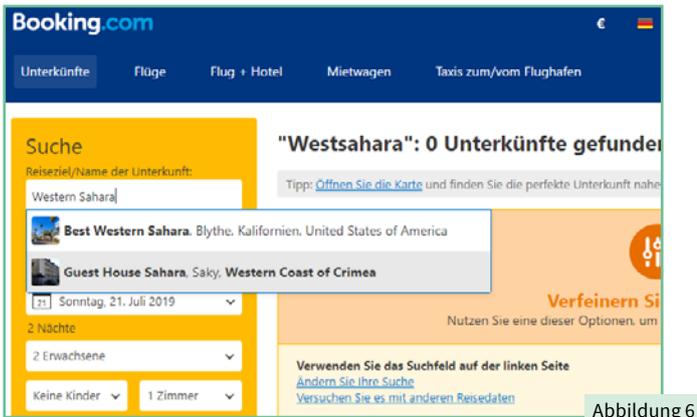


Abbildung 6

Auch Booking Holdings ist über seine beiden Marken Booking.com und Kayak in der Westsahara aktiv. Beide Reiseportale vermitteln Unterkünfte in der besetzten Westsahara und unterscheiden dabei nicht, ob es sich um sahrauische oder marokkanische Angebote handelt.

Auf Booking.com existiert die Westsahara nicht. Wird explizit nach einem Hotel in der Westsahara gesucht, wird lediglich auf ein ‚Guest House Sahara‘ auf der Halbinsel Krim sowie auf ein Best Western Hotel in den Vereinigten Staaten verwiesen (siehe Abbildung 6). Dies bedeutet aber keineswegs, dass Unterkünfte im besetzten Territorium auf Booking.com nicht zur Verfügung stünden. Im Gegenteil, zahlreiche Unterkünfte werden in El Aaiún (Laâyoune) und Dakhla zur Buchung angeboten (siehe Abbildung 7). Beide Städte befinden sich auf dem von Marokko besetzten Territorium der Westsahara. Booking.com erkennt die Besetzung – im Gegensatz zu den Vereinten Nationen – ganz offensichtlich an und ordnet die Städte geografisch und damit politisch Marokko zu.



Abbildung 7

*“Food was excellent. Breathtaking views from the room. Wake up, open the window and feel like you are on the moon. Very relaxing atmosphere to enjoy a few days resting. Easy access to coast.”*

Auch die Reise-Metasuchmaschine Kayak vermittelt Unterkünfte, angeboten unter anderem von Marokkaner\*innen in der Westsahara. Die dabei gewählte geografische Darstellung ist inkonsistent. Im Suchmaschinenfeld wird El Aaiún Marokko und Dakhla der Westsahara zugeordnet (siehe Abbildungen 8 und 9). Bei den entsprechenden Unterkünften wird auf eine Länderkennzeichnung wiederum verzichtet.

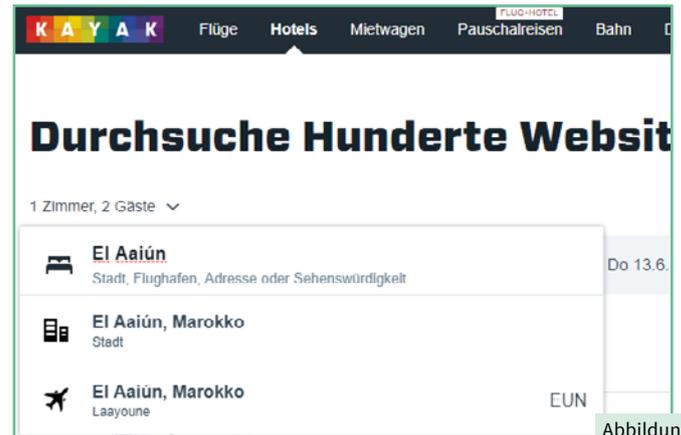


Abbildung 8



Abbildung 9

Die Unternehmen Booking.com und Kayak, Marken von Booking Holdings, bieten zwar selbst keine Unterkünfte von Marokkaner\*innen in der Westsahara an, dennoch sind es ihre Plattformen, die Dienstleistungen in der Westsahara vermitteln und von Gebühren profitieren. Dies kann als wirtschaftliche Unterstützung derjenigen gewertet werden, die von der Besetzung der Westsahara profitieren. Abgesehen davon führt dieses Verhalten in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer „Normalisierung“ der marokkanischen Besetzung der Westsahara.

**Tabelle 32:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken Finanzdienstleister**  
**zu Booking Holdings Inc.**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Apobank</b>			<b>6,14</b>		<b>6,14</b>
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG			6,14		6,14
<b>Commerzbank</b>				<b>129,87</b>	<b>129,87</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				59,69	59,69
Commerzbank AG				70,18	70,18
<b>Deka Gruppe</b>			<b>9,66</b>	<b>27,77</b>	<b>37,42</b>
Deka Investment GmbH			9,66	27,77	37,42
<b>Deutsche Bank</b>	<b>125,84</b>	<b>624,29</b>	<b>25,98</b>	<b>626,03</b>	<b>1.402,15</b>
DB Platinum Advisors				1,95	1,95
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			14,60		14,60
Deutsche Asset Management (UK) Limited				64,93	64,93
Deutsche Asset Management Americas			2,54	39,38	41,92
Deutsche Bank	125,84	564,72		1,13	691,69
Deutsche Bank Securities Inc		59,56		7,44	67,00
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			8,85		8,85
DWS International GmbH				44,93	44,93
DWS Investment GmbH				449,95	449,95
DWS Investment Management Americas, Inc.				16,33	16,33
<b>DZ Bank</b>			<b>21,11</b>	<b>4,13</b>	<b>25,23</b>
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank				4,13	4,13
Union Investment Institutional GmbH			8,11		8,11
Union Investment Luxembourg SA			6,03		6,03
Union Investment Privatfonds GmbH			6,97		6,97
<b>Helaba</b>			<b>1,48</b>	<b>4,01</b>	<b>5,49</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH			1,48	4,01	5,49
<b>LBBW</b>			<b>2,28</b>		<b>2,28</b>
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			2,28		2,28
<b>NordLB</b>			<b>2,05</b>		<b>2,05</b>
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg-Girozentrale			2,05		2,05
<b>Gesamt</b>	<b>125,84</b>	<b>624,29</b>	<b>68,69</b>	<b>791,81</b>	<b>1.610,63</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH

# Expedia

Auch auf den Reiseplattformen Expedia, Travelocity, Hotels.com und trivago, Marken der amerikanischen Unternehmensgruppe Expedia Group, lassen sich Hotels und Unterkünfte von Marokkaner\*innen in der Westsahara buchen. Keines der vier Unternehmen nimmt es zudem mit der geografischen Darstellung der Westsahara sehr genau.

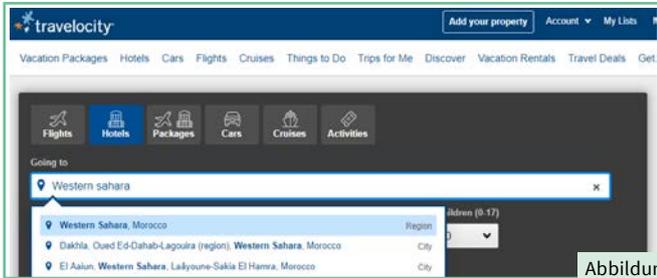


Abbildung 10

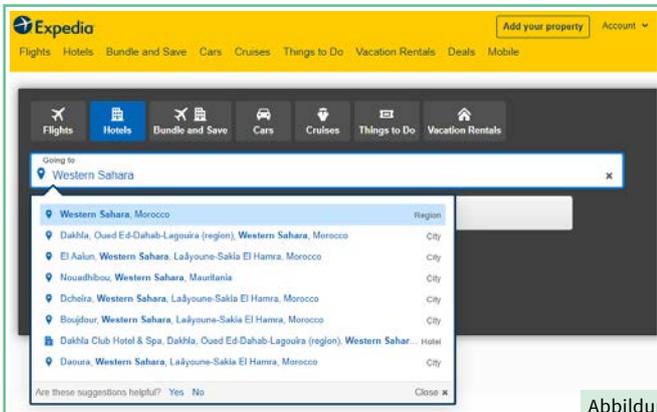


Abbildung 11



Abbildung 12

In allen Suchfeldern der drei Reiseplattformen Expedia, Hotels.com und Travelocity ist die Westsahara eine Region oder Stadt von bzw. in Marokko (siehe Abbildungen 10–12). Dies trifft auch auf die widersprüchliche Darstellung auf der Website Hotels.com zu. Die geografische Einordnung der drei Unternehmen steht im Widerspruch zu der Auffassung der internationalen Staatengemeinschaft. Diese hat die Ansprüche Marokkos über die Westsahara abgelehnt und verurteilt.

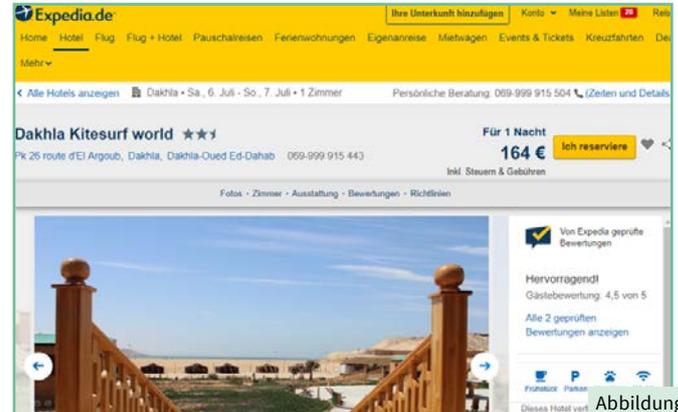


Abbildung 13

Im Fall der Hotelprofile stellt sich die geografische Ausweisung besser dar. In keinem der auf Expedia und Travelocity 31 angezeigten Hotels in der Stadt Dakhla in der Westsahara wird in der Adresse ausdrücklich auf Marokko verwiesen. Dennoch entsteht häufig ein marokkanischer Bezug, indem beispielsweise die marokkanische, aber international nicht anerkannte Region Dakhla-Oued Ed-Dahab angegeben wird (siehe Abbildung 13). Nur sechs der 31 Hotelanzeigen in Dakhla werden auf den beiden Webseiten der Westsahara zugeordnet.

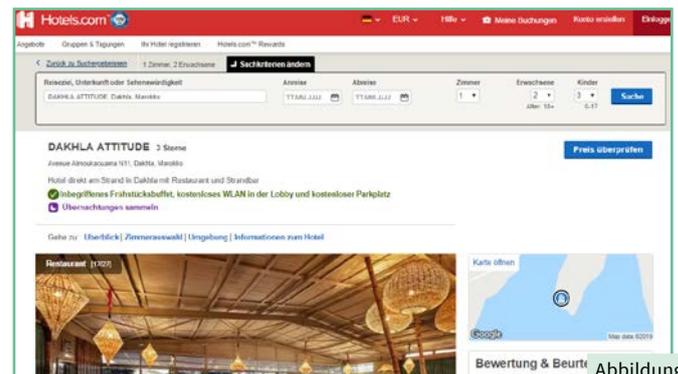
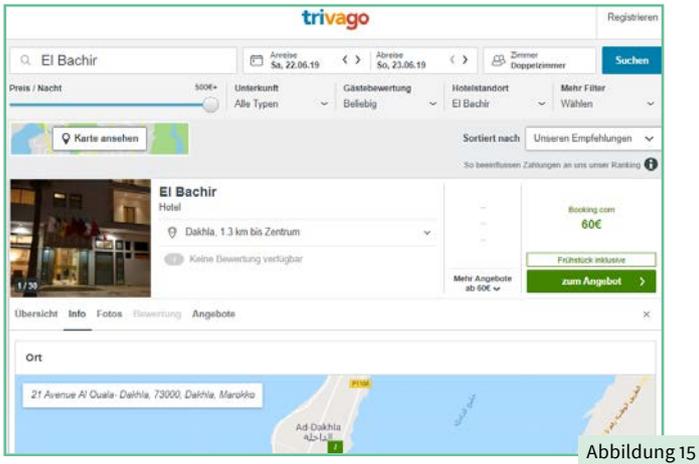


Abbildung 14

Das Unternehmen Hotels.com verortet ebenso und fälschlicherweise nahezu alle Unterkünfte in der Westsahara in Marokko (siehe Abbildung 14). In einigen Fällen wird die Westsahara als Region Marokkos dargestellt. Es konnte keine Anzeige mit einer eindeutigen Zuordnung zum Territorium der Westsahara gefunden werden.



Auch im Suchfeld der Reise-Website trivago, ebenfalls eine Marke der Expedia Group, findet keine korrekte geografische Zuordnung der Westsahara statt. Sowohl El Aaiún wie auch Dakhla, die beiden größten Städte in der Westsahara, werden Marokko zugesprochen. Dieses Muster setzt sich in den Hotelanzeigen fort (siehe Abbildung 15). Keine der untersuchten Anzeigen wies einen Bezug zur Westsahara auf. Dafür haben nahezu alle Hotels eine marokkanische Adresse.

Unternehmen, die ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht ernst nehmen, müssen das Recht auf Selbstbestimmung eines ganzen Volkes und das Leid der überwiegend im Exil – und oft in Flüchtlingslagern – lebenden sahrauischen Bevölkerung anerkennen und dies auch in ihre Geschäftsmodelle/Unternehmenspolitik einfließen lassen. Auch Expedia, Travelocity, Hotels.com und trivago dürfen diejenigen, die von der Besetzung der Westsahara profitieren, nicht weiter unterstützen.

**Tabelle 33:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Banken und Finanzdienstleister zu Expedia und trivago.**  
**Im Rahmen der Finanzdatenrecherche konnten keine relevanten Finanzbeziehungen zu Hotels.com und Travelocity zu den in dieser Studie untersuchten Finanzdienstleister über einem Schwellenwert von EUR 1 Mio. festgestellt werden.**

In Mio. Euro	Expedia			trivago		
	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt	Aktienausgabe	Gesamt	
<b>Commerzbank</b>		<b>7,78</b>	<b>7,78</b>			<b>7,78</b>
Commerzbank AG		7,78	7,78			
<b>Deka Gruppe</b>	<b>2,13</b>	<b>1,18</b>	<b>3,31</b>			<b>3,31</b>
Deka Investment GmbH	2,13		2,13			
DekaBank Deutsche Girozentrale		1,18	1,18			
<b>Deutsche Bank</b>	<b>9,65</b>	<b>30,17</b>	<b>39,81</b>		<b>30,55</b>	<b>70,36</b>
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd	8,06		8,06			
Deutsche Asset Management (UK) Limited		6,83	6,83			
Deutsche Asset Management Americas	1,59	16,75	18,34			
Deutsche Bank Securities Inc				30,55	30,55	
DWS International GmbH		1,35	1,35			
DWS Investment GmbH		2,33	2,33			
DWS Investment Management Americas, Inc.		2,91	2,91			
<b>DZ Bank</b>	<b>8,08</b>		<b>8,08</b>			<b>8,08</b>
Union Investment Luxembourg SA	8,08		8,08			
<b>Helaba</b>	<b>1,02</b>		<b>1,02</b>			<b>1,02</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	1,02		1,02			
<b>LBBW</b>	<b>2,28</b>		<b>2,28</b>			<b>2,28</b>
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	2,28		2,28			
<b>Gesamt</b>	<b>23,15</b>	<b>39,13</b>	<b>62,28</b>	<b>30,55</b>	<b>30,55</b>	<b>92,83</b>

## TripAdvisor

Das Bewertungsportal TripAdvisor liefert wie auch im Fall der besetzten palästinensischen Gebiete die präziseste Darstellung der geografischen Verortung von Hotels, Aktivitäten und Restaurants in der Westsahara gegenüber allen anderen in dieser Studie analysierten Anbietern in der Tourismusbranche. Ungeachtet dessen informiert aber auch TripAdvisor über marokkanische Angebote in der Westsahara. Zudem birgt auch die gewählte, geografische Darstellung Schwierigkeiten. Auf einen Hinweis in Bezug auf den besetzten Status der Westsahara wurde verzichtet.

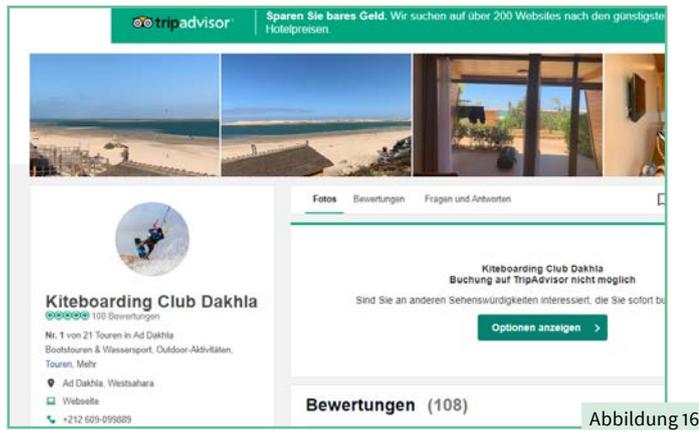


Abbildung 16

Das Portal TripAdvisor macht auf den ersten Blick (fast) alles richtig. Das Unternehmen gibt die Adressen von Hotels, Aktivitäten und Restaurants richtig in der Westsahara an (siehe Abbildung 16). Lediglich die im marokkanischen Sprachgebrauch verwendete Bezeichnung Laâyoune für die Stadt El Aaiún ist zu kritisieren.

Jedoch wirft auch diese Darstellung Fragen auf, da keine Unterscheidung zwischen marokkanischen und sahrauischen Angeboten erkennbar ist. Hotels, Restaurants und Aktivitäten marokkanischer Anbieter\*innen können auf bzw. über TripAdvisor genauso bewertet und teilweise auch vermittelt werden. Damit setzt TripAdvisor diese Angebote gleich und normalisiert die marokkanische Präsenz in der Westsahara. Hierbei wird der Anschein einer normalen Urlaubsregion erweckt.

Der Anspruch TripAdvisors, wie es aus der Stellungnahme gegenüber Facing Finance hervorgeht, „dass Reisende, die unsere Website oder App aufrufen, Zugriff auf alle relevanten Informationen zu einem Reiseziel haben sollten, einschließlich der Unternehmen, die an diesen Orten aktuell geöffnet sind“, ist somit nicht erfüllt. Ein umfassendes Informationsangebot kann nicht außer Acht lassen, dass es sich im Fall der Westsahara um ein von Marokko besetztes Territorium handelt.

Das Unternehmen TripAdvisor erklärt gegenüber Facing Finance ferner:

„Wir verstehen, dass dieses Thema eine sensible Angelegenheit mit kulturellen und politischen Implikationen ist. Die Tatsache, dass ein Unternehmen auf TripAdvisor gelistet ist, bedeutet jedoch keine Billigung oder Unterstützung dieses Unternehmens von unserer Seite. Wir stellen diese Einträge als eine Plattform für Gäste zur Verfügung, auf der jeder seine eigenen Erfahrungen mit anderen Reisenden teilen darf. Aus diesem Grund entfernen wir keine Einträge von Unternehmen oder Betrieben, die aktiv und geöffnet bleiben.“

TripAdvisor entledigt sich mit dieser Form der Argumentation jeglicher Verantwortung, da die Billigung des Unternehmens keine Rolle bei der Einstellung auf der Website spielt. Folgt man dieser Logik, würde z.B. auch eine Besichtigungstour auf einer Kakao-plantage, die von Kinderarbeit profitiert, nicht aus dem TripAdvisor-Angebot entfernt werden.

Unternehmen, die in besetzten Gebieten tätig sind, sind keine neutralen Akteure. Ihre Geschäftsaktivitäten arbeiten dem Status der Besetzung zu und machen aus diesem ein rentables Geschäft. Aus diesem Grund sollten Internetportale wie TripAdvisor marokkanischen Anbieter\*innen in der Westsahara keine Informationsfläche bieten und sollten diejenigen, die von der Besetzung der Westsahara profitieren, nicht weiter (wirtschaftlich) unterstützen.

Die vollständige Stellungnahme kann auf der Website von Facing Finance ([www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org)) eingesehen werden.

**Tabelle 34:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister und Banken zu TripAdvisor**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>		<b>16,78</b>	<b>16,78</b>
Commerz Funds Solutions S.A.		12,89	12,89
Commerzbank AG		3,90	3,90
<b>Deka Gruppe</b>		<b>1,64</b>	<b>1,64</b>
DekaBank Deutsche Girozentrale		1,64	1,64
<b>Deutsche Bank</b>	<b>160,41</b>	<b>16,41</b>	<b>176,83</b>
Deutsche Asset Management (UK) Limited		10,26	10,26
Deutsche Asset Management Americas		6,15	6,15
Deutsche Bank	160,41		160,41
<b>Gesamt</b>	<b>160,41</b>	<b>34,83</b>	<b>195,25</b>

# TEIL 3:

# DIE ANNEKTIERTE

# HALBINSEL KRIM



Trotz der EU-Sanktionen sollen auch bis zu sieben niederländische Firmen am Bau der Krimbrücke beteiligt gewesen sein. Niederländische Behörden ermitteln den Fall.  
© Росавтодор (Rosavtodor, Russische Bundesanstalt für Straßentransport) 2017.

# J Das humanitäre Völkerrecht vor dem Hintergrund der russischen Annexion der Halbinsel Krim und der Stadt Sewastopol

Ein Großteil der internationalen Staatengemeinschaft, darunter die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sowie die Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilte die russische Intervention auf der Krim in 2014 als eine Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine. Russlands gewaltsame Einverleibung der Halbinsel Krim wurde als Annexion eingeordnet. Das Vorgehen Russlands ist völkerrechtswidrig, da es einen Verstoß gegen das allgemeine Gewaltverbot darstellt, festgelegt in der Charta der Vereinten Nationen.<sup>263</sup> Im Februar 2014 hatten prorussische Kämpfer das Parlament der Krim besetzt und ein Referendum über die staatliche Zugehörigkeit der Krim gefordert, welches daraufhin am 16. März 2014 abgehalten wurde: Eine Mehrheit stimmte für die Wiedervereinigung mit Russland. In der internationalen Staatengemeinschaft herrscht jedoch weitgehende Einigkeit darüber, dass das abgehaltene Referendum zum einen nicht den freien Willen der Krimbevölkerung widerspiegelte und zum anderen internationalen Standards nicht genügte. Als Grundlage für eine rechtmäßige Sezession ist es nicht ausreichend.<sup>264</sup>

Seit Inkrafttreten der VN-Charta steht einer Annexion, also der gewaltsamen und einseitigen Aneignung und Einverleibung fremden Staatsgebietes gegen den Willen und auf Kosten eines anderen Staates, das allgemeine Gewaltverbot entgegen.<sup>265</sup> Sie ist demnach unfreiwillig und illegal. In der VN-Charta heißt es (Art 2. Abs. 4 UN Charta):<sup>266</sup>

*„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“*

Nach Auffassung eines Großteils der internationalen Staatengemeinschaft und der juristisch herrschenden Meinung im Völkerrecht hat Russland im Rahmen seiner militärischen Intervention gegen die Bestimmungen aus der VN-Charta verstoßen.<sup>267</sup>

Ferner hat es seine Pflichten im Rahmen anderer bi- und multilateraler Verträge verletzt. Hierbei sind insbesondere die Schlussakte von Helsinki 1975, das Budapester Memorandum 1994, der Vertrag über Freundschaft, Kooperation und Partnerschaft sowie der Flottenstationierungsvertrag von 1997 zu nennen.<sup>268</sup>

Die VN-Generalversammlung verabschiedete schließlich am 27. März 2014 die Resolution 68/262. In dieser bekräftigte die Versammlung die Souveränität, Einheit und territoriale Integrität der Ukraine und erklärte das Referendum ungültig. Die Mitgliedstaaten wurden dazu aufgefordert, das Referendum ebenfalls nicht anzuerkennen.<sup>269</sup> Zuvor scheiterte ein von den Vereinigten Staaten eingebrachter und ähnlicher Resolutionsentwurf im VN-Sicherheitsrat, wenig überraschend, am Veto Russlands.

Im Dezember 2016 verabschiedete die Generalversammlung zudem Resolution 71/205, in welcher die systematischen Menschenrechtsverletzungen auf der Krim verurteilt und die Krim als durch Russland besetztes Gebiet bezeichnet wurde. Im Resolutionstext wird unter anderem auf Berichte über systematische Menschenrechtsverletzungen und dem spurlosen Verschwinden von Menschen hingewiesen. Zudem verurteilte die Generalversammlung politisch motivierte und systematische Verfolgungen, Diskriminierung und Gewalttaten gegen die Bewohner\*innen der Krim und die massiven Einschränkungen in der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Auch die Einführung des russischen Rechtssystems auf der Krim wird von der Staatengemeinschaft kritisiert.<sup>270</sup> Im November 2017 erließ auch der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UN High Commissioner for Human Rights (OHCHR)) einen umfassenden Bericht zur prekären Menschenrechtslage auf der Krim.<sup>271</sup>

Auch der Internationale Strafgerichtshof beschäftigt sich mit den Vorkommnissen auf der Krim. In einer ersten Einschätzung bewertet es die Situation als einen international bewaffneten Konflikt zwischen der Ukraine und Russland und stellt einen Zustand der andauernden Besetzung der Krim und der Stadt Sewastopol durch Russland fest, womit die Normen des Völkerrechts Anwendung finden müssen.<sup>272</sup>

Die Europäische Union verurteilte das Vorgehen Russlands auf der Krim und bezeichnet die militärische Aggression als klaren Bruch der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine.<sup>273</sup> Ferner erklärte sie weder das abgehaltene Referendum noch die Zugehörigkeit der Krim zu Russland anzuerkennen. Als Reaktion erließ die Europäische Union im März 2014 erste Sanktionen. Bilaterale Gespräche über Visaangelegenheiten wurden ausgesetzt und der anstehende G8 Gipfel in Sotschi boykottiert. Es folgten Sanktionen gegen ausgewählte russische und ukrainische Amtsträger, wobei Konten und Vermögenswerte in der Europäischen Union eingefroren und Einreiseverbote verhängt wurden. Ferner wurden Wirtschaftssanktionen und Beschränkungen der Handelsbeziehungen gegenüber Russland, der Krim und Sewastopol erlassen. Mehrere Institutionen und Unternehmen wurden auf Sanktionslisten gesetzt und der Handel mit ihnen untersagt wurden.<sup>274</sup> Neben der Europäischen Union haben auch andere Staaten wie die Vereinigten Staaten und Kanada Sanktionen erlassen.

Jüngste Vorkommnisse, wie der Bau und die anschließende Eröffnung der Krimbrücke im Mai 2018, welche die Krim mit der russischen Halbinsel Taman verbindet und damit ebenso einen Verstoß gegen die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine darstellt, sowie der militärische Zusammenstoß in der Meerenge Kertsch vor der Küste der Krim zwischen Russland und der Ukraine im November 2018 in dessen Folge unter anderem 24 ukrainische Matrosen inhaftiert wurden, sowie der militärische bewaffnete Konflikt im Osten der Ukraine, weisen deutlich auf das andauernde Eskalationspotenzial in der Region hin.



Equipment am Hafen in Feodosija, Standbild aus einer Videoaufnahme (Juli 2017).  
© REUTERS/Staff TPX

## Der Fall Siemens

Im Jahr 2016 tauchten vier Turbinen des Unternehmens Siemens auf der von Russland völkerrechtswidrig annektierten Halbinsel Krim auf. Damit geriet Siemens in den Verdacht, EU-Sanktionen missachtet zu haben, obwohl man beteuerte, die Turbinen seien für ein auf russischem Territorium (Halbinsel Taman) liegendes bzw. geplantes Gaskraftwerk geliefert worden. Das Auftauchen der Turbinen auf der Krim brachte Siemens in Bedrängnis, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass das Unternehmen wissentlich Sanktionen umgangen hat. Siemens legte im Herbst 2018 eine Berufungsklage vor dem obersten russischen Gericht auf Rückabwicklung des Geschäfts und Rückgabe der Turbinen ein, nachdem es bereits Prozesse vor russischen Gerichten darüber verloren hatte.

### Hintergrund des Falles:

Das russische Joint Venture Siemens Gas Turbines Technologies LLC (SGTT), welches zu 65 % von Siemens gehalten wird, sollte ursprünglich vier Gasturbinen für das geplante Gaskraftwerk auf Taman produzieren.<sup>275</sup> Auftraggeber war Technopromexport (TPE), eine Tochterfirma des russischen Staatskonzerns Rostec. Das geplante Kraftwerk in dem weniger als 20 km Wasserweg von der Krim entfernten Taman wurde jedoch nie gebaut, da auf die Ausschreibung keine Bauangebote eingingen.

Alle vier Turbinen sind nach ihrer Auslieferung auf der Krim aufgetaucht. Siemens selbst spricht von einem Bruch der Lieferbedingungen und hatte daraufhin bei einem Moskauer Wirtschaftsgericht Klage gegen den Abnehmer TPE eingereicht.<sup>276</sup> Ob Siemens wirklich nichts davon geahnt haben konnte, dass die Turbinen auf der Krim landen würden, ist unklar.

Bereits im Sommer 2016 warnte Reuters in einem Bericht davor, dass für die beiden auf der Krim neu entstehenden Kraftwerke in Simferopol und Sewastopol nur von Siemens hergestellte Turbinen kompatibel seien.<sup>277</sup> Auch die Pläne für den Bau des Kraftwerks in Taman entstanden gleichzeitig mit den Plänen für die Kraftwerke auf der Krim. Als dann im September 2016 die Turbinen in das russische Rostow geliefert wurden, kam der Plan für den Bau des Kraftwerks in Taman vollständig zum Erliegen und das Projekt wurde für insolvent erklärt.<sup>278</sup> Die Turbinen wurden jedoch von TPE aus der Insolvenzmasse „gerettet“. An dieser Stelle erlangte Siemens offenbar auch Kenntnis über die Vorgänge und stoppte die Lieferung weiterer Teile für das Kraftwerk in Taman.<sup>279 280</sup>

Ein weiteres Siemens-Joint-Venture („Interautomatika“) sollte die notwendige Expertise zum Aufbau der Turbinen im Kraftwerk von Taman bereitstellen. Interessanterweise wurde Interautomatika zu diesem Zeitpunkt nicht nur zu 45,7 % von Siemens gehalten, sondern auch zu 17 % vom Auftraggeber TPE und zu 37 % von dem russischen Energieforschungsinstitut VTI, welches auf seiner Website unter anderem das russische Energieministerium, das russische Ministerium für ökonomische Entwicklung und das russische Ministerium für Bildung und Wissenschaft als Partner angibt.<sup>281</sup> Siemens' Angaben zufolge wurde dieser Auftrag ebenfalls gestoppt, jedoch wird dies von einem Medienbericht in Frage gestellt.<sup>282</sup> Im Juli 2017 hieß es zudem aus Konzernkreisen, man werde sich von der Minderheitsbeteiligung an Interautomatika trennen.<sup>283</sup>

TPE selbst behauptet, die Turbinen auf einem Sekundärmarkt erworben zu haben. Sie wurden angeblich zuvor durch nicht veröffentlichte russische Unternehmen umgerüstet und modernisiert, sodass sie nicht mehr direkt als Siemens-Produkte erkennbar seien.<sup>284</sup> Einigen Quellen zufolge soll auch Interautomatika in diesen Umrüstungsprozess involviert gewesen sein.<sup>285</sup>

## Unternehmerische Verantwortung

In einer Stellungnahme gegenüber Facing Finance erklärt das Unternehmen Siemens:

*„Die Turbinen sind vertragswidrig und ohne Wissen und Wollen von Siemens durch unseren staatlichen Kunden TPE auf die Krim verbracht worden. Der Vertrag regelte klar, dass die Turbinen nur in Taman in Südrussland verwendet werden dürfen. Siemens hat sich nach Kräften und unter Einschaltung von Behörden und Gerichten gegen diese Verbringung gewehrt, letztlich allerdings ohne Erfolg. Interne Ermittlungen haben keine Anhaltspunkte für ein Fehlverhalten von Siemens Mitarbeitern ergeben. Unabhängig davon hat die Staatsanwaltschaft Hamburg ein Strafverfahren gegen Siemens-Mitarbeiter wegen des Vorwurfs von Verletzungen des deutschen Außenwirtschaftsrechts eingeleitet. Siemens kooperiert mit den Behörden.“*

Siemens hätte jedoch bereits 2016 auffallen müssen, „dass die beiden Kraftwerke auf der Krim stetige Baufortschritte machen, während mit dem Bau des Kraftwerks in Taman nie begonnen wurde“. <sup>286</sup> Dies hätte als erster Hinweis dafür dienen können, zu erkennen, dass ein Verstoß gegen die Vertragsvereinbarungen und somit ein Bruch der Sanktionen bevorstand. Darüber hinaus hätte der Konzern wissen müssen, dass für die geplanten Kraftwerke auf der Krim lediglich Siemens-Turbinen kompatibel sein würden. Dennoch wurden diese Zusammenhänge von Seiten des Konzerns offenbar nicht erkannt und es wurde erst reagiert, als die notwendigen Turbinen schon ausgeliefert wurden.

Auch die Klage von Siemens bei einem Moskauer Wirtschaftsgericht kann eher als ein halbherziger Versuch gedeutet werden, den entstandenen Imageschaden des Konzerns zu begrenzen und nicht den Bruch der Liefervereinbarungen zu ahnden, denn üblicherweise würde ein solcher Fall vor einem internationalen Gericht verhandelt werden („Prinzip erhöhter Rechtssicherheit“). <sup>287</sup>

Schließlich lassen die Äußerungen der Europäischen Kommission und des deutschen Wirtschaftsministeriums an der Effektivität der Sanktionen zweifeln: Die Europäische Kommission ließ verlauten, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten die Verantwortung für die Einhaltung der EU-Sanktionen trügen, eine Sprecherin des deutschen Wirtschaftsministerium verwies dafür jedoch auf die Unternehmen selbst – also auf Siemens. <sup>288 289</sup> Eine unabhängige Behörde, die die Einhaltung von wirtschaftlichen Sanktionen überwacht, gibt es sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene nicht. <sup>290</sup>

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass Siemens bei dem Turbinengeschäft offenbar nicht seiner unternehmerischen Verantwortung nachkam und die Hinweise auf den Sanktionsbruch ignorierte. Zudem scheint es offensichtlich, dass der Politik keine Mittel zur Verfügung stehen bzw. es an politischem Willen fehlt, die Einhaltung erlassener Sanktionen durchzusetzen. <sup>291</sup>

Die vollständige Stellungnahme kann auf der Website von Facing Finance ([www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org)) eingesehen werden.

**Tabelle 35:**  
**Finanzbeziehungen deutscher Banken und Finanzdienstleister**  
**zu Siemens AG**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Apobank</b>			<b>2,28</b>	<b>1,58</b>	<b>3,86</b>
Apo Asset Management GmbH				1,58	1,58
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG			2,28		2,28
<b>BayernLB</b>	<b>189,12</b>				<b>189,12</b>
Bayerische Landesbank	189,12				189,12
<b>Commerzbank</b>	<b>189,12</b>	<b>2.429,88</b>		<b>149,19</b>	<b>2.768,19</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				132,17	132,17
Commerz Markets LLC		781,76			781,76
Commerzbank AG	189,12	1.648,11		17,02	1.854,26
<b>Deka Gruppe</b>			<b>13,67</b>	<b>857,70</b>	<b>871,37</b>
Deka Investment GmbH			13,67	848,59	862,25
Deka Vermögensmanagement GmbH				9,12	9,12
<b>Deutsche Bank</b>	<b>189,12</b>	<b>2.057,12</b>	<b>134,99</b>	<b>1811,26</b>	<b>4.192,49</b>
DB Platinum Advisors				25,11	25,11
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			35,93		35,93
Deutsche Asset Management (UK) Limited				28,97	28,97
Deutsche Asset Management Americas				70,55	70,55
Deutsche Bank	189,12	1.281,72			1.470,84
Deutsche Bank (Suisse) SA				2,01	2,01
Deutsche Bank Securities Inc		775,40			775,40
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA (Asset Management)				2,61	2,61
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			99,06		99,06
DWS International GmbH				247,48	247,48
DWS Investment GmbH				1.433,09	1.433,09
DWS Investment Management Americas, Inc.				1,43	1,43
<b>DZ Bank</b>	<b>189,12</b>	<b>499,96</b>	<b>7,17</b>	<b>424,27</b>	<b>1.120,52</b>
Deutsche Genossenschaftszentralbank {DZ Bank}	189,12	499,96			689,08
Union Investment Institutional GmbH			7,17		7,17
Union Investment Luxembourg S.A.				3,86	3,86
Union Investment Privatfonds GmbH				420,41	420,41
<b>Helaba</b>	<b>189,12</b>			<b>7,11</b>	<b>196,24</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH				7,11	7,11
Landesbank Hessen-Thüringen	189,12				189,12
<b>LBBW</b>	<b>189,12</b>		<b>8,82</b>	<b>19,42</b>	<b>217,36</b>
Landesbank Baden-Württemberg	189,12				189,12
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			8,82	19,42	28,24
<b>NordLB</b>			<b>2,28</b>	<b>1,15</b>	<b>3,43</b>
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale			2,28	1,15	3,43
<b>Stadtsparkasse Düsseldorf</b>				<b>5,18</b>	<b>5,18</b>
Stadtsparkasse Düsseldorf				5,18	5,18
<b>UniCredit</b>	<b>189,12</b>	<b>1.929,92</b>	<b>6,37</b>	<b>1,25</b>	<b>2.126,66</b>
UniCredit SpA	189,12				189,12
UniCredit Group		1.929,92			1.929,92
UniCredit Bank AG			6,37	1,25	7,62
<b>Gesamt</b>	<b>1.323,86</b>	<b>6.916,87</b>	<b>175,57</b>	<b>3.278,13</b>	<b>11.694,42</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH

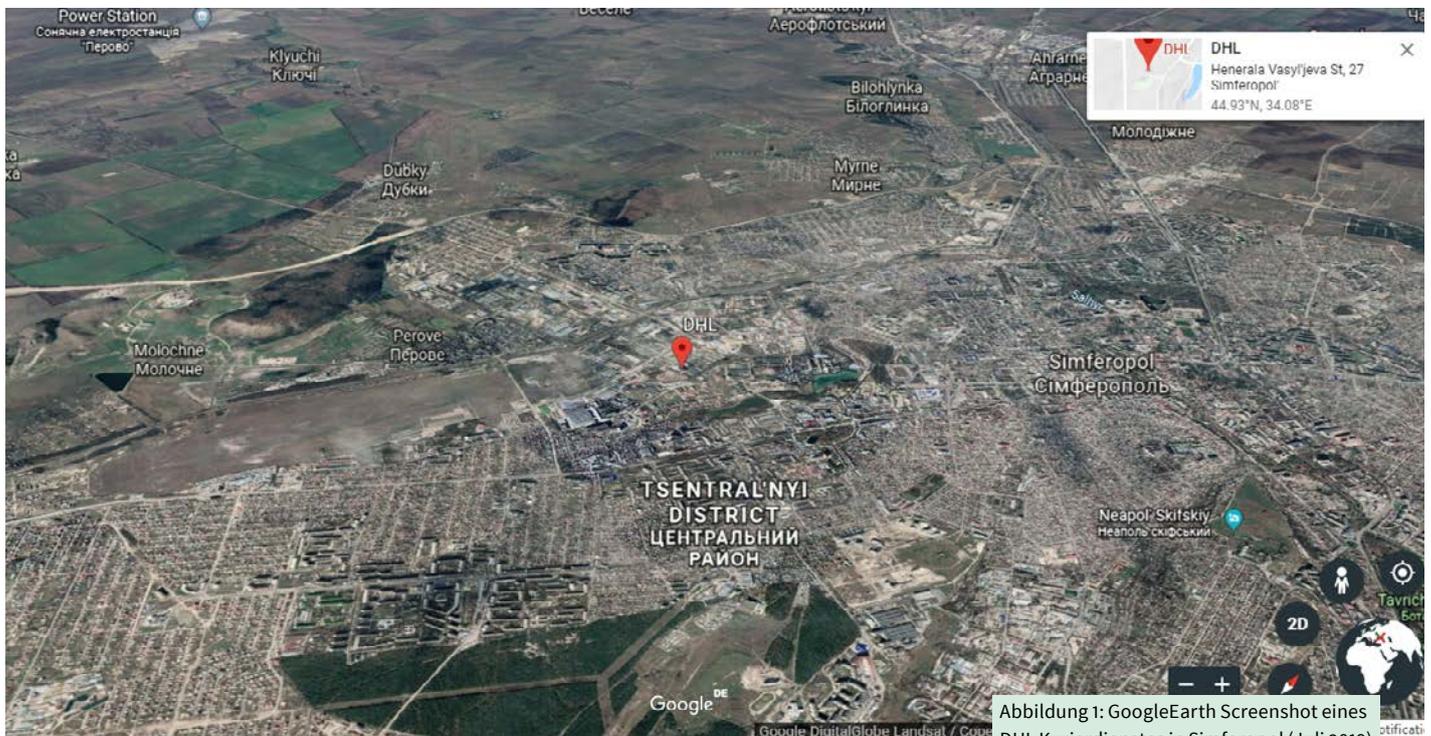


Abbildung 1: GoogleEarth Screenshot eines DHL Kurierdienstes in Simferopol (Juli 2019)

## DHL

Die DHL International GmbH, ein Paket- und Brief-Express-Dienst, gehört zum Konzern Deutsche Post DHL Group mit Sitz in Bonn. Die KfW Bankengruppe hält rund 254 Millionen Aktien an der Deutschen Post AG, was einem Anteil von 20,5 % am Grundkapital entspricht. Insgesamt 79,5 % befinden sich in Streubesitz (Free Float), wobei 12,7 % auf private Aktionär\*innen entfallen (Stand: 31. Dezember 2018).<sup>292</sup>

Der Unternehmensbereich DHL Express ist weltweiter Marktführer im Expressversand bei sogenannten Tür-zu-Tür-Zustellungen. DHL Express ist in über 220 Ländern und Territorien mit mehr als 100.000 Mitarbeiter\*innen tätig. Im Jahr 2018 erzielte die Deutsche Post DHL Group einen Gesamtumsatz von EUR 61,55 Mrd., wobei der Anteil des Unternehmensbereiches DHL Express über EUR 16 Mrd. ausmachte.<sup>293</sup>

*„Verantwortungsvolle Geschäftspraxis (Responsible Business Practice) ist ein Kernelement der nachhaltigen Konzernstrategie von Deutsche Post DHL Group: Wir haben uns das ambitionierte Ziel gesetzt, zum Maßstab für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln zu werden,“* so die Selbstsicht des Unternehmens.<sup>294</sup>

DHL Express unterhielt nach der Annexion der Krim weiterhin drei Partner-Service-Stationen auf der Krim: in Kertsch, Sevastopol und Simferopol.<sup>295</sup> Inwiefern dort noch Dienstleistungen seitens DHL angeboten werden, konnte nicht abschließend geklärt werden. Der Konzern beließ eine Anfrage von Facing Finance unbeantwortet. Auf GoogleMaps konnte zum Abschluss der Recherche lediglich noch ein Kurierdienst in Simferopol ausgemacht werden.

Gemäß der Nichtregierungsorganisation EIRIS Foundation und Zeitungsberichten rechtfertigte der Konzern Deutsche Post DHL Group die Geschäftstätigkeit auf der Halbinsel Krim wie folgt:<sup>296</sup>

*„Trotz der Sanktionen der EU, der USA und anderer Länder sind bestimmte Transaktionen nach diesen Gesetzen und Vorschriften weiterhin zulässig. DPDHL und seine Geschäftseinheiten verfügen über Compliance-Richtlinien und -Verfahren, um spezifische gesetzliche Anforderungen zu erfüllen, jedoch überprüft DPDHL weiterhin und verbessert wo immer erforderlich, unsere Richtlinien und Verfahren, um die geltenden Gesetze und Vorschriften in einem schwierigen Umfeld vollständig einzuhalten.“*

Das Betreiben von wirtschaftlichen Aktivitäten auf der Krim bzw. das Nutzen von Schlupflöchern in den Sanktionen der Europäischen Union steht im Gegensatz zu dem vom Konzern Deutsche Post DHL Group angestrebten verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns. Sanktionen sind ein zentrales Instrument, um gegen Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsbrüche vorzugehen. Werden sie durch Unternehmen unterlaufen, schränkt dies nicht nur ihre Wirksamkeit ein, sondern legitimiert auch die zugrundeliegende Handlung für die entsprechenden Sanktionen, die völkerrechtswidrige Eingliederung der Autonomen Republik Krim in die Russische Föderation.

**Tabelle 36:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister**  
**und Banken zur Deutschen Post**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Begebung von Anteilen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>	<b>117,22</b>	<b>344,90</b>		<b>56,97</b>	<b>519,09</b>
Commerz Funds Solutions S.A.				43,56	43,56
Commerzbank AG	117,22	344,90		13,41	475,53
<b>Deka Gruppe</b>			<b>7,56</b>	<b>412,75</b>	<b>420,31</b>
Deka Investment GmbH			7,56	409,84	417,41
Deka Vermögensmanagement GmbH				2,90	2,90
<b>Deutsche Bank</b>	<b>117,22</b>	<b>470,22</b>		<b>1.188,95</b>	<b>1.776,40</b>
DB Platinum Advisors				22,36	22,36
Deutsche Asset Management (UK) Limited				70,92	70,92
Deutsche Asset Management Americas				31,74	31,74
Deutsche Bank	117,22	470,22		2,00	589,45
Deutsche Oppenheim Family Office AG				5,50	5,50
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA (Asset Management)				5,65	5,65
DWS International GmbH				89,93	89,93
DWS Investment GmbH				960,86	960,86
<b>DZ Bank</b>	<b>117,22</b>	<b>156,55</b>	<b>43,99</b>	<b>214,57</b>	<b>532,33</b>
Deutsche Genossenschaftszentralbank {DZ Bank}	117,22	156,55			273,77
DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG			3,09	4,61	7,70
DZ PRIVATBANK S.A.				1,24	1,24
Union Investment Institutional GmbH			10,58		10,58
Union Investment Luxembourg S.A.			14,56	4,17	18,73
Union Investment Privatfonds GmbH			15,76	204,55	220,31
<b>Helaba</b>	<b>117,22</b>	<b>156,55</b>	<b>1,08</b>	<b>5,60</b>	<b>280,46</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH			1,08	5,60	6,68
Landesbank Hessen-Thüringen	117,22	156,55			273,77
<b>KfW</b>				<b>6.540,30</b>	<b>6.540,30</b>
KfW Bankengruppe				6.540,30	6.540,30
<b>LBBW</b>			<b>4,04</b>	<b>60,55</b>	<b>64,59</b>
Baden- Württembergische Bank				10,79	10,79
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH			4,04	49,77	53,80
<b>Stadtparkasse Düsseldorf</b>			<b>2,96</b>	<b>1,46</b>	<b>4,42</b>
Stadtparkasse Düsseldorf			2,96	1,46	4,42
<b>UniCredit</b>	<b>117,22</b>			<b>43,90</b>	<b>161,13</b>
Structured Invest S.A.				9,70	9,70
UniCredit Group	117,22				117,22
UniCredit Bank AG				34,21	34,21
<b>Gesamt</b>	<b>586,12</b>	<b>1.128,22</b>	<b>59,63</b>	<b>8.525,06</b>	<b>10.299,02</b>



Menschen betreten einen Metro Cash & Carry Markt in Simferopol auf der Halbinsel Krim im Juli 2016. © REUTERS / Zverev, Anton

## Metro AG

Das börsennotierte Unternehmen Metro AG mit Hauptsitz in Düsseldorf ist auf Großhandel- und Lebensmitteldirektvertrieb spezialisiert. Im Geschäftsjahr 2017/2018 erzielte das Unternehmen einen Gesamtumsatz von EUR 36,534 Mrd. Insgesamt ist das Unternehmen an fast 1.050 Standorten mit über 150.000 Mitarbeiter\*innen aktiv.<sup>297</sup>

Bis zur Annexion der Krim wurden in Sewastopol und Simferopol zwei Metro Märkte durch das Tochterunternehmen Metro Cash & Carry Ukraine Ltd. betrieben. Um die Märkte aufrechtzuerhalten bzw. Sanktionen zu umgehen, wurden kurze Zeit nach der russischen Annexion der Halbinsel Krim zwei neue Unternehmen mit Sitz in Moskau gegründet: Retail Property 5 und Retail Property 6. Die russischen Gesellschaften sind nicht von den Sanktionen der Europäischen Union betroffen, heißt es bei Metro.<sup>298</sup> Beide Märkte bestehen weiterhin auf der Halbinsel Krim.

Kurz vor der Gründung der russischen Gesellschaften bezeichnete ein ehemaliger Vorstand des Unternehmens die Europäische Union als zentralen „Stabilitätsfaktor“ in der sich abzeichnenden Krim-Krise und verlangte Solidarität und Vertrauensbildung seitens der Wirtschaft, „denn am Ende des Tages sind wir alle für alle verantwortlich“.<sup>299</sup> Metro selbst scheint sich hiervon auszunehmen.

Ähnlich wie im Fall von DHL laufen Metros Geschäftstätigkeiten auf der Halbinsel Krim dem Sinn und Geist der verhängten europäischen Sanktionen zuwider. Mit der rechtswidrigen Annexion der Krim hat Russland die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine verletzt. Die Europäische Union hat mit Sanktionen reagiert. Unternehmen, die diese unterlaufen, legitimieren und zementieren die Annexion und schränken die Wirksamkeit der Sanktionen ein. Wer sich „Simply Right. Einfach richtig handeln“ auf die Fahnen schreibt, sollte von solchen rechtlichen Grauzonen Abstand nehmen. DHL und Metro dürfen diejenigen, die von der Annexion der Krim profitieren, nicht weiter (wirtschaftlich) unterstützen bzw. mit diesen kooperieren und müssen den völkerrechtlichen Verstoß Russlands gegen die Bestimmungen der VN-Charta zum Anlass nehmen, ihre Aktivitäten auf der Krim einzustellen.

**Tabelle 37:**  
**Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister und**  
**Unternehmen zur Metro AG**

In Mio. Euro	Vergebene Kredite	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt
<b>Commerzbank</b>			<b>3,35</b>	<b>3,35</b>
Commerz Funds Solutions S.A.			2,14	2,14
Commerzbank AG			1,21	1,21
<b>Deka Gruppe</b>		<b>5,69</b>	<b>37,69</b>	<b>43,38</b>
Deka Investment GmbH		5,69	37,69	43,38
<b>Deutsche Bank</b>			<b>12,28</b>	<b>12,28</b>
DB Platinum Advisors			2,33	2,33
Deutsche Asset Management Americas			1,19	1,19
DWS International GmbH			1,61	1,61
DWS Investment GmbH			7,15	7,15
<b>Helaba</b>			<b>1,27</b>	<b>1,27</b>
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH			1,27	1,27
<b>LBBW</b>	<b>49,72</b>	<b>7,62</b>		<b>57,34</b>
Baden-Württembergische Bank		3,53		3,53
Landesbank Baden-Württemberg	49,72			49,72
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH		4,10		4,10
<b>Stadtsparkasse Düsseldorf</b>		<b>2,28</b>		<b>2,28</b>
Stadtsparkasse Düsseldorf		2,28		2,28
<b>Union Investment</b>			<b>2,71</b>	<b>2,71</b>
Quoniam Asset Management GmbH			2,71	2,71
<b>Gesamt</b>	<b>49,72</b>	<b>15,59</b>	<b>57,31</b>	<b>122,62</b>



© Hloom via Flickr / CC BY 2.0 2016

## MasterCard Incorporated und Visa Inc.

Die beiden amerikanischen Aktiengesellschaften MasterCard Incorporated und Visa Inc. gehören weltweit zu den größten multinationalen Finanzdienstleistern im Bereich des elektronischen Zahlungsverkehrs. Das Unternehmen MasterCard mit Sitz in Purchase, New York, erzielte im Fiskaljahr 2017 einen Umsatz von knapp USD 12,5 Mrd.<sup>300</sup> Die Firma Visa Inc. hat ihren Unternehmenssitz in Foster City, Kalifornien, und verbuchte im vergangenen Jahr einen Umsatz von USD 20,6 Milliarden.<sup>301</sup> Die beiden Unternehmen vergeben weltweit Lizenzen für die Ausgabe von Karten an Banken (Issuing-Lizenz) sowie für die Akquisition von Vertragspartnern (Acquiring-Lizenz).

Nachdem Russland im März 2014 die Halbinsel Krim annektierte und die USA daraufhin erste Sanktionen erließen, stellten Visa und MasterCard ihre Zahlungsdienste für Kunden sanktionierter, russischer Geldinstitute temporär ein. Die russische Regierung reagierte mit einem Gesetz zur Errichtung eines nationalen Zahlungssystems, welches am 1. Juli 2014 in Kraft trat, um Unabhängigkeit gegenüber ausländischen Zahlungssystemen zu erlangen.<sup>302</sup>

Nach einer weiteren Verschärfung der amerikanischen Sanktionen stellten MasterCard und Visa ihre Dienstleistungen auf der Krim im Dezember 2014 vorläufig ein, bereiteten jedoch eine Umstellung auf das russische Zahlungssystem vor. Im Verlauf des ersten Halbjahres von 2015 konnten Visa und MasterCard-Transaktionen, sofern die Kreditkarten von russischen Banken ausgestellt wurden, wieder weitgehend auf der Krim getätigt werden.<sup>303</sup>

Mit der forcierten Einführung der nationalen, russischen Kreditkarte ‚Mir‘ hatte im August 2018 auch die letzte Bank auf der Krim Visa und MasterCard ihre Unterstützung in Form der Ausstellung von Kreditkarten entzogen.<sup>304</sup> Reisende berichten aber, dass Bargeld mit MasterCard und Visa auf der Krim weiterhin abgehoben werden kann, sofern diese von russischen Banken ausgestellt wurden.<sup>305</sup>

MasterCard versteht unternehmerische Verantwortung und Nachhaltigkeit gemäß dem Motto ‚Doing well by doing good‘ als Grundlage für den Unternehmenserfolg.<sup>306</sup> Auch Visa verweist auf ‚verantwortungsbewusstes Handeln‘ als einen zentralen Schwerpunkt in der Unternehmenstätigkeit.<sup>307</sup> Visa und MasterCard sind nach wie vor funktionierender, wenn auch eingeschränkter Teil des russischen Zahlungssystems, welches für die Entwicklung der Wirtschaft in Russland aber auch auf der annektierten Krim unerlässlich ist. Beide Unternehmen sollten diejenigen, die von der Annexion der Krim profitieren bzw. diese betreiben, nicht weiter (wirtschaftlich) unterstützen.

**Tabelle 38:**  
**Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen untersuchter Finanzdienstleister und Banken**  
**zu Visa und MasterCarrd**

In Mio. Euro	VISA				MasterCard				Gesamt	TOTAL	
	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen	Gehaltene Aktien	Gesamt	Vergebene Kredite	Begebung von Anleihen	Gehaltene Anleihen			Gehaltene Aktien
<b>Commerzbank</b>				148,66	148,66	481,63	72,07		172,88	726,59	875,25
Commerz Funds Solutions S.A.									34,28	34,28	
Commerzbank AG				148,66	148,66	481,63	72,07		138,60	692,31	
<b>Deka Gruppe</b>				226,38	226,38				113,24	113,24	339,62
Deka Investment GmbH				89,61	89,61				39,30	39,30	
DekaBank Deutsche Girozentrale				136,77	136,77				73,94	73,94	
<b>Deutsche Bank</b>	530,89	440,40	67,60	1.222,41	2.261,31	893,97	111,89	12,30	697,31	1.715,47	3.976,78
DB Platinum Advisors				3,94	3,94				2,67	2,67	
Deutsche Asset Management (Korea) Co Ltd			54,80		54,80			12,30		12,30	
Deutsche Asset Management (UK) Limited				126,41	126,41				415,96	415,96	
Deutsche Asset Management Americas			11,33	279,69	291,01				11,14	11,14	
Deutsche Bank	530,89	349,50		2,99	883,39	893,97	72,07		2,95	969,00	
Deutsche Bank Securities Inc		90,90		1,34	92,24		39,82			39,82	
Deutsche Asset Management Investment GmbH*			1,48		1,48						
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA (Asset Management)				4,76	4,76				5,60	5,60	
DWS International GmbH				97,82	97,82				85,55	85,55	
DWS Investment GmbH				442,41	442,41				126,46	126,46	
DWS Investment Management Americas, Inc.				263,05	263,05				46,98	46,98	
<b>DZ Bank</b>				773,05	773,05				727,44	727,44	1.500,50
DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank				396,10	396,10				429,90	429,90	
DZ PRIVATBANK (Schweiz) AG				12,94	12,94						
DZ PRIVATBANK S.A.				2,01	2,01						
Union Investment Luxembourg S.A.				8,65	8,65				4,44	4,44	
Union Investment Privatfonds GmbH				353,35	353,35				293,10	293,10	
<b>Helaba</b>				4,16	4,16						4,16
Helaba Invest Kapitalanlage-gesellschaft mbH				4,16	4,16						
<b>LBBW</b>				1,68	1,68			3,41	1,58	4,99	6,68
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH				1,68	1,68			3,41	1,58	4,99	
<b>UniCredit</b>				20,79	20,79						20,79
UniCredit Bank AG				20,79	20,79						
<b>Union Investment</b>									4,26	4,26	4,26
Quoniam Asset Management GmbH									4,26	4,26	
<b>Gesamt</b>	<b>530,89</b>	<b>440,40</b>	<b>67,60</b>	<b>2.397,14</b>	<b>3.436,04</b>	<b>1.375,61</b>	<b>183,96</b>	<b>15,71</b>	<b>1.716,71</b>	<b>3.292,00</b>	<b>6.728,03</b>

\*Seit März 2018: DWS Investment GmbH

# INVESTOREN UND FINANZDIENSTLEISTER AUF DEM RÜCKZUG



Frankfurter Skyline © skeeze via pixabay

# K Investoren und Finanzdienstleister auf dem Rückzug

Institutionelle Investoren und Finanzdienstleister unterstützen durch die Kapitalversorgung von Unternehmen, die in besetzten und annektierten Gebieten wirtschaftlich tätig sind, Verstöße gegen das Völkerrecht und tragen zum Fortbestand und Ausbau besetzter und annektierter Gebiete bei. Um dem entgegen zu wirken, haben einige von ihnen Richtlinien erstellt, die sich an ethischen und rechtlichen Grundsätzen orientieren. Ein Beispiel hierfür ist der norwegische Staatsfonds, der seine Investmententscheidungen an Nachhaltigkeitsprinzipien und -standards, wie beispielsweise dem „UN Global Compact“ oder den VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte knüpft.<sup>308</sup> Die Anwendung dieser Prinzipien erfolgt auf freiwilliger Basis. Vorreiter\*innen dieser Entwicklung sind insbesondere skandinavische Investor\*innen, die bereits seit einigen Jahren Unternehmensbeteiligungen auch in Bezug auf mögliche Menschenrechtsverletzungen in besetzten Gebieten überprüfen. Demnach werden Unternehmen, die den rechtswidrigen Siedlungsbau in palästinensischen Gebieten, oder Rohstoffe in der Westsahara fördern, aus den Portfolios skandinavischer Investor\*innen ausgeschlossen (s. auch Tabelle: Ausschlüsse skandinavischer Investoren).

So trennte sich der norwegische Staatsfonds im Jahr 2011 von Beteiligungen an dem Unternehmen Potash Corp, jetzt Nutrien Ltd., in Höhe von NOK 1.570 Mio. (ca. EUR 200 Mio.). Begründet wurde dies mit schwerwiegenden Verletzungen von ethischen Normen in Bezug auf die anhaltende Verwertung von Phosphaten aus der Westsahara.<sup>309</sup>

Mit der gleichen Begründung trennten sich zuvor weitere Finanzinstitute und Pensionskassen von den Unternehmen Agrium und Potash Corp, die zur Nutrien Ltd. fusionierten. Dazu gehören in Norwegen das Geldinstitut DNB, der Versicherungskonzern Storebrand und die Landespensionskasse KLP. In Schweden wurde Nutrien Ltd. ebenfalls von den Pensionsfonds KPA, AP 1, AP 2, AP 3, AP 4 und AP 7 aus deren Portfolios entfernt. Auch die dänischen Banken Nordea und Nykredit sowie die US Methodist Church verzichteten aus den gleichen Gründen auf ein Investment.<sup>310</sup>

Ein weiteres Beispiel für den Rückzug institutioneller Investoren ist der größte norwegische Lebensversicherer KLP, der den Baustoffkonzern HeidelbergCement AG im Jahr 2015 aus dem Investment-Portfolio in Höhe von NOK 17,5 Mio. (ca. EUR 1,9 Mio.) ausschloss. Der Ausschluss wurde mit den wirtschaftlichen Aktivitäten einer HeidelbergCement Tochtergesellschaft, die Steinbrüche in dem unter israelischer Kontrolle stehenden C-Gebieten im Westjordanland betreibt, begründet. Der Abbau von nicht-erneuerbaren Ressourcen in besetzten Gebieten mindert das zukünftige Einkommenspotential der lokalen Bevölkerung, auch weil Lizenz- und Nutzungsgebühren an israelische Behörden gezahlt werden. Auch die Tatsache, dass die Belegschaft eines Unternehmens aus Mitgliedern der lokalen Bevölkerung besteht, kann nicht als Beweis dafür angesehen werden, dass das Unternehmen die natürlichen Ressourcen zum Nutzen der gesamten lokalen Bevölkerung nutzt. Ein solches Verhalten stellt ein inakzeptables Risiko dar, grundlegende ethische Normen zu verletzen, wenn es auf eine Weise erfolgt, das hinsichtlich der Anforderungen des Gesetzes über die kriegerische Besetzung schwer zu rechtfertigen ist.<sup>311</sup>

Auch der drittgrößte dänische Pensionsfond Sampension schloss HeidelbergCement im Herbst 2017 aus seinem Anlageportfolio mit der Begründung aus, dass der Konzern natürlichen Ressourcen aus dem besetzten Westjordanland gewinne. Dies sei mit einer verantwortungsvollen Investitionspolitik nicht vereinbar.<sup>312</sup> Damit folgte Sampension dem dänischen Pensionsfond PFA, welcher HeidelbergCement wegen grober Verstöße gegen die Menschenrechte bereits 2015 dauerhaft aus dem Portfolio entfernte.<sup>313</sup> Aufgrund der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser\*innen über ihre natürlichen Ressourcen, schloss auch der schwedische Staatsfond AP7 HeidelbergCement aus.<sup>314</sup>

Weitere institutionelle Investor\*innen wie Storebrand haben HeidelbergCement ebenfalls auf ihre Ausschlussliste („Exclusion List“) gesetzt.

Der Baumaschinenhersteller Caterpillar steht ebenfalls seit langem für seine Unternehmenstätigkeiten in besetzten Gebieten in der Kritik und wurde daher von zahlreichen Investoren aus dem Portfolio ausgeschlossen. Wie von Facing Finance im Jahr 2015 bereits berichtet, beschloss die 221. Generalversammlung der Evangelisch-Presbyterianische Kirche in den USA im Jahr 2014 Caterpillar auf Grund ihrer Aktivitäten in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten aus ihrem Investmentportfolio auszuschließen. Zwei Jahre zuvor hatte Morgan Stanley Capital International (MSCI), einer der führenden Analysten von Unternehmen, Caterpillars ESG (Environmental, Social and Governance) Rating herabgestuft und das Unternehmen damit aus mehreren seiner Indizes entfernt. Dies wiederum veranlasste unter anderem einen US-Pensionsfonds (Teachers Insurance and Annuity Association of America-College Retirement Equities Fund), seine Beteiligungen an Caterpillar zu veräußern.<sup>315</sup> Auch die Stadtverwaltung von Portland beschloss am 5. April 2017 nicht mehr in Caterpillar investieren zu wollen.<sup>316</sup> In den vergangenen beiden Jahren kam es zu einer Vielzahl weiterer Aufrufe gegen das Unternehmen.<sup>317</sup>

Auch die in den besetzten Gebieten tätigen US-Unternehmen Hewlett Packard Enterprise bzw. HP Inc. wurden aus dem Investment-Portfolio der Evangelisch-Presbyterianische Kirche in den USA gestrichen.<sup>318</sup> Im Jahr 2012 hatten zuvor 300 Quäker-Gruppen in den Vereinigten Staaten beschlossen, ihre Beteiligungen an Hewlett-Packard zu verkaufen, wegen deren Unterstützung der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete.<sup>319</sup> Im April 2018 votierte der Dublin City Council dafür, alle Verträge mit Hewlett-Packard und DXC Technology aufzukündigen.<sup>320</sup>

Acht der 27 in dieser Studie untersuchten Unternehmen, die kontroverse Aktivitäten in besetzten Gebieten durchführten, wurden institutionellen von Investor\*innen bisher ausgeschlossen:<sup>321</sup>

**Tabelle 39:**  
**Ausschluss von in besetzten Gebieten tätige Unternehmen**  
**durch institutionelle Investor\*innen**

Ausschlüsse skandinavischer Investoren		Bank Hapoalim	Bank Leumi	Bezeq	Cemex	HeidelbergCement AG	Mizrahi Tefahot Bank	Motorola Solutions	Nutrien
Pensionsfonds	Staatlicher Pensionsfonds(NOR)								X
	Sampension (DK)	X	X	X		X		X	
	AP2 (SWE)							X	X
	AP7 (SWE)								X
	AP1 (SWE)							X	X
	AP3 (SWE)							X	X
	AP4 (SWE)							X	X
	FDC (LUX)	X	X					X	X
	KPA (SWE)	X	X	X				X	X
	KLP (NOR)					X			X
	PFA Pension (DK)					X			
	Storebrand (NOR)*	X	X		X	X	X	X	X
Finanzdienstleister	Nordea (SWE)				X				X
	Nykredit (DK)							X	X
	DNB ASA (NOR)								X

\* Der Staatliche Pensionsfonds (NOR) ist mittlerweile wieder in Nutrien investiert.

## Richtlinien deutscher Banken zu besetzten Gebieten

Ein Blick auf die Richtlinien einiger deutscher Banken zeigt, dass oftmals noch keine umfassenden Anforderungen an Unternehmen gestellt werden, wenn es um wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten Gebieten geht. Für Investitionsentscheidungen der deutschen Banken spielt dieses Thema häufig noch keine Rolle. Im Fall der 14 Banken, die jährlich im Rahmen des Fair Finance Guide ([www.fairfinanceguide.de](http://www.fairfinanceguide.de)) auf ihre Nachhaltigkeitsrichtlinien untersucht werden, haben überhaupt erst sechs Banken Stellung zum Thema bezogen: EthikBank, GLS Bank, KD Bank, LBBW und die Pax Bank. Bei der ApoBank, BayernLB, Commerzbank, Deutsche Bank, DZ Bank, HypoVereinsbank (UniCredit Bank AG), Sparkasse KölnBonn, der Stadtsparkasse Düsseldorf sowie bei den ebenso untersuchten Finanzdienstleistern KfW Bankengruppe, Nord/LB, Helaba und Deka Bank fehlen dagegen noch spezifische Investitionsrichtlinien für einen Umgang mit Unternehmen, mit Geschäftstätigkeiten in besetzten Gebieten (Stand Mai 2019).<sup>322</sup>

### KD Bank

Die KD Bank hat als einzige der im Rahmen des Fair Finance Guide untersuchten Banken eine detaillierte Richtlinie veröffentlicht und schließt Unternehmen, die in völkerrechtswidrig besetzten Gebieten wirtschaftlich tätig, kategorisch aus:

„Aktivitäten in besetzten/streitigen Gebieten werden unter dem Ausschlusskriterium Human Rights bewertet. Das humanitäre Völkerrecht legt Verpflichtungen der Besatzungsmächte fest, die sich unter anderem auf die humane Behandlung und die körperliche Unversehrtheit der Menschen im umstrittenen Gebiet, die Einhaltung der geltenden Gesetze, die Achtung und den Schutz von Immobilien und persönlichem Eigentum sowie die Verwaltung von öffentlichem Eigentum, einschließlich natürlicher Ressourcen, beziehen. Die Vierte Genfer Konvention verbietet es der Besatzungsmacht auch, Teile der eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet zu verlegen. In all diesen Fragen können sich Unternehmen, die in besetzten/umstrittenen Gebieten tätig sind, an Menschenrechtsverletzungen zum Nachteil der Menschen in der besetzten Region beteiligen.“

Die Schwere der Bewertung hängt von der Frage ab, wie direkt die Aktivitäten des Unternehmens zur Verletzung der Menschenrechte der betroffenen Menschen beitragen:

Eine schwerwiegende Kontroverse/ein Ausschluss liegt vor, wenn das Unternehmen mit seinen Produkten/Dienstleistungen direkt zur Verletzung der Menschenrechte (z.B. des Rechts auf Selbstbestimmung, des Rechts auf Freiheit) von Menschen in umstrittenen Gebieten (z.B. Palästina, Westsahara) beiträgt, z.B. durch das Angebot von Überwachungs-ausrüstung, die eindeutig dazu bestimmt ist, die Bewegungsfreiheit des palästinensischen Volkes zu verhindern; durch das Angebot von Dienstleistungen, die für den Abriss von z.B. palästinensischem Eigentum verwendet werden; durch das Angebot umfangreicher Hypothekarkredite an israelische Siedler zum Bau neuer Häuser für israelische Siedler; durch bedeutende Bautätigkeiten/Dienstleistungen; durch die Nutzung natürlicher Ressourcen.

Eine moderate Kontroverse wird für Fälle angenommen, in denen das Unternehmen mit seinen Produkten/Dienstleistungen wesentlich dazu beiträgt, illegale Siedlungen attraktiver zu machen, z.B. durch Bankdienstleistungen für israelische Siedler; Versorgungsleistungen für illegale Siedler; Telekommunikationsdienstleistungen für israelische Siedler; Bereitstellung von Zement/Beton zur Unterstützung des Baus illegaler israelischer Siedlungen.

Eine Herabstufung wird nicht vorgenommen, wenn es sich um eine bloße Geschäftstätigkeit eines Unternehmens, z.B. eines Lebensmittelunternehmens, in einem besetzten/umstrittenen Gebiet handelt, sofern die Geschäftstätigkeit nicht wesentlich zur Aufrechterhaltung eines Staates/Siedlung beiträgt.<sup>4323</sup>

### GLS Bank und EthikBank

Auch die Nachhaltigkeitsbank GLS Bank und die EthikBank haben in Bezug auf Unternehmenstätigkeiten in besetzten Gebieten ein Statement veröffentlicht, die sowohl das Anlage- wie auch das Finanzierungsgeschäft betreffen. In der Studie konnten so auch keine Finanzbeziehungen zu einem der untersuchten Unternehmen gefunden werden:

„Unternehmen, die kontroverse Aktivitäten in besetzten Gebieten tätigen, werden ausgeschlossen. Sie verstoßen gegen die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen.“<sup>4324</sup>

### LBBW

Im Rahmen von Finanzierungsgeschäften und Eigenanlagen positioniert sich auch die LBBW zum Thema besetzte Gebiete. Besonders positiv hervorzuheben, ist die Forderung nach der Einbeziehung der indigenen Bevölkerung und ihrer Zustimmung. Dies ist ein anerkanntes Prinzip im humanitären Völkerrecht, zuletzt gestärkt durch eine Reihe von Einzelurteilen des Europäischen Gerichtshofs, und eine der Grundforderung der sahraischen Bevölkerung in der Westsahara.<sup>325</sup>

„Bei Projektfinanzierungen, in denen wir mögliche Auswirkungen auf indigene Völker erkennen können, erwarten wir, dass unsere Unternehmenskunden im Einklang mit den Zielen und Anforderungen des IFC Performance Standard PS 7 (»Indigene Völker«) handeln. Wir setzen voraus, dass von den betroffenen Gruppen die freiwillige, vorherige und in Kenntnis der Sachlage gegebene Zustimmung (FPIC) eingeholt und diese aktiv in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse einbezogen werden. Dies gilt vor allem für die Bereiche Land, natürliche Ressourcen und Umwelt (Territorium), rechtliche Gleichstellung, inklusive Recht auf kulturell angepasste Bildung und Gesundheitsversorgung, politische Teilhabe und Selbstverwaltung. Die LBBW legt in diesem Punkt Wert darauf, dass Unternehmen, in die sie investiert oder die sie finanziert, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht keine Ansiedlungen in besetzten Gebieten durchführen oder unterstützen.“<sup>326</sup>

### Pax Bank

In ihren Investitions- und Anlageleitlinien verweist die Pax Bank im Rahmen von Finanzierungsgeschäften auf die Achtung des humanitären Völkerrechts in Bezug auf besetzte Gebiete. Auch für die Pax Bank konnten keine Finanzbeziehungen zu einem der untersuchten Unternehmen gefunden werden:

Bei unseren Baufinanzierungen sind diese nachhaltigen Aspekte selbstverständliche Bestandteile unserer Kundenberatungen und -informationen; ebenso wie der Respekt des humanitären Völkerrechts wie auch das Verbot des Baus und wirtschaftlicher Aktivitäten in besetzten Gebieten.<sup>4327</sup>

### Triodos Investment Management BV:

Triodos Investment Management BV bezieht sich nicht direkt auf besetzte Gebiete. Sie weist jedoch darauf hin, dass im Rahmen von Mindeststandards die Achtung des humanitären Völkerrechts vorausgesetzt wird:

„Triodos Bank excludes companies that: [...] Do not respect international humanitarian law. This is assessed on a case-by-case basis applying relevant UN Conventions and international human rights' legislative frameworks.“<sup>4328</sup>

### Banken ohne explizite Richtlinien in Bezug auf besetzte Gebiete

Auch die anderen in dieser Studie untersuchten Banken und Finanzdienstleister haben Nachhaltigkeitsrichtlinien, z.B. in Bezug auf Menschenrechte formuliert. Diese beziehen sich jedoch nicht unmittelbar auf Geschäftstätigkeiten in besetzten und illegal annektierten Gebieten. Facing Finance empfiehlt daher, im Rahmen von Richtlinien und Selbstverpflichtungen auch wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten Gebieten unter Berücksichtigung menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Vorgaben zu installieren. Nur so lässt sich sicherstellen, dass zukünftige Investitionsentscheidungen im Einklang mit den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts sowie den internationalen Menschenrechtsnormen getätigt werden.

# Empfehlungen

## Empfehlungen an Finanzdienstleister

- ▶ **Finanzdienstleister** müssen die Vorgaben der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte respektieren und umsetzen.

### Empfohlene Schritte

- ▶ **Richtlinien und Selbstverpflichtungen**  
In einem ersten Schritt sollten Richtlinien und Selbstverpflichtungen in Bezug auf wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten Gebieten unter Berücksichtigung von menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Vorgaben entwickelt bzw. überprüft und installiert werden. Die Richtlinien und Selbstverpflichtungen sollten u.a. folgende Maßnahmen beinhalten:
- ▶ **Due Diligence Prüfung**  
Überprüft werden müssen nicht nur potenzielle neue Investments / Unternehmen, sondern auch bestehende Investments / Unternehmen sowie deren Subunternehmen und Lieferanten entlang des Wertschöpfungsprozesses.
- ▶ **Engagement Prozess mit Unternehmen**  
Banken sollten zunächst im Rahmen eines Dialoges mit Unternehmen, die in besetzten Gebieten tätig sind, versuchen eine Veränderung / Verbesserung von Geschäftsmodellen zu bewirken, die im Konflikt mit menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Vorgaben stehen.
- ▶ **Veräußerungen**  
Wenn ein solcher Engagement Prozess mit Unternehmen im Zeitraum von 3 Jahren nicht zu Ergebnissen führt und / oder Verstöße gegen menschenrechtliche und völkerrechtliche Vorgaben weiterhin festzustellen sind, müssen Finanzdienstleister sämtliche Finanzbeziehungen zu solchen Unternehmen umgehend einstellen.

## Empfehlungen an Unternehmen

- ▶ **Unternehmen** müssen die menschenrechtlichen Vorgaben der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verbindlich beachten und umsetzen.
- ▶ **Unternehmen** müssen jegliche Geschäftstätigkeit beenden, die den Status der Besetzung untermauern und auch neue Geschäftstätigkeiten daraufhin prüfen, was stets auch Subunternehmen und Lieferanten entlang des Wertschöpfungsprozesses einschließen muss.
- ▶ **Unternehmen** müssen im Rahmen ihrer ESG Richtlinien sicherstellen, dass indirekte Verstöße gegen menschenrechtliche und völkerrechtliche Vorgaben ausgeschlossen werden, z.B. in Bezug auf den Weiterverkauf ihrer Produkte, die dann in besetzten Gebieten zum Einsatz kommen.
- ▶ **Unternehmen** müssen auf ihre Unternehmensverbände einwirken, ihre Mitglieder aufzufordern, die Beachtung von menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Vorgaben im Rahmen von verbindlichen ESG Richtlinien sicherzustellen.
- ▶ **Unternehmen** müssen in Bezug auf wirtschaftliche Aktivitäten in besetzten Gebieten Beschwerdemechanismen installieren und gegebenenfalls Kompensations- und Abhilfemaßnahmen bereitstellen.

## Empfehlungen an die Bundesregierung

- ▶ **Die Bundesregierung** ist aufgerufen, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte garantiert und verbindlich dafür sorgt, dass sich deutsche Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und eine Unterstützung von Völkerrechtsverletzungen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit verantworten müssen.
- ▶ **Die Bundesregierung** ist aufgerufen, sich aktiv für die Veröffentlichung der VN-Datenbank zu Unternehmen einzusetzen, die in den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, wirtschaftlich tätig sind.<sup>329</sup>
- ▶ **Die Bundesregierung** ist aufgerufen, sich aktiv für ein verbindliches internationales Abkommens für die Haftung von Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen einzusetzen, welches unter anderem eine Klagemöglichkeit gegen Unternehmen beinhaltet.
- ▶ **Die Bundesregierung** ist aufgerufen, aktiv Friedensprozesse zu unterstützen, was besonders eine Unterstützung der indigenen Bevölkerung in besetzten und annektierten Gebieten beinhaltet.
- ▶ **Die Bundesregierung** ist aufgerufen dafür Sorge zu tragen, Finanzdienstleister\*innen zu einer transparenten Risikobewertung zu verpflichten, die Finanzbeziehungen zu Unternehmen, die menschenrechtliche und völkerrechtliche Vorgaben missachten, identifiziert und gegebenenfalls zum Ausschluss von Geschäftsbeziehungen führt.
- ▶ **Die Bundesregierung** ist aufgerufen dafür Sorge zu tragen, dass alle völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands auf deutsche Unternehmen und Finanzdienstleister verbindlich Anwendung finden.

# ANHANG

## Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen deutscher Banken und Finanzdienstleister zu ausgewählten Unternehmen in den besetzten und annektierten Gebieten

### Gesamtübersicht der Gehaltene Aktien deutscher Banken und Finanzdienstleister an ausgewählten Unternehmen in den besetzten und annektierten Gebieten

In Mio. Euro	Apobank	Commerzbank	Deka Gruppe	Deutsche Bank	DWS	DZ Bank	Helaba	KfW	LBBW	NordLB	Stadtsparkasse Düsseldorf	Triodos Investment Management BV	UniCredit Bank AG	Union Investment	Gesamt
<b>Bank Leumi</b>				4,63	1,77										<b>6,40</b>
<b>Bombardier</b>			3,47		1,06										<b>4,54</b>
<b>Booking Holdings</b>		129,87	27,77	114,83	511,21	4,13	4,01								<b>791,81</b>
<b>Caterpillar</b>		19,02	41,24	166,23	88,55	21,46									<b>336,50</b>
<b>Cemex</b>				1,86	5,30										<b>7,15</b>
<b>CNH Industrial</b>			7,92	88,23	14,29									2,36	<b>112,81</b>
<b>Deutsche Post</b>		56,97	412,75	138,17	1.050,78	214,57	5,60	6.540,30	60,55		1,46		34,21		<b>8.515,36</b>
<b>DXC Technology</b>		6,95	5,56	37,05	10,15	3,04								2,70	<b>65,46</b>
<b>Expedia</b>		7,78	1,18	23,58	6,59										<b>39,13</b>
<b>First Solar</b>		10,76	4,44	1,19	9,67	2,76						7,54	2,63		<b>38,99</b>
<b>Hapotalim</b>				2,67	1,16										<b>3,83</b>
<b>HeidelbergCement</b>		13,40	152,01	26,63	258,13		2,60		32,82						<b>485,59</b>
<b>Hewlett Packard Enterprise</b>		11,43	2,54	74,51	67,51	1,86									<b>157,85</b>
<b>Hyundai Heavy Industries</b>				1,05		7,47									<b>8,51</b>
<b>Mastercard</b>		172,88	113,24	438,32	258,99	727,44			1,58					4,26	<b>1.716,71</b>
<b>Metro AG</b>		3,35	37,69	3,53	8,76		1,27							2,71	<b>57,31</b>
<b>Mizrahi Tefahot Bank</b>				1,21											<b>1,21</b>
<b>Motorola Solutions</b>		2,64	128,72	92,17	28,91	6,17									<b>258,62</b>
<b>Nutrien</b>		6,17		27,06	31,45	465,84									<b>530,52</b>
<b>Siemens AG</b>	1,58	149,19	857,70	129,25	1682,00	424,27	7,11		19,42	1,15	5,18		1,25		<b>3.278,13</b>
<b>Siemens Gamesa</b>			3,04	1,74	12,25	1,28			9,43			6,39	3,36		<b>37,48</b>
<b>SMA Solar Technology</b>					46,09										<b>46,09</b>
<b>TripAdvisor</b>		16,78	1,64	16,41											<b>34,83</b>
<b>Visa</b>		148,66	226,38	419,13	803,28	773,05	4,16		1,68				20,79		<b>2.397,14</b>
<b>Volvo</b>			11,00	34,95	19,10	46,70									<b>111,74</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1,58</b>	<b>755,85</b>	<b>2.038,31</b>	<b>1.844,41</b>	<b>4.917,00</b>	<b>2.700,04</b>	<b>24,76</b>	<b>6.540,30</b>	<b>125,49</b>	<b>1,15</b>	<b>6,64</b>	<b>13,92</b>	<b>62,23</b>	<b>12,04</b>	<b>19.043,72</b>

\* Die EthikBank, GLS Bank, KD Bank und Pax Bank kommen in dieser Übersicht nicht vor, da keine Finanzdaten zu Unternehmen mit Geschäftstätigkeit in besetzten Gebieten gefunden wurden.

## Gesamtübersicht der Gehaltene Anleihen deutscher Banken und Finanzdienstleister an ausgewählten Unternehmen in den besetzten und annektierten Gebieten

In Mio. Euro	Apobank	Deka Gruppe	Deutsche Bank	DZ Bank	Helaba	LBBW	NordLB	Stadtsparkasse Düsseldorf	UniCredit Bank AG	Gesamt
<b>Bombardier</b>			36,37	1,02						<b>37,40</b>
<b>Booking Holdings</b>	6,14	9,66	25,98	21,11	1,48	2,28	2,05			<b>68,69</b>
<b>Caterpillar</b>			81,36	2,96						<b>84,32</b>
<b>Cemex</b>		16,56	34,87		2,73					<b>54,16</b>
<b>CNH Industrial</b>		25,66	9,38	2,16	1,71	3,41				<b>42,33</b>
<b>Deutsche Post</b>		7,56		43,99	1,08	4,04		2,96		<b>59,63</b>
<b>DXC Technology</b>		2,34	22,15							<b>24,49</b>
<b>Expedia</b>		2,13	9,65	8,08	1,02	2,28				<b>23,15</b>
<b>HeidelbergCement</b>	2,50	75,49	13,00	50,51	5,69	10,92	3,98	2,82		<b>164,92</b>
<b>Hewlett Packard Enterprise</b>		17,51	36,00	7,67						<b>61,18</b>
<b>Mastercard</b>			12,30			3,41				<b>15,71</b>
<b>Metro AG</b>		5,69				7,62		2,28		<b>15,59</b>
<b>Motorola Solutions</b>			6,19							<b>6,19</b>
<b>Nutrien</b>			1,23							<b>1,23</b>
<b>Siemens</b>	2,28	13,67	134,99	7,17		8,82	2,28		6,37	<b>175,57</b>
<b>Visa</b>			67,60							<b>67,60</b>
<b>Volvo</b>		12,63	111,98	6,94						<b>131,55</b>
<b>Gesamt</b>	<b>10,92</b>	<b>188,90</b>	<b>603,07</b>	<b>151,61</b>	<b>13,71</b>	<b>42,78</b>	<b>8,31</b>	<b>8,05</b>	<b>6,37</b>	<b>1.033,71</b>

\* Die EthikBank, GLS Bank, KD Bank und Pax Bank kommen in dieser Übersicht nicht vor, da keine Finanzdaten zu Unternehmen mit Geschäftstätigkeit in besetzten Gebieten gefunden wurden.

## Gesamtübersicht der vergebenen Kredite deutscher Banken und Finanzdienstleister an ausgewählten Unternehmen in den besetzten und annektierten Gebieten

In Mio. Euro	BayernLB	Commerzbank	Deutsche Bank	DZ Bank	Helaba	KfW	LBBW	NordLB	Gesamt
<b>Bombardier</b>	23,69	210,88	187,20			23,69		23,69	<b>469,13</b>
<b>Booking Holdings</b>			125,84						<b>125,84</b>
<b>Caterpillar</b>		840,88	2422,48						<b>3.263,36</b>
<b>Cemex</b>	257,01								<b>257,01</b>
<b>CNH Industrial</b>		218,99	218,99						<b>437,99</b>
<b>Deutsche Post</b>		117,22	117,22	117,22	117,22				<b>468,89</b>
<b>DXC Technology</b>	198,04	198,04							<b>396,08</b>
<b>First Solar</b>			12,27						<b>12,27</b>
<b>HeidelbergCement</b>	475,18	475,18	475,18		475,18		475,18		<b>2.375,90</b>
<b>Hewlett Packard Enterprise</b>		112,61	223,51						<b>336,12</b>
<b>Mastercard</b>		481,63	893,97						<b>1.375,61</b>
<b>Metro AG</b>							49,72		<b>49,72</b>
<b>Motorola Solutions</b>			183,21						<b>183,21</b>
<b>Siemens</b>	189,12	189,12	189,12	189,12	189,12		189,12		<b>1.134,74</b>
<b>Siemens Gamesa</b>		128,53							<b>128,53</b>
<b>SMA Solar Technology</b>		32,79	32,79		32,79				<b>98,38</b>
<b>TripAdvisor</b>			160,41						<b>160,41</b>
<b>Visa</b>			530,89						<b>530,89</b>
<b>Volvo</b>			65,22						<b>65,22</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.143,04</b>	<b>3.005,90</b>	<b>5.838,32</b>	<b>306,35</b>	<b>814,32</b>	<b>23,69</b>	<b>714,02</b>	<b>23,69</b>	<b>11.869,31</b>

\* Die EthikBank, GLS Bank, KD Bank und Pax Bank kommen in dieser Übersicht nicht vor, da keine Finanzdaten zu Unternehmen mit Geschäftstätigkeit in besetzten Gebieten gefunden wurden.

**Gesamtübersicht der ausgegebenen Anleihen deutscher Banken und Finanzdienstleister an ausgewählten Unternehmen in den besetzten und annektierten Gebieten**

In Mio. Euro	BayernLB	Commerzbank	Deutsche Bank	DZ Bank	Helaba	LBBW	Gesamt
<b>Bombardier</b>		267,53	267,53				<b>535,05</b>
<b>Booking Holdings</b>			624,29				<b>624,29</b>
<b>Caterpillar</b>		393,08	470,19				<b>863,27</b>
<b>CNH Industrial</b>		167,17	662,33				<b>829,49</b>
<b>Deutsche Post</b>		344,90	470,22	156,55	156,55		<b>1.128,22</b>
<b>DXC Technology</b>		28,86					<b>28,86</b>
<b>HeidelbergCement</b>	275,17	361,08	790,56		298,56	125,97	<b>1.851,34</b>
<b>Hewlett Packard Enterprise</b>			219,72				<b>219,72</b>
<b>Mastercard</b>		72,07	111,89				<b>183,96</b>
<b>Motorola Solutions</b>			168,60				<b>168,60</b>
<b>Siemens AG</b>		2.429,88	2.057,12	499,96			<b>4.986,95</b>
<b>Visa</b>			440,40				<b>440,40</b>
<b>Volvo</b>			590,29				<b>590,29</b>
<b>Gesamt</b>	<b>275,17</b>	<b>4.064,55</b>	<b>6.873,13</b>	<b>656,51</b>	<b>455,11</b>	<b>125,97</b>	<b>12.450,45</b>

\* Die EthikBank, GLS Bank, KD Bank und Pax Bank kommen in dieser Übersicht nicht vor, da keine Finanzdaten zu Unternehmen mit Geschäftstätigkeit in besetzten Gebieten gefunden wurden.

**Gesamtübersicht der emittierten Aktien deutscher Banken und Finanzdienstleister an ausgewählten Unternehmen in den besetzten und annektierten Gebieten**

In Mio. Euro	Deutsche Bank	Gesamt
trivago	30,55	30,55
<b>Gesamt</b>	<b>30,55</b>	<b>30,55</b>

## Bankensicht auf besetzte und annektierte Gebiete

**Vor Veröffentlichung der Studie wurden deutsche Banken befragt, ob sie Richtlinien oder Ausschlusskriterien für die Finanzierungen von bzw. Investitionen in Unternehmen formuliert haben, die in irgendeiner Art und Weise in besetzten und annektierten Gebieten tätig sind?**

**Folgende Banken haben geantwortet und einer Veröffentlichung zugestimmt:**

### Deutsche Apotheker- und Ärztebank

Sehr geehrte Frau [REDACTED], wir haben Ihr Schreiben vom 06.06.2019 zur Kenntnis genommen und uns mit der von Ihnen angesprochenen Thematik kritisch auseinandergesetzt.

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank ist eine genossenschaftlich organisierte Universalbank, deren Geschäftspolitik an den speziellen Erfordernissen der Heilberufe und des Gesundheitsmarktes ausgerichtet ist. Als Genossenschaft und Standesbank der Heilberufler verfolgen wir den Geschäftszweck unsere Mitglieder – die Angehörigen der akademischen Heilberufe sowie deren Organisationen und Einrichtungen – wirtschaftlich zu fördern und zu betreuen. Wir vergeben Kundengelder zur Refinanzierung von Krediten im deutschen Gesundheitsmarkt und leisten damit einen Beitrag zur ökonomischen Nachhaltigkeit des deutschen Gesundheitswesens. Geschäfte mit Unternehmen, deren Fokus auf Atomenergie, Kinderarbeit, kontroverse Wirtschaftspraktiken und kontroverses Umweltverhalten, Produzenten und Händler hochprozentiger alkoholischer Getränke, Rüstung, Tabakproduktion und Tierversuche entsprechen weder der Geschäftsstrategie noch den Geschäftspraktiken.

Was das Anlageangebot und die Anlageberatung für unsere Kunden angeht, arbeiten wir derzeit daran, wie wir insbesondere Nachhaltigkeitsaspekte und Ausschlusskriterien umfänglicher einbinden und sukzessive umsetzen können. Wie den öffentlich zugänglichen Berichten entnommen werden kann, sind die von Ihnen angeführten Titel Booking, HeidelbergCement, Siemens, Deutsche Post aktuell im Anlageuniversum enthalten.

Nachhaltigkeit ist uns ein zentrales Anliegen. Wir verbinden damit auch unseren Anspruch, uns stetig weiterzuentwickeln. Seit 2017 veröffentlichen wir einen umfangreichen Nachhaltigkeitsbericht, den Sie auf unseren Internetseiten unter: <https://www.apobank.de/ihre-apobank/die-apobank/nachhaltigkeit.html> einsehen können. Neben unserem Engagement in den Bereichen Ökologie, Soziales und Governance dokumentieren wir hier auch, welche Handlungsfelder wir sehen und wie wir diese angehen wollen.

### DWS Group GmbH & Co. KGaA

Guten Morgen Frau [REDACTED],

Die DWS schließt Unternehmen, die in Verbindung mit besetzten und annektierten Gebieten stehen, nicht generell aus dem Investmentuniversum aus.

Die von Ihnen aufgeführten Informationen sind uns bekannt, und diese stehen allen Analysten und Portfoliomanagern zur Verfügung.

Im Rahmen unserer treuhänderischen Pflichten erwägen wir im Einzelfall in einen konstruktiven Dialog zu treten, um eine Verbesserung der Zustände herbeizuführen.

Ausgewiesene Nachhaltigkeitsfonds der DWS – sogenannte ESG-Fonds – dürfen nicht in Unternehmen investieren, die durch Geschäftsbeziehungen in besetzten oder annektierten Gebieten im Zuge unserer Analyse signifikant auffallen oder negativ bewertet werden.

Die DWS hält sich an die globale Sanktionsrichtlinie der Deutschen Bank Gruppe zu Unternehmen und/oder Ländern, welche u.a. Gegenstand eines UN und/oder EU Embargo sind. Sofern die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens zu schwerwiegenden Verstößen international geltender Konventionen (wie etwa nicht entgeltliche Ausbeutung von Rohstoffen) führt, werden diese Emittenten als kritisch markiert. Damit werden Sie für unsere ESG Fonds nicht bzw. im besten Fall nur eingeschränkt investierbar“.

Auf der Webseite der DWS finden Sie unser Statement zum Verantwortungsvollen Investieren, das aber keine derartigen Details enthält. <https://www.dws.com/de/loesungen/esg/richtlinien-fur-verantwortungsvolles-investieren/>

## DZ Bank AG

Sehr geehrte Frau [REDACTED],  
unser Engagment bei einzelnen Unternehmen kommentieren wir nicht. Umwelt- und Sozialaspekte sind jedoch Teil unserer Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Kreditvergabe. Als Kreditgeber prüfen wir Kreditanfragen (klassisches Kreditgeschäft, Projektfinanzierungen und kundenbezogene Handelslimite) im Rahmen des Kreditprüfungsprozesses systematisch auf relevante Nachhaltigkeitsaspekte. Und bei Projektfinanzierungen kommen zusätzlich die Äquator Prinzipien zur Anwendung. Mit freundlichen Grüßen,  
[REDACTED]

## KfW Bankengruppe

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

Leider bieten uns ihre Daten keine Informationen darüber, um welche Gebiete es sich genau handeln soll. Auch können wir – das Beispiel Deutsche Post aufgreifend – die Zahl nicht nachvollziehen, ist es der Anteil an der Marktkapitalisierung zu einem bestimmten Stichtag?

Zur Deutschen Post AG ist zu sagen, dass die KfW mit dem Ziel der Privatisierung in mehreren Schritten eine Beteiligung an der Deutschen Post AG erworben hat. Dies erfolgte im Rahmen spezieller Zuweisungen des Bundes nach § 2 Absatz 4 KfW-Gesetz. Der Anteil der KfW am Grundkapital der Deutschen Post liegt bei rd. 20,5%.

Als weltweit agierendes Unternehmen sieht die Deutsche Post AG die gesellschaftliche Verantwortung als integralen Bestandteil der Geschäftsaktivität. Laut nichtfinanziellem Bericht hat das Unternehmen als Schlüsselprinzipien in seinem Verhaltenskodex die Achtung der Menschenrechte, Chancengleichheit, Transparenz sowie eindeutige Positionen gegen Diskriminierung, Bestechlichkeit und Korruption verankert. Dabei orientiert man sich an den Grundsätzen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie den Prinzipien des UN Global Compact.

Kreditverträge kommentieren wir grundsätzlich nicht, weder die Frage ihrer Existenz noch konkrete Zahlen. Allgemein ist in Bezug auf die KfW IPEX-Bank hervorzuheben, dass sie bereits seit dem Jahr 2000,

als eine der ersten deutschen Banken, über eine anspruchsvolle Umwelt- und Sozialrichtlinie verfügt. Diese bezieht sich auf alle Finanzierungsprodukte, die sie anbietet. Die Richtlinie wurde zwischenzeitlich mehrfach den aktuellen Entwicklungen in der internationalen Diskussion um „Corporate Social Responsibility“ angepasst und wird stets auf dem aktuellen Stand gehalten und basieren auf international akzeptierten und anspruchsvollen Umwelt- und Sozialstandards gemäß der Weltbankgruppe, insbesondere die IFC Performance Standards, EHS Guidelines und Safeguard Policies orientiert, sowie die Equator Principles. Zur Vermeidung oder Minderung negativer sozialer Folgen sind die „safeguard policies“ der Weltbank unser Maßstab. Die Nachhaltigkeitsrichtlinie der KfW IPEX-Bank ist hier abrufbar: <https://www.kfw-ipex-bank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-IPEX-Bank/Unternehmen/Gesellschaftliche-Verantwortung/Umwelt-und-Sozialverträglichkeit/>.

Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]

## Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 6. Juni 2019 und bitte eingangs im Hinblick auf die von Ihnen gewünschte Prüfung der zur Verfügung gestellten Unternehmensdaten um Verständnis, dass die Helaba zu kundenbezogenen Informationen - auch mit Blick auf die Wahrung des Bankgeheimnisses - grundsätzlich keine Auskünfte erteilen kann.

Um negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft sowie Reputationsrisiken für die Helaba zu minimieren, hat die Helaba für den Konzern geltende Nachhaltigkeitsleitsätze formuliert. Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung. Diese Leitsätze sind auf der Homepage der Helaba öffentlich zugänglich.

Des Weiteren hat sich die Helaba zu den zehn Prinzipien des UN Global Compact bekannt. Sie erkennt damit internationale Standards für Umweltschutz, Menschen und Arbeitnehmerrechte sowie die Bekämpfung

von Korruption an. Für die Helaba gelten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) national und international als übergreifende Prinzipien für alle Geschäftsaktivitäten.

Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umwelt- und sozialen Risiken und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein. Im Kreditgeschäft hat die Helaba konzernweit verbindliche Nachhaltigkeitskriterien definiert, die in den Risikostrategien verankert und auf der Homepage der Helaba öffentlich zugänglich sind. Sie berücksichtigen die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die Wahrung von Kulturgütern und den Schutz der Umwelt.

Damit wird eine wissentliche Finanzierung von Vorhaben, die schwere Umweltschäden hervorrufen oder gegen internationale Sozialstandards verstoßen, ausgeschlossen.

Die für das Management von Vermögen institutioneller Investoren im Helaba Konzern verantwortliche Helaba Invest hat 2018 die internationalen Grundsätze für verantwortungsbewusstes Investment (Principles for Responsible Investment, UN PRI) unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung der UN PRI untermauert die Helaba Invest ihre Nachhaltigkeitsstrategie, umweltbezogene, soziale und unternehmenskulturelle Faktoren (Environment, Social, Governance: ESG-Kriterien) explizit in Investmentprozesse und Produkte einzubeziehen.

Die Einhaltung dieser Normen erfolgt unter Einbeziehung eines der führenden Datenanbieter und unter Berücksichtigung von Maßgeblichkeitsaspekten. In etlichen Mandaten führen sehr schwerwiegende Verstöße gegen solche Normen zu einem Ausschluss dieser Unternehmen aus dem investierbaren Anlageuniversum.

Wir dürfen Sie bitten, die dargestellten Aspekte im Kontext ihrer beabsichtigten Veröffentlichung zu Geschäftstätigkeiten in besetzten und annektierten Gebieten zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]

## Landesbank Baden-Württemberg

Sehr geehrte Frau [REDACTED],  
Die LBBW legt Wert darauf, dass Unternehmen, in die sie investiert oder die sie finanziert, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht keine Ansiedlungen in besetzten Gebieten durchführen oder unterstützen. (Nachhaltigkeitsregelungen der LBBW, S. 9)  
Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]

## Norddeutsche Landesbank – Girozentrale

Sehr geehrte Frau [REDACTED],  
die NORD/LB hält sich an sämtliche bestehende und für sie gültigen und anwendbaren internationalen und nationalen Gesetze und sonstige Vorschriften. Hierzu gehört auch, dass wir keinerlei Aussagen über bestehende oder nichtbestehende Geschäfts- oder Kundenbeziehungen zu einzelnen Unternehmen kommentieren.

Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]

## Triodos Investment Management

Sehr geehrter [REDACTED],  
wir begrüßen Ihre Anfrage zu dem Thema und freuen uns, dass Sie über Ihre Auswertungen für diese Themen auch auf Seiten der Investoren für die möglichen Auswirkungen ihrer Aktivitäten sensibilisieren. Gerne geben wir eine aktuelle Einschätzung unserer Kollegen von Triodos Investment Management zu den Investments in die Unternehmen First Solar und Siemens Gamesa, die Sie in Ihrer Studie aufgeführt haben.

Triodos Investment Management berücksichtigt umfangreiche Themenfelder in ihren Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen für den Investmentansatz der Investmentfonds. Nicht nur bei der Auswahl von potentiellen Investments sondern auch während der laufenden Investments in Unternehmen werden in einem Engagementprozess allgemeine Nachhaltigkeitsthemen sowie konkrete aktuelle und auch kontroverse Fragestellungen angesprochen. Im Falle von kontroversen Vorwürfen stellen sie Unternehmen unter Beobachtung und sollten sich die Vorwürfe erhärten und die Unternehmen keine ausreichenden Schritte zur Beseitigung unternehmen, werden diese von Investments ausgeschlossen und bestehende Positionen verkauft.

Mit beiden von Ihnen aufgeführten Unternehmen sind unsere Kollegen von Triodos Investment Management bereits seit längerem in Gesprächen. Im Fall von Siemens Gamesa warten auch sie auf die Ergebnisse der Überprüfung des dortigen Engagements durch Siemens Gamesa und wie das Unternehmen vor Ort die Rechte der einheimischen Bevölkerung sicherstellen möchte. Abhängig von den Ergebnissen behalten sie sich dann weitere Schritte vor.

Mit First Solar besteht ebenfalls ein Austausch, in dem auch über bestehende Richtlinien gesprochen wird und für Themen sensibilisiert wird. Anders als bei der Überwachung der eigenen Lieferketten ist es für Unternehmen aber oftmals sehr schwierig nachzuvollziehen oder gar zu kontrollieren, wo ihre Produkte später zum Einsatz kommen. Auch in diesem Fall sahen die Kollegen keinen Verstoß des Unternehmens First Solar gegen unsere Mindeststandards oder Ausschlusskriterien, der einen Ausschluss aus den Fonds zur Folge hätte.

Noch ein abschließender Hinweis: Bitte stellen Sie in Ihrer Studie sicher, dass Triodos Investment Management und nicht die Triodos Bank benannt werden, da die Triodos Bank weder Aktien der genannten Unternehmen hält noch Kredite an sie vergeben hat.

Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]

## Stadtparkasse Düsseldorf

Sehr geehrte Frau [REDACTED],  
wir haben Ihr Schreiben vom 06.06.2019 zur Kenntnis genommen und uns mit der von Ihnen angesprochenen Thematik kritisch auseinandergesetzt.

Seit Gründung der Stadtparkasse Düsseldorf orientiert sich die Geschäftspolitik des Unternehmens an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen in der Region. Kontinuität, Beständigkeit sowie die regionale Verantwortung waren in der Vergangenheit und sind in der Zukunft mehr denn je prägende Elemente der Unternehmensführung. Aus diesem Leitmotiv heraus sind wir seit jeher darauf bedacht, ressourcenschonend und substanzerhaltend zu wirtschaften. Im Interesse der eigenen Kundschaft, der Mitarbeitenden und der gesamten Region bedarf es aber kontinuierlich einer zukunftsorientierten, an den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen orientierten Weiterentwicklung.

Die fair finance zugrunde liegenden Daten in der genannten Studie sind richtig. Die Stadtparkasse Düsseldorf ist mit ausgewählten Publikumsfonds, die sie emittiert, beteiligt. Wir arbeiten daran, unser Anlageangebot und die Anlageberatung auf die wachsenden Ansprüche unserer Kunden im Hinblick auf gewünschte Nachhaltigkeitsaspekte weiter zu entwickeln. Unsere Kunden und deren Anforderungen stehen hier im Mittelpunkt.

Mit der Verabschiedung dieser Ausschlusskriterien im Jahr 2018 hat die Stadtparkasse Düsseldorf ein klares Statement gesetzt für eine nachhaltige Geschäftspolitik, die einen wertvollen Beitrag leistet für nachfolgende Generationen und die damit einhergehenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Wertvorstellungen. Es wurden Geschäftsfelder definiert, zu denen wir keine neuen Geschäftsbeziehungen eingehen werden: Es handelt sich hierbei um Unternehmen, die kontroverse Waffen herstellen oder vertreiben, Kinderarbeit zulassen oder die sozialen Mindeststandards bzw. Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verletzen, durch eklatante Bestechungs- und Korruptionsfälle auffallen und keine erkennbaren Anstrengungen unternehmen, um künftige Wiederholungen zu verhindern, Projekte mit signifikanter Umweltgefährdung oder -verschmutzung eingehen (z.B. Uranabbau), Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder sonstigen strafbaren Handlungen nachgehen oder unterstützen, sektenähnlichen Bewegungen mit vorwiegend wirtschaftlichem Hintergrund oder unseriösen Geschäftszwecken nachgehen. Darüber hinaus begleiten wir keine Projektfinanzierungen im Zusammenhang mit der Errichtung neuer Kohle- oder Atomkraftwerke.

Wir sind froh, dass wir mit fair finance einen konstruktiven Austausch pflegen und so die umfangreichen Aspekte der globalen Nachhaltigkeitsbemühungen in die strategischen Entscheidungen unserer Geschäftspolitik sowie unserer Kunden mit einbeziehen können.

## Union Asset Management Holding AG

Sehr geehrte Frau [REDACTED],

eine Überprüfung der von Ihnen gewünschten Bestände ist uns in der Kürze der Zeit aufgrund von Ressourcenengpässen leider nicht möglich. Die Rechenschaftsberichte unserer Fonds sind ja öffentlich zugänglich.

Zu Ihrer Frage bezüglich Richtlinien und Ausschlusskriterien in unserem Hause antworte ich Ihnen wie folgt:

Der Ansatz von Union Investment für verantwortliches Investieren orientiert sich an führenden nationalen und internationalen Standards, die wir über die gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen hinaus berücksichtigen. Das Werteverständnis und unsere Prinzipien für unser Engagement als aktiver Aktionär basieren auf den BVI-Wohlverhaltensregeln, dem Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den international anerkannten Normen wie den Principles for Responsible Investment, dem UN Global Compact und den Zielen der Vereinten Nationen. Auf Basis dieser Prinzipien setzen wir verantwortliches Investieren in einer Vielzahl von Verfahren um. Wesentlich sind hier vor allem Ausschlusskriterien und die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskennziffern, sog. ESG-Scorings. Im Rahmen unseres Engagement-Prozesses sprechen wir zudem regelmäßig das Thema Menschenrechte an.

Mit Unternehmen, in die wir investiert sind und bei denen es zu Herausforderungen bezüglich der ESG-Kriterien kommt, führen wir einen intensiven Dialog, um gemeinsam Wege zu entwickeln, diesen Herausforderungen zu begegnen. Gelingt dies nicht, findet in letzter Konsequenz ein Disinvestment statt.

Mit freundlichen Grüßen  
[REDACTED]

## UniCredit Bank AG und UniCredit Group

Guten Morgen Frau [REDACTED],  
zwischenzeitlich hatte ich die Gelegenheit mit dem Fachbereich Group Sustainability Ihre Anfrage zu klären. Wie bereits erwähnt dürfen wir aufgrund des Bankgeheimnisses etwaige Kundenbeziehungen nicht kommentieren, möchten aber die Gelegenheit nutzen um Ihre Aufmerksamkeit auf öffentlich verfügbare Quellen zu lenken. Wir bitten Sie, diese Informationen in Ihrer Studie mit zu berücksichtigen, damit der interessierte Leser die Chance hat, sich ein ganzheitliches Bild von unserer Nachhaltigkeitsperformance machen kann.

- Website der UniCredit und HypoVereinsbank,
- Integrated Report 2018,
- Positionstatements der UniCredit zu kritischen Industrien,
- Human Rights Commitment,
- Modern Slavery Act,
- Code of Conduct.

Ich bedanke mich für Ihr Verständnis und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Ihr  
[REDACTED]

- 1 Asseburg, Muriel / Busse, Jan (2016): „Der Nahostkonflikt: Geschichte, Positionen, Perspektiven.“ München: C.H.Beck Verlag.
- Vieweger, Dieter (2010): „Streit um das Heilige Land: Was jeder vom israelisch-palästinensischen Konflikt wissen sollte.“ [6. Auflage]. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- 2 VN-Sicherheitsrat (2016): „Resolution 2334 (2016) verabschiedet auf der 7853. Sitzung des Sicherheitsrates am 23. Dezember 2016.“ S/RES/2334. [https://www.un.org/depts/german/sr/sr\\_16/sr2334.pdf](https://www.un.org/depts/german/sr/sr_16/sr2334.pdf) [14.06.2019]
- 3 Amnesty (2017): Staaten müssen den Import von Siedlungsprodukten stoppen. <https://www.amnesty.ch/de/laender/nahe-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2017/staaten-muessen-den-import-von-siedlungsprodukten-verbieten> [06.06.2019]
- 4 UNHCR (2018): Sahrawi Refugees in Tindouf, Algeria: Total In-Camp Population. S.5. [http://www.usc.es/export/sites/webinstitucional/g/institutos/ceso/descargas/UNHCR\\_Tindouf-Total-In-Camp-Population\\_March-2018.pdf](http://www.usc.es/export/sites/webinstitucional/g/institutos/ceso/descargas/UNHCR_Tindouf-Total-In-Camp-Population_March-2018.pdf) [06.06.2019]
- Bundesministerium der Verteidigung (2018): Westsahara – der vergessenen Konflikt. <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/engagement-in-afrika/einsaetze-in-afrika/westsahara/westsahara-der-vergessene-konflikt-13026> [06.06.2019]
- Medico International o.J.: Die letzte Kolonie. <https://www.medico.de/die-letzte-kolonie-16107/> [06.06.2019]
- 5 Bundeszentrale für politische Bildung (2019): Vor fünf Jahren: Russlands Annexion der Krim. <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/287565/krim-annexion> [06.06.2019]
- 6 OHCHR (2018): Situations of human rights in the temporarily occupied Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol (Ukraine). S.8-10. [https://www.ohchr.org/Documents/Countries-UA/Crimea2014\\_2017\\_EN.pdf](https://www.ohchr.org/Documents/Countries-UA/Crimea2014_2017_EN.pdf) [06.06.2019]
- OSCE (2015): ODIHR and HCNM report identifies widespread human rights violations, discrimination and legal irregularities in Crimea. <https://www.osce.org/odihr/182526> [06.06.2019]
- Amnesty (2019): Menschenrechtslage auf der Krim. <https://www.amnesty-krim.de/2019/02/menschenrechte/> [06.06.2019]
- Institut für Europäische Politik (2017): Aufgezwungene Staatsangehörigkeit als neue Menschenrechtsverletzungen und als Mittel aggressiver Expansionen der Russischen Föderation im Kontext der besetzung der Krim. <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/03/PP0317-Zayets-Aufgezwungene-v02.pdf> [06.06.2019]
- 7 The World Bank (2016): Income Stagnation and Worsening Living Standards Continue For Palestinian Families. <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2016/09/15/income-stagnation-and-worsening-living-standards-continue-for-palestinian-families> [06.06.2019]
- The World Bank (2018): Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee. <http://documents.worldbank.org/curated/en/413851537281565349/pdf/129986-REVISED-World-Bank-Sept-2018-AHLC-Report-final.pdf> [06.06.2019]
- Dachverband Kritische Aktionäre (2019): Rede von Khadja Bedati. <https://www.kritischeaktionaeere.de/siemens/rede-von-khadja-bedati-3/> [06.06.2019]
- 8 Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten EDA (o.J.): ABC des Humanitären Völkerrechts. S.6. [https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/Glossar-zu-Aussenpolitik/ABC-Humanitaeren-Voelkerrechts\\_de.pdf](https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/Glossar-zu-Aussenpolitik/ABC-Humanitaeren-Voelkerrechts_de.pdf) [06.06.2019]
- 9 Schaefer, Juan Pedro (2012): The Levy Report vs. International Law. In: Haaretz. 4. November 2012. <https://www.haaretz.com/opinion/juan-pedro-schaefer-the-occupation-exists-1.5196129> [06.06.2019].
- 10 Auswärtiges Amt (2018): Palästinensische Gebiete: Wirtschaft. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/laender/palaestinisches-gebiete-node/-/204434> [06.06.2019]
- 11 Kontorovich, E. (2014): Economic Dealings with Occupied Territories. S. 617. [http://jtl.columbia.edu/Kontorovich-Article\\_53-CJTL\\_584.pdf](http://jtl.columbia.edu/Kontorovich-Article_53-CJTL_584.pdf) [27.06.2019]
- 12 EIRIS Foundation: <http://www.businessinoccupiedlands.org/search/> Western Sahara Resource Watch: <https://wsrw.org/> Who Profits Research Center: <https://whoprofits.org/>
- 13 Dort wo möglich wurden die Angaben in Bezug auf UniCredit der deutschen Tochtergesellschaft UniCredit Bank AG separat zugewiesen. Ansonsten beziehen sich die Angaben auf die UniCredit Group, UniCredit bzw. UniCredit SpA
- 14 International Committee of the Red Cross (o.J.): Convention (IV) relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War. Geneva, 12 August 1949. <https://ihl-databases.icrc.org/ihl/COM/380-600054?OpenDocument>
- 15 Staatslexikon (o.J.): Annexion <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Annexion> [06.06.2019]
- Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs (1945). Art. 2, Abs. 4. <https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf> [06.06.2019]
- 16 Europäisches Parlament (2015): Occupation/annexation of a territory: Respect for international humanitarian law and human rights and consistent EU policy. S.14. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/534995/EXPO\\_STU\(2015\)534995\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/534995/EXPO_STU(2015)534995_EN.pdf) [06.06.2019]
- 17 ICRC (2006) Business and International Humanitarian Law, S. 14
- 18 Amnesty (2019): Corporate Responsibility to Uphold the Rules of International Humanitarian Law. <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2019/01/chapter-7-corporate-responsibility/> [06.06.2019]
- 19 UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (2011), Leitprinzip 13(a)
- 20 UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (2011), Leitprinzip 7, Kommentar zur Leitprinzip 23
- 21 Vgl. United Nations Human Rights Office of the High Commissioner (2018): „Report of the Secretary-General: Israeli practices affecting the human rights of the Palestinian people in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem.“ A/71/364. [https://www.ohchr.org/Documents/AboutUs/NYGA73/A\\_73\\_45717.docx](https://www.ohchr.org/Documents/AboutUs/NYGA73/A_73_45717.docx) [14.06.2019]
- Human Rights Watch (2017): „Morocco / Western Sahara: Events of 2018.“ <https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/morocco-western-sahara> [14.06.2019]
- United Nations Human Rights Office of the High Commissioner (2017): „Situation of human rights in the temporarily occupied Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol (Ukraine).“ [https://www.ohchr.org/Documents/Countries-UA/Crimea2014\\_2017\\_EN.pdf](https://www.ohchr.org/Documents/Countries-UA/Crimea2014_2017_EN.pdf) [14.06.2019]
- 22 Europäisches Kommission (2011): „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozial-
- ausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine neue EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR).“ KOM(2011) 681. S.17. <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2011/DE/1-2011-681-DE-F1-1.Pdf> [14.06.2019]
- 23 <https://globalnaps.org/issue/conflict-affected-areas/> [29.05.2019]
- 24 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/themen/aussewirtschaft/wirtschaft-und-menschenrechte/monitoring-np/2124010>
- 25 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grosse-koalition-kanzleramt-will-menschenrechtsbericht-weichspuelen-a-1260737.html>
- 26 Jabarin, S. (2013): The Occupied Palestinian Territory and international humanitarian law: a response to Peter Maurer. International Review of the Red Cross 95 (980). S.415-428.
- 27 Diakonia (2014): The Gaza Strip: Status under international humanitarian law. <https://www.diakonia.se/globalassets/blocks-ihl-site/ihl-file-list/ihl--briefs/status-of-the-gaza-strip-final.30.9.2014.pdf> [06.06.2019]
- B'Tselem (2016): One quarter of Gazan requests for cancer treatment in Israel or the West Bank denied or ignored (WHO figures). [https://www.btselem.org/gaza\\_strip/20161211\\_gaza\\_patients](https://www.btselem.org/gaza_strip/20161211_gaza_patients) [06.06.2019]
- B'Tselem (2017): The occupation in its 51st year. [https://www.btselem.org/sites/default/files/publications/51st\\_year\\_of\\_occupation\\_eng.pdf](https://www.btselem.org/sites/default/files/publications/51st_year_of_occupation_eng.pdf) [06.06.2019]
- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundesrates (2017): Die Siedlungs- und Wohnungsbau-politik der israelischen Regierungen seit 1967 in den besetzten Gebieten des Westjordanlandes und Ostjerusalem: Fakten und völkerrechtliche Einschätzung. (WD 2 – 3000 – 026/17) <https://www.bundestag.de/resource/blob/515092/aeb99cfc8cadd52da68d65b50a725dec/wd-2-026-17-pdf-data.pdf> [06.06.2019]
- 28 Human Rights Watch (2012): Forget about him, he's not here: Israel's control of Palestinian Residency in the West Bank and Gaza. <https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/iropt-0212webcover.pdf> [06.06.2019]
- 29 Rosa-Luxemburg-Stiftung (2017): Fakten über den Gaza-Streifen. <http://www.rosalux.org/il/fakten-uber-den-gazastreifen/> [06.06.2019]
- 30 Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs (1945). Art. 2, Abs.4. <https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf> [11.06.2019]
- 31 Kneset (1980): Basic Law: Jerusalem, Capital of Israel. [https://www.kneset.gov.il/laws/special/eng/basic10\\_eng.htm](https://www.kneset.gov.il/laws/special/eng/basic10_eng.htm) [06.06.2019]
- UN Security Council (1980): Resolution 478 (1980) of 20 August 1980. (S/RES/478) <https://unispal.un.org/DPA/DPR/unispal.nsf/0/DDE590C6FF232007852560DF0065FDD8> [11.06.2019]
- 32 Haager Landkriegsordnung (1899): Internationale Übereinkunft betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs. <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/18990009/index.html> [11.06.2019]
- 33 I. Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (1949) <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19490188/index.html> [11.06.2019]
- 34 Paech, N./Seifer, K. (2010): Israel und Palästina – die aktuelle Lage aus völkerrechtlicher Perspektive. In: Deeg, S. / Dierkes, H. (Hg.) Bedingungenlos für Israel? Positionen und Aktionen jenseits deutscher Befindlichkeiten. Köln: Neuer ISP Verlag GmbH. S.129-144.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2017): Fakten über den Gaza-Streifen <http://www.rosalux.org/il/fakten-uber-den-gazastreifen/> [06.06.2019]
- B'Tselem (2017): The Occupation in its 51st year. [https://www.btselem.org/sites/default/files/publications/51st\\_year\\_of\\_occupation\\_eng.pdf](https://www.btselem.org/sites/default/files/publications/51st_year_of_occupation_eng.pdf) [06.06.2019]
- UN Security Council (2016): Resolution 2334 (2016). (S/RES/2334) <https://www.un.org/webcast/pdfs/SRES2334-2016.pdf> [06.06.2019]
- Amnesty International (2017): Israel und Besetzte Palästinensische Gebiete 2017/18. <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/israel-und-besetzte-gebiete#section-3517696> [06.06.2019]
- Human Rights Council (2017): Human rights situation in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem. Report of the Secretary-General. (A/HRC/34/38) <https://undocs.org/A/HRC/34/38> [11.06.2019]
- 35 Paech, N. (2009): Gaza und das Völkerrecht. WeltTrends – Zeitschrift für Internationale Politik 65: S.77-87. [https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/2760/file/Paech\\_WT65.pdf](https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/2760/file/Paech_WT65.pdf) [06.06.2019]
- Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte. <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19770112/index.html> [11.06.2019]
- 36 UN General Assembly (1948): 194 (III). Palestine – Progress Report of the United Nations Mediator. (A/RES/194 (III)) <https://unispal.un.org/DPA/DPR/unispal.nsf/0/C758572B78D1CD0085256BCF-0077E51A> [06.06.2019]
- 37 Kadri, Hanan (2008): Zwischen Annexionsverbot und Rückkehrrecht. Der Schleppler Nr. 45. Kiel: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. [https://www.frsch.de/fileadmin/schleppler/schl\\_45/s45\\_36-39.pdf](https://www.frsch.de/fileadmin/schleppler/schl_45/s45_36-39.pdf) [06.06.2019]
- 38 UNRWA (o.J.): Palestine Refugees. <https://www.unrwa.org/palestine-refugees> [06.06.2019]
- 39 Amnesty (2009): Der Konflikt in Gaza. [https://www.amnesty.de/sites/default/files/downloads/Amnesty\\_Hintergrundpapier\\_Gaza-Konflikt.pdf](https://www.amnesty.de/sites/default/files/downloads/Amnesty_Hintergrundpapier_Gaza-Konflikt.pdf) [06.06.2019]
- 40 B'Tselem (2019): Settlements. <https://www.btselem.org/settlements> [06.06.2019]
- 41 UN General Assembly (2017): Human Rights Council. Human rights situation in Palestine and other occupied Arab territories. S.4. (A/HRC/34/39) <https://undocs.org/A/HRC/34/39> [11.06.2019]
- 42 Ebd. <https://www.medico.de/was-sind-die-c-gebiete-14319/>
- 43 Facing Finance (2015): Westbank Business. S. 34. (Unveröffentlichtes Hintergrundpapier)
- 44 Moscovici, B. (2017): Was man über die israelischen Siedlungen wissen sollte. In: Süddeutsche Zeitung online. <https://www.sueddeutsche.de/politik/siedlungsbau-was-man-ueber-die-israelischen-siedlungen-wissen-sollte-1.3379622-2> [06.06.2019]
- B'Tselem (2002): Land Grab: Israel's Settlement Policy in the West Bank. [https://www.btselem.org/download/200205\\_land\\_grab\\_eng.pdf](https://www.btselem.org/download/200205_land_grab_eng.pdf) [06.06.2019]
- 45 Who Profits (2010): Report: Financing the Israeli Occupation. S.4. S.10-11 <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/WhoProfits-IsraeliBanks2010.pdf> [06.06.2019]
- 46 Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- Who Profits (2017): Financing Land Grab. The Direct Involvement of Israeli Banks in the Israeli Settlement Enterprise. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing\\_land\\_grab\\_web.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing_land_grab_web.pdf) [11.06.2019]
- 47 Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- Who Profits (2017): Financing Land Grab. The Direct Involvement of Israeli Banks in the Israeli Settlement Enterprise. <https://whoprofits.org/>

- wp-content/uploads/2018/06/old/financing\_land\_grab\_web.pdf [11.06.2019]
- Who Profits (2010): Report: Financing the Israeli Occupation. S.4. S.10-11 <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/WhoProfits-IsraeliBanks2010.pdf> [06.06.2019]
- 48 Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. S.30. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- Who Profits (2010): Report: Financing the Israeli Occupation. S. 17, S.4. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/WhoProfits-IsraeliBanks2010.pdf> [11.06.2019]
- 49 Facing Finance (2015) Westbank Business. (Unveröffentlichtes Hintergrundpapier)
- Who Profits (2010): Report: Financing the Israeli Occupation. <https://www.whoprofits.org/content/financing-israeli-occupation> [11.06.2019]
- 50 <https://content.bhibank.com/bhi-main-web-content/wp-content-bhi/uploads/englishannual16.pdf>
- 51 Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. S.13. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- Who Profits (2017): Financing Land Grab. The Direct Involvement of Israeli Banks in the Israeli Settlement Enterprise. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing\\_land\\_grab\\_web.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing_land_grab_web.pdf) [11.06.2019]
- 52 Ebd. S. 79-80
- Who Profits (o.J.): Hapoalim Bank. <https://whoprofits.org/company/hapoalim-bank> [11.06.2019]
- 53 Who Profits (2017): Financing Land Grab. The Direct Involvement of Israeli Banks in the Israeli Settlement Enterprise. S.84. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing\\_land\\_grab\\_web.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing_land_grab_web.pdf) [11.06.2019]
- Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. S.29. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- 54 Bank Leumi of Israel Ltd. and its Investee Companies (2017): Annual Report. [https://english.leumi.co.il/static-files/10/LeumiEnglish/Financial\\_Statements/10001174e.pdf](https://english.leumi.co.il/static-files/10/LeumiEnglish/Financial_Statements/10001174e.pdf) [11.06.2016]
- Bank Leumi of Israel Ltd. (o.J.): Bank Branches & Service Search. <https://english.leumi.co.il/LECurrency/25047/>
- 55 Who Profits (2017): Financing Land Grab. The Direct Involvement of Israeli Banks in the Israeli Settlement Enterprise. S. 23-24. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing\\_land\\_grab\\_web.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing_land_grab_web.pdf) [11.06.2019]
- Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. S.13. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- 56 Ebd.
- Profundo (2017): French and UK financial institutions financing companies profiting from the Israeli occupation of Palestinian territories. A research paper prepared for Fair Finance France. S. 50. <https://www.fairfinancefrance.org/media/373618/links-between-french-banks-and-companies-profiting-from-the-occupation-of-160628.pdf> [16.06.2019]
- 57 Mizrahi Tefahot (2000-2019): About us. <https://www.mizrahi-tefahot.co.il/en/bank/about-us/pages/default.aspx> [11.06.2019].
- 58 Ebd.
- 59 Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. S.28. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- 60 Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- Who Profits (2017): Financing Land Grab. The Direct Involvement of Israeli Banks in the Israeli Settlement Enterprise. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing\\_land\\_grab\\_web.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing_land_grab_web.pdf) [11.06.2019]
- Mizrahi Tefahot (2000-2019): Branch Locator. <https://www.mizrahi-tefahot.co.il/en/bank/pages/branch-locator.aspx> [11.06.2019]
- 61 Human Rights Watch (2018): Bankrolling Abuse. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0518\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0518_web.pdf) [11.06.2019]
- Who Profits (2017): Financing Land Grab. The Direct Involvement of Israeli Banks in the Israeli Settlement Enterprise. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing\\_land\\_grab\\_web.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/financing_land_grab_web.pdf) [11.06.2019]
- 62 PayPal (2019): Rund um die Welt. <https://www.paypal.com/de/webapps/mpp/country-worldwide> [14.06.2019]
- Gostoli, Ylenia (2018): How the internet 'punishes' Palestinians. Aljazeera. <https://www.aljazeera.com/news/2018/02/internet-punishes-palestinians-180201192409783.html> [14.06.2019]
- Fatafta, Marwa (2017): "Internet Freedoms in Palestine. Mapping of Digital Rights Violations and Threats." Tamleh – Arrab Center for Social Media Advancement. [http://tamleh.org/wp-content/uploads/2018/01/Tamleh\\_Internet\\_Freedoms\\_in\\_Palestine.pdf](http://tamleh.org/wp-content/uploads/2018/01/Tamleh_Internet_Freedoms_in_Palestine.pdf) [14.06.2019]
- Sullivan, Ben (2016): Palestinians Say They Need PayPal, But PayPal Isn't Interested. Vice. [https://motherboard.vice.com/en\\_us/article/4xaq89/palestinians-say-they-need-paypal-but-paypal-isnt-interested](https://motherboard.vice.com/en_us/article/4xaq89/palestinians-say-they-need-paypal-but-paypal-isnt-interested) [14.06.2019]
- 63 UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2017): Gaza Strip electricity supply. <https://www.ochaopt.org/page/gaza-strip-electricity-supply> [11.06.2019]
- 64 Who Profits (2017): Greenwashing the Occupation. The solar Energy Industry and the Israeli Occupation. S. 56. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/greenwashing-online.pdf> [11.06.2019]
- 65 Al-Haq (2015): Exploiting and Preventing the Development of Oil and Gas in the Occupied Palestinian Territories. S. 12. [http://www.alhaq.org/publications/Annexing\\_Energy.pdf](http://www.alhaq.org/publications/Annexing_Energy.pdf) [11.06.2019]
- Israel Electric (2018): Investor Relations. <https://www.iec.co.il/en/ir/pages/default.aspx> [11.06.2019]
- Who Profits (2017): Greenwashing the Occupation. The solar Energy Industry and the Israeli Occupation. S. 57. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/greenwashing-online.pdf> [11.06.2019]
- 66 Who Profits (2017): Greenwashing the Occupation. The solar Energy Industry and the Israeli Occupation. S. 56. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/greenwashing-online.pdf> [11.06.2019]
- 67 McKernan, B. (2017): Israel seizes solar panels donated to Palestinians by Dutch government. <https://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/israel-solar-panels-palestinians-seize-dutch-government-donate-jubbet-al-dhib-area-c-a7820711.html> [11.06.2019]
- 68 Al-Haq (2015): Annexing Energy. [http://www.alhaq.org/publications/Annexing\\_Energy.pdf](http://www.alhaq.org/publications/Annexing_Energy.pdf) [11.06.2019]
- + SOMO (2017): Annual Report. S.9f. <https://www.somo.nl/somo-annual-report-2017/> [11.06.2019]
- 69 Heinrich, M. (2018): Israel to shift West Bank power supply to Palestinian Authority in \$775 million deal. <https://www.reuters.com/article/us-israeli-palestinians-electricity/israel-to-shift-west-bank-power-supply-to-palestinian-authority-in-775-million-deal-idUSKBN123QP> [11.06.2019]
- 70 The World Bank Group (2018): Project Paper (Report No: PAD3110). S. 6. <http://documents.worldbank.org/curated/en/785461547953251981/pdf/project-paper-P167914-Final-SEC-PO-12182018-63683520356655191.pdf> [11.06.2019]
- 71 The World Bank Group (2017): Securing Energy for Development in the West Bank and Gaza. S.35. <http://documents.worldbank.org/curated/en/351061505722970487/pdf/119769-WP-P157348-v1-Securing-Energy-PUBLIC-ACS.pdf> [11.06.2019]
- 72 The World Bank Group (2016): West Bank & Gaza Energy Efficiency Action Plan 2020-2030. Final report. <http://documents.worldbank.org/curated/en/851371475046203328/pdf/ACS19044-REPLACEMENT-PUBLIC-FINAL-REPORT-P147961-WBGaza-Energy-Efficiency-Action-Plan.pdf> [11.06.2019]
- 73 Austrian Development Agency (2019): Palästina. Länderinformation. S.2. [https://www.entwicklung.at/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Laenderinformationen/LI\\_Palaestina\\_Jan2019.pdf](https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Laenderinformationen/LI_Palaestina_Jan2019.pdf) [11.06.2019]
- 74 Who Profits (2017): Greenwashing the Occupation. The solar Energy Industry and the Israeli Occupation. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/greenwashing-online.pdf> [11.06.2019]
- 75 Blau, U. (2015): Solar Energy Access Drives New Wedge Into Israeli-Palestinian Conflict. <http://www.takepart.com/feature/2015/11/06/israel-solar-energy> [11.06.2019]
- 76 Who Profits (2017): Greenwashing the Occupation. The solar Energy Industry and the Israeli Occupation. S.45. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/greenwashing-online.pdf> [11.06.2019]
- 77 SMA Solar Technology AG: Über SMA. <https://www.sma.de/unternehmen/ueber-sma.html> [11.06.2019]
- 78 Who Profits (2017): SMA Solar Technology. <https://whoprofits.org/company/sma-solar-technology/> [11.06.2019]
- Who Profits (2017): Israeli Solar Fields in the West Bank. <https://whoprofits.org/infographics/israeli-solar-fields-in-the-west-bank/> [11.06.2019]
- 79 Business & Human Rights Resource Center (2018): SMA Solar Technology. Re: Human rights concerns regarding SMA Solar Technology's involvement in Israeli solar fields. [https://www.business-humanrights.org/sites/default/files/documents/SMA%20Solar%20Technology\\_Response.pdf](https://www.business-humanrights.org/sites/default/files/documents/SMA%20Solar%20Technology_Response.pdf) [11.06.2019]
- 80 SMA Solar Technology AG (2012): Werte und Prinzipien. <https://www.sma.de/unternehmen/unternehmenspolitik.html#263787> [11.06.2019]
- 81 First Solar (2017): Sustainability Report. S.14. [http://www.firstsolar.com/-/media/First-Solar/Sustainability-Documents/FirstSolar\\_SustainabilityReport.ashx](http://www.firstsolar.com/-/media/First-Solar/Sustainability-Documents/FirstSolar_SustainabilityReport.ashx) [11.06.2019]
- 82 Who Profits (2017): Greenwashing the Occupation. The solar Energy Industry and the Israeli Occupation. S.20-23. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/greenwashing-online.pdf> [11.06.2019]
- 83 First Solar (n.J.): First Solar Labor and Human Rights Policy. <http://www.firstsolar.com/-/media/First-Solar/Sustainability-Documents/Sustainability-Policies/First-Solar-Labor-and-Human-Rights-Policy.ashx> [11.06.2019]
- First Solar (2018): Sustainability Report. S.31f. [http://www.firstsolar.com/en-EMEA/-/media/First-Solar/Sustainability-Documents/First-Solar\\_SustainabilityReport\\_Web\\_2018.ashx](http://www.firstsolar.com/en-EMEA/-/media/First-Solar/Sustainability-Documents/First-Solar_SustainabilityReport_Web_2018.ashx) [11.06.2019]
- 84 UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory (2017): West Bank Access Restrictions. [https://www.ochaopt.org/sites/default/files/westbank\\_2017\\_draft\\_6\\_march\\_2017.pdf](https://www.ochaopt.org/sites/default/files/westbank_2017_draft_6_march_2017.pdf) [11.06.2019]
- UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory (2018): West Bank Access Restrictions. [https://www.ochaopt.org/sites/default/files/wb\\_closure\\_2\\_0.pdf](https://www.ochaopt.org/sites/default/files/wb_closure_2_0.pdf) [11.06.2019]
- 85 UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory (2018): Humanitarian Bulletin: occupied Palestinian territory. [https://www.ochaopt.org/sites/default/files/hummonitor\\_september\\_2018.pdf](https://www.ochaopt.org/sites/default/files/hummonitor_september_2018.pdf) [10.07.2019]
- 86 UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory (2017): Fragmented Lives. Humanitarian Overview 2016. [https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/fragmented\\_lives\\_2016\\_english.pdf](https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/fragmented_lives_2016_english.pdf) [11.06.2019]
- 87 Who Profits (2016): House Demolition in the Syrian Golan. <https://whoprofits.org/updates/house-demolition-in-the-syrian-golan-hyundai-heavy-industries/> [11.06.2019]
- The Israel Committee Against House Demolitions (n.J.) <https://icahd.org/> [11.06.2019]
- 88 Association of International Development Agencies (2017): 50 years of Occupation: Dispossession, Deprivation and De-development. S15. [https://ps.boell.org/sites/default/files/uploads/2018/02/2017\\_11\\_02\\_50\\_years\\_of\\_occupation\\_finalversion\\_forprint.pdf](https://ps.boell.org/sites/default/files/uploads/2018/02/2017_11_02_50_years_of_occupation_finalversion_forprint.pdf) [11.06.2019]
- Sadeh, S. (2012): West Bank Palestinians See an Israeli Roadblock to Economic Independence. <https://www.haaretz.com/1.5207778>
- 89 Heidelberg Cement Group (2019): Finanzdaten. <https://www.heidelbergcement.com/de/finanzdaten> [11.06.2019]
- 90 Heidelberg Cement Group (2018): Factsheet. <https://www.heidelbergcement.com/de/factsheet> [11.06.2019]
- 91 Heidelberg Cement Group (2019): Israel. <https://www.heidelbergcement.com/en/israel> [11.06.2019]
- 92 Human Rights Watch (2016): Occupation Inc. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0116\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0116_web.pdf) [11.06.2019]
- 93 Profundo Research & Advice (2017): French and UK financial institutions financing companies profiting from the Israeli occupation of Palestinian territories. <https://www.fairfinancefrance.org/media/373618/links-between-french-banks-and-companies-profiting-from-the-occupation-of-160628.pdf> [11.06.2019]
- Human Rights Watch (2016): Occupation Inc. [https://www.hrw.org/sites/default/files/report\\_pdf/israel0116\\_web.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/israel0116_web.pdf) [11.06.2019]
- 94 The World Bank (2016): Income Stagnation and Worsening of Living Standards Continue For Palestinian Families. <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2016/09/15/income-stagnation-and-worsening-living-standards-continue-for-palestinian-families> [11.06.2019]
- The World Bank (2018): Economic Monitoring Report tot to the Ad Hoc Liaison Committee. <http://documents.worldbank.org/curated/en/413851537281565349/pdf/129986-REVISED-World-Bank-Sept-2018-AHL-Report-final.pdf> [11.06.2019]
- 95 Who Profits (2016): HeidelbergCement. <https://whoprofits.org/company/heidelbergcement> [11.06.2019]
- 96 Cemex S.A.B. (2018): Company Profile. <https://www.cemex.com/about-us/company-profile> [11.06.2019]
- 97 Readymix Industries (Israel) Ltd. (2018): About the Company. [http://www.readymix.co.il/BuildaGate5/general2/company\\_search\\_tree.php?SiteName=readymix&NewNameMade=75&Referral=tree&ValuePage=Card3](http://www.readymix.co.il/BuildaGate5/general2/company_search_tree.php?SiteName=readymix&NewNameMade=75&Referral=tree&ValuePage=Card3) [11.06.2019]
- Who Profits (2017): Cemex. <https://www.whoprofits.org/company/cemex> [11.06.2019]
- Cemex S.A.B. (2017): Cemex's Corporate Structure. <https://www.cemex.com/documents/20143/160115/corporate-structure.pdf> [11.06.2019]
- Profundo Research & Advice (2017) French and UK financial institutions financing companies profiting from the Israeli occupation of Palestinian territories. S.16. <https://www.fairfinancefrance.org/>

org/media/373618/links-between-french-banks-and-companies-profiting-from-the-occupation-of-160628.pdf [11.06.2019]

98 Ebd.

99 Readymix Industries (Israel) Ltd. (2018): Finding the nearest plant. [http://www.readymix.co.il/BUILDAGate5/general2/company\\_search\\_tree.php?SiteName=readymix&NewNameMade=73&Referral=tree&ValuePage=Card3](http://www.readymix.co.il/BUILDAGate5/general2/company_search_tree.php?SiteName=readymix&NewNameMade=73&Referral=tree&ValuePage=Card3) [11.06.2019]

100 Who Profits (2015): Cemex's New West Bank Policy Drops Mining activity, Continues Production in Settlements. <https://whoprofits.org/updates/cemex-new-west-bank-policy-drops-mining-activity-continues-production-in-settlements/> [15.06.2019]

Business and Human Rights Centre (n.j.). Sammlung von Hintergrundinformationen zu Cemex. <https://www.business-humanrights.org/en/heidelbergcement-cemex-violate-int-law-because-of-mining-in-occupied-palestinian-territory-says-electronic-intifada#c59581> [15.06.2019]

KLP (2019): Responsible ownership. Statements zum Ausschuss und der Wiederaufnahme von Cemex in 2015. <https://www.klp.no/en/corporate-responsibility-and-responsible-investments/responsible-ownership> [15.06.2019]

101 Facing Finance (2015): Westbank Business. S. 22. (Unveröffentlichtes Hintergrundpapier)

Who Profits (2017): Readymix Industries (Israel) Ltd. <https://www.whoprofits.org/company/readymix-industries-israel-ltd-group> [11.06.2019]

102 Business & Human Rights Recourse Centre (2015): Cemex Response. <https://www.business-humanrights.org/node/127560> [11.06.2019]

103 Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and Gaza Strip: Annex III (1995). Art. 12 in Annex III Civil Affairs. <https://www.jewishvirtuallibrary.org/oslo-ii-annex-i-3#app-25> [11.06.2019]

104 Caterpillar (2019): About Caterpillar. <https://www.caterpillar.com/en/company.html> [11.06.2019]

105 Caterpillar (2018): Caterpillar Fact Sheet. <http://s7d2.scene7.com/is/content/Caterpillar/CM20180517-41999-08141> [11.06.2019]

106 Who Profits (2014): Facts on the Ground: Heavy Engineering Machinery and the Israeli Occupation. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/facts\\_on\\_the\\_ground\\_-\\_heavy\\_engineering\\_machinery\\_and\\_the\\_israeli\\_occupation.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/facts_on_the_ground_-_heavy_engineering_machinery_and_the_israeli_occupation.pdf) [11.06.2019]

107 Who Profits (2017): Caterpillar. <https://whoprofits.org/company/caterpillar/> [11.06.2019]

108 Human Rights Watch (2009): I Lost Everything: Israel's Unlawful Destruction of Property during Operation Cast Lead. <https://www.hrw.org/report/2010/05/13/i-lost-everything/israels-unlawful-destruction-property-during-operation-cast-lead> [11.06.2019]

Breaking the Silence (2014): This is How We Fought in Gaza. <https://www.breakingthesilence.org.il/pdf/ProtectiveEdge.pdf> [11.06.2019]

109 Human Rights Watch (2009): I Lost Everything: Israel's Unlawful Destruction of Property during Operation Cast Lead. <https://www.hrw.org/report/2010/05/13/i-lost-everything/israels-unlawful-destruction-property-during-operation-cast-lead> [11.06.2019]

110 Breaking the Silence (2014): This is How We Fought in Gaza. <https://www.breakingthesilence.org.il/pdf/ProtectiveEdge.pdf> [11.06.2019]

111 Who Profits (2018): Roads and Infrastructure Nabi Elyas Bypass Road (Highway 55). <https://whoprofits.org/content/roads-and-infrastructure-nabi-elyas-bypass-road-highway-55> [11.06.2019]

112 Who Profits (2016): Caterpillar Imports of Bulldozers to the Israeli Army is on Hold. <https://whoprofits.org/updates/caterpillar-imports-of-bulldozers-to-the-israeli-army-is-on-hold/> [11.06.2019]

113 Walla (.): <https://news.walla.co.il/item/3040197>

114 Who Profits (2014): Facts on the Ground: Heavy Engineering Machinery and the Israeli Occupation. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/facts\\_on\\_the\\_ground\\_-\\_heavy\\_engineering\\_machinery\\_and\\_the\\_israeli\\_occupation.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/facts_on_the_ground_-_heavy_engineering_machinery_and_the_israeli_occupation.pdf) [11.06.2019]

Facing Finance (2015): Westbank Business. (Unveröffentlichtes Hintergrundpapier)

115 Ebd.

Who Profits (n.J.): Hyundai Heavy Industries. <https://whoprofits.org/company/hyundai-heavy-industries/> [11.06.2019]

116 Who Profits (2016): House Demolition in the Syrian Golan. <https://whoprofits.org/updates/house-demolition-in-the-syrian-golan-hyundai-heavy-industries/> [11.06.2019]

The Israel Committee Against House Demolitions (n.J.) <https://icahd.org/> [11.06.2019]

117 Who Profits (n.J.): Hyundai Heavy Industries. <https://whoprofits.org/company/hyundai-heavy-industries/> [11.06.2019]

118 Ebd.

119 Who Profits (n.J.): CNH Industrial. <https://whoprofits.org/company/cnh-industrial-formerly-cnh-global> [11.06.2019]

Facing Finance (2015): Westbank Business. (Unveröffentlichtes Hintergrundpapier)

Who Profits (2014): Facts on the Ground: Heavy Engineering Machinery and the Israeli Occupation. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/facts\\_on\\_the\\_ground\\_-\\_heavy\\_engineering\\_machinery\\_and\\_the\\_israeli\\_occupation.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/facts_on_the_ground_-_heavy_engineering_machinery_and_the_israeli_occupation.pdf) [11.06.2019]

120 Who Profits (2018): Roads and Infrastructure Nabi Elyas Bypass Road (Highway 55). <https://whoprofits.org/content/roads-and-infrastructure-nabi-elyas-bypass-road-highway-55> [11.06.2019]

Who Profits (n.J.): CNH Industrial. <https://whoprofits.org/company/cnh-industrial-formerly-cnh-global> [11.06.2019]

121 CNH Industrial (2018): Sustainability Report 2017. S.109. [http://www.cnhindustrial.com/en-us/sustainability/corporate\\_sustainability\\_reports/reports/2017\\_sustainability\\_report.pdf?REDIRECT=0](http://www.cnhindustrial.com/en-us/sustainability/corporate_sustainability_reports/reports/2017_sustainability_report.pdf?REDIRECT=0) [11.06.2019]

122 Volvo Group (2018): Sustainability Report 2017. S.54. <https://www.volvogroup.com/content/dam/volvo/volvo-group/markets/global/en-en/investors/reports-and-presentations/annual-reports/annual-and-sustainability-report-2017.pdf> [11.06.2019]

123 Mayer Cars and Trucks Co Ltd. (n.J.): Merkavim Transportation Technologies Ltd. <https://www.mct.co.il/index.aspx?id=4299> [11.06.2019]

124 Who Profits (n.J.): Volvo Group. <https://whoprofits.org/company/volvo-group-ab-volvo> [11.06.2019]

Who Profits (2019): Egged Israel Transport Cooperative Society. <https://whoprofits.org/company/egged-israel-transport-cooperative-society> [11.06.2019]

Who Profits (N.J.): Merkavim Transportation Technologies. <https://whoprofits.org/company/merkavim-transportation-technologies> [11.06.2019]

125 International Committee of the Red Cross (2017): Detainees' contacts with families are Israel's obligation under IHL. <https://www.icrc.org/en/document/detainees-contacts-families-are-israels-obligation-under-ihl> [11.06.2019]

B'tselem (2019): Statistics on Palestinian minors in the custody of Israeli security forces. [https://www.btselem.org/statistics/minors\\_in\\_custody](https://www.btselem.org/statistics/minors_in_custody) [11.06.2019]

126 Who Profits (2018): Volvo Group. <https://whoprofits.org/company/volvo-group-ab-volvo> [11.06.2019]

Who Profits (2014): Facts on the Ground: Heavy Engineering Machinery and the Israeli Occupation. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/facts\\_on\\_the\\_ground\\_-\\_heavy\\_engineering\\_machinery\\_and\\_the\\_israeli\\_occupation.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/facts_on_the_ground_-_heavy_engineering_machinery_and_the_israeli_occupation.pdf) [11.06.2019]

Who Profits (2018): Volvo Group. <https://whoprofits.org/company/volvo-group-ab-volvo> [11.06.2019]

127 Who Profits (2018): Plundering the Sun: The Israeli solar energy industry and palestinian forced displacement. [https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/solar\\_flash\\_report.pdf](https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/06/old/solar_flash_report.pdf) [11.06.2019]

Who Profits (2018): Volvo Group. <https://whoprofits.org/company/volvo-group-ab-volvo> [11.06.2019]

128 Who Profits (2017): Crossing the Line: The Tel Aviv Jerusalem Fast Train (A1) <https://whoprofits.org/flash-report/crossing-the-line-tel-aviv-jerusalem-train-a1/> [15.05.2019]

129 Bombardier (2019): Worldwide presence. Germany. [https://de.bombardier.com/de/media/newsList/details.bt\\_20180328\\_verhandlungen-zur-neuaustrichtung-von-bombardier-in-d-bombardiercom.html](https://de.bombardier.com/de/media/newsList/details.bt_20180328_verhandlungen-zur-neuaustrichtung-von-bombardier-in-d-bombardiercom.html) [11.06.2019]

130 Ebd.

Who Profits (2018): Bombardier. <https://whoprofits.org/company/bombardier> [11.06.2019]

131 Pinto, J. (2015): 62 Kasselers Loks für Israel. <https://www.hna.de/kassel/kasseler-loks-israel-5676105.html> [11.06.2019]

132 Bombardier (2019): World Presence. Germany. [https://de.bombardier.com/de/media/newsList/details.bt\\_20180103\\_bombardier-to-provide-54-additional-twindex-vario-d.bombardiercom.html](https://de.bombardier.com/de/media/newsList/details.bt_20180103_bombardier-to-provide-54-additional-twindex-vario-d.bombardiercom.html) [11.06.2019]

133 Branchenbuch Lausitz (2018): Görlitzer Doppelstockwagen für Israel. <https://www.lausitz-branchen.de/branchenbuch/2018/01/05/goerlitzer-doppelstockwagen-fuer-israel/> [11.06.2019]

134 Bombardier (2019): World Presence. Germany. [https://de.bombardier.com/de/media/newsList/details.bt\\_20180103\\_bombardier-to-provide-54-additional-twindex-vario-d.bombardiercom.html](https://de.bombardier.com/de/media/newsList/details.bt_20180103_bombardier-to-provide-54-additional-twindex-vario-d.bombardiercom.html) [11.06.2019]

135 Who Profits (2018): Bombardier. <https://whoprofits.org/company/bombardier/> [11.06.2019]

136 Siemens AG (2019): Siemens auf einen Blick. [https://www.siemens.com/investor/de/siemens\\_konzern.htm](https://www.siemens.com/investor/de/siemens_konzern.htm) [12.06.2019]

137 Ebd.

138 Siemens AG (2018): Nachhaltigkeitsinformationen 2018. S.42. [https://www.siemens.com/investor/pool/de/investor\\_relations/siemens\\_nachhaltigkeitsinformationen2018.pdf](https://www.siemens.com/investor/pool/de/investor_relations/siemens_nachhaltigkeitsinformationen2018.pdf) [12.06.2019]

139 Who Profits (n.J.): Siemens. <https://whoprofits.org/company/siemens> [12.06.2019]

140 Ebd.

B'tselem (2017): West Bank roads on which Israel forbids Palestinian vehicles. [https://www.btselem.org/freedom\\_of\\_movement/forbidden\\_roads](https://www.btselem.org/freedom_of_movement/forbidden_roads) [12.06.2019]

141 Who Profits (n.J.): Siemens. <https://whoprofits.org/company/siemens> [12.06.2019]

RS Industries (n.J.): About. <http://www.rs-traffic.com/EngContent/About> [12.06.2019]

142 Siemens AG (2015): Weniger Staus, weniger CO2 - Sonderfahrspur Richtung Tel Aviv eröffnet: Siemens liefert innovatives Verkehrssteuerungssystem. [https://www.siemens.com/press/de/pressemitteilungen/?pres=de/pressemitteilungen/2011/mobility/imo201101014.htm&content\[\]=IM&content\[\]=ICMOL&content\[\]=MO](https://www.siemens.com/press/de/pressemitteilungen/?pres=de/pressemitteilungen/2011/mobility/imo201101014.htm&content[]=IM&content[]=ICMOL&content[]=MO) [12.06.2019]

143 Gorodeisky, S. (2017): Siemens wins Israel Railways carriage tender. <https://en.globes.co.il/en/article-siemens-wins-israel-railways-carriage-tender-1001206348> [12.06.2019]

Siemens AG (2018): Siemens und israelische Eisenbahn schließen Vertrag über 60 Doppelstock-Regionalzüge. <https://www.siemens.com/press/de/feature/2018/mobility/2018-03-desiro-israel.php> [12.06.2019]

Profundo Ressearch & Agency (2019): Doing Business with the Occupation. [https://plateforme-palestine.org/IMG/pdf/economic\\_relationships\\_with\\_israeli\\_settlements\\_in\\_opt\\_180625\\_final.pdf](https://plateforme-palestine.org/IMG/pdf/economic_relationships_with_israeli_settlements_in_opt_180625_final.pdf) [12.06.2019]

Who Profits (n.J.): Siemens. <https://whoprofits.org/company/siemens> [12.06.2019]

144 Who Profits (2017): Crossing the Line : The Tel Aviv Jerusalem Fast Train (A1). <https://whoprofits.org/flash-report/crossing-the-line-tel-aviv-jerusalem-train-a1/> [12.06.2019]

145 Who Profits (2018): Roads and Infrastructure Nabi Elyas Bypass Road (Highway 55). <https://whoprofits.org/content/roads-and-infrastructure-nabi-elyas-bypass-road-highway-55> [11.06.2019]

146 Profundo Ressearch & Agency (2019): Doing Business with the Occupation. S.45. [https://plateforme-palestine.org/IMG/pdf/economic\\_relationships\\_with\\_israeli\\_settlements\\_in\\_opt\\_180625\\_final.pdf](https://plateforme-palestine.org/IMG/pdf/economic_relationships_with_israeli_settlements_in_opt_180625_final.pdf) [12.06.2019]

Who Profits (2017): Crossing the Line : The Tel Aviv Jerusalem Fast Train (A1). <https://whoprofits.org/flash-report/crossing-the-line-tel-aviv-jerusalem-train-a1/> [12.06.2019]

147 Tamlet (n.J.): Internet Freedoms in Palestine: Mapping of Digital Rights Violations and Threats. S. 8-11. [http://7amleh.org/wp-content/uploads/2018/01/Tamleh\\_Internet\\_Freedoms\\_in\\_Palestine.pdf](http://7amleh.org/wp-content/uploads/2018/01/Tamleh_Internet_Freedoms_in_Palestine.pdf) [12.06.2019]

148 Tamlet (2018): Connection interrupted: Israels Contril of the Palestinian ICT Infrastructure and Its Impact on Digital Rights. S.13f. [https://7amleh.org/wp-content/uploads/2019/01/Report\\_7amleh\\_English\\_final.pdf](https://7amleh.org/wp-content/uploads/2019/01/Report_7amleh_English_final.pdf) [12.06.2019]

Who Profits (2018): Signal Strength: Occupied. The Telecommunications Sector and the Israeli Occupation. S. 3. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/09/SIGNAL-STRENGTH-OCCUPIED-THE-TELECOMMUNICATIONS-SECTOR-AND-THE-ISRAELI-OCCUPATION-1-1.pdf>

Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and Gaza Strip: Annex III (1995). Art. 36 in Annex III Civil Affairs. <https://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/Peace/Guide/Pages/THE%20ISRAELI-PALESTINIAN%20INTERIM%20AGREEMENT%20-%20Annex%20III.aspx#app-36> [11.06.2019]

149 Tamlet (n.J.): Internet Freedoms in Palestine: Mapping of Digital Rights Violations and Threats. S. 8-11. [http://7amleh.org/wp-content/uploads/2018/01/Tamleh\\_Internet\\_Freedoms\\_in\\_Palestine.pdf](http://7amleh.org/wp-content/uploads/2018/01/Tamleh_Internet_Freedoms_in_Palestine.pdf) [12.06.2019]

Who Profits (n.J.): Cellcom Israel. <https://whoprofits.org/company/cellcom-israel> [12.06.2019]

150 Wafa (2019): World Bank calls for reform to the dual use goods system to revive a stagnant Palestinian economy. <http://english.wafa.ps/page.aspx?id=BVDf8a110106401064aBVDf8> [12.06.2019]

Who Profits (2018): Signal Strength: Occupied. The Telecommunications Sector and the Israeli Occupation. S. 7. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/09/SIGNAL-STRENGTH-OCCUPIED-THE-TELECOMMUNICATIONS-SECTOR-AND-THE-ISRAELI-OCCUPATION-1-1.pdf>

151 Reuters (2018): Palestinians get 3G mobile services in West Bank. <https://www.reuters.com/article/israel-palestinians-telecom/palestinians-get-3g-mobile-services-in-west-bank-idUSL8N1P3JFW>

The World Bank Group (2016): The Telecommunication Sector in the Palestinian Territories: A Missed Opportunity for Economic Development. S.8. <http://documents.worldbank.org/curated/en/993031473856114803/pdf/104263-REVISED-title-a-little-different-WP-P150798-NOW-OUO-9.pdf>

Tamlet (n.J.): Internet Freedoms in Palestine: Mapping of Digital Rights Violations and Threats. [http://7amleh.org/wp-content/uploads/2018/01/Tamleh\\_Internet\\_Freedoms\\_in\\_Palestine.pdf](http://7amleh.org/wp-content/uploads/2018/01/Tamleh_Internet_Freedoms_in_Palestine.pdf) [12.06.2019]

152 Bezeq (2019): About Bezeq. <https://ir.bezeq.co.il/about-bezeq/> [12.06.2019]

153 Who Profits (2018): Signal Strength: Occupied. The Telecommunications Sector and the Israeli Occupation. S. 7. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/09/SIGNAL-STRENGTH-OCCUPIED-THE-TELECOMMUNICATIONS-SECTOR-AND-THE-ISRAELI-OCCUPATION-1-1.pdf>

pation. S. 13. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/09/SIGNAL-STRENGTH-OCCUPIED-THE-TELECOMMUNICATIONS-SECTOR-AND-THE-ISRAELI-OCCUPATION-1-1.pdf> [12.06.2019]

154 Ebd.

155 Scheffer Omer-Man, M. (2015): Israeli cellular companies paid to squad on Palestinian land. <https://972mag.com/israeli-cellular-companies-paid-to-squad-on-palestinian-land/105520/> [12.06.2019]

156 Business & Human Rights Resource Center (o.J.): Israeli cellular companies reportedly built antennae towers in an illegal settlement in the Palestinian Occupied Territories. <https://www.business-humanrights.org/en/israeli-cellular-companies-reportedly-built-antenna-towers-in-an-illegal-settlement-in-the-palestinian-occupied-territories> [12.06.2019]

157 Bezeq (2019): About Bezeq. <https://ir.bezeq.co.il/about-bezeq> [12.06.2019]

158 Who Profits (2018): Signal Strength: Occupied. The Telecommunications Sector and the Israeli Occupation. S. 13. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/09/SIGNAL-STRENGTH-OCCUPIED-THE-TELECOMMUNICATIONS-SECTOR-AND-THE-ISRAELI-OCCUPATION-1-1.pdf> [12.06.2019]

159 Renaudie, J.-L. (2017): Millions spent on settlements since Israel captured West Bank. <https://www.timesofisrael.com/billions-spent-on-settlements-since-israel-captured-west-bank/> [12.06.2019]

160 Cellcom Israel (2019): Investor Overview. <http://investors.cellcom.co.il/> [12.06.2019]

Finanzen.net (2019): Cellcom Israel Aktie. [https://www.finanzen.net/unternehmensprofil/Cellcom\\_Israel](https://www.finanzen.net/unternehmensprofil/Cellcom_Israel) [12.06.2019]

161 Who Profits (o.J.): Cellcom Israel. <https://whoprofits.org/company/cellcom-israel> [12.06.2019]

162 The World Bank Group (2016): The Telecommunication Sector in the Palestinian Territories: A Missed Opportunity for Economic Development. S.32. <https://documents.worldbank.org/curated/en/993031473856114803/pdf/104263-REVISED-title-a-little-different-WP-P150798-NOW-OUO-9.pdf> [12.06.2019]

163 Who Profits (2018): Signal Strength: Occupied. The Telecommunications Sector and the Israeli Occupation. S. 12. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/09/SIGNAL-STRENGTH-OCCUPIED-THE-TELECOMMUNICATIONS-SECTOR-AND-THE-ISRAELI-OCCUPATION-1-1.pdf> [12.06.2019]

164 Scheffer Omer-Man, M. (2015): Israeli cellular companies paid to squad on Palestinian land. <https://972mag.com/israeli-cellular-companies-paid-to-squad-on-palestinian-land/105520/> [12.06.2019]

165 Business & Human Rights Resource Center (o.J.): Israeli cellular companies reportedly built antennae towers in an illegal settlement in the Palestinian Occupied Territories. <https://www.business-humanrights.org/en/israeli-cellular-companies-reportedly-built-antenna-towers-in-an-illegal-settlement-in-the-palestinian-occupied-territories> [12.06.2019]

166 Danwach (2017): Companies with activities in or around illegal Israeli settlements. <https://old.danwach.dk/en/nyhed/companies-with-activities-in-or-around-illegal-israeli-settlements/> [12.06.2019]

167 Who Profits (2018): Signal Strength: Occupied. The Telecommunications Sector and the Israeli Occupation. S. 12. <https://whoprofits.org/wp-content/uploads/2018/09/SIGNAL-STRENGTH-OCCUPIED-THE-TELECOMMUNICATIONS-SECTOR-AND-THE-ISRAELI-OCCUPATION-1-1.pdf> [12.06.2019]

Who Profits (o.J.): Cellcom Israel. <https://whoprofits.org/company/cellcom-israel> [12.06.2019]

168 Hewlett Packard Enterprise (2018): 2017 Annual Report. S.10 <http://investors.hpe.com/~media/Files/H/HP-Enterprise-IR/documents/hpe-proxy-statement-2017-annual-report-2016-NPS.pdf> [12.06.2019]

169 Facing Finance (2015): Westbank Business. S. 29f. (Unveröffentlichtes Hintergrundpapier)

170 Who Profits (2017): Technologies of Control: The Case of Hewlett Packard Enterprise. S. 11

171 Who Profits (2017): Update: What we know about HP so far. [12.06.2019]

172 Human Rights Watch (2017): Israel: Jerusalem Palestinians Stripped of Status. <https://www.hrw.org/news/2017/08/08/israel-jerusalem-palestinians-stripped-status> [12.06.2019]

UN Conference on Trade and Development (2013): The Palestinian economy in East Jerusalem: Enduring annexation, isolation and disintegration. S.8f. [https://www.un.org/depts/dpa/qpal/docs/2014Ankara/P2%20MAHMOUD%20ELKHA-FI%20gdsapp2012d1\\_en.pdf](https://www.un.org/depts/dpa/qpal/docs/2014Ankara/P2%20MAHMOUD%20ELKHA-FI%20gdsapp2012d1_en.pdf) [12.06.2019]

173 Who Profits (n.J.): Hewlett Packard Enterprise. <https://whoprofits.org/company/hewlett-packard-enterprise-hpe/> [12.06.2019]

Who Profits (2017): What We Know About HP So Far. <https://whoprofits.org/updates/what-we-know-about-hp-so-far/> [12.06.2019]

174 Ebd.

175 Who Profits (2017): Update: What we know about HP so far. [12.06.2019]

176 Motorola Solutions (n.J.): Über uns. [https://www.motorolasolutions.com/de\\_xc/about/company-overview.html](https://www.motorolasolutions.com/de_xc/about/company-overview.html) [12.06.2019]

177 Motorola Solutions (2016): Motorola Solutions Launches Innovation Center in Israel. <https://newsroom.motorolasolutions.com/news/motorola-solutions-launches-innovation-center-in-israel.htm> [12.06.2019]

Motorola Solutions (2016): Motorola Solutions Israel Ltd. <https://www.ashdodport.co.il/about/opportunities/announcements/Documents/motorola-04-07-2016-Motorola-Solutions-Israel-Distributor.pdf> [12.06.2019]

178 Who Profits (n.J.): Motorola Solutions Israel. <https://www.whoprofits.org/company/motorola-solutions-israel> [12.06.2019]

179 Ebd.

180 Ebd.

181 Ebd.

182 B'tselem (2019): Statistics on Palestinians in the custody of the Israeli security forces. [https://www.btselem.org/statistics/detainees\\_and-prisoners](https://www.btselem.org/statistics/detainees_and-prisoners) [12.06.2019]

183 Israel Ministry of Tourism (2018): Inbound Tourism Survey Annual Report 2017. [https://motwebmediastg01.blob.core.windows.net/nop-attachment/8862\\_english5.pdf](https://motwebmediastg01.blob.core.windows.net/nop-attachment/8862_english5.pdf) [12.06.2019]

184 Palestinian Central Bureau of Statistics (2018): World Tourism Day 27/09/2018. <http://www.pcbs.gov.ps/site/512/default.aspx?lang=en&templID=3257> [12.06.2019]

185 B'tselem (2011): New report exposes scope of Israel's economic exploitation of Jordan Valley. <https://www.btselem.org/press-release/new-report-exposes-scope-israel-s-economic-exploitation-jordan-valley> [12.06.2019]

186 World Bank (2013): West Bank and Gaza. S.9. <http://hlnr.org/img/violation/Area+C+Report+Oct-13.pdf> [12.06.2019]

187 Vgl. <https://info.goisrael.com/de/> [12.06.2019]

188 Airbnb Inc.: Kurzinfos. <https://press.airbnb.com/de/fast-facts/> [12.06.2019]

189 Airbnb Inc. (2018): Listings in Disputed Regions. <https://press.airbnb.com/listings-in-disputed-regions/> [12.06.2019]

190 Airbnb Inc. (2019): Update on Listings in Disputed Regions. <https://press.airbnb.com/update-listings-disputed-regions/> [12.06.2019]

191 Booking Holdings (2019): Investor Relations. <http://ir.bookingholdings.com/investor-faqs> [12.06.2019]

Booking Holdings (2019): Factsheet. <http://www.bookingholdings.com/about/factsheet/> [12.06.2019]

192 Kayak (n.J.): About. <https://www.kayak.de/about> [12.06.2019]

193 Expedia Group (2019): Expedia Group Overview. S.2. <https://www.expediagroup.com/about/>

194 Trip Advisor (n.J.): About TripAdvisor. <https://tripadvisor.mediaroom.com/US-about-us> [12.06.2019]

195 Tripadvisor (2018): 2017 Annual Report and 2018 Annual Meeting and Proxa Statement. S46. <http://ir.tripadvisor.com/static-files/840c6d1c-9c17-46c9-b52f-3586ead2515f> [12.06.2019]

196 Vgl. [https://www.tripadvisor.de/Attraction\\_Review-g7290659-d4509284-Reviews-Caliber\\_3-Gush\\_Etzion\\_West\\_Bank.html](https://www.tripadvisor.de/Attraction_Review-g7290659-d4509284-Reviews-Caliber_3-Gush_Etzion_West_Bank.html) [12.06.2019]

197 UN General Assembly (1960): Resolution der Generalversammlung. <http://www.un.org/depts/german/vg-early/ar1514-xv.pdf> [12.06.2019]

UN General Assembly (1960): Resolution der Generalversammlung. <http://www.un.org/depts/german/vg-early/ar1514-xv.pdf> [12.06.2019]

198 UN General Assembly (1966): Twenty-first session. Resolutions and Decisions (A/6316) S.73. [http://www.usc.es/export9/sites/webinstitucional/gl/institutos/ceso/descargas/A\\_RES\\_2229\\_1966.pdf](http://www.usc.es/export9/sites/webinstitucional/gl/institutos/ceso/descargas/A_RES_2229_1966.pdf) [12.06.2019] (Eigene Übersetzung)

199 International Court of Justice (1975): Western Sahara: Advisory Opinion of 16 October 1975. <https://www.icj-cij.org/files/case-related/61/6197.pdf> [12.06.2019]

International Court of Justice (1975): Western Sahara: Advisory Opinion. <https://www.icj-cij.org/files/case-related/61/6197.pdf> [12.06.2019]

200 Vgl. Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) (2016). In der Rechtssache C-104/16 P. <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?ext=&docid=186489&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2745047> [12.06.2019]

201 United Nations Security Council (1975): Resolution 380 (1975) of 6 November 1975. [https://undocs.org/S/RES/380\(1975\)](https://undocs.org/S/RES/380(1975)) [12.06.2019]

202 Declaration of the Principles on Western Sahara by Spain, Morocco and Mauritania (Madrid Accords). (1975): <http://www.usc.es/export9/sites/webinstitucional/gl/institutos/ceso/descargas/Acuerdo-Esp-Marruecos-Mauritania-1975.pdf> Vgl. (English version) [https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/MA-MR-ES\\_751114\\_DeclarationPrinciplesOnWesternSahara\\_0.pdf](https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/MA-MR-ES_751114_DeclarationPrinciplesOnWesternSahara_0.pdf) [12.06.2019]

203 Vgl. Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) (2016). In der Rechtssache C-104/16 P. <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?ext=&docid=186489&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2745047> [12.06.2019]

UN Security Council (1976): Letter from the Permanent Representative of Spain to the United Nations. (A/31/56; S/11997). [http://www.usc.es/export9/sites/webinstitucional/gl/institutos/ceso/descargas/A\\_31\\_56-S\\_11997\\_26-february-1976\\_en.pdf](http://www.usc.es/export9/sites/webinstitucional/gl/institutos/ceso/descargas/A_31_56-S_11997_26-february-1976_en.pdf) [12.06.2019]

204 UN General Assembly (1979): Thirty-fourth session. Resolutions and Decisions. (A/34/46) S. 204. <http://www.un.org/documents/ga/res/34/a34res37.pdf> [12.06.2019]

205 UN Security Council (2002): Corell Opinion. (S/2002/161) S. 2. [https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4F96F9%7D/s\\_2002\\_161.pdf](https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4F96F9%7D/s_2002_161.pdf) [12.06.2019]

Deutscher Bundestag (2016): Auswirkungen des völkerrechtlichen Status der Westsahara auf das marokkanische Staatsangehörigkeitsrecht und das Asylverfahren in Deutschland. (WD 2 – 3000 – 063/16) S. 8f. <https://www.bundestag.de/blob/433606/fb16fa27275bec843199e5ae70f-3c6d1/wd-2-063-16-pdf-data.pdf> [12.06.2019]

206 Österreicherich-Saharaische Gesellschaft (2011): Stellungnahme zum Fischereiabkommen zwischen der EG und dem Königreich Marokko. S.1. [http://www.oesg.wm/mediarchiv/11/media/Dokumente/Stellungnahme\\_FPA\\_20110323.pdf](http://www.oesg.wm/mediarchiv/11/media/Dokumente/Stellungnahme_FPA_20110323.pdf) [12.06.2019]

207 VN General Assembly (1979): Thirty-fourth session. Resolutions and Decisions. (A/34/46) S. 204. <http://www.un.org/documents/ga/res/34/a34res37.pdf> [12.06.2019]

208 Deutscher Bundestag (2016): Auswirkungen des völkerrechtlichen Status der Westsahara auf das marokkanische Staatsangehörigkeitsrecht und das Asylverfahren in Deutschland. (WD 2 – 3000 – 063/16) S. 9f. <https://www.bundestag.de/blob/433606/fb16fa27275bec843199e5ae70f-3c6d1/wd-2-063-16-pdf-data.pdf> [12.06.2019]

Gerichtshof der Europäischen Union (2018): Pressemitteilung Nr. 1/18. S.3. <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-01/cp180001de.pdf> [12.06.2019]

209 VN Security Council (2002): Corell Opinion. (S/2002/161) S. 6. [https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4F96F9%7D/s\\_2002\\_161.pdf](https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4F96F9%7D/s_2002_161.pdf) [12.06.2019]

210 Haager Landkriegsordnung (1899): Internationale Übereinkunft betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs. <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/18990009/index.html> [12.06.2019]

Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (1949) <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19490188/index.html> [12.06.2019]

Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte. <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19770112/index.html> [12.06.2019]

211 Chinkin, C. (2009): Laws of Occupation. S. 198ff. <http://removethewall.org/wp-content/uploads/2014/05/Laws-of-Occupation-Christine-Chinkin-2009.pdf> [12.06.2019]

212 Power, Susan (2016): EU Exploitation of Fisheries in Occupied Western Sahara: Examining the Case of the Front Polisario v Council of the European Union in light of the failure to account for Belligerent Occupation. Irish Journal of European Law 19 (1): 31.

213 Deutsche Post DHL Group (2019): Aktionärsstruktur. <https://www.dpdhl.com/de/investoren/aktie/aktionaesstruktur.html> [12.06.2019]

214 Deutsche Post DHL Group (2019): Kennzahlen. Q1 2019. <https://www.dpdhl.com/de/investoren/kennzahlen.html#top> [12.06.2019]

215 Deutsche Post DHL Group (2019): Verantwortungsvolle Geschäftspraxis. <https://www.dpdhl.com/de/verantwortung/verantwortungsvolle-geschaeftspraxis.html> [12.06.2019]

216 Vgl. Google Maps. DHL Express in El-Aaiün. <https://www.google.com/maps/place/DHL+Express+Laayoune/@27.1539574,-13.2056619,17.78z/data=!4m1!1m6!1s0xc377e222cd72bf0:09cbb6cb87a75b0e!2sDHL+Express+Laayoune!8m1!3d27.15445114d-13.2035876!3m1!1s0xc377e222cd72bf0:09cbb6cb87a75b0e!8m2!3d27.15445114d-13.2035876> [12.06.2019]

Vgl. Telecontact. DHL Express s.a Maroc. <https://www.telecontact.ma/annonneur/d-h-l-express/3308326/laayoune.php> [12.06.2019]

217 Deutsche Industrie- und Handelskammer in Marokko (2016): DHL Express marokko eröffnet Niederlassung in Laayoune. [http://marokko.ahk.de/informationen/detail-view/artikel/dhl-express-marokko-eroeffnet-niederlassung-in-laayoune/?no\\_cache=1&Hash=c6bc0feee0eaa67767cb8513fed7c4aa](http://marokko.ahk.de/informationen/detail-view/artikel/dhl-express-marokko-eroeffnet-niederlassung-in-laayoune/?no_cache=1&Hash=c6bc0feee0eaa67767cb8513fed7c4aa) [12.06.2019]

218 Marocains partout (2016): Le Groupe DHL Express s'installe à Laayoune. (eigene Übersetzung) <http://www.marocainspartout.com/groupe-dhl-express-sinstalle-a-laayoune/> [12.06.2019]

Im Original: « DHL Express est présent au Maroc

- depuis 30 ans. L'ouverture d'une agence à Laâyoune illustre une nouvelle étape de notre développement réussi, qui favorise le rapprochement géographique avec notre clientèle. Beaucoup de nos partenaires sur la région, utilisaient notre antenne d'Agadir pour leurs expéditions, aujourd'hui nous sommes fier de leur faciliter l'accès à nos services »
- 219 The Guardian (2015): Western Sahara's stranded refugees consider renewal of Morocco conflict <https://www.theguardian.com/world/2015/jan/06/morocco-western-sahara-referendum-delay> [13.6.2019]+ Central Intelligence Agency (2019): The World Factbook Africa:: Western Sahara <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/wi.html> [13.6.2019]+ Refugees Studies Centre (2011): Protracted Sahrawi displacement: Challenges and opportunities beyond encampment <http://www.refworld.org/docid/4e03287b2.html> s.1 [13.6.2019]
- 220 Hütz-Adams / Bethge, Till (2015): "Phosphat – Lebenselixier und Umweltverschmutzer." SÜDWIND e.V.: S.2 [https://alt.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2015/2015-34\\_Fact-Sheet\\_Phosphat.pdf](https://alt.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2015/2015-34_Fact-Sheet_Phosphat.pdf) [16.06.2019]
- 221 West Saharan Resource Watch (WSRW) (2019): P for Plunder. S. 3 [https://www.wsrw.org/files/dated/2019-04-08/pforplunder2019\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2019-04-08/pforplunder2019_web.pdf) [13.6.2019]
- 222 Ebd. S. 4.
- 223 Ebd. S.12.
- 224 Ebd. S.5.
- 225 WSRW (2016): Windige Geschäfte: Was Marokko und Siemens bei der COP22-Klimakonferenz in Marrakesch verheimlichen wollen. S.4. [https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder\\_ger\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder_ger_web.pdf) [13.06.2019]
- 226 Ebd. S.8.
- PAREMA (2017): Erneubare Energien und Energieeffizienz in Marokko. S.6. [https://www.energypartnership.ma/fileadmin/user\\_upload/morocco/media\\_elements/PAREMA\\_-\\_ERNEUERBARE\\_ENERGIEN\\_UND\\_ENERGIEEFFIZIENZ\\_IN\\_MAROKKO\\_\\_002\\_.pdf](https://www.energypartnership.ma/fileadmin/user_upload/morocco/media_elements/PAREMA_-_ERNEUERBARE_ENERGIEN_UND_ENERGIEEFFIZIENZ_IN_MAROKKO__002_.pdf) [13.6.2019]
- 227 WSRW (2017): Carriers of Conflict. S. 11ff. [https://de.scribd.com/document/351437758/Carriers-Of-Conflict-2017#from\\_embed](https://de.scribd.com/document/351437758/Carriers-Of-Conflict-2017#from_embed) [13.06.2019]
- 228 South African High Court (2018): Offizielle Urteil im Fall NM Cherry Blossom. Dokument von Western Sahara Resource Watch. [https://www.wsrw.org/files/dated/2018-02-23/20180223\\_south\\_africa\\_ruling.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2018-02-23/20180223_south_africa_ruling.pdf) [15.06.2019]
- 229 WSRW (2018): SA Court confirms: Morocco has no ownership over Saharawi Phosphates. <https://www.wsrw.org/a105x4098> [13.6.2019]
- 230 Nutrien (2018): Fact Sheet. [https://www.nutrien.com/sites/default/files/uploads/2018-05/Nutrien\\_Fact\\_Sheet.pdf](https://www.nutrien.com/sites/default/files/uploads/2018-05/Nutrien_Fact_Sheet.pdf) [13.6.2019]
- WSRW (2019): P for Plunder. S. 22f. [https://www.wsrw.org/files/dated/2019-04-08/pforplunder2019\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2019-04-08/pforplunder2019_web.pdf) [13.6.2019]
- 231 Ebd. S23.
- 232 Potash Corp (2014): Phosphate Rock from Western Sahara. [https://www.business-humanrights.org/sites/default/files/documents/POT\\_Western\\_Sahara\\_08\\_2014.pdf](https://www.business-humanrights.org/sites/default/files/documents/POT_Western_Sahara_08_2014.pdf) [13.6.2019]
- s.2-3
- 233 Konzernatlas (2017): Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie. S.18. [https://www.rosalux.de/fileadmin/r/s\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/konzernatlas2017.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/r/s_uploads/pdfs/sonst_publicationen/konzernatlas2017.pdf) [13.6.2019]
- 234 WSRW (2019): P for Plunder. S. 22. [https://www.wsrw.org/files/dated/2019-04-08/pforplunder2019\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2019-04-08/pforplunder2019_web.pdf) [13.6.2019]
- 235 Ebd.
- Nutrien Inc. (n.j.) Der 'Human Rights Assessment Report' der Kanzlei Norton Rose Fulbright Canada LLP steht zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht mehr auf der Unternehmenswebsite von Nutrien zur Verfügung [16.06.2019]
- 236 WSRW (2018): US imports of Western Sahara conflict rock to end. <https://www.wsrw.org/a105x4267> [13.06.2019]
- WSRW (2018): "Biggest importer" of phosphate rock is pulling out. <https://www.wsrw.org/a249x4051> [13.06.2019]
- Nutrien (2018): Nutrien's 2nd Quarter and 1st Half Results Demonstrate Strength in a Compressed Season. <https://www.nutrien.com/investors/news-releases/2018-nutrien-2nd-quarter-and-1st-half-results-demonstrate-strength> [13.6.2019]
- WSRW (2018): Key player quits dirty Western Sahara phosphate game. <https://www.wsrw.org/a105x4231> [13.6.2019]
- Business Wire (2018): Innophos Advances Strategic Value Chain Repositioning Initiative with Additional Milestone Strategic Sourcing Arrangements. <https://www.businesswire.com/news/home/20180702005254/en/Innophos-Advances-Strategic-Chain-Repositioning-Initiative-Additional-Milestone-Strategic-Sourcing-Arrangements> [13.6.2019]
- 237 WSRW (2019): P for Plunder. [https://www.wsrw.org/files/dated/2019-04-08/pforplunder2019\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2019-04-08/pforplunder2019_web.pdf) [13.6.2019]
- 238 MarketScreener (n.J.): Sinofert Holdings Limited. <https://www.marketscreener.com/SINOFERT-HOLDINGS-LIMITED-6165794/company/> [13.6.2019]
- 239 WSRW (2018): What is HeidelbergCement doing in occupied Western Sahara? <https://www.wsrw.org/a105x4124> [13.6.2019]
- 240 HeidelbergCement Group (o.J.): Startseite <https://www.heidelbergcement.com/de/unternehmen> [13.6.2019]
- 241 HeidelbergCement (2019): Marokko. <https://www.heidelbergcement.com/de/marokko> [13.6.2019]
- 242 HeidelbergCement (2019): Marokko. <https://www.heidelbergcement.com/de/marokko> [13.6.2019]
- 243 WSRW (2018): What is HeidelbergCement doing in occupied Western Sahara? <https://www.wsrw.org/a106x4124> [13.6.2019]
- Aujourd'hui (2011): Inauguration du nouveau parc éolien de Ciments du Maroc à Laâyoune <http://aujourd'hui.ma/economie/inauguration-du-nouveau-parc-eolien-de-ciments-du-maroc-a-laayoune-79774> [13.6.2019] [13.06.2019]
- WSRW (2016): Windige Geschäfte: Was Marokko und Siemens bei der COP22-Klimakonferenz in Marrakesch verheimlichen wollen. S.7. [https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder\\_ger\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder_ger_web.pdf) [13.06.2019]
- 244 Vgl. z.B. (i) EuGH-Urteil v. 21.12.2016 über Liberalisierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Marokko; (ii) EuGH-Urteil v. 27.02.2018 bzgl. des partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Marokko; (iii) EuGH-Beschluss v. 30.11.2018 bzgl. des Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Marokko.
- 245 Dachverband Kritische Aktionäre (2019): HeidelbergCement vernachlässigt Menschenrechte bei Projekten in Indonesien und der Westsahara. <https://www.kritischeaktionaeere.de/heidelbergcement/heidelbergcement-vernachlaessigt-menschenrechte-bei-projekten-in-indonesien-und-der-westsahara/> [13.6.2019]
- 246 HeidelbergCement (2017): Human Rights Position of the HeidelbergCement Group. S.4. [https://www.heidelbergcement.com/en/system/files\\_force/assets/document/ef/1a/human\\_rights\\_position\\_heidelbergcement\\_en.pdf?download=1](https://www.heidelbergcement.com/en/system/files_force/assets/document/ef/1a/human_rights_position_heidelbergcement_en.pdf?download=1) [16.06.2019]
- 247 Ciments du Maroc (n.J.): Centre de broyage de Laayoune. <https://www.cimentsdumaroc.com/fr/centre-de-broyage-de-laayoune> [13.06.2019]
- 248 Siemens (2019): Equity Store. Website. <https://www.siemens.com/investor/de/siemens-kon-zern.htm> [17.06.2019]
- 249 Western Sahara Resource Watch (2016): Windige Geschäfte: Was Marokko und Siemens bei der COP22-Klimakonferenz in Marrakesch verheimlichen wollen. S. 10f. [https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder\\_ger\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder_ger_web.pdf) [17.06.2019]
- 250 Western Sahara Resource Watch (2016): Windige Geschäfte: Was Marokko und Siemens bei der COP22-Klimakonferenz in Marrakesch verheimlichen wollen. [https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder\\_ger\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder_ger_web.pdf) [17.06.2019]
- 251 Siemens (2012): Siemens erhält erste Windaufträge aus Afrika. Pressemitteilung. [https://www.siemens.com/press/de/pressemitteilungen/?press=de/pressemitteilungen/2012/energy/wind-power/ewp201201025.htm&content\[\]=EW&content\[\]=WP](https://www.siemens.com/press/de/pressemitteilungen/?press=de/pressemitteilungen/2012/energy/wind-power/ewp201201025.htm&content[]=EW&content[]=WP) [17.06.2019]
- 252 Siemens (2012): Siemens erhält erste Windaufträge aus Afrika. Pressemitteilung. [https://www.siemens.com/press/de/pressemitteilungen/?press=de/pressemitteilungen/2012/energy/wind-power/ewp201201025.htm&content\[\]=EW&content\[\]=WP](https://www.siemens.com/press/de/pressemitteilungen/?press=de/pressemitteilungen/2012/energy/wind-power/ewp201201025.htm&content[]=EW&content[]=WP) [17.06.2019]
- 253 Western Sahara Resource Watch (2016): Windige Geschäfte: Was Marokko und Siemens bei der COP22-Klimakonferenz in Marrakesch verheimlichen wollen. S.8. [https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder\\_ger\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder_ger_web.pdf) [17.06.2019]
- 254 Windhoist (2017): Windhoist have commenced work in Morocco: Aftissat Wind Farm, Morocco. <https://www.windhoist.co.uk/2017/11/17/windhoist-commenced-work-morocco/> [17.06.2019]
- 255 Western Sahara Resource Watch (2016): Flüchtlinge protestieren gegen Siemens in besetzter Westsahara. <https://www.wsrw.org/a180x3595> [17.06.2019]
- Nelsen, Arthur (2016): Africa's biggest windfarm sparks controversy in the desert. The Guardian. <https://www.theguardian.com/environment/2016/nov/22/morocco-saharan-windfarms-tarfaya-fan-accusations-of-green-plunder> [17.06.2019]
- 256 Western Sahara Resource Watch (2016): Windige Geschäfte: Was Marokko und Siemens bei der COP22-Klimakonferenz in Marrakesch verheimlichen wollen. S. 13. [https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder\\_ger\\_web.pdf](https://www.wsrw.org/files/dated/2016-11-01/poweringplunder_ger_web.pdf) [17.06.2019]
- 257 Staatliches Marokkanischen Fremdenverkehrsamt (2019): Dakhla, die Perle des südlichen Marokkos. <https://www.visitmorocco.com/de/reise/dakhla> [17.06.2019]
- 258 Kingdom of Morocco: Ministry of Tourism, Air Transport, Handicrafts, and Social Economy (2018): Tourism Territories. <https://www.tourisme.gov.ma/en/tourism-territories> [17.06.2019]
- Kingdom of Morocco: Ministry of Tourism, Air Transport, Handicrafts, and Social Economy (2018): Key Figures. <https://www.tourisme.gov.ma/en/tourism-figures/key-figures> [17.06.2019]
- Observatoire du Tourisme (2019) : Tourism Statistics in Morocco, February 2019. [https://www.tourisme.gov.ma/sites/default/files/tb-nat\\_02-19\\_anglais.pdf](https://www.tourisme.gov.ma/sites/default/files/tb-nat_02-19_anglais.pdf) [17.06.2019]
- 259 Kingdom of Morocco: Ministry of Tourism, Air Transport, Handicrafts, and Social Economy (2018): Tourism Territories. <https://www.tourisme.gov.ma/en/tourism-territories> [17.06.2019]
- 260 Western Sahara Resource watch (2018): Airbnb places occupied Western Sahara within Morocco. <https://www.wsrw.org/a105x4320> [17.06.2019]
- BBC (2016): Western Sahara: Kitesurfing in the Dakhla danger zone. <https://www.bbc.com/news/world-africa-38159596> [17.06.2019]
- 261 Amnesty International (2019): UN must monitor Human Rights in Western Sahara and Sahrawi Refugee Camps. <https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE2902662019ENGLISH.pdf>
- Western Sahara Campaign UK (n.j.): Western Sahara activists launch 'Don't Go To Morocco' campaign. <http://www.smalgangen.org/a142x1016> [17.06.2019]
- 262 Airbnb (2019): Update on Listings in Disputed Regions. <https://press.airbnb.com/update-listings-disputed-regions/> [17.06.2019]
- 263 United Nations Regional Information Centre for Western Europe (n.j.): Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. <https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf> [17.06.2019]
- 264 Peters, Anne (2014): verletzt der Anschluss der Krim an Russland das Völkerrecht? Max-Planck-Institut. [http://www.mpil.de/files/pdf3/Peters\\_Verletzt\\_der\\_Anschluss\\_der\\_Krim\\_an\\_Russland\\_das\\_Voelkerrecht\\_Plaedoyer\\_3\\_20143.pdf](http://www.mpil.de/files/pdf3/Peters_Verletzt_der_Anschluss_der_Krim_an_Russland_das_Voelkerrecht_Plaedoyer_3_20143.pdf) [17.06.2019]
- Behler, Benedikt (2015): Die Unabhängigkeit der Krim: Annexion oder Sezession? Ruhr-Universität Bochum: IFHV Working Paper Vol. 5 (2). [http://www.ifhv.de/documents/workingpapers/wp5\\_2.pdf](http://www.ifhv.de/documents/workingpapers/wp5_2.pdf) [17.06.2019]
- Luchterhandt, Otto (2014): Der Anschluss der Krim an Russland aus völkerrechtlicher Sicht. Archiv des Völkerrechts. Jahrgang 52. 2 (38): 137-174. <https://www.mohrsiebeck.com/artikel/der-anchluss-der-krim-an-russland-aus-voelkerrechtlicher-sicht-101628000389214x684276> [17.06.2019]
- 265 International Committee of the Red Cross (o.J.): Convention (IV) relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War. Geneva, 12 August 1949. <https://ihl-databases.icrc.org/ihl/COM/380-600054?OpenDocument>
- International Committee of the Red Cross (o.j.): How does Law protect in war? Annexation. <https://casebook.icrc.org/glossary/annexation-prohibition> [19.06.2019]
- Staatslexikon (o.J.): Annexion <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Annexion> [06.06.2019]
- Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs (1945). Art. 2, Abs. 4. <https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf> [06.06.2019]
- 266 Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs (1945). Art. 2, Abs. 4. <https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf> [06.06.2019]
- 267 Peters, Anne / Marxsen, Christian (2015): Die Krimkrise und die Reterritorialisierung internationaler Konflikte. Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. [https://www.mpg.de/8906607/MPIL\\_JB\\_20151](https://www.mpg.de/8906607/MPIL_JB_20151) [17.06.2019]
- Peters, Anne (2014): verletzt der Anschluss der Krim an Russland das Völkerrecht? Max-Planck-Institut. [http://www.mpil.de/files/pdf3/Peters\\_Verletzt\\_der\\_Anschluss\\_der\\_Krim\\_an\\_Russland\\_das\\_Voelkerrecht\\_Plaedoyer\\_3\\_20143.pdf](http://www.mpil.de/files/pdf3/Peters_Verletzt_der_Anschluss_der_Krim_an_Russland_das_Voelkerrecht_Plaedoyer_3_20143.pdf) [17.06.2019]
- Schaller, Christian (2018): Völkerrechtliche Argumentationslinien in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik. Stiftung Wissenschaft und Politik. [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2018S10\\_slr.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2018S10_slr.pdf) [17.06.2019]
- 268 Peters, Anne (2014): verletzt der Anschluss der Krim an Russland das Völkerrecht? Max-Planck-Institut. [http://www.mpil.de/files/pdf3/Peters\\_Verletzt\\_der\\_Anschluss\\_der\\_Krim\\_an\\_Russland\\_das\\_Voelkerrecht\\_Plaedoyer\\_3\\_20143.pdf](http://www.mpil.de/files/pdf3/Peters_Verletzt_der_Anschluss_der_Krim_an_Russland_das_Voelkerrecht_Plaedoyer_3_20143.pdf) [17.06.2019]
- Marxsen, Christian (2014): The Crimea Crisis: An International Law Perspective. Max-Planck-Institut. [http://www.mpil.de/files/pdf4/Marxsen\\_2014\\_-\\_The\\_crimea\\_crisis\\_-\\_an\\_internatio](http://www.mpil.de/files/pdf4/Marxsen_2014_-_The_crimea_crisis_-_an_internatio)

- nalLaw\_perspective.pdf [17.06.2019]
- 269 UN General Assembly (2014): Resolution adopted by the General Assembly on 27 March 2014 – 68/262. Territorial Integrity of Ukraine. A/RES/68/262. [https://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/RES/68/262](https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/68/262) [17.06.2019]
- 270 United Nations General Assembly (2017): Resolution adopted by the General Assembly on 19 December 2016 – 71/205. Situation of human rights in the temporarily occupied Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol (Ukraine). <https://undocs.org/en/A/RES/71/205> [17.06.2019]
- 271 Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2017): Situation of human rights in the temporarily occupied Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol (Ukraine). [https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/Crimea2014\\_2017\\_EN.pdf](https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/Crimea2014_2017_EN.pdf) [17.06.2019]
- 272 International Criminal Court (2016): Report on Preliminary Examination Activities, 2016. [https://www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/161114-otp-REP\\_ENG.pdf](https://www.icc-cpi.int/iccdocs/otp/161114-otp-REP_ENG.pdf) [17.06.2019]
- 273 European Council / Foreign Affairs Council (2014): EU condemns Russia's actions in Ukraine, calls for dialogue and remains ready for further measures. <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2014/03/03/> [17.06.2019]
- 274 European Council (2019): Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/> [17.06.2019]
- 275 Zverev, Anton / Stolyarov, Gleb (2016): Exclusive: Crimea power project finalizes plan to use turbines from Siemens – sources. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-power-exclusive-idUSKCN10G22G> [17.06.2019]
- 276 Reuters (2016): Siemens says Crimea turbines claims only against TPE. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-siemens-court-idUSKBN19W1EW> [17.06.2019]
- 277 Zverev, Anton / Stolyarov, Gleb (2016): Exclusive: Crimea power project finalizes plan to use turbines from Siemens – sources. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-power-exclusive-idUSKCN10G22G> [17.06.2019]
- 278 Köhn, Rüdiger / Triebe, Benjamin (2017): Der Krim-Konflikt reißt Siemens mit. Frankfurter Allgemeine Zeitung. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/krim-krise-reisst-siemens-nach-russland-geschaef-mit-15094753.html> [17.06.2019]
- 279 Köhn, Rüdiger / Triebe, Benjamin (2017): Siemens-Turbinen wurden manipuliert. Frankfurter Allgemeine Zeitung. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/sanktionen-wie-konnten-siemensprodukte-auf-die-krim-gelangen-15098668.html> [17.06.2019]
- 280 Bidder, Benjamin (2017): Siemens bestätigt Turbinenlieferung auf die Krim. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/russland-sanktionen-siemens-bestaetigt-turbinenlieferung-auf-die-krim-a-1157053.html> [17.06.2019]
- 281 ОТКРЫТОЕ АКЦИОНЕРНОЕ ОБЩЕСТВО «ВЕРОСИЙСКИЙ ДВАЖДЫ ОРДЕНА ТРУДОВОГО КРАСНОГО ЗНАМЕНИ ТЕПЛОТЕХНИЧЕСКИЙ НАУЧНО-ИССЛЕДОВАТЕЛЬСКИЙ ИНСТИТУТ» (ОАО «ВТИ») (2019): Website von All-Russian Thermal Engineering Institute (JSCVTI). <http://vti.ru/en/> [17.06.2019]
- 282 Zverev, Anton / Lyrchikova, Anastasia / Stolyarov, Gleb (2017): Exclusive : Firm part-owned by Siemens hired to help install turbines in Crimea – sources. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-power-commission-idUSKBN19TOVA> [17.06.2019]
- 283 Magenheimer-Hörmann, Thomas (2017): Siemens zieht Konsequenzen. <https://www.fr.de/wirtschaft/siemens-zieht-konsequenzen-11024433.html> [17.06.2019]
- 284 Zverev, Anton / Lyrchikova, Anastasia / Stolyarov, Gleb (2017): Exclusive : Firm part-owned by Siemens hired to help install turbines in Crimea – sources. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-power-commission-idUSKBN19TOVA> [17.06.2019]
- 285 Köhn, Rüdiger (2017): Siemens-Turbinen wurden manipuliert. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/sanktionen-wie-konnten-siemensprodukte-auf-die-krim-gelangen-15098668.html> [17.06.2019]
- 286 Hans, Julian (2017): Siemens-Turbinen auf der Krim sind kein geschmuggeltes Auspuff. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/siemens-siemens-turbinen-auf-der-krim-sind-kein-geschmuggeltes-auspuff-1.3584295> [17.06.2019]
- 287 Donat, Klaus-Helge (2017): Siemens' russischer Sumpff. <http://www.taz.de/!5427230/> [17.06.2019]
- 288 Zverev, Anton / Stolyarov, Gleb (2016): Exclusive: Crimea power project finalizes plan to use turbines from Siemens – sources. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-power-exclusive-idUSKCN10G22G> [17.06.2019]
- 289 Reuters (2017): Germany says up to Siemens to ensure Crimea sanctions respected. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-power-germany-idUSKBN19V177> [17.06.2019]
- 290 Frankfurter Allgemeine Zeitung (2017): Weitere Turbinen auf der Krim geliefert? – „Können nicht darüber reden“. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/wurden-weitere-siemens-turbinen-auf-die-krim-geliefert-15104022.html> [17.06.2019]
- 291 Reuters (2017): Germany says up to Siemens to ensure Crimea sanctions respected. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-power-germany-idUSKBN19V177> [17.06.2019]
- 292 Deutsche Post DHL Group (2019): Aktionärsstruktur. <https://www.dpdhl.com/de/investoren/aktie/aktionaersstruktur.html> [13.06.2019]
- 293 Deutsche Post DHL Group (2019): Kennzahlen. Q1 2019. <https://www.dpdhl.com/de/investoren/kennzahlen.html#top> [13.06.2019]
- 294 Deutsche Post DHL Group (2019): Verantwortungsvolle Geschäftspraxis. <https://www.dpdhl.com/de/verantwortung/verantwortungsvolle-geschaeftspraxis.html> [13.06.2019]
- 295 Clasen, Bernhard (2017): Auf der Krim geht die Post ab. <http://www.taz.de/!5462438/> [13.06.2019]
- EIRIS Foundation Database (2019): Company Detail: Deutsche Post AG. <http://www.businessinoccupiedlands.org/search/?search=235&company=289&mode=list> [17.06.2019]
- Black Sea News (2018): Санкциям вопреки: в оккупированном Крыму работают "Ашан", "Метро" и DHL. <https://www.blackseanews.net/read/141414> [17.06.2019]
- Adler, Sabine (2018) : Deutsche Firmen des EU-Sanktionsbruchs verdächtigt. [https://www.deutschlandfunk.de/verbotene-lieferungen-auf-die-krim-deutsche-firmen-des-eu-724.de.html?dram:article\\_id=422056](https://www.deutschlandfunk.de/verbotene-lieferungen-auf-die-krim-deutsche-firmen-des-eu-724.de.html?dram:article_id=422056) [17.06.2019]
- EIRIS Foundation Database (2019): Company Detail: Deutsche Post AG. <http://www.businessinoccupiedlands.org/search/?search=235&company=289&mode=list> [17.06.2019]
- 296 Im Original auf EIRIS Foundation Database (2019): Company Detail: Deutsche Post AG. <http://www.businessinoccupiedlands.org/search/?search=235&company=289&mode=list> [17.06.2019]: "Despite the EU, US and other sanctions, certain transactions are still permitted under those sanctions laws and regulations. DPDHL and its business units have compliance policies and procedures in place to meet specific legal requirements but DPDHL continues to review and where
- ever necessary to further enhance our policies and procedures to fully abide by applicable laws and regulations in challenging environments." Ukrinform (o.j.): DHL says that it does not violate law while operating in Crimea. <https://www.ukrinform.net/rubric-economy/2341132-dhl-says-that-it-does-not-violate-law-while-operating-in-crimea.html> [17.06.2019]
- 297 Metro AG (2018): Geschäftsbericht 2017/18. [https://www.metroag.de/~assets/metro/documents/financial-statements/2017-18-metro-geschaeftsbericht\\_de.pdf?dl=1](https://www.metroag.de/~assets/metro/documents/financial-statements/2017-18-metro-geschaeftsbericht_de.pdf?dl=1) [17.06.2019]
- 298 Zverev, Anton / Stolyarov, Gleb / Sichkar, Olga (2016): Exclusive: How EU firms skirt sanctions to do business in Crimea. <https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-crimea-sanctions-insig-exclusive-how-eu-firms-skirt-sanctions-to-do-business-in-crimea-idUSKCN11R1AN> [17.06.2019]
- Medianet (2016) : Umgeht Metro die EU-Sanktionen gegen Russland? <https://medianet.at/news/retail/grauzone-krim-sanktionen-metro-im-zwielicht-10623.html> [17.06.2019]
- Il. Interfax (2014): METRO Group transfers two wholesale centers in Crimea to management of newly created Retail Property 5, retail outlets continue operation. <https://en.interfax.com.ua/news/economic/202751.html> [17.06.2019]
- EIRIS Foundation Database (2019): Company Detail: Metro AG. <http://www.businessinoccupiedlands.org/search/?search=235&company=129&mode=list> [17.06.2019]
- 299 Metro Group (2014): Wer Handeln will, braucht Europa – Ein Blick auf die EU vor der Wahl. S.9 [https://www.metrogroup.de/~assets/mag/documents/public-policy/handelsbrief-01-04-2014\\_de.pdf?dl=1](https://www.metrogroup.de/~assets/mag/documents/public-policy/handelsbrief-01-04-2014_de.pdf?dl=1) [17.06.2019]
- 300 Mastercard (2018): Annual Report 2017. <https://www.ezetodproxy.com/mastercard/2018/ar/images/Mastercard-AR2017.pdf> [17.06.2019]
- 301 Visa (2018). Annual Report 2018. [https://s1.q4cdn.com/050606653/files/doc\\_financials/annual/2018/Visa-2018-Annual-Report-FINAL.pdf](https://s1.q4cdn.com/050606653/files/doc_financials/annual/2018/Visa-2018-Annual-Report-FINAL.pdf) [17.06.2019]
- 302 Ostinstitut Wismar (2014): Für Mastercard und Visa wird es schwieriger in Russland. [https://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news\\_ansicht/d/fuer\\_mastercard\\_und\\_visa\\_wird\\_es\\_schwieriger\\_in\\_russland](https://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news_ansicht/d/fuer_mastercard_und_visa_wird_es_schwieriger_in_russland) [17.06.2019]
- 303 Marina Sergeevna Nedoluga / Askar Nailevich Mustafin (2017): Payment Systems: International Payment System Mastercard and MIR (Russia). S. 2. <http://revistas.proeditio.com/iush/quid/article/download/1724/1744> [17.06.2019]
- Ostinstitut Wismar (2015): VISA und MasterCard Prozessing nach Russland verlegt. [https://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news\\_ansicht/d/visa\\_und\\_mastercard\\_prozessing\\_nach\\_russland\\_verlegt](https://www.ostinstitut.de/de/news/aktuelles/news_ansicht/d/visa_und_mastercard_prozessing_nach_russland_verlegt) [17.06.2019]
- Makarenko, Olena (2016): Visa system operates in Crimea as Russia finds ways to avoid US sanctions. <http://euromaidanpress.com/2016/01/28/visa-system-operates-in-crimea-as-russia-finds-ways-to-avoid-us-sanctions/> [17.06.2019]
- EIRIS Foundation Database (2019): Company Detail: MasterCard Incorporated. <http://www.businessinoccupiedlands.org/search/?search=235&company=119&mode=list> [17.06.2019]
- 304 UAWIRE (2018): Media: Russian banks stop issuing Visa and MasterCard in Crimea. <https://uawire.org/no-more-visa-or-mastercard-in-crimea> [17.06.2019]
- 305 Vgl. TripAdvisor (2019): Community-Forum zu "With drawing cash in Simferopol / Crimea". [https://www.tripadvisor.com/ShowTopic-g295387-i7466-k11865577-With\\_drawing\\_cash\\_in\\_Simferopol\\_Crimea-Sevastopol.html](https://www.tripadvisor.com/ShowTopic-g295387-i7466-k11865577-With_drawing_cash_in_Simferopol_Crimea-Sevastopol.html)
- 306 Mastercard (2017): Mastercard's guiding vision is a world beyond cash. (<http://sustainability.mastercard.com/mastercard-corporate-sustainability-report-2017/p/3>) [17.06.2019]
- 307 VISA (2017): Corporate Responsibility & Sustainability Report. S. 3. <https://usa.visa.com/dam/VCOM/download/corporate-responsibility/visa-2017-corporate-responsibility-report.pdf> [17.06.2019]
- 308 Norges Bank Investment Management (2017): Responsible Investment: Government Pension Fund Global. (<https://www.nbim.no/contentassets/67c692a171fa450ca6e3e1e3a7793311/responsible-investment-2017---government-pension-fund-global.pdf>) [11.06.2019]
- 309 Norwegian Government Security and Service Organisation (2011): Government Pension Fund Global: Two Companies excluded from the Find's Investment Universe. <https://www.regjeringen.no/en/aktuelt/government-pension-fund-global-two-compa/id665637/> [11.06.2019]
- 310 Norges Bank Investment Management (2019): Observation and Exclusion of Companies. <https://www.nbim.no/en/responsibility/exclusion-of-companies/> [11.06.2019]
- DNB ASA (2018): Corporate dialogue and exclusions. <https://www.dnb.no/en/about-us/exclusions.html> [11.06.2019]
- Nordea (2019): Exclusion list. <https://www.nordea.com/en/sustainability/sustainable-business/investments/exclusion-list/> [11.06.2019]
- <https://www.wespath.org/assets/1/7/human-rights-exclusions-2018.pdf>
- Nykredit (2019): Excluded Companies. <https://www.nykredit.com/en-gb/samfundansvar/investments/ekskluderede-selskaber/> [11.06.2019]
- KPA Pension (2019): Uteslutna bolag. <https://www.kpa.se/om-kpa-pension/hallbarhet-och-etik/vi-utesluter/uteslutna-bolag2/> [11.06.2019]
- Storebrand (2018): Excluded Companies. [https://www.storebrand.no/om-storebrand/barekraft/rapporter/\\_attachment/9429?ts=162950b8483](https://www.storebrand.no/om-storebrand/barekraft/rapporter/_attachment/9429?ts=162950b8483) [11.06.2019]
- KLP Group (2019): Excluded Companies in KLP indices. <https://www.klp.no/om-klp/samfunnsansvar/hva-vi-ikke-investerer-i/> [11.06.2019]
- no/about-klp/corporate-responsibility-and-responsible-investments/exclusion-and-dialogue? [11.06.2019]
- Första AP-fonden (2018): Första AP-fonden's exclusion list. [https://www.ap1.se/wp-content/uploads/2018/10/ap1\\_exclusion\\_list\\_180427.pdf](https://www.ap1.se/wp-content/uploads/2018/10/ap1_exclusion_list_180427.pdf) [11.06.2019]
- Andra AP-fonden (2019): Excluded Companies. <http://www.ap2.se/en/sustainability-and-corporate-governance/excluded-companies/> [11.06.2019]
- AP3 Third Swedish Pension National Fund (2019): Excluded Companies. <http://www.ap3.se/en/sustainability/aktiva-agare/4111-2/> [11.06.2019]
- Fjärde AP-fonden (2019): Excluded companies. <http://www.ap4.se/en/esg/excluded-companies/> [12.06.2019]
- 311 KLP Group: Decisions to exclude from investments. [http://english.klp.no/polopoly\\_fs/1.31195.1434009511/menu/standard/file/Heidelberg%20og%20CEMEX%20beslutning%20om%20utelukkelse%20ENG.pdf](http://english.klp.no/polopoly_fs/1.31195.1434009511/menu/standard/file/Heidelberg%20og%20CEMEX%20beslutning%20om%20utelukkelse%20ENG.pdf) [12.06.2019]
- 312 Sampension (2019): Nyheder. <https://www.sampension.dk/Forside/Om-Sampension/Nyheder?NewItem=eb899f0f-a1e9-4bc8-ac35-61913bfb550> [12.06.2019]
- Pederson, S. (2017): Pension Fund blacklists four companies after Danwatch investigation. <https://danwatch.dk/en/pension-fund-blacklists-four-companies-after-danwatch-investigation/> [12.06.2019]
- 313 PFA Pension (n.j.): Responsible Investments. <https://english.pfa.dk/about-pfa/corporate-responsibility/responsible-investments/> [12.06.2019]
- 314 AP7 (2017): AP7 Blacklist as of September 11th 2017. <https://www.ap7.se/app/uploads/2018/01/Black-List-dec-2017.pdf> [12.06.2019]
- 315 Facing Finance (2015): Westbank Business.



## Abkürzungsverzeichnis

DK	Dänemark
EKN	Schwedische Exportkreditagentur (Swedish Export Credit Agency)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
ESG	Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social and Governance)
GK IV	Vierte Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten
HLKO	Haager Landkriegsordnung
HPE	Hewlett Packard Enterprise
HP	Hewlett Packard Company
IEC	Israelisches Energieerzeugungs- und Energieversorgungsunternehmen (Israel Electric Corporation)
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
LUX	Luxemburg
MENA	Middle East & North Africa
NAP	Nationaler Aktionsplan (hier: für Wirtschaft und Menschenrechte)
MINUSRO	Mission der Vereinten Nationen über die Durchführung eines Referendums in der Westsahara (United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara)
MSCI	Morgan Stanley Capital International
NOR	Norwegen
NRO	Nichtregierungsorganisationen
OCHA oPt	Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten für die besetzten palästinensischen Gebiete (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in Occupied Palestinian Territory)
OCP	Marokkanisches Unternehmen in der Phosphatindustrie (Office chérifien des phosphates)
OHCHR	Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights)
ONEE	Nationaler Strom- und Trinkwasserversorger in Marokko (Office National de l'Electricité et de l'Eau Potable)
OPts	besetzte palästinensische Gebiete (occupied Palestinian territories)
Phosboucraa	Marokkanisches Unternehmen in der Phosphatindustrie (Phosphates de Boucraa S.A.)
SGTT	Siemens Gas Turbines Technologies LLC
TPE	Russisches Ingenieurbüro (Technopromexport)
SNI	Nationale Investmentgesellschaft in Marokko (Société Nationale d'Investissement)
SWE	Schweden
VN	Vereinte Nationen

# Impressum

## **Herausgeber und Editor**

Thomas Küchenmeister, Facing Finance e.V. (V.i.S.d.P)

## **Autor\*innen und Recherche**

Carolin Ritter  
Hélène Sturny  
Jan Schulz  
Lilli Färber  
Thomas Küchenmeister  
Vanessa Müller

## **Finanzdatenrecherche und Analyse**

Julia Dubslaff  
Richard Buch  
Vanessa Müller

Facing Finance, Berlin, Juni 2019

## **Facing Finance e.V.**

Schönhauser Allee 141  
Hinterhaus 2  
10437 Berlin  
Tel.: +49 30 3266 1681  
E-Mail: [info@facing-finance.org](mailto:info@facing-finance.org)

## **Layout**

Ole Kaleschke, Berlin

## **Förderung**

Gefördert vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor e. V.

## **Unser besonderer Dank gilt**

### **Who Profits**

**Western Sahara Resource Watch  
Human Rights Watch**

Facing Finance e.V. fühlt sich einem nachhaltigen und verantwortungsbewussten Umgang mit finanziellen Ressourcen und damit den Menschenrechten sowie der Klima- und Ressourcengerechtigkeit verpflichtet. Wir wollen damit zu einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaften beitragen und fordern eine umfassende Beachtung und eine wirksame Umsetzung international anerkannter Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltstandards ein. Deshalb wirbt Facing Finance bei Bankkund\*innen und Kleinsparer\*innen, großen und kleinen, internationalen, nationalen und regionalen Investor\*innen für die Berücksichtigung sozialer, ökologischer und ethischer Kriterien bei der Geldanlage. Facing Finance wurde als Mitglied mehrerer nationaler und internationaler NGO-Netzwerke bereits zweimal mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Mehr dazu unter [www.facing-finance.org](http://www.facing-finance.org).

Facing Finance e.V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg im Vereinsregister unter der Nr. VR 32177B-1 eingetragen und ist als gemeinnützig anerkannt. Über eine Spende würden wir uns sehr freuen:

## **Spendenkonto**

IBAN: DE 91 4306 0967 1147 5538 00  
BIC: GENODEM1GLS  
GLS-Bank  
Kontoinhaber: FACING FINANCE e.V.

## **Ihre Spende ist steuerabzugsfähig.**

Danke!





Das größte Windkraftwerk Afrikas in Tarfaya (Westsahara),  
geliefert von Siemens in Form von 131 Windturbinen  
des Typs SWT-2.3-101 inkl. Service.  
TEDxTarfaya via Flickr (CC BY-SA 2.0)